

Monatsbericht

Mai 2016

68. Jahrgang
Nr. 5

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
13. Mai 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016.....	5
 Überblick.....	6
 Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zur Wirtschaftskrise in Russland</i>	14
<i>Zur Bedeutung des Kraftfahrzeugmarkts für die US-Konjunktur</i>	18
 Geldpolitik und Bankgeschäft	24
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	25
<i>Anzeichen für Portfolioumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland ...</i>	36
 Finanzmärkte.....	43
 Konjunktur in Deutschland.....	52
 Öffentliche Finanzen.....	62
<i>Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet.....</i>	64

■ Statistischer Teil	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

■ Überblick

■ Deutsche Wirtschaft mit starkem Jahresauftakt

Weltwirtschaft

Wie bereits im Schlussquartal 2015 expandierte die globale Wirtschaftsleistung zum Jahresbeginn 2016 wohl nur mit verhaltenem Tempo. Dabei zeichnete sich deutlicher als zuvor eine Verlagerung der Wachstumskräfte ab: Nachdem sich die konjunkturelle Lage in den Schwellenländern im vergangenen Jahr spürbar eingetrübt hatte, scheint sie sich dort zuletzt stabilisiert zu haben. Demgegenüber blieb das Wirtschaftswachstum in wichtigen Fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft. Dies mag zum Teil ein Reflex der Nachfrageflaute in den Schwellenländern gewesen sein. Allerdings war die annähernde Stagnation der US-Wirtschaft im ersten Quartal auch heimischen Einflüssen geschuldet. Im Euro-Raum hingegen setzte sich die gesamtwirtschaftliche Erholung, begünstigt durch mildes Winterwetter, mit größerem Schwung fort.

Die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr war rechnerisch auf die Rohstoffe exportierenden Regionen zurückzuführen. Diese mussten wegen des Preisverfalls für ihre wichtigsten Ausfuhrgüter erhebliche Anpassungslasten stemmen. Entsprechend wurden die Entwicklungen auf den Rohwarenmarkten in den vergangenen Monaten vielfach als Gradmesser für die konjunkturellen Aussichten nicht nur dieser Ländergruppe gewertet. Die jüngste Stabilisierung der Rohstoffnotierungen schafft die Voraussetzung für eine Normalisierung in den Exportregionen und damit auch für eine Festigung der Weltwirtschaft insgesamt. Ein solches Szenario liegt den Stabsprojektionen im World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds vom April zugrunde. Demzufolge wird für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und Lateinamerika 2017 wieder eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorausgeschätzt – nach zwei Jahren des Rückgangs. Dieser Um-

schwung ist maßgeblich für die erwartete Verstärkung des globalen Wachstums im kommenden Jahr.

Finanzmärkte

Die internationalen Finanzmärkte standen zu Jahresbeginn 2016 im Zeichen des nur verhaltenen globalen Wirtschaftswachstums und weiterer expansiver geldpolitischer Maßnahmen in großen Volkswirtschaften. Nicht zuletzt die bis Mitte Januar stark gefallenen Ölpreise, die sich danach allerdings stabilisierten, belasteten die Aktienmärkte vorübergehend. Die damit einhergehenden Umschichtungen in sichere Anlagen ließen an den Rentenmärkten die Renditen sinken. Das niedrigere Renditeniveau war zugleich aber auch Reflex der von den Marktteilnehmern erwarteten zusätzlichen expansiven geldpolitischen Maßnahmen in der EWU und Japan. Die Bank of Japan hatte bereits im Januar weitere geldpolitische Maßnahmen ergriffen und erstmals negative Zinsen für einen Teil der Einlagen, die Geschäftsbanken bei ihr halten, eingeführt. Überdies gewann unter den Marktteilnehmern im Berichtszeitraum die Einschätzung die Oberhand, dass die Federal Reserve den Leitzins langsamer anheben würde, als zu Jahresbeginn am Markt erwartet worden war. Während die Renditeniveaus bis zuletzt in der Nähe ihrer Tiefstände verharrten, konnten Dividendentitel beiderseits des Atlantiks die bis Februar erlittenen Kurseinbußen teilweise wieder wettmachen. Allerdings konnten Bankaktien, die besonderen Belastungen unterlagen, die vorangegangenen Verluste nur zu einem vergleichsweise geringen Teil ausgleichen. Auch an den Devisenmärkten standen die wechselnden Einschätzungen hinsichtlich des Tempos weiterer Zinssteigerungen in den USA und die Unsicherheit über die globale Konjunkturentwicklung im Blickpunkt. Im Ergebnis gewann der Euro – trotz merklicher Schwankungen und divergierender Entwicklungen gegenüber einzelnen Währungen – in effektiver Rechnung rund 3% an Wert.

Geldpolitik

Der EZB-Rat überprüfte auf seiner geldpolitischen Sitzung Anfang März – wie im Januar angekündigt – den Grad der geldpolitischen Akkommodierung auf Grundlage der vorgelegten gesamtwirtschaftlichen Projektionen. Der EZB-Rat sah ein umfangreiches neues geldpolitisches Maßnahmenpaket als notwendig an, um den erhöhten Risiken für die Preisstabilität entgegenzuwirken, etwaige Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preisentwicklung zu vermeiden und die Dynamik der wirtschaftlichen Erholung im Euro-Raum zu verstärken. Als Teil dieses Maßnahmenpakets senkte der EZB-Rat den Hauptrefinanzierungssatz und den Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität um jeweils 5 Basispunkte auf 0% beziehungsweise 0,25%; den Zinssatz der Einlagefazilität reduzierte er um 10 Basispunkte auf – 0,40%. Der EZB-Rat kommunizierte zudem, dass er auf Basis der aktuellen Aussichten für die Preisstabilität davon ausgehe, dass die Leitzinsen für längere Zeit und über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem derzeitigen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.

Eine weitere Komponente des vom EZB-Rat beschlossenen Maßnahmenpakets war die Erhöhung des Volumens der monatlichen Anläufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) ab April 2016 um 20 Mrd € auf 80 Mrd €. Die Anläufe sollen bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Ziel im Einklang steht, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Zudem wird das APP um ein Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP) erweitert, in dessen Rahmen in Euro denominierte Investment-Grade-Anleihen von Nichtbanken mit Sitz im Euro-Währungsgebiet erworben werden. Die Anläufe im Rahmen des CSPP, die Teil des

monatlichen Ankaufvolumens sein werden, sollen im Juni 2016 beginnen.

Des Weiteren beschloss der EZB-Rat eine neue Reihe von insgesamt vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II), um den Akkommodierungsgrad seiner Geldpolitik weiter zu stärken und zusätzliche Anreize für die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu schaffen. Die Geschäfte werden quartalsweise durchgeführt und sollen ebenfalls im Juni 2016 beginnen.

Deutsche Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft wuchs nach dem Jahreswechsel 2015/2016 kräftig. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale BIP im ersten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,7%. Damit verstärkte sich das Wachstum merklich und lag spürbar über dem Expansionspfad des Produktionspotenzials. Dementsprechend erhöhte sich der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und erreichte den höchsten Wert seit 2012. Getrieben wurde das Wirtschaftswachstum nach wie vor hauptsächlich vom privaten Verbrauch und der regen Bauaktivität, im Unterschied zum Jahresende 2015 aber auch von wieder höheren Exporten und Ausrüstungsinvestitionen.

Maßgeblich für den Nachfrageschub beim privaten Verbrauch war der erneute Preisrückgang auf den globalen Ölmarkten (im Vorquartalsvergleich), der sich in der Kaufkraft der deutschen Konsumenten niederschlug. Darüber hinaus wirkten die guten Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten weiterhin positiv auf die Binnenwirtschaft. Die Bauinvestitionen stiegen begünstigt durch außergewöhnlich milde Witterungsverhältnisse sehr kräftig. Zum hohen Wachstum trug auch erheblich bei, dass die Exporte nach dem Rückgang Ende 2015 wieder stiegen. Ausschlaggebend war hier vor allem, dass sich die Nachfrage aus China zuletzt deutlich erholt. Im Verein mit dem erhöhten Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten steigerte dies die Bereitschaft der Unternehmen, wieder mehr zu investieren.

Die deutschen Banken weiteten die Buchkreditvergabe an den inländischen Privatsektor im Winterquartal deutlich aus. Neben einem spürbaren Anstieg der Buchkredite an private Haushalte – wie üblich getragen von den Wohnungsbaukrediten – legte im ersten Quartal 2016 auch die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen erkennbar zu. Laut den Ergebnissen des Bank Lending Survey verzeichneten die befragten Institute in den Wintermonaten einen deutlichen Anstieg der Nachfrage nach Bankkrediten vonseiten der nichtfinanziellen Unternehmen. Dieser dürfte – so die teilnehmenden Banken – einerseits auf einen gestiegenen Mittelbedarf der Unternehmen etwa für Investitionen und betriebliche Zwecke sowie für Umfinanzierungen, andererseits auf das niedrige Zinsniveau zurückzuführen sein.

Die Beschäftigung nahm im Winterquartal vor allem dank der guten Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Stellen sehr kräftig zu. Neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wurden insbesondere in jenen Dienstleistungsbranchen besetzt, die bereits in den letzten Quartalen besonders zügig gewachsen waren, namentlich die wirtschaftlichen Dienstleistungen und das Gesundheits- und Sozialwesen. Zudem verstärkte sich der Stellenzuwachs im Bau- gewerbe deutlich und ist nunmehr ebenfalls überdurchschnittlich. Wie zuvor wurde die hohe Arbeitsnachfrage ganz erheblich durch die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung insbesondere aus der EU gedeckt. Obwohl sich die Flüchtlingszuwanderung nach und nach in der Arbeitslosenstatistik bemerkbar macht, verminderte sich die Arbeitslosigkeit im bisherigen Jahresverlauf nochmals. Den Frühindikatoren des Arbeitsmarktes zufolge könnte sich in den nächsten Monaten die positive Beschäftigungs- entwicklung fortsetzen, wenngleich etwas moderater als zuletzt, und – wohl im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung – die registrierte Arbeitslosigkeit leicht erhöhen.

Die Tarifverdienste legten im Wintervierteljahr 2016 spürbar weniger zu als im Herbstquartal 2015. Ursächlich waren hierfür vor allem nega-

tive Basiseffekte aufgrund von Einmalzahlungen im Vorjahresquartal, in zunehmendem Maße jedoch auch die recht niedrigen Anhebungen der zweiten Stufen einiger Tarifabkommen früherer Lohnrunden. Die Effektiventgelte könnten im ersten Vierteljahr 2016 geringfügig schneller als die tariflichen Vergütungen gewachsen sein.

In der diesjährigen Tarifrunde sehen die Abschlüsse im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sowie in der Metall- und Elektroindustrie Tarifanhebungen um jeweils etwa 2½% für dieses Jahr und für das kommende Jahr vor. Im öffentlichen Dienst dürften zusätzliche Vereinbarungen wie die Absicherung der Zusatzaltersvorsorge und die Einführung einer neuen Entgeltordnung bei den Kommunen die Bereitschaft der Gewerkschaften gefördert haben, diesem vergleichsweise verhaltenen Lohnzuwachs zuzustimmen. Dennoch könnte das moderate Tarifergebnis eine Signalfunktion für weitere derzeit in Tarifverhandlungen befindliche Branchen haben. Aus stabilitätspolitischer Sicht maßgeblich ist, dass die derzeit niedrigen Inflationsraten nicht zu Zweitrunden- effekten führen. Sie wären dann festzustellen, wenn im Rahmen der Tarifrunden nicht etwa die angestrebte Inflationsrate von unterhalb, aber nahe 2% als Maßstab herangezogen würde, sondern etwaige niedrigere Inflations- raten oder -erwartungen.

Die Preistendenz war im ersten Jahresviertel 2016 auf allen Absatzstufen weiterhin spürbar abwärtsgerichtet. Dies spiegelt vor allem den bis Mitte Januar anhaltenden Verfall der Rohöl- preise wider. Darüber hinaus dürften Preisrück- gänge bei anderen Rohstoffen, zum Teil mit Verzögerung, und die leichte Aufwertung des Euro seit November 2015 vor allem auf den vor- gelagerten Stufen die Preise ohne Energie gedämpft haben. Die Verbraucherpreise gingen im Vergleich zum Vorquartal im Winter merklicher zurück als in den beiden Quartalen zuvor. Dies lag fast ausschließlich am verstärkten Preis- rückgang für Kraftstoffe und Heizöl. Ohne Energie setzte sich der Preisauftrieb der Vorquartale fort, fiel jedoch etwas moderater aus. Zwar ver-

teuerten sich Dienstleistungen (ohne Mieten) beinahe ebenso stark wie im Herbst. Aber für Nahrungsmittel musste saisonbereinigt etwas weniger gezahlt werden, und bei gewerblichen Waren machte sich die deutlich schwächer als saisonüblich ausgefallene Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen bemerkbar, die bereits im Herbst zu beobachten gewesen war. Aufgrund des ebenfalls recht kräftigen Preisrückgangs im ersten Quartal 2015 betrug die Vorjahresrate im Winter 2016 beim nationalen Index (VPI) weiterhin + 0,3%; beim harmonisierten Index (HVPI) ging sie geringfügig auf + 0,1% zurück.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft dürfte im Frühjahr an Dynamik einbüßen. Zwar haben die privaten Verbraucher ihre zusätzlichen finanziellen Spielräume, die sich durch den Ölpreisverfall ergeben haben, nicht vollständig für höhere Konsumausgaben verwendet, sondern zunächst auch einen Teil gespart. Dennoch wird sich der private Konsum wohl nicht in gleichem Maße wie im Vorquartal erhöhen. Auch das starke Expansionstempo in der Bauwirtschaft dürfte im zweiten Vierteljahr nicht zu halten sein, da der günstige Witterungseinfluss entfällt. Auch wenn die Finanzpolitik grundsätzlich expansiv bleibt, dürfte im Vorquartalsvergleich der Schub durch steigende Ausgaben der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung nachlassen, weil sich der Zustrom zuletzt deutlich verringert hat. Die solide konjunkturelle Grundtendenz dürfte aber auch im zweiten Vierteljahr intakt bleiben.

Im vergangenen Jahr wurde ein merklicher Überschuss im deutschen Staatshaushalt erzielt. Im laufenden Jahr wird dieser aber wohl wieder weitgehend aufgezehrt werden. Grund ist eine spürbare Verschlechterung des strukturellen Saldo, obwohl die Zinsausgaben weiter entlasten. So werden die Aufwendungen aufgrund der Flüchtlingsmigration im Vorjahresvergleich merklich steigen. Der Zuzug ist zwar zuletzt stark gesunken. Im vergangenen Jahr waren viele Flüchtlinge aber erst im Herbst zugewandert und somit nur für wenige Monate zu ver-

sorgen. Der Haushaltskurs ist aber auch darüber hinaus expansiv, und die Aufwendungen unter anderem für Renten, Gesundheit und Infrastruktur dürften deutlich steigen. Im kommenden Jahr ist dann alles in allem keine größere Veränderung beim Finanzierungssaldo angelegt. Bei einer eher aufwärtsgerichteten Konjunktur und weiter sinkenden Zinsausgaben würde dies eine weitere Kurslockerung bedeuten, wobei die Mittel für die Flüchtlinge aus heutiger Sicht aber etwa stabil bleiben könnten. Die Schuldenquote setzt ihren Abwärtstrend fort, vor allem aufgrund des nominalen BIP-Wachstums im Nenner.

Die Bundesregierung hat in ihrem im April 2016 aktualisierten Stabilitätsprogramm den fiskalischen Kurs im Vergleich zu früheren Programmen gelockert, wobei dies teilweise durch niedrigere Zinsausgaben verdeckt wird. Demnach soll nur noch ein strukturell ausgeglichener Haushalt erreicht werden, nachdem zuvor noch ein moderater struktureller Überschuss angestrebt wurde. Im Bundeshaushalt will die Regierung wie bisher auf eine Nettokreditaufnahme verzichten („schwarze Null“). Hierzu soll zunächst auf die im letzten Jahr gebildete Rücklage zurückgegriffen werden, und im Jahr 2018 sind noch nicht spezifizierte Einsparungen vorgesehen. Auch angesichts der jüngsten Steuerschätzung könnte sich der Ausblick nunmehr aber für Bund und Gesamtstaat günstiger darstellen.

Insgesamt sollten die europäischen Budgetregeln und die nationale Schuldenbremse damit eingehalten werden. Es wäre aber ratsam, die zuvor geplanten moderaten strukturellen Überschüsse für den staatlichen Gesamthaushalt und größere Sicherheitsabstände zur strengeren nationalen Schuldenbremse mittelfristig wieder anzustreben. Damit würde die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt, beispielsweise bei künftig wieder steigenden Zinssätzen. Außerdem liegt eine wesentliche Herausforderung für die deutschen Staatsfinanzen im demografischen Wandel. Mit einer günstigeren Ausgangsposition lässt sich der vorge-

zeichnete künftige Konsolidierungsbedarf, der kommende Generationen belastet, verringern. Vor diesem Hintergrund überzeugt die teils an Deutschland gerichtete Aufforderung nicht, die Budgetgrenzen stärker auszuschöpfen. Die deutsche Finanzpolitik ist derzeit ohnehin bereits deutlich expansiv ausgerichtet. Versuche einer konjunkturellen Feinsteuierung in der EWU über stärker fiskalische Impulse in Deutschland erscheinen nicht erfolgversprechend. Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen, mit denen die Wachstumsbedingungen verbessert werden, sollten gleichwohl konsequent ergriffen, aber gegenfinanziert werden.

Für die aktuelle Diskussion über die gesetzliche Rentenversicherung wäre es wichtig, wenn die Bundesregierung die aus ihrer Sicht langfristig zu erwartenden finanziellen Entwicklungen durch entsprechende Vorausberechnungen offenlegt und den Versicherten eine möglichst gute Planungsperspektive bietet. Seit dem Ende der achtziger Jahre enden die Projektionen allerdings im Jahr 2030 und umfassen damit derzeit nur noch 14 Jahre. Der demografische Wandel wird sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung besonders stark auswirken. Um den hierdurch angelegten Belastungen zu begegnen, gibt es letztlich vor allem die drei großen Stellgrößen Leistungsniveau, Beitragssatz und gesetzliches Renteneintrittsalter. Wenn die Zunahme der Abgabenbelastung in Grenzen gehalten und das Rentenniveau zumindest nicht

stärker als bisher geplant gesenkt werden soll, wird eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wohl nicht zu vermeiden sein. Verschiedene Staaten haben mittlerweile beispielsweise eine Indexierung des gesetzlichen Renteneintrittsalters eingeführt, um automatisch steigende relative Rentenbezugszeiten durch eine höhere Lebenserwartung regelgebunden zu verhindern.

Die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist derzeit durch recht hohe Überschüsse und steigende Rücklagen geprägt. Ungeachtet dessen sollten versicherungsfremde Leistungen durch Steuermittel finanziert werden, weil andernfalls gesamtgesellschaftliche Aufgaben allein von den Beitragspflichtigen getragen würden. Dies gilt beispielsweise auch für Aufwendungen zur Integration von Flüchtlingen, die zweifelsohne eine wichtige staatliche Aufgabe ist. Soweit finanzielle Spielräume bei der BA gesehen werden, sollten diese den Beitragsschulden und -zahlern zugutekommen. Generell ist der Haushalt der BA sehr konjunkturreagibel, und insofern sind in guten Zeiten Überschüsse und der Aufbau größerer Rücklagen sinnvoll. Soweit aber davon ausgegangen wird, dass sich die derzeit äußerst günstige Arbeitsmarktlage mit niedrigen Arbeitslosenzahlen im Versicherungsbereich als nachhaltig erweist, könnte angesichts der damit verbundenen verstärkten Rücklagenbildung eine Senkung des Beitragssatzes in Betracht gezogen werden.

■ Internationales und europäisches Umfeld

■ Weltwirtschaftliche Entwicklung

Weiterhin verhaltene Expansion der Weltwirtschaft

Wie bereits im Schlussquartal 2015 expandierte die globale Wirtschaftsleistung zum Jahresauftakt 2016 wohl nur mit verhaltenem Tempo. Dabei zeichnete sich deutlicher als zuvor eine Verlagerung der Wachstumskräfte ab. Nachdem sich die konjunkturelle Lage in den Schwellenländern im vergangenen Jahr spürbar eingetrübt hatte, scheint sie sich dort zuletzt stabilisiert zu haben. So dürften in China die Bemühungen um eine Stimulierung der Wirtschaft erste Früchte getragen haben. In Russland schwächten sich die rezessiven Tendenzen offenbar ab. Demgegenüber blieb das Wirtschaftswachstum in wichtigen Fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft. Dies mag zum Teil ein Reflex der Nachfrageflaute in den Schwellenländern gewesen sein. Allerdings war die annähernde Stagnation der US-Wirtschaft im ersten Quartal auch heimischen Einflüssen geschuldet; nichtsdestoweniger dürfte die zugrunde liegende Aufwärtstendenz intakt sein. Der Aufschwung im Vereinigten Königreich verlor im Winter etwas an Kraft, und das Konjunkturbild Japans zeigte sich kaum verbessert. Im Euro-Raum hingegen setzte sich die gesamtwirtschaftliche Erholung, begünstigt durch mildes Winterwetter, mit größerem Schwung fort.

Stabilisierung der Rohstoffpreise als Voraussetzung für Festigung der globalen Konjunktur

Die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr war rechnerisch auf die Rohstoffe exportierenden Regionen zurückzuführen. Diese mussten wegen des Preisverfalls für ihre wichtigsten Ausfuhrgüter erhebliche Anpassungslasten stemmen.¹⁾ Entsprechend wurden die Entwicklungen auf den Rohwarenmarkten in den vergangenen Monaten vielfach als Gradmesser für die konjunkturellen Aussichten nicht nur dieser Ländere-

gruppe gewertet. Die jüngste Stabilisierung der Rohstoffnotierungen schafft die Voraussetzung für eine Normalisierung in den Exportregionen und damit auch für eine Festigung der Weltwirtschaft insgesamt.

Ein solches Szenario liegt den Stabsprojektionen im World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April zugrunde. Demzufolge wird für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und Lateinamerika 2017 wieder eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – nach zwei Jahren des Rückgangs – vorausgeschätzt. Dieser Umschwung ist maßgeblich für die erwartete Verstärkung des globalen Wachstums (gerechnet zu Kaufkraftparitäten) von 3,2% im laufenden Jahr auf 3,5% im kommenden Jahr. Die noch im Januar für 2016 veranschlagte Tempoerhöhung der Weltwirtschaft wurde also verschoben. Damit

IWF erwartet praktisch keine Tempoerhöhung der Weltwirtschaft in 2016 mehr

Wirtschaftswachstum nach Länderkreisen^{*)}

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in %



Quelle: IWF World Economic Outlook (WEO April 2016) und eigene Berechnungen. * Auf Basis kaufkraftparitätischer Gewichte des jeweiligen Vorjahres. Ab 2016 Projektionen des IWF. **1** Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Lateinamerika und Karibik, Naher Osten und Nordafrika (einschl. Pakistan und Afghanistan) sowie Subsahara-Afrika. **2** Fortgeschrittene Volkswirtschaften, asiatische und europäische Schwellenländer.

Deutsche Bundesbank

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums und der Rückgang der Rohstoffpreise, Monatsbericht, November 2015, S. 16 f.



musste der Stab im Vergleich zur vorangegangenen Prognose erneut Abschläge vornehmen. Sie betrafen zum einen die Rohstoffe exportierenden Volkswirtschaften, da den Projektionen vom Jahresbeginn noch vorteilhaftere Preisannahmen zugrunde gelegen hatten. Zum anderen wurden die Vorausschätzungen für die Industrieländer herabgesetzt. Die Flaute des Winterhalbjahres 2015/2016 hat Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende Beschleunigung in diesem Länderkreis zerstoben. Speziell mit Blick auf die USA könnte der IWF aufgrund der aktuellen Datenlage sogar zu einer weiteren Abwärtsrevision der Wachstumsprojektion für das Jahr 2016 gezwungen sein. Ähnlich wie

auch für die Welt insgesamt stellt sich hier die Frage, ob hinter den wiederholten Korrekturen der Prognosen nach unten in den vergangenen Jahren nicht eine grundlegende Überschätzung der Wachstumskräfte steht.²⁾

Die Talfahrt der Rohstoffnotierungen kam im Berichtszeitraum auf breiter Front zum Stillstand. Im Monatsdurchschnitt April legte der HWWI-Preisindex (auf US-Dollar-Basis) für Nahrungs- und Genussmittel um mehr als 6% gegenüber Januar zu, während sein Pendant für Industrierohstoffe um fast 12% anstieg. Im gleichen Zeitraum verteuerte sich Rohöl der Sorte Brent am Kassamarkt sogar um ein Drittel. Binnen Jahresfrist ergab sich damit aber immer noch ein erheblicher Preisrückstand. Zuletzt mussten für ein Fass Brent $47\frac{1}{2}$ US-\$ gezahlt werden. Die Preise für Lieferungen zu späteren Zeitpunkten hielten mit dem Anstieg der Kassanotierung nicht Schritt, sodass sich die Terminaufschläge erheblich verringerten. Möglicherweise wurde der Angebotsüberhang auf dem Rohölmarkt als nicht mehr so erdrückend wahrgenommen. Dazu könnten Gespräche wichtiger Förderländer mit dem Ziel der Produktionsdeckelung beigetragen haben, wenngleich sie zunächst ohne Ergebnis blieben. Hinzu kamen sichtbare, wenn auch langsame Fortschritte in der Anpassung der Förderung in den USA sowie Produktionsausfälle anderenorts.

Rohstoffpreise zum Teil deutlich gestiegen

Auf der Verbraucherstufe waren zwar die Preise für Energieträger im Schnitt der ersten drei Monate 2016 spürbar niedriger als im Schlussquartal des vergangenen Jahres. Allerdings waren sie zum Jahreswechsel 2014/2015 noch erheblich stärker gefallen. Mithin verkürzte sich ihr negativer Vorjahresabstand. Dieser Effekt war maßgeblich für den Anstieg der Teuerungsrate in den Industrieländern von + 0,3% im Herbst 2015 auf + 0,7% im Winter. Der Preisauftrieb in der Kernkomponente, welche Nah-

Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe etwas gefestigt

²⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Korrekturbedarf der globalen Wachstumsprojektionen in den vergangenen Jahren, Monatsbericht, November 2014, S. 12 ff.

rungsmittel und Energieprodukte ausklammert, legte nur leicht von +1,4% auf +1,5% zu.

Ausgewählte Schwellenländer

Wirtschaftswachstum in China durch Belebung der Investitionskonjunktur gestützt

In China stieg das reale BIP im ersten Quartal 2016 gemäß der offiziellen Schätzung binnen Jahresfrist um 6,7%. Damit hat die chinesische Wirtschaft ihr Expansionstempo vom Schlussquartal 2015 weitgehend gehalten.³⁾ Zwar liegen noch keine Angaben zu den verwendungsseitigen Komponenten des Wachstums zum Jahresbeginn vor. Den monatlichen Indikatoren zufolge könnten aber die Investitionen, die im vergangenen Jahr nur verhältnismäßig schwach expandiert hatten, wieder eine größere Rolle gespielt haben. Darauf deutet insbesondere die starke Ausweitung der Bauaktivitäten hin. Sie geht auf eine – im Wesentlichen durch staatliche Stimuli eingeleitete – Besserung auf dem Wohnimmobilienmarkt zurück, der sich in den Jahren zuvor erheblich abgekühlt hatte. Die damit verbundene Erholung der Preise von Eisenerz und Stahl hat dazu beigetragen, dass sich die deflationären Tendenzen auf der Produzentenebene abgeschwächt haben. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe hat sich in den vergangenen Monaten spürbar erhöht, und zwar von 1,6% im Dezember auf 2,3% im März. Ausschlaggebend war ein markanter Preisanstieg bei verschiedenen Nahrungsmitteln. Die Kernrate, die solche Güter sowie Energieprodukte ausschließt, belief sich zuletzt unverändert auf 1,5%.

Indische Wirtschaft mit anhaltend kräftiger Expansion

Die indische Wirtschaft dürfte im vergangenen Quartal weiterhin recht kräftig expandiert haben. Im Schlussquartal 2015, bis zu dem vierjährliche Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorliegen, war das reale BIP um 7,3% im Vorjahresvergleich gewachsen. Die lebhafte Konjunktur kommt auch in einer stark steigenden Öl nachfrage des Landes zum Ausdruck. Im abgelaufenen Jahr belief sich der Zuwachs laut Schätzung der Internationalen Energieagentur auf knapp 6%. Im ersten Quartal 2016 zogen die Rohölimporte sogar um

13% gegenüber dem Vorjahr an. Aufgrund der niedrigeren Ölnotierungen sind jedoch die entsprechenden Importausgaben kräftig gesunken. Die Verbilligung von Energiegütern trägt auch wesentlich zu dem – für indische Verhältnisse – gedämpften Preisanstieg bei. Die Inflationsrate betrug im ersten Vierteljahr nach wie vor 5,3%.

In Brasilien setzte sich die schwere Rezession offenbar auch im abgelaufenen Quartal fort. Zwar liegt bislang keine amtliche BIP-Schätzung vor. Die Industrieproduktion wurde aber gegenüber dem Schlussquartal 2015 saisonbereinigt nochmals deutlich eingeschränkt. Binnen Jahresfrist ergab sich ein Minus von fast 12%. Besonders drastisch fiel der Rückgang mit knapp einem Drittel bei Investitionsgütern aus. Für den Kollaps der Investitionsnachfrage dürfte die ausgeprägte politische Unsicherheit maßgeblich sein; sie könnte angesichts der jüngsten Zuspitzung in der Staatskrise weiter zugenommen haben. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe verringerte sich in den vergangenen Monaten von hohem Niveau aus leicht, und zwar von 10,7% im Dezember auf 9,4% im März. Das geldpolitische Inflationsziel wird voraussichtlich auch noch in den kommenden Monaten erheblich übertroffen werden. Vor diesem Hintergrund hielt die Zentralbank den Leitzins bei 14,25%.

Fortsetzung der schweren Rezession in Brasilien

In Russland scheint sich die Abwärtsdynamik zuletzt abgeschwächt zu haben. Im vierten Quartal 2015 hatte das reale BIP seinen Vorjahresstand um 3,8% unterschritten. Im ersten Quartal 2016 verkürzte sich dieser Rückstand einer Regierungsschätzung zufolge auf 1,4%. Sollte sich die jüngste Erholung auf dem Ölmarkt als nachhaltig erweisen, wird die Kontraktion zum Jahresende hin voraussichtlich auslaufen. Die Ölpreisbewegungen sind von überragender Bedeutung für die auf Energieexporte spezialisierte russische Wirtschaft (vgl.

Abwärtsbewegung in Russland wohl abgeschwächt

³⁾ Nach der Rechnung des chinesischen Statistikamtes hat sich die konjunkturelle Dynamik in der Verlaufs betrachtung aber abgeschwächt. Demnach stieg die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung um 1,1% gegenüber dem Schlussquartal 2015, in dem sie um 1,5% zugelegt hatte.

Zur Wirtschaftskrise in Russland

Die russische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr in eine tiefe Rezession gerutscht, die sich im laufenden Jahr voraussichtlich noch fortsetzen wird. Die Wirtschaftskrise dürfte zu einem gewissen Teil dem Ukraine-Konflikt geschuldet sein. Die hiermit verbundenen geopolitischen Spannungen erhöhten speziell im Jahr 2014 die Unsicherheit massiv. Zudem verhängte die westliche Staatengemeinschaft im Sommer 2014 Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die bis heute in Kraft sind.¹⁾ Als Gegenmaßnahme erließ Russland ein Importembargo für Nahrungsmittel aus der Europäischen Union, den USA und weiteren Ländern, wodurch sich vergleichbare Produkte auf russischen Märkten spürbar verteuerten.

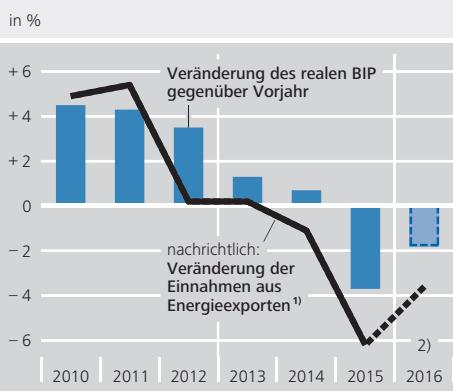
Wichtiger dürfte aber gewesen sein, dass sich die Rohölnotierungen – darunter die von Russland angebotene Sorte „Urals“ – ab Mitte des Jahres 2014 in US-Dollar gerechnet halbierten. Annähernd so stark verringerte sich seither auch der Preis für russisches Erdgas. Als einer der weltgrößten Produzenten von Erdöl und Erdgas ist Russland von Einnahmen aus dem Export von Energieprodukten abhängig. In den Jahren 2011 bis 2014 beliefen sie sich auf durchschnittlich 340 Mrd US-\$ pro Jahr; das entsprach zwei Dritteln des Gesamtwertes der

russischen Warenausfuhren. Infolge des Preissturzes schrumpften die Erlöse aus dem Export von Energieprodukten im Jahr 2015 erheblich; im Verhältnis zum russischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Vorjahrs beliefen sich die Verluste auf nicht weniger als 6%.

Ein wesentlicher Kanal, über den sich der Rückgang der Energiepreise auf die russische Gesamtwirtschaft übertragen hat, betrifft den Staatshaushalt. Im Jahr 2014 machten Exportsteuern und Produktionsabgaben auf Energieträger mit 7,4 Billionen Rubel mehr als die Hälfte aller Einnahmen des Zentralstaats aus. Aufgrund der ölpreisbedingten Einnahmerückgänge mussten im abgelaufenen Jahr die gesamten öffentlichen Ausgaben in realer Rechnung um annähernd ein Zehntel reduziert werden. Dennoch verblieb am Ende eine Budgetlücke von 3½% des BIP, die vor allem durch Entnahmen aus dem nationalen Reservefonds geschlossen wurde.

Die Einnahmeverluste des russischen Staates wären noch deutlich höher ausgefallen, wenn nicht der Rubel – praktisch im Gleichschritt mit der Talfahrt des Ölpreises – drastisch an Wert verloren hätte. Die Währungsabwertung heizte jedoch die Inflation weiter an, die sich infolge des Verbots von Nahrungsmittelimporten bereits spürbar verstärkt hatte. Im März 2015 erreichte die Teuerung auf der Verbraucherstufe mit einer Rate von 17% ihren Höhepunkt. Der damit verbundene Entzug an Kaufkraft zwang die russischen Haushalte, ihre Nachfrage erheblich zu drosseln. Im Ergebnis gingen die privaten Konsumausgaben im vergangenen Jahr preisbereinigt um knapp 10% zurück. Selbst während der Russland-Krise im Jahr 1998 oder der globalen Finanz- und Wirt-

Wirtschaftswachstum in Russland



Quellen: Nationale Statistiken, IWF und eigene Berechnungen.
1 Differenz gegenüber Vorjahr im Verhältnis zum nominalen BIP des Vorjahrs. **2** IWF-Prognose (BIP-Wachstum) bzw. eigene Hochrechnung auf Basis von Angaben für das 1. Vj. 2016.

Deutsche Bundesbank

1 Dazu gehören zum einen Zugangsbeschränkungen für ausgewählte russische Banken sowie Rüstungs- und Energieunternehmen zu den westlichen Kapitalmärkten. Zum anderen umfassen die Sanktionen Exportverbote für bestimmte Energieausrüstungen sowie militärische Güter (einschl. sog. „Dual-Use“-Güter).

schaftskrise im Jahr 2009 war keine so starke Kontraktion beobachtet worden.

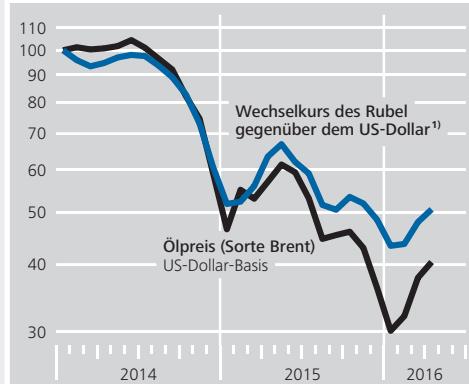
Die Kaufzurückhaltung der russischen Verbraucher hat die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie in den verschiedenen Dienstleistungssektoren, allen voran im Groß- und Einzelhandel, erheblich beeinträchtigt. Abgesehen von der Landwirtschaft konnte nur der Bergbau seine Produktion nennenswert erhöhen. Die Förderung von Öl stieg sogar auf den höchsten Stand seit dem Ende der Sowjetunion. Dahinter steht, dass die Ölunternehmen aufgrund solider Gewinne (in Rubel gerechnet) ihre Investitionen aufrechterhalten konnten.²⁾ Die Robustheit dieser Investitionen dürfte wesentlich dafür gewesen sein, dass der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen mit 7½% moderater ausfiel als die Einschränkung des privaten Konsums.

Der Einbruch der russischen Binnennachfrage ging mit einer drastischen Reduzierung der Importe einher. Preisbereinigt nahmen sie um nicht weniger als ein Viertel ab.³⁾ Neben der Rubel-Abwertung könnte hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben, dass der russische Staat im Rahmen einer neuen Entwicklungsstrategie die Substitution von Importen durch inländische Produktion vorantreibt.⁴⁾ Hingegen dürften das vom Westen verhängte Exportverbot für bestimmte Waren sowie die Gegenmaßnahmen Russlands von untergeordneter Bedeutung gewesen sein. Die russischen Warenimporte aus Ländern, die sich an den Sanktionen beteiligt haben, verringerten sich jedenfalls nur unwesentlich stärker als solche aus dem Rest der Welt.⁵⁾

Die russischen Exporte legten im vergangenen Jahr Preisbereinigt um knapp 4% zu. Dahinter steht in erster Linie die erwähnte Ausweitung der Produktion von Energiegütern. Andere Warenexporte gingen einer nicht amtlichen Schätzung zufolge leicht zurück.⁶⁾ Offensichtlich ist es den russischen Unternehmen trotz der Abwertung bislang nicht gelungen, auf den Auslandsmärkten stärker Fuß zu fassen. Im Hinblick auf die

Ölpreis und Wechselkurs des Rubel

Januar 2014 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters Datastream und russische Zentralbank. 1) Ein Rückgang zeigt eine Abwertung des Rubel an.

Deutsche Bundesbank

Handelsbilanz hat die kräftige Einschränkung der Importe den preisbedingten Einbruch der Exporterlöse zu einem guten Teil aufgewogen. Der russische Leistungsbilanzüberschuss war mit 70 Mrd US-\$ sogar etwas höher als im Jahr 2014.

Die Perspektiven der russischen Wirtschaft hängen weiterhin entscheidend vom Ölpreispfad ab. Die Rohölnotierungen sind in den letzten Monaten zwar wieder deutlich gestiegen. In der jahresdurchschnittlichen Betrachtung werden die russischen Einnahmen aus Energieexporten im Jahr 2016 jedoch voraussichtlich erneut merklich sinken. Der Sparkurs des Staates könnte sich

2) Dass die Profitabilität der Ölunternehmen trotz des Ölpreisrückgangs nicht gelitten hat, liegt neben der Abwertung an Besonderheiten im russischen Steuersystem. Vgl.: Internationale Energieagentur, Russia robust through 2016, Oil Market Report, November 2015, S. 27 f.

3) Die starke Einschränkung der russischen Importe hat auch zur Schwäche des Welthandels im vergangenen Jahr beigetragen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den jüngsten Tendenzen im globalen Warenhandel, Monatsbericht, März 2016, S. 23 f.

4) Auch das erwähnte Verbot von Nahrungsmittelimporten aus dem Westen ist durchaus als Bestandteil dieser Strategie anzusehen.

5) Die Einnahmen Deutschlands aus Warenexporten nach Russland gingen im Jahr 2015 um ein Viertel zurück. Nimmt man geringe Einkünfte aus Dienstleistungsexporten und Vermögen in Russland hinzu, summieren sich die Verluste für Deutschland auf 9 Mrd €.

6) Vgl.: Gaidar Institute for Economic Policy (2016), Russian Economic Developments No. 4, S. 26.

sogar verschärfen, da angesichts der gesunkenen finanziellen Rücklagen nur noch begrenzte Spielräume zur Ausweitung des Haushaltsdefizits bestehen.⁷⁾ Ein mögliches Aufheben der Sanktionen würde die kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven Russlands wahrscheinlich nur wenig verbessern. Nach einer Schätzung der Weltbank würde in einem solchen Szenario das Wirtschaftswachstum lediglich ein Jahr lang um 1 Prozentpunkt höher ausfallen.⁸⁾

Sollte der Ölpreis nicht wieder rasch zu dem hohen Niveau der jüngeren Vergangenheit zurückkehren, ist in den nächsten Jahren nur mit einer schwachen Erholung der russischen Wirtschaft – einhergehend mit einer gedämpften Importentwicklung⁹⁾ – zu rechnen. Dabei ist ins Bild zu nehmen, dass sich das Potenzialwachstum in den vergangenen Jahren wohl stark verringert hat. Schon vor dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts haben hierzu eine ungünstige demografische Entwicklung sowie ein zunehmender staatlicher Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen bei-

getragen. Zuletzt kam hinzu, dass die ausländischen Direktinvestitionen in Russland – vermutlich als Ergebnis der gestiegenen politischen Unsicherheit – beinahe vollständig zum Erliegen gekommen sind. Sie wären aber gerade für die notwendige Diversifikation der russischen Wirtschaft dringend erforderlich. Demgegenüber ist die von Russland verfolgte Strategie zur Stärkung der Nichtrohstoffsektoren, nämlich die Importsubstitution, langfristig wenig erfolgversprechend.

7) Die verbliebenen Mittel im nationalen Reservefonds beliefen sich Ende 2015 auf 50 Mrd US-\$; dies entspricht annähernd dem im vergangenen Jahr verzeichneten Haushaltsdefizit.

8) Vgl.: Weltbank, Russia Economic Report No. 35, April 2016, S. 32.

9) Legt man die aktuelle Vorausschätzung des IWF im World Economic Outlook zugrunde, dann wird das russische Importvolumen selbst im Jahr 2021, dem Ende des mittelfristigen Prognosehorizonts, noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2014 erreicht haben.

die Ausführungen auf S. 14 ff.). Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe ließ in den vergangenen Monaten weiter nach; die Vorjahresrate sank von 12,9% im Dezember 2015 auf 7,3% im März 2016.

USA

Schwacher
Jahresauftakt

In den Vereinigten Staaten verlangsamte sich zum Jahresauftakt die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung weiter. Gemäß einer ersten amtlichen Schätzung erhöhte sich das um saisonale Einflüsse bereinigte reale BIP lediglich um 0,1% gegenüber dem Schlussquartal 2015, in dem ein verhaltener Zuwachs von 0,3% verzeichnet worden war. Die Ursachen für den neuerlichen Tempoverlust sind zum einen in einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung des Unternehmenssektors zu verorten. Insbesondere in der Ölindustrie wurden die entsprechenden Ausgaben nochmals erheblich gekürzt.⁴⁾ Bremsend wirkte darüber hinaus, dass

der private Konsum im Winter nur zögerlich expandierte, wobei die Ausgabensteigerung der Haushalte hinter dem Einkommenszuwachs zurückblieb. Mithin kletterte die Sparquote etwas auf 5,2%. In den vorangegangenen anderthalb Jahren hatte sie sich trotz des starken Preisrückgangs bei energieintensiven Waren und Dienstleistungen bemerkenswert stabil gezeigt; das spricht dafür, dass der hiermit einhergehende zusätzliche Ausgabenspielraum weitgehend ausgeschöpft wurde.⁵⁾ Der jüngste Anstieg der Sparquote ist zu einem wesentlichen Teil geringeren Ausgaben für neue Personenkraftwagen geschuldet und mithin wohl

4) Die realen Investitionsausgaben der Ölindustrie brachen im ersten Vierteljahr einer eigenen Schätzung zufolge um etwa ein Drittel ein. Rechnerisch können drei Viertel des Rückgangs der gesamten gewerblichen Investitionen um 1,5% im Quartalsvergleich auf diese Korrektur zurückgeführt werden.

5) Vom zweiten Vierteljahr 2014 bis zum Jahresende 2015 legte die Sparquote der privaten Haushalte zwar leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 5,0% zu. Der Anteil der energiebezogenen Verbrauchsausgaben am verfügbaren Einkommen fiel im gleichen Zeitraum aber um 1,3 Prozentpunkte.

kein Anzeichen einer allgemeinen Kaufzurückhaltung (siehe Erläuterungen auf S. 18 f.).⁶ Die Rahmenbedingungen für den privaten Verbrauch erscheinen zudem weiterhin günstig. Im April verharrte die Erwerbslosenquote nahe ihrem zyklischen Tiefstand. Im Winterhalbjahr war ihre vorherige Abwärtsbewegung bei robustem Beschäftigungswachstum lediglich wegen einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung zum Erliegen gekommen. Aufgrund des binnen Jahresfrist nach wie vor erheblichen Preisrückgangs bei Kraftstoffen blieb zudem der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe bis zuletzt verhalten. Die entsprechende Teuerungsrate belief sich im März auf 0,9%. Die ohne Energieträger und Nahrungsmittel berechnete Kernrate betrug im gleichen Monat jedoch 2,2% und hält sich somit seit Dezember über 2%. Die amerikanische Notenbank hat im laufenden Jahr bislang dennoch keine weiteren Schritte zur Normalisierung der geldpolitischen Ausrichtung unternommen.

Japan

Wohl keine konjunkturelle Besserung im Winter

Die japanische Wirtschaft zeigte sich zum Jahresauftakt schwach und drohte angesichts des bereits merklichen BIP-Rückgangs im Herbst 2015 in eine technische Rezession zu rutschen.⁷ So unterschritt die Industrieproduktion, deren Entwicklung oft einen recht engen Gleichlauf zur gesamtwirtschaftlichen Erzeugung aufweist, im Winter den Stand des Vorquartals deutlich. Auf der Nachfrageseite waren zumindest Indikatoren des privaten Konsums verhalten aufwärtsgerichtet. Dies schlug sich in einer spürbaren Zunahme der realen Warenimporte nieder. Da zugleich die Warenausfuhren mengenmäßig leicht rückläufig waren, könnte der Außenbeitrag die gesamtwirtschaftliche Entwicklung rechnerisch gedämpft haben. Ungeachtet der Volatilität einer Reihe von Wirtschaftsdaten zeigte sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust. Die Erwerbslosenquote fiel im Winter auf einen neuen zyklischen Tiefpunkt (3,2%). Die Teuerungsrate für den Warenkorb der Konsumenten ohne Energieträger und Nah-

rungsmittel war im März mit 0,7% geringfügig niedriger als im Vormonat. Von einer weiteren geldpolitischen Lockerung hat die japanische Notenbank Ende April gleichwohl abgesehen. Im Zusammenhang mit der Beseitigung der Schäden nach dem jüngsten Erdbeben in Süd-japan stand die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts zur Debatte.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich verlor die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zuletzt etwas an Schwung. Nach Ausschaltung der üblichen saisonalen Einflüsse zog das reale BIP laut einer vorläufigen Schätzung im Winter um 0,4% gegenüber dem vierten Quartal 2015 an. Damit wurde das Expansionstempo der Vorperiode nicht ganz gehalten. Die Verlangsamung war breit angelegt. So fiel das Wachstum der Wertschöpfung des Dienstleistungssektors, der das Rückgrat der britischen Wirtschaft bildet, schwächer aus als zuvor. Im Bausektor und im Produzierenden Gewerbe war die Erzeugung sogar rückläufig; vor allem die Öl- und Gasförderung wurde erneut eingeschränkt. Der Arbeitsmarkt zeigte sich aber bis zuletzt robust. Die Erwerbslosenquote im Dreimonatszeitraum bis Februar verharrte auf ihrem zyklischen Tiefstand von 5,1%. Der Preisauftrieb, gemessen am Vorjahresabstand des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, nahm in den vergangenen Monaten weiter zu. Er blieb aber auch im März verhalten (+1,2%). Vor diesem Hintergrund hat die britische Notenbank ihre geldpolitischen Leitzinsen bislang nicht angehoben.

Leichte konjunkturelle Abschwächung

⁶ Im ersten Vierteljahr 2016 schränkten die privaten Haushalte ihre realen Ausgaben für neue Kraftfahrzeuge um 7% im Vergleich zum Vorquartal ein, in dem sie bereits um fast 3% gesunken waren. Etwa zwei Drittel der sukzessiven Verlangsamung des vierteljährlichen privaten Konsumwachstums um insgesamt 0,3 Prozentpunkte seit dem Sommer 2015 kann durch diese Entwicklung erklärt werden.

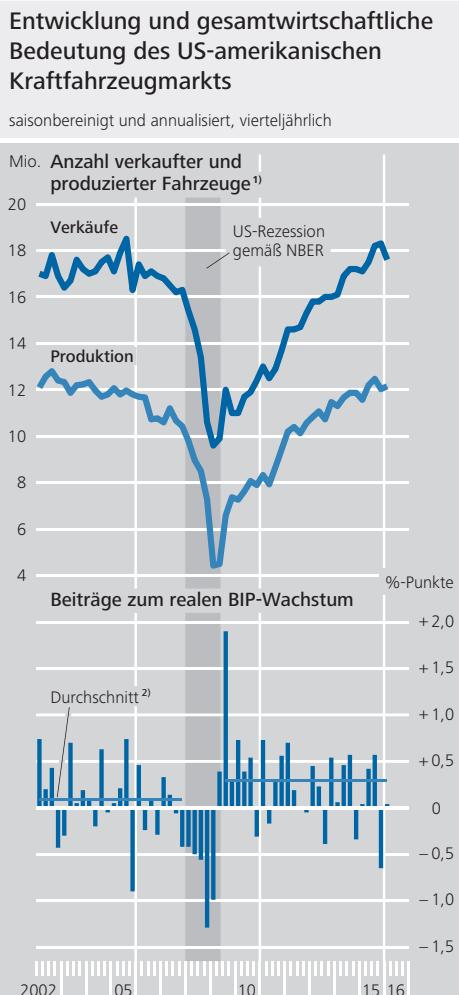
⁷ Eine amtliche Schätzung für die gesamtwirtschaftliche Erzeugung Japans im ersten Quartal 2016 lag bei Abschluss dieses Monatsberichts noch nicht vor.

Zur Bedeutung des Kraftfahrzeugmarkts für die US-Konjunktur

Die Kraftlosigkeit des privaten Verbrauchs in den Vereinigten Staaten im ersten Vierteljahr 2016 ist wesentlich einem kräftigen Rückgang der Automobilnachfrage der privaten Haushalte zuzuschreiben. Da auch das Flottengeschäft schwächelte, unterschritt die Anzahl der verkauften Personenkraftwagen Angaben des Bureau of Economic Analysis (BEA) zufolge im Winter den Stand des Vorquartals saisonbereinigt um fast 4%. Ähnlich starke Rückschläge wie zuletzt wurden im aktuellen Aufschwung lediglich im Herbst 2009 nach dem Auslaufen staatlicher

Kaufanreize sowie im Frühjahr 2011 im Gefolge des Tōhoku-Erdbebens in Japan verzeichnet, welches weltweit Produktionsausfälle und Lieferengpässe hervorrief. Die gegenwärtige Schwäche ist im Zusammenhang mit dem außergewöhnlich kräftigen Anstieg im Sommerhalbjahr 2015, in dem die Absatzzahlen insgesamt um 6,5% nach oben gingen, zu sehen.¹⁾

In Abgrenzung zu den Episoden, in denen die Kfz-Absatzzahlen mit dem Auslaufen der bremsenden äußeren Einflüsse rasch wieder auf ihren steilen Expansionspfad einschwenkten, scheint derzeit eine Wiederaufnahme der dynamischen Aufwärtsbewegung fraglich. Tatsächlich erreichten die Verkaufszahlen zum Jahresende 2014 wieder in etwa das Niveau, um welches sie in den neun Jahren vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ohne klare Tendenz geschwankt hatten. Zudem sollte mittlerweile auch der krisenbedingte Rückgang der Anzahl registrierter Kfz je 1 000 Einwohner aufgeholt worden sein.²⁾ Angesichts des hohen Motorisierungsgrades dürfte der Absatzmarkt daher mittelfristig kaum stärker wachsen als die Zahl der potenziellen Halter. Im Zuge einer Normalisierung der geldpolitischen Ausrichtung könnten schließlich steigende Zinsen oder höhere Kredithürden den



Quellen: BEA, Board of Governors of the Federal Reserve System, NBER und eigene Berechnungen. **1** Einschl. schwerer Lastkraftwagen. **2** Gemittelt über gesamtwirtschaftliche Expansionsphasen.

Deutsche Bundesbank

¹ Möglicherweise hat auch der frühe Ostertermin den Pkw-Absatz gedämpft. Jedenfalls erwies sich in der Vergangenheit der Automobilabsatz im März häufig als schwach, wenn Ostern in diesen Monat fiel.

² Im Jahr 2014, dem letzten Jahr für das Angaben zur Anzahl registrierter Fahrzeuge vorliegen, unterschritt der Motorisierungsgrad den Vorkrisenstand i. H. v. 820 Kfz je 1 000 Einwohner noch um $\frac{1}{2}\%$. Im vergangenen Jahr dürfte – bei Unterstellung einer durchschnittlichen Abschreibungsrate – aufgrund der hohen Verkaufszahlen diese Marke aber wieder übertragen worden sein.

Kfz-Markt zusätzlich belasten.³⁾ Im Einklang mit diesen Erwägungen fallen derzeit die Prognosen von Analysten und Bankvolkswirten für die Entwicklung der Verkaufszahlen im laufenden und kommenden Jahr zurückhaltend aus.

Die US-amerikanische Kfz-Produktion entwickelte sich zum Jahresauftakt, gemessen an der Zahl der gefertigten Fahrzeuge, trotz der heimischen Absatzschwäche vergleichsweise robust. An die kräftigen Zuwachsraten aus den ersten Jahren des aktuellen Aufschwungs konnte sie allerdings bereits seit Ende 2014 nicht mehr anknüpfen, wozu auch die nachlassende Dynamik am globalen Kfz-Markt beigetragen haben dürfte.⁴⁾⁵⁾ Eine erneute Beschleunigung erscheint derzeit insbesondere vor dem Hintergrund des Ausblicks für die inländische Nachfrage unwahrscheinlich. Somit dürfte eine nicht unerhebliche Stütze der gesamtwirtschaft-

lichen Erholung in den USA an Bedeutung verlieren. Seit Mitte 2009 hatte der Automobilsektor im Durchschnitt gut $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt zum jährlichen BIP-Wachstum beigetragen.

3) Die Finanzierungsbedingungen spielen für den Kfz-Markt eine hervorgehobene Rolle, da auch im aktuellen Aufschwung die Erholung der Verkaufszahlen mit einem kräftigen Anstieg der Kreditvergabe einhergegangen ist. Entgegen dem allgemeinen Trend zum Schuldenabbau hat die Relation aus dem Wert ausstehender Automobilkredite zur Höhe des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte mit fast 8% wieder das Niveau des Jahres 2007 erreicht. Vgl.: Haughwout et al. (2015), Just Released: New and Improved Charts and Data on Auto Loans, Liberty Street Economics, Federal Reserve Bank of New York, <http://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2015/11/just-released-new-charts-new-data-on-auto-loans.html>

4) Die Ausfuhren, deren Niveau sich im Jahr 2014 noch auf 16% der Bruttowertschöpfung der Kfz-Industrie belief, unterschritten preisbereinigt zuletzt ihren Stand dieses Jahres um rd. 15%. Das mit Abstand wichtigste Abnehmerland für Kfz aus US-Produktion ist Kanada.

5) Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung des globalen Pkw-Absatzes und den Implikationen für die Weltkonjunktur, Monatsbericht, November 2015, S. 12–14.

Neue EU-Mitgliedsländer

Wachstum
verlangsamt

In den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-6)⁸⁾ hat sich das Wirtschaftswachstum im Winterquartal offenbar deutlich verlangsamt. In Polen und Ungarn nahm das reale BIP saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode sogar ab. Die zugrunde liegende konjunkturelle Aufwärtstendenz in der Region dürfte dennoch intakt sein. Dafür spricht auch die fortschreitende Verbesserung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ging in den vergangenen Monaten in allen Ländern der Region zurück. In Polen und Tschechien erreichte sie zuletzt den Stand vor dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise; in Ungarn liegt sie bereits deutlich darunter. Die Kaufkraft und der Konsum der privaten Haushalte wurden darüber hinaus durch die günstige Preisentwicklung gestärkt. Im ersten Quartal verringerten sich die Verbraucherpreise binnen Jahresfrist im betrachteten Länderkreis um 0,5%. Die Spanne der HVPI-Raten reichte dabei von – 2,0% in Rumänien über – 0,3% in

Polen bis + 0,4% in Tschechien und Ungarn. Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel erhöhten sich die Preise in der Region nur um 0,3%. Aufgrund des geringen Preisdrucks hat die Zentralbank in Ungarn ihre Leitzinsen erneut gesenkt.

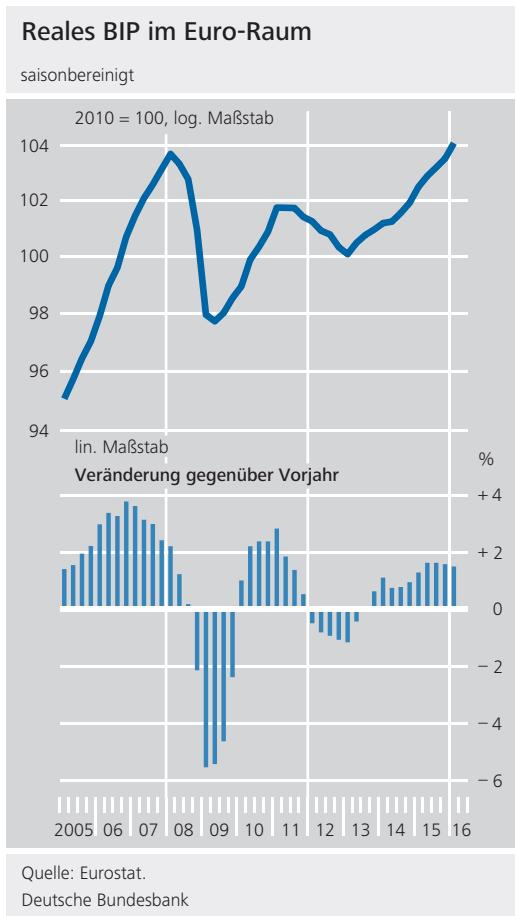
Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Im Euro-Raum setzte sich die konjunkturelle Erholung zum Jahresauftakt fort. Der zweiten Schätzung von Eurostat zufolge nahm das reale BIP im ersten Vierteljahr 2016 saisonbereinigt um 0,5% gegenüber dem Schlussquartal 2015 und um 1,5% im Vorjahresvergleich zu.⁹⁾ Damit

Expansions-
tempo im
Winter erhöht

8) Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, sofern sie noch nicht zur EWU gehören, d.h. Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Kroatien.

9) Eine erstmals bereits 30 Tage nach Quartalsende veröffentlichte Schnellschätzung von Eurostat hatte noch ein BIP-Wachstum von 0,6% (statt 0,5%) ausgewiesen.



hat sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo etwas erhöht. Angesichts der eher flauen Weltkonjunktur und der Stimmungseintrübung innerhalb des Euro-Raums ist diese Steigerung bemerkenswert. Einen positiven Einfluss könnte die milde Witterung ausgeübt haben. Zudem sind Schwankungen vierteljährlicher Wachstumszahlen nicht ungewöhnlich. Mit ins Bild zu nehmen sind aber auch mögliche Datenrevisionen. So war die Entwicklung in den letzten Quartalen nach heutigem Stand etwas günstiger, als sie sich zunächst dargestellt hatte.¹⁰⁾

Für eine gewisse Festigung der Konjunktur im Euro-Raum spricht, dass die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte im Verlauf des vergangenen Jahres an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt insbesondere für den Konsum der privaten Haushalte, die von niedrigeren Energiepreisen, aber auch von der graduellen Besserung am Arbeitsmarkt profitierten. Die Sparquote der privaten Haushalte war weitgehend

unverändert. Die Realeinkommensgewinne kamen also dem privaten Verbrauch zugute. Später belebten sich zudem die Investitionen der Unternehmen, nachdem in der ersten Jahreshälfte 2015 der Export noch wichtige Impulse geliefert hatte. Im ersten Vierteljahr 2016 setzten sich diese Grundtendenzen fort. Der private Konsum dürfte trotz einer erneuten Eintrübung des Verbrauchertrauens deutlich ausgeweitet worden sein. Die realen Einzelhandelsumsätze nahmen jedenfalls saisonbereinigt um 0,7% gegenüber dem vierten Vierteljahr zu, und die Kfz-Erstzulassungen erhöhten sich um 3%.

Die Investitionen wurden in den Wintermonaten wohl weiter gesteigert. Der Inlandsumsatz der Investitionsgüterindustrie legte im Durchschnitt der Monate Januar und Februar preis- und saisonbereinigt um 0,9% zu. Die Bauproduktion zog zu Beginn des Jahres auch witterungsbegünstigt erheblich an. Wesentlich für die verbesserte Investitionskonjunktur dürften neben der im längerfristigen Vergleich inzwischen wieder überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe auch das sehr günstige Finanzierungsumfeld und die fiskalischen Investitionsanreize in einigen Mitgliedsländern sein. Zugleich gibt es Anzeichen für eine beginnende Erholung der Preise auf den Wohnimmobilienmärkten.

Weiterer Anstieg der Investitionen

Ähnlich wie in der zweiten Jahreshälfte 2015 gingen vermutlich auch zu Beginn des laufenden Jahres von der Weltwirtschaft nur wenige Anstöße für den Euro-Raum aus. Zwar wurde der kräftige Rückgang der Ausfuhren in Drittländer im Januar anschließend zum Teil ausgeglichen. Gleichwohl wurde im Durchschnitt der ersten beiden Monate des Jahres das Niveau des Vorquartals nicht ganz erreicht. Im Intrahandel stiegen die Exporte im gleichen Zeitraum hingegen im Einklang mit der verbesserten Bin-

Impulse vom Welt Handel bleiben verhalten

nenkonjunktur des Euro-Raums preis- und saisonbereinigt um 0,7%.

Lebhafte Industriekonjunktur

Die Industriekonjunktur zeigte sich im ersten Jahresviertel 2016 recht lebhaft. Gegenüber dem vierten Quartal 2015 stieg die Industrieproduktion saisonbereinigt um 0,9%. Die Herstellung von Investitionsgütern erhöhte sich um 1,9%. Auch die Erzeugung von Vorleistungs- und Konsumgütern nahm spürbar zu. Abgesetzt wurde die zusätzliche Produktion fast ausschließlich innerhalb der EWU; die Umsätze in Drittländern waren preisbereinigt praktisch unverändert. Die Energieerzeugung fiel nicht zuletzt aufgrund des recht milden Winters schwach aus.

In den meisten EWU-Ländern günstige konjunkturelle Entwicklung

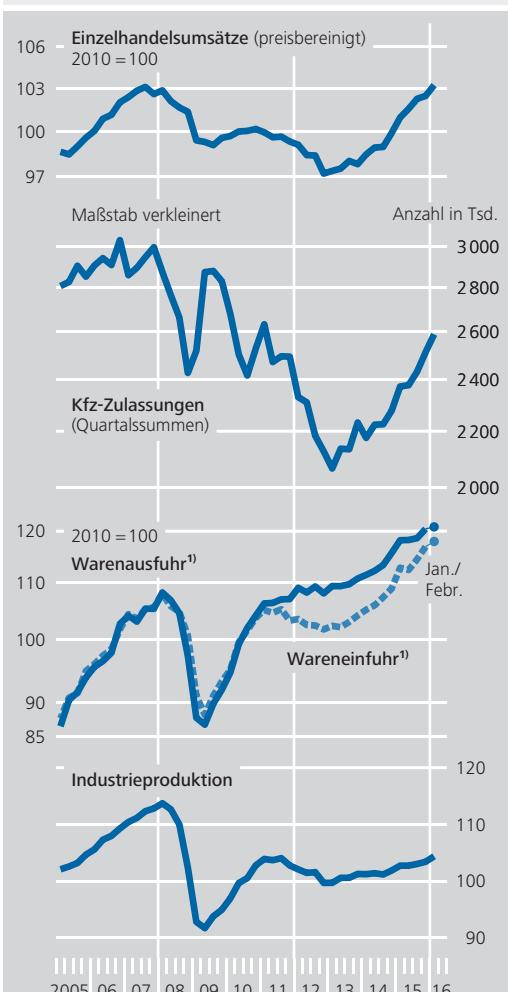
Die beschriebenen Tendenzen waren in den meisten Mitgliedsländern der EWU zu beobachten. In Frankreich hat sich im ersten Vierteljahr die konjunkturelle Erholung mit einer BIP-Steigerung um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gefestigt. Besonders dynamisch entwickelten sich nach dem Rückschlag im vierten Quartal die privaten Konsumausgaben. In Italien verbesserte sich die Lage etwas. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandierte saisonbereinigt um 0,3%. In Spanien setzte sich die schwungvolle Erholung bei einer Wachstumsrate von 0,8% mit unverändertem Tempo fort. Dabei zogen auch die Bauinvestitionen wieder stark an. Die erhöhte politische Unsicherheit in Spanien hat bislang die dortige Wirtschaft nicht erkennbar beeinträchtigt. Auch in den übrigen Ländern des Euro-Raums stellte sich die Entwicklung überwiegend positiv dar. In einigen kleineren Mitgliedsländern, insbesondere Irland und Malta, blieb die Konjunktur wahrscheinlich sehr schwungvoll. Angespannt war die Lage hingegen weiterhin in Griechenland, wo die im Rahmen des Anpassungsprogramms eingeleiteten Maßnahmen den privaten Konsum dämpften.

Graduelle Verbesserung am Arbeitsmarkt

Die graduelle Besserung am Arbeitsmarkt setzte sich im ersten Vierteljahr fort. Die standardisierte Erwerbslosenquote verringerte sich bis März auf 10,2% und unterschritt den Vorjahres-

Konjunkturindikatoren für die EWU

saisonbereinigt, Quartalsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Eurostat, EZB und eigene Berechnungen. ¹ Nominale Export- und Importdaten gemäß Außenhandelsstatistik (Intra- und Extrahandel). Preisbereinigt mit Produzentenpreisindex (Exporte) bzw. Importpreisindex.

Deutsche Bundesbank

stand um 1,0 Prozentpunkte. Die Zahl der Beschäftigten war im vergangenen Jahr kontinuierlich gestiegen; bis zum letzten Quartal 2015 hatte sie um 1,2% binnen Jahresfrist zugelegt. Der Lohnauftrieb blieb zwar insgesamt verhalten, verstärkte sich 2015 im Vergleich zum Vorjahr aber leicht. Aufgrund von Maßnahmen zur Verringerung der Lohnnebenkosten in mehreren Mitgliedsländern fiel der Zuwachs der Arbeitskosten auf Stundenbasis im vierten Quartal 2015 mit 1,3% im Vorjahresvergleich allerdings sehr moderat aus.

Die Verbraucherpreise gingen im ersten Quartal 2016 im Euro-Raum saisonbereinigt recht kräf-



Recht kräftiger Rückgang der Verbraucherpreise

tig um 0,4% zurück, nachdem sie im Herbst 2015 leicht gesunken und im Sommer unverändert geblieben waren. Dahinter standen vor allem deutlich niedrigere Rohölnotierungen, aber auch kräftig nachgebende Nahrungsmittelpreise. Industriegüter (ohne Energie) und Dienstleistungen verteuerten sich ähnlich mode-

rat wie im Vorquartal. Die Vorjahresrate des HVPI verringerte sich leicht auf 0,0%. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel verharrte dagegen bei 1,0%.

Die zuletzt weitgehend unveränderte Teuerungsrate von Industriegütern ohne Energie verdeckt bemerkenswerte Unterschiede in verschiedenen Segmenten. So erhöhte sich die Vorjahresrate langlebiger Industriegüter (z.B. Möbel und Datenverarbeitungsgeräte) seit dem Jahreswechsel 2014/2015 deutlich von – 0,8% auf + 0,9% im Winter 2016. Bei Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer (bspw. Bekleidungsartikel oder Geschirr) war die Beschleunigung um 0,8 Prozentpunkte auf zuletzt 0,5% ebenfalls kräftig. Bei Verbrauchsgütern ist der Preisanstieg dagegen im Vorjahresvergleich seit Anfang 2013 rückläufig. Hier dürfte sich die Abwertung des Euro weniger stark niedergeschlagen haben. Letzteres dürfte auch für die Dienstleistungen gelten, die sich seit Mitte 2013 weitgehend unverändert mit einer Jahresrate von etwas über 1% verteuern, zuletzt aber – auch kalenderbedingt – größeren Schwankungen ausgesetzt waren.

Im April 2016 waren die Verbraucherpreise im Euro-Raum gemäß Vorabschätzung von Eurostat gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt praktisch unverändert. Für Industriegüter ohne Energie mussten die Verbraucher ähnlich viel bezahlen wie im März. Energie und Nahrungsmittel verteuerten sich moderat und kompensierten so den Preisrückgang bei Dienstleistungen, der auch auf die in diesem Jahr frühe Lage von Ostern zurückzuführen sein dürfte. Wegen dieses Effekts sank der Vorjahresabstand des HVPI insgesamt wieder in den negativen Bereich (– 0,2%). Auch die Rate des HVPI ohne Energie verringerte sich deutlich auf 0,7%.

Die Konjunktur im Euro-Raum wird im Frühjahrsquartal nach dem durch die Witterungsbedingungen begünstigten ersten Quartal vermutlich an Tempo verlieren. Darauf deutet auch die Stimmungseintrübung zu Jahresbeginn hin. Die verringerte industrielle Kapazitätsauslastung

Deutlicher Preisanstieg bei langlebigen Industriegütern, Teuerung bei Dienstleistungen durchweg recht flach

Im April Rückgang der Dienstleistungspreise, wahrscheinlich wegen früher Lage von Ostern

Vermutlich leicht abgeschwächte Konjunktur am aktuellen Rand

im April weist ebenfalls in diese Richtung. Zwar wird die Binnennachfrage nach wie vor durch die günstigen Finanzierungsbedingungen und die sich stetig verbessende Arbeitsmarktlage gestützt. Von der Weltwirtschaft dürften jedoch vorerst weiterhin nur verhaltene Impulse ausgehen. Deshalb wird es wohl trotz des guten Jahresauftakts bei der moderat aufwärtsgerich-

teten konjunkturellen Grundtendenz bleiben. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe dürfte im Euro-Raum zunächst schwach ausfallen. Wegen des immer noch dämpfenden Energieeinflusses ist erst zum Jahresende 2016 mit einem Anstieg der HVPI-Gesamtrate Richtung 1% zu rechnen.

Geldpolitik und Bankgeschäft

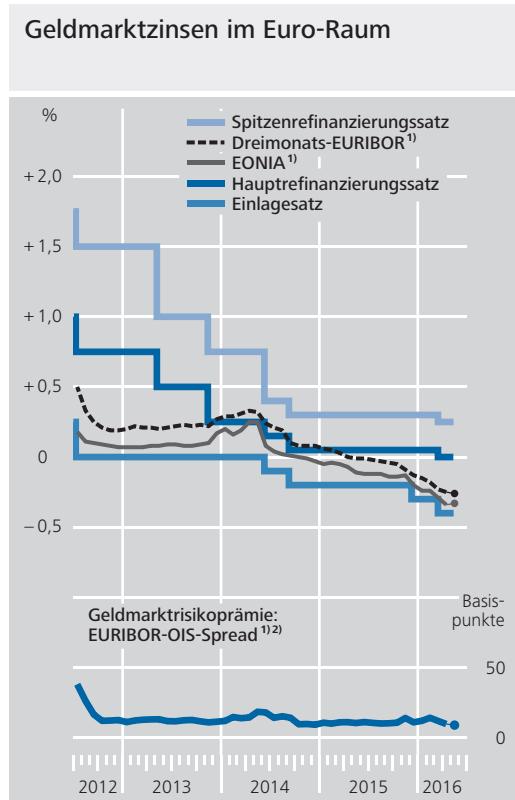
Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

EZB-Rat
beschließt
Senkung der
Leitzinssätze auf
neuen Tiefstand

Am 10. März 2016 beschloss der EZB-Rat vor dem Hintergrund seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse sowie der jüngsten Projektionen der Experten des Eurosystems ein weiteres geldpolitisches Maßnahmenpaket. Darin war eine Absenkung des Zinssatzes der Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf $-0,40\%$ enthalten. Der Hauptrefinanzierungssatz und der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden um jeweils 5 Basispunkte auf 0% und 0,25% gesenkt. Der EZB-Rat kommunizierte zudem, dass er unter Berücksichtigung der aktuellen Aussichten für die Preisstabilität davon ausgehe, dass die Leitzinsen der EZB für längere Zeit und weit über den Zeithorizont ihres Nettoerwerbs von Vermögens-

werten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.

Nach der bereits im Januar angekündigten erneuten Überprüfung des geldpolitischen Kursses sah die Mehrheit des EZB-Rats die umfangreichen neuen Maßnahmen als notwendig an, um erhöhten Risiken für das Preisstabilitätsziel der EZB entgegenzuwirken und etwaige Zweit rundeneffekte bei der Lohn- und Preisentwicklung zu vermeiden. Im Februar war ein Rückgang der jährlichen Teuerungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) auf $-0,2\%$ von $0,3\%$ im Januar 2016 zu beobachten, zu dem alle wichtigen Komponenten des HVPI beitrugen. Außerdem wurden die Inflationsaussichten in den von den Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen im Vergleich zum Dezember nach unten revidiert, was in erster Linie auf die Ölpreisrückgänge der vergangenen Monate zurückzuführen war. Vor diesem Hintergrund soll das Maßnahmenpaket dazu beitragen, die Finanzierungsbedingungen weiter zu lockern, die Dynamik der wirtschaftlichen Erholung im Euro-Raum zu verstärken und eine Rückkehr der Inflationsraten auf ein Niveau von unter, aber nahe 2% zu beschleunigen. Gleichzeitig konstatierte der EZB-Rat aber auch, dass sehr niedrige oder negative Inflationsraten in den nächsten Monaten aufgrund der Schwankungen der Ölpreise unvermeidbar seien. Im späteren Jahresverlauf 2016 und darüber hinaus dürften die Inflationsraten aber wieder anziehen.



Quelle: EZB. 1 Monatsdurchschnitte. 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA-Swapsatz. • = Durchschnitt 1. bis 12. Mai 2016.

Deutsche Bundesbank

Eine weitere Komponente des vom EZB-Rat beschlossenen Maßnahmenpaketes war die Erhöhung des Volumens der monatlichen Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) ab April 2016 um 20 Mrd € auf 80 Mrd €. Die Ankäufe sollen bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nach-

EZB-Rat erhöht
monatliches
Ankaufvolumen
des APP und ...

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den zwei Reserveperioden vom 27. Januar 2016 bis zum 26. April 2016 nahm der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren im Euro-Raum spürbar zu (siehe unten stehende Tabelle). Er erhöhte sich gegenüber dem Durchschnitt der Reserveperiode Dezember 2015/Januar 2016 um 90,2 Mrd € auf durchschnittlich 687,1 Mrd € in der Periode März/April 2016, bewegte sich dabei aber im Beobachtungszeitraum in einer breiten Spanne von 611,8 Mrd € bis 726,8 Mrd €. Hauptursache für den Anstieg des durchschnittlichen Bedarfs war die deutliche Zunahme der Einlagen öffentlicher Haushalte um per saldo 64,9 Mrd €. Zudem verringerte sich die Summe aus den Netto-Währungsreserven und den Sonstigen Faktoren, die beide wegen liquiditätsneutraler Bewertungseffekte gemeinsam betrachtet werden, um insgesamt 28,8 Mrd €, was mit entsprechender liquiditätsabsorbierender Wirkung einherging. Im Gegensatz dazu wirkte die Abnahme des Banknotenumlaufs um per saldo

3,5 Mrd € liquiditätszuführend, da der saisonübliche Rückgang nach Weihnachten stärker war als der Anstieg in der Periode März/April. Das Mindestreservesoll nahm in beiden Perioden um insgesamt 1,2 Mrd € auf 114,3 Mrd € in der Periode März/April 2016 zu, was entsprechend absorbiert wirkte.

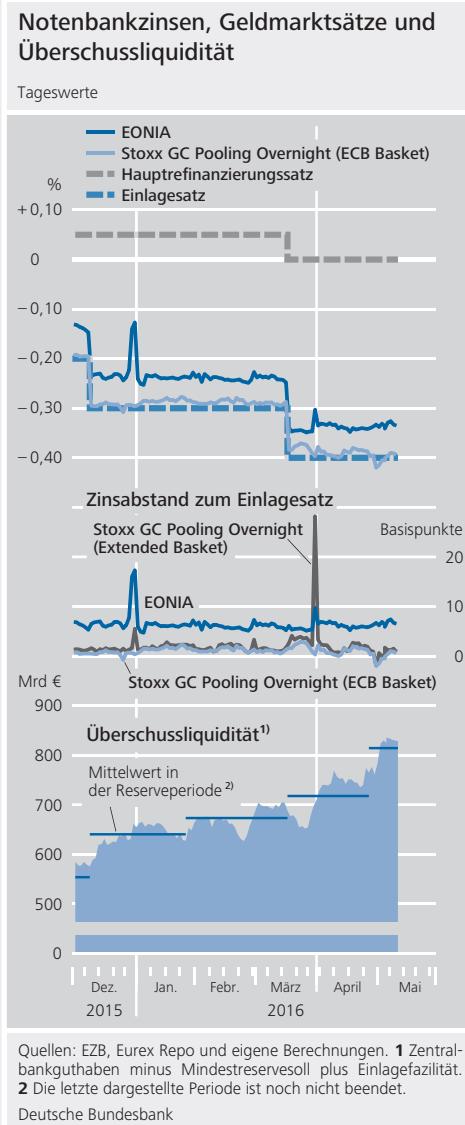
Die geldpolitischen Entscheidungen vom 10. März 2016 haben dazu geführt, dass durch die ab 1. April 2016 umgesetzte Erhöhung des monatlichen Ankaufvolumens im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) die Liquiditätsversorgung zu einem noch größeren Anteil auf den Wertpapier-Ankaufprogrammen basierte: Ihr Anteil an allen Offenmarktgeschäften stieg von durchschnittlich 63% in der Reserveperiode Januar/März 2016 auf 66% in der Reserveperiode März/April 2016 (68% per 6. Mai 2016); siehe Schaubild auf Seite 28.

Liquiditätsbestimmende Faktoren *)

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2016	
	27. Januar bis 15. März	16. März bis 26. April
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (–) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren		
1. Banknotenumlauf (Zunahme: +) 2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: –) 3. Netto-Währungsreserven ¹⁾ 4. Sonstige Faktoren ¹⁾	+ 9,4 – 33,1 – 3,8 – 20,7	– 5,9 – 31,8 + 19,5 – 23,8
Insgesamt	– 48,2	– 42,0
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems		
1. Offenmarktgeschäfte		
a) Hauptfinanzierungsgeschäfte	– 8,7	– 4,8
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	– 5,2	– 0,9
c) Sonstige Geschäfte	+ 95,8	+ 92,5
2. Ständige Fazilitäten		
a) Spaltenrefinanzierungsfazilität	– 0,1	+ 0,1
b) Einlagefazilität (Zunahme: –)	– 33,9	– 31,5
Insgesamt	+ 47,9	+ 55,4
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	– 0,6	+ 13,5
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: –)	– 0,5	– 0,7

* Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*15* im Statistischen Teil dieses Berichts.
 1) Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.



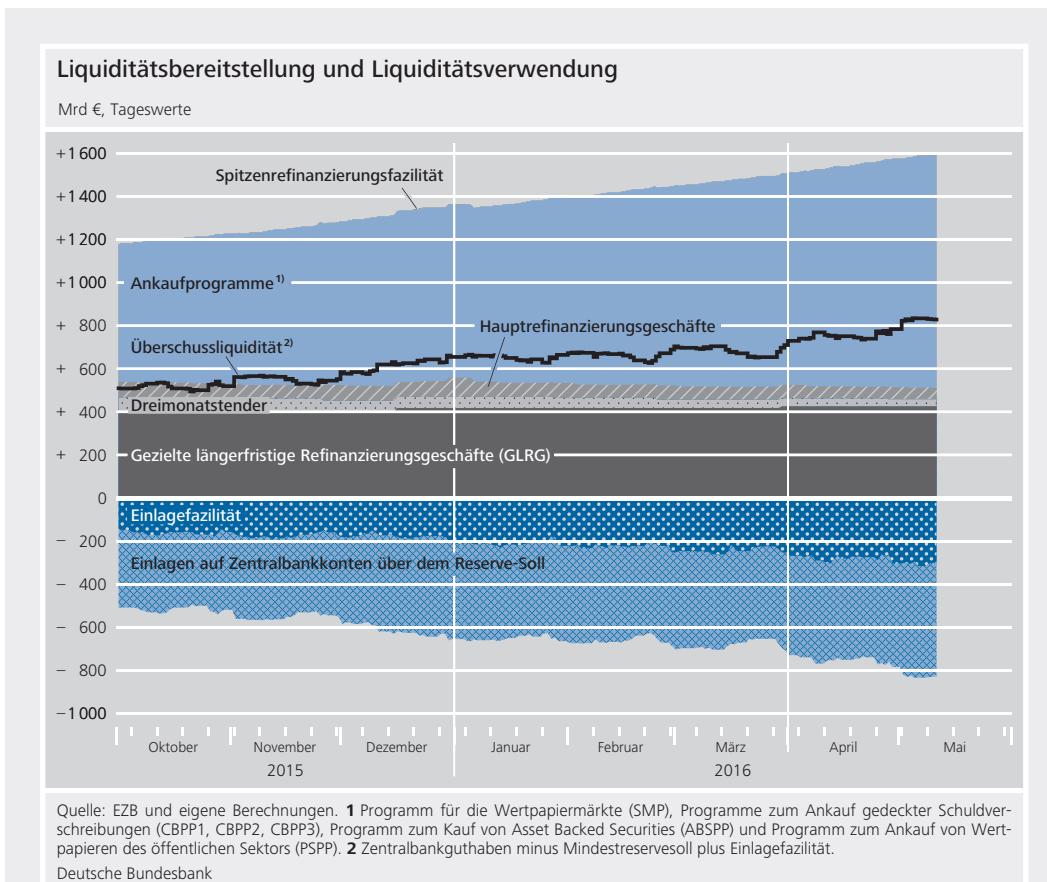
Der bilanzielle Wertpapierbestand erreichte in der Periode März/April 2016 insgesamt durchschnittlich 1 000,1 Mrd €; davon entfiel mit 666 Mrd € ein Großteil auf das seit März 2015 laufende Staatsanleiheprogramm PSPP. Im Verlauf der beiden betrachteten Reserveperioden erhöhten sich die bilanziellen Bestände der drei Unterprogramme des APP um 177,5 Mrd € im PSPP, 21,7 Mrd € im CBPP3 und 2,7 Mrd € im ABSPP. Zum 29. April 2016 betrugen sie 726,5 Mrd € (PSPP), 172,3 Mrd € (CBPP3) und 19,0 Mrd € (ABSPP). Im Gegensatz dazu sanken die bilanziellen Wertpapierbestände der bereits beendeten Ankaufprogramme des Eurosystems weiter, bedingt durch Fälligkeiten und unter Berücksichtigung der vierteljährlichen Neubewertung. Sie lagen zum 29. April 2016

bei 19,1 Mrd € im CBPP1 (–1,0 Mrd € gegenüber dem 27. Januar 2016), 8,5 Mrd € im CBPP2 (–0,8 Mrd €) und 114,7 Mrd € im SMP (–8,3 Mrd €).

Demgegenüber veränderte sich das ausstehende Tendervolumen im Betrachtungszeitraum wenig (siehe Schaubild auf S. 27), woran auch die Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf einen Tiefstwert von 0,00% nichts änderte. Es verringerte sich gegenüber der Periode Januar/März 2016 um rund 6 Mrd € auf durchschnittlich 519 Mrd € in der Reserveperiode März/April 2016. Hierzu trug die Nachfrage im siebten gezielten längerfristigen Refinanzierungs geschäft (GLRG) Ende März 2016 bei, die mit 7,3 Mrd € gering ausfiel. Das Gesamt volumen der GLRG erhöhte sich dadurch nur auf rund 425 Mrd €. Dagegen reduzierte sich die Refinanzierung über die Dreimonatstender weiter um 14 Mrd € auf 38 Mrd € gegenüber dem Periodendurchschnitt Dezember 2015/Januar 2016. Die Nachfrage in den Hauptrefinanzierungsgeschäften bewegte sich in den beiden betrachteten Reserveperioden zwischen 54,0 Mrd € und 69,0 Mrd € und damit auf niedrigerem Niveau als im vorausgegangenen Betrachtungszeitraum (zwischen 60,5 Mrd € und 89,0 Mrd €).

Im Ergebnis erhöhte sich die Überschussliquidität gegenüber dem Periodendurchschnitt der Reserveperiode Dezember 2015/Januar 2016 um 78 Mrd € auf durchschnittlich 718 Mrd € in der Periode März/April 2016. Dabei war sie zum Teil stärkeren Schwankungen innerhalb weniger Tage unterworfen, was vor allem aus der Volatilität der autonomen Faktoren – insbesondere der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem – resultierte.

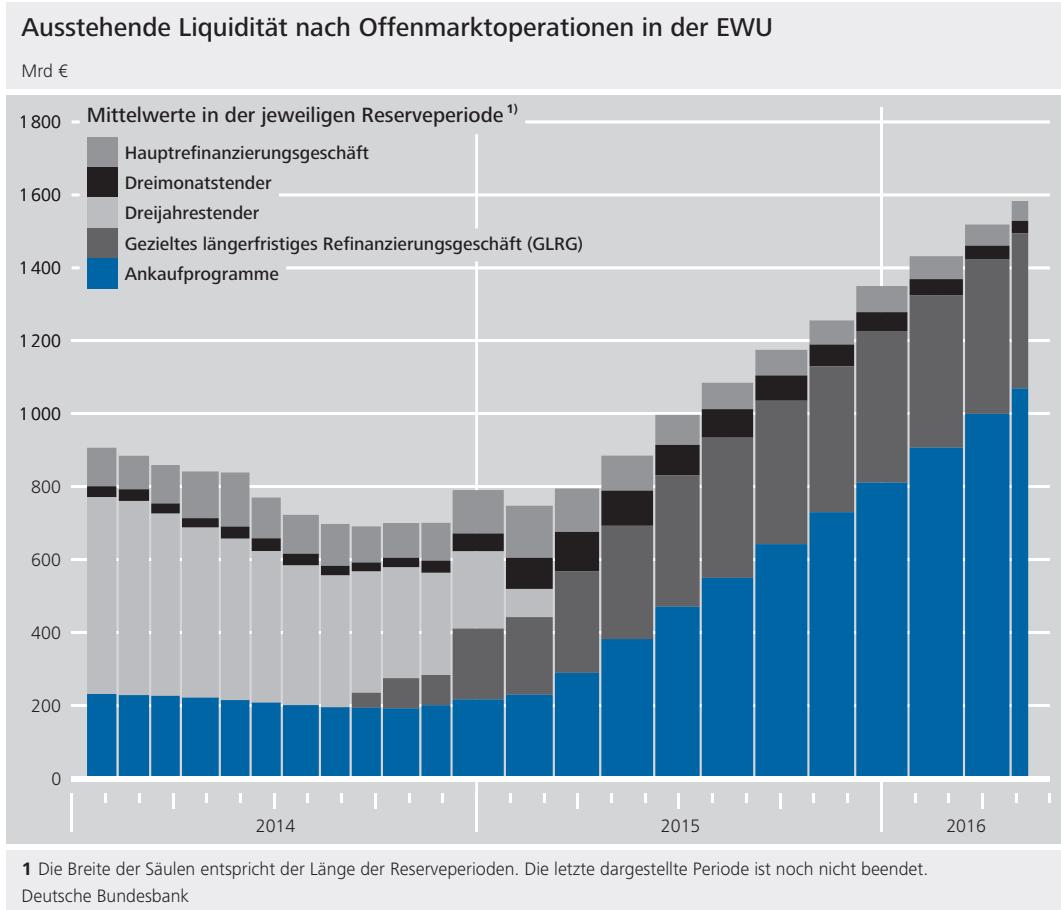
Aufgrund der sehr großzügigen Liquiditätsausstattung orientierten sich die Tagesgeldsätze im Betrachtungszeitraum weiterhin am Satz der Einlagefazilität, sodass sich seine Senkung auf –0,40% zum 16. März 2016 unmittelbar am Markt auswirkte (siehe oben stehendes Schaubild). EONIA wurde in der Reserveperiode März/April 2016 im Durch-



schnitt bei $-0,34\%$ und damit 6 Basispunkte über dem Einlagesatz festgestellt (wie in der Vorperiode). Als ein Referenzzinssatz für besichertes Tagesgeld lag GC Pooling Overnight (ECB Basket) in der Reserveperiode März/April 2016 bei durchschnittlich $-0,39\%$ und damit wie in der Vorperiode 1 Basispunkt über dem Einlagesatz. Am Quartalsultimo März zeigte sich ein gemischtes Bild: Während besichertes Tagesgeld im ECB-Basket so gut wie gar nicht reagierte, gab es – bei vergleichsweise hohen Umsätzen an diesen in der Regel handelsschwachen Tagen – sowohl im Extended Basket (enthält auch Staatsanleihen von Italien und Spanien) als auch beim unbesicherten EONIA Anstiege zum Vortag. Dies könnte auch daran liegen, dass einige Banken ihre Liquidität im Vorgriff auf eine Teilnahme am ersten neuen GLRG II am 23. Juni 2016 zu einem größeren Teil als sonst kurzfristiger steuern. Hierauf deuteten die EONIA-Umsätze hin, die in der Periode März/April um durchschnittlich 4,1 Mrd € auf 16,1 Mrd € zur Vorperiode gestiegen waren – ein in längerfristigem Vergleich jedoch noch immer niedriges Niveau. Bei

den besicherten GC-Pooling-Umsätzen stiegen die Umsätze mit Laufzeit von einem Tag – neben Overnight auch Tomorrow Next (TN) und Spot Next (SN) – in der Periode März/April insgesamt ebenfalls an, wobei Rückgänge im ECB Basket durch höhere Tagesgeldumsätze im Extended Basket sowie in den TN- und SN-Laufzeiten kompensiert wurden. Darüber hinaus erhöhten sich auch die durchschnittlichen GC-Pooling-Umsätze in der Laufzeit von einer Woche.

In der neuen Reserveperiode April/Juni 2016 baute sich zu Anfang eine hohe Überschussliquidität auf, die dazu beigetragen haben dürfte, dass besichertes Tagesgeld bei GC Pooling erstmals merklich unter dem Einlagesatz lag ($-0,42\%$). Dass dies gerade am Monatsultimo erfolgte, könnte unter anderem an dem bilanz- beziehungsweise kennzahlenbezogenen Investitionsbedarf an diesem besonderen Datum, der wegen des Wochenendes dreitägigen Ultimolaufzeit und dem aufgrund eines Bankfeiertags in Großbritannien höheren Bedarf an Swapgeschäften gelegen haben.



haltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Ziel im Einklang steht, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Dabei wird die emittenten- oder emissionsbezogene Ankaufobergrenze für Anleihen europäischer Institutionen von 33% auf 50% erhöht, um weiterhin eine reibungslose Umsetzung der Ankäufe zu gewährleisten. Zudem wird der Anteil von Anleihen europäischer Institutionen am Programm für den Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP) von 12% auf 10% gesenkt. Durch die Erhöhung des Anteils der EZB an den PSPP-Käufen von 8% auf 10% wird die Risikoteilung für 20% des Programmumfangs beibehalten.

Zudem wird das APP um ein Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP) erweitert, in dessen Rahmen in Euro denomierte Investment-Grade-Anleihen von Nichtbanken mit Sitz im Euro-Währungsgebiet

erworben werden. Die Ankäufe im Rahmen des CSPP, die Teil des monatlichen Ankaufvolumens von 80 Mrd € sein werden, sollen im Juni 2016 beginnen und dazu beitragen, die Wirkungen der Ankäufe von Vermögenswerten auf die Finanzierungskonditionen der Realwirtschaft zu verstärken. Die Wertpapiere müssen unter anderem den Anforderungen des Sicherheitsrahmens des Eurosystems für geldpolitische Refinanzierungsgeschäfte genügen.¹⁾ Ihre Restlaufzeit muss zwischen sechs Monaten und 30 Jahren liegen und das Eurosystem wird eine emissionsbezogene Obergrenze von 70% anwenden. Die Ankäufe werden von sechs nationalen Zentralbanken – darunter die Bundesbank – abgewickelt und von der EZB koordiniert. Ankäufe können sowohl am Primär- als auch am Sekundärmarkt stattfinden. Besondere Regeln gelten für von öffentlichen Unterneh-

men emittierte Wertpapiere: Diese dürfen nicht am Primärmarkt angekauft werden, und die emissionsbezogene Obergrenze wird im Einklang mit den Regeln des PSPP niedriger festgesetzt.

EZB-Rat
beschließt eine
neue Reihe von
GLRG

Des Weiteren beschloss der EZB-Rat eine neue Reihe von insgesamt vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II), um den Akkommodierungsgrad seiner Geldpolitik zu stärken und weitere Anreize für die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu schaffen. Die Geschäfte werden quartalsweise durchgeführt und sollen im Juni 2016 beginnen. Teilnehmende Banken sind berechtigt, insgesamt bis zu 30% ihres zum Stichtag 31. Januar 2016 ausstehenden Kreditvolumens an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) abzüglich noch ausstehender Volumina aus den ersten beiden GLRG I aufzunehmen. Dabei wird jedes Geschäft eine Laufzeit von vier Jahren haben. Banken haben die Möglichkeit, im Juni 2016 alle aktuell ausstehenden GLRG I im Rahmen einer zusätzlich beschlossenen freiwilligen Rückzahlungsmöglichkeit zurückzuzahlen und zeitgleich am ersten GLRG II teilzunehmen. Der Zinssatz ist über die gesamte Laufzeit des jeweiligen Geschäfts fixiert und entspricht dem Hauptfinanzierungssatz zum Zeitpunkt der Zuteilung des Geschäfts.

Der Zins der GLRG II wird rückwirkend für die Gesamtauflaufzeit des jeweiligen Geschäfts reduziert, wenn die Netto-Kreditvergabe einer Bank über eine bankindividuelle Referenzgröße hinausgeht. Wie bei den GLRG I wird die Referenzgröße dabei unterschiedlich festgesetzt, je nachdem ob eine Bank in den 12 Monaten vor dem 31. Januar 2016 eine positive oder negative Netto-Kreditvergabe aufwies. Die maximale Reduktion entspricht der Differenz zwischen dem Hauptfinanzierungs- und dem Einlagenatz zum Zeitpunkt der Zuteilung und wird erreicht, wenn die Netto-Kreditvergabe im Zeitraum vom 1. Februar 2016 bis zum 31. Januar 2018 relativ zur Referenzgröße um 2,5% erhöht wurde. Bei Erhöhungen zwischen

0% und 2,5% erfolgt eine linear gestaffelte Reduktion des Zinses. Im Rahmen der GLRG II ist darüber hinaus keine erzwungene Rückzahlung vorgesehen. Banken haben jedoch quartalsweise eine freiwillige Rückzahlungsoption zwei Jahre nach Abwicklung des jeweiligen Geschäfts.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen gedämpften Aussichten für die Inflationsentwicklung und der Verpflichtung des Eurosystems zur Erfüllung seines Mandats der Preisstabilität in der mittleren Frist ist eine insgesamt expansive Ausrichtung der Geldpolitik gerechtfertigt. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Geldpolitik sind in ihrer Gesamtschau zu betrachten und sollten nicht auf Einzelaspekte wie die Auswirkungen auf die Erträge von Sparguthaben reduziert werden. Daher ist auch künftig eine angemessene Diskussion erforderlich, in deren Rahmen sowohl der potenzielle Nutzen der geldpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf ihren Beitrag zu einer mittelfristigen Rückkehr der Inflationsrate auf unter, aber nahe 2% als auch die mit den Maßnahmen einhergehenden potenziellen Risiken in Bezug auf das Mandat der Notenbank berücksichtigt werden.

Expansive Geldpolitik derzeit gerechtfertigt, aber Maßnahmen nicht ohne Risiken

Am 6. Mai 2016 hielt das Eurosystem im Rahmen des PSPP Aktiva in Höhe von 746,3 Mrd €. Die durchschnittliche Restlaufzeit des PSPP-Portfolios beträgt dabei am aktuellen Rand acht Jahre. Die bis dato angekauften Bestände im Rahmen der Programme für den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme 3: CBPP3) und Asset Backed Securities (ABSPP) beliefen sich auf 174 Mrd € und 18,9 Mrd €. Insgesamt entspricht das Volumen der angekauften Wertpapiere im APP damit dem angekündigten monatlichen Umfang von durchschnittlich 60 Mrd € beziehungsweise (seit April 2016) 80 Mrd €.

Angekaufte Volumina weiterhin im Einklang mit angekündigtem Umfang

Am 24. März 2016 wurde das siebte der insgesamt acht GLRG I zugeteilt. Dabei wurde von 19 Instituten ein Gesamtvolumen von 7,3 Mrd € aufgenommen. Das vergleichsweise geringe Bietungsvolumen dürfte unter anderem darauf

19 Banken leihen sich 7,3 Mrd € im siebten GLRG I

zurückzuführen sein, dass viele Geschäftspartner auf die mit attraktiveren Konditionen ausgestatteten GLRG II warten. Auch die sehr hohe und weiter steigende Überschussliquidität sowie die niedrigen Finanzierungskosten am Markt könnten einen Beitrag zur geringen Zuteilung geleistet haben. Die Nachfrage der Institute in den regulären Refinanzierungsgeschäften war im Betrachtungszeitraum ebenfalls leicht rückläufig. Seit Anfang Februar war ein Rückgang von circa 21 Mrd € auf 512 Mrd € bis Mitte April zu verzeichnen.

Überschussliquidität weiter mit steigendem Trend

Getrieben durch die Ankäufe im Rahmen des APP stieg die Überschussliquidität trotz der rückläufigen Nachfrage bei den geldpolitischen Operationen im Betrachtungszeitraum um rund 164 Mrd € an und folgte damit ihrem Trend seit Beginn des APP. Am aktuellen Rand steht die Überschussliquidität bei rund 834 Mrd €. Aufgrund der Ausweitung der monatlichen Käufe im Rahmen des APP ist im weiteren Jahresverlauf mit einem fortgesetzten und beschleunigten Anstieg zu rechnen.

Kurzfristige Geldmarktsätze vollziehen Zinsenkung nach

Nach der neuerlichen Absenkung des Einlagesatzes um 10 Basispunkte fiel bei den kurzfristigen Geldmarktsätzen der EONIA-Satz im Berichtszeitraum zwischenzeitlich auf einen neuen Tiefstand von – 0,349%. Der besicherte Übernachtsatz (STOXX GC Pooling) notiert am aktuellen Rand in einer engen Spanne zwischen – 0,38% und – 0,40%, wobei er unter anderem aufgrund von Monatsendeffekten Ende April erstmals deutlich unter den Einlagesatz fiel. Die Senkung des Einlagesatzes wurde somit am kurzfristigen Geldmarkt nahezu vollständig nachvollzogen. Auch der Abwärtstrend des unbesicherten Dreimonats-EURIBOR hielt weiter an, sodass er am aktuellen Rand ein neues Allzeittief von – 0,256% erreichte. Der Abstand zu den Übernachtzinsen, welcher aufgrund der erwarteten Absenkung des Einlagesatzes zwischenzeitlich wieder im Bereich von einem Basispunkt lag, vergrößerte sich nach der Absenkung wieder auf rund 10 Basispunkte.

Nach der EZB-Ratssitzung am 10. März 2016 war zunächst ein merklicher Anstieg der Geldmarkt-Terminsätze zu beobachten, da teilweise eingepreiste Markterwartungen einer weiteren Senkung des Zinssatzes der Einlagefazilität im Jahresverlauf im Rahmen der EZB-Pressekonferenz revidiert wurden. Zuletzt war jedoch erneut ein moderater Rückgang der längerfristigen EONIA-Swap- und EONIA-Terminsätze zu verzeichnen, welcher möglicherweise auf wieder zunehmende Erwartungen einer weiteren Einlagesatzsenkung gegen Ende des Jahres 2016 oder im ersten Quartal 2017 hindeutet.

Marktteilnehmer revidieren Erwartungen bezüglich weiterer Absenkung des Einlagesatzes

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Das breite Geldmengenaggregat M3 wuchs im Winterquartal 2016 erneut kräftig. Ausschlaggebend für die robuste Dynamik war der fortgesetzte Aufbau von Sichteinlagen durch den geldhaltenden Sektor bei weiter gesunkenen Zinsen. Vonseiten der Gegenposten wird das M3-Wachstum zunehmend auch durch die Buchkredite an den Privatsektor getragen. Vor dem Hintergrund der fortgesetzten wirtschaftlichen Erholung sowie der außerordentlich niedrigen Zinsen nahmen insbesondere die Buchkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen auffallend deutlich zu. Spürbaren Einfluss auf die Geldmengenentwicklung übten daneben – wie bereits in den vorangegangenen Quartalen – die Anleihekäufe des Eurosystems aus. So stützten die Wertpapierkredite des MFI-Sektors an öffentliche Haushalte das Geldmengenwachstum für sich genommen erneut kräftig. Allerdings wurde ein Teil dieses positiven Effekts dadurch kompensiert, dass Mittel aus dem Euro-Raum abflossen, weil ausländische Investoren sich per saldo von Staatsanleihen aus dem Euro-Raum trennten.

Monetäre Entwicklung durch APP und Zinskonstellation geprägt

Der Zuwachs der Geldmenge M3 im Winterquartal betraf weiterhin in erster Linie die täglich fälligen Einlagen, die von den vergleichsweise geringen und weiter rückläufigen Zinsabständen zu den übrigen Einlagenarten profi-

Deutliches M3-Wachstum weiterhin von Sichteinlagen getrieben

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU¹⁾

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2016, 1. Vj.	2015, 4. Vj.	Passiva	2016, 1. Vj.	2015, 4. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	67,5	7,7	Einlagen von Zentralstaaten	40,3	– 11,9
Buchkredite	83,4	23,5	Geldmenge M3	174,2	125,1
Buchkredite, bereinigt ¹⁾	74,7	18,1	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	– 15,9	– 15,8	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	172,3	135,4
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	124,3	73,5	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2–M1)	– 13,7	– 7,5
Buchkredite	2,6	– 16,4	Marktfähige Finanzinstrumente (M3–M2)	15,6	– 2,8
Wertpapierkredite	121,7	89,8	Geldkapital	– 63,8	– 55,2
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	– 72,5	– 36,6	davon:		
andere Gegenposten von M3	31,4	13,5	Kapital und Rücklagen	– 11,6	38,4
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	– 52,1	– 93,7

* Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 1) Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.

Deutsche Bundesbank

tierten und insbesondere von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen aufgebaut wurden. Daneben baute der nichtfinanzielle Privatsektor seine Bestände an kurzfristigen Termin- und Spareinlagen zum ersten Mal seit mehreren Quartalen wieder leicht auf. Allerdings wurde dieser Aufbau durch merkliche Abflüsse bei den finanziellen Unternehmen überkompensiert. Insgesamt gesehen setzte die Jahreswachstumsrate von M3 ihre schon im Jahr 2015 zu beobachtende Seitwärtsbewegung fort und blieb mit 5,0% auf robustem Niveau.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit deutlichem Zuwachs

Das Geldmengenwachstum wurde im Berichtsquartal wesentlich durch die Nettozunahme der Buchkredite an den Privatsektor im Euro-Raum gestützt. Ursächlich hierfür waren vor allem die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen, die in den Wintermonaten einen ungewöhnlich deutlichen und sich über alle Laufzeitbereiche erstreckenden Anstieg erfuhren (vgl. Schaubild auf S. 33). Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Kreditwachstum im Berichtsquartal durch statistische Sondereffekte in den Niederlanden begünstigt wurde. Anders als in den Vorquartalen fiel der dort auftretende und im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Aktivitäten stehende statistisch bedingte Sondereffekt in den Wintermonaten spürbar positiv aus.²⁾ Während die Kreditdynamik im Euro-Raum insgesamt in

den letzten Quartalen unterzeichnet wurde, dürfte sie im Berichtsquartal somit überzeichnet sein.

Zu dem Anstieg der Kreditvergabe passen die Ergebnisse der im ersten Quartal durchgeföhrten Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS): Nach Einschätzung der teilnehmenden Bankmanager aus dem Euro-Raum nahm die Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Bankkrediten im ersten Quartal 2016 spürbar zu, wobei der Anstieg etwas gedämpfter ausfiel als im Vorquartal. Laut Bankangaben stützten vor allem der Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel sowie das niedrige allgemeine Zinsniveau die Kreditnachfrage. Zudem gaben die befragten Banken an, ihre Standards für Unternehmenskredite per saldo leicht gelockert zu haben.

Kreditnachfrage nichtfinanzieller Unternehmen weiter erholt

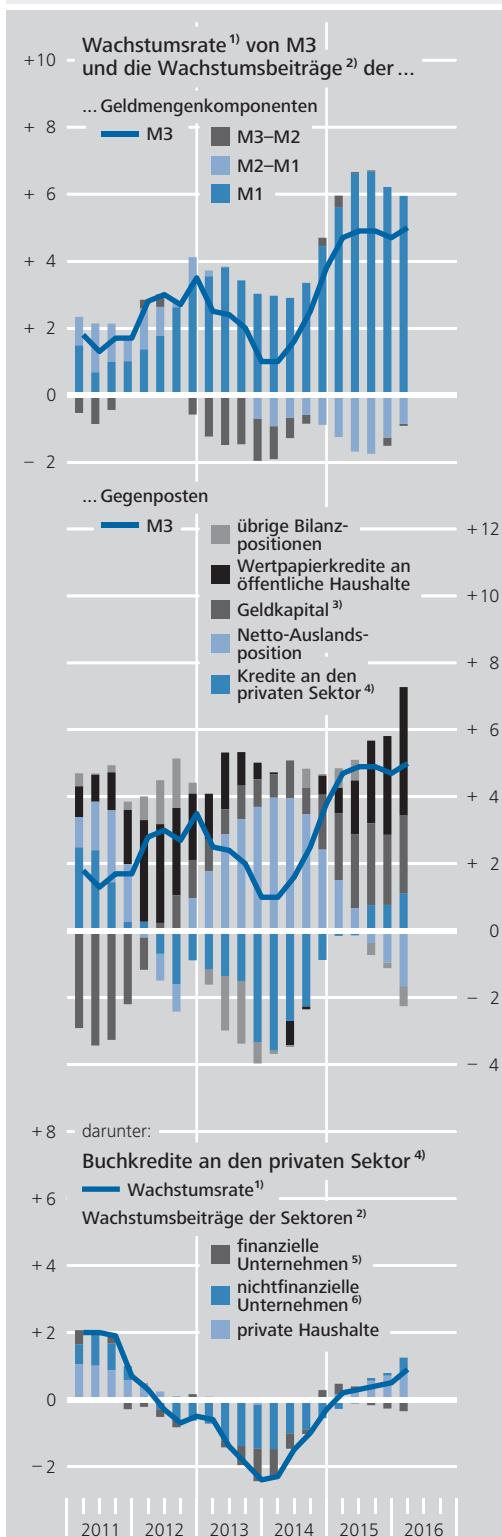
Die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen gewann insbesondere in den beiden großen Mitgliedstaaten, Frankreich und Deutschland, nochmals deutlich an Schwung. Der fortgesetzte konjunkturelle Aufschwung dürfte hier ein wesentlicher treibender Faktor gewesen sein. In Italien blieb die über die letz-

Erkennbare länderspezifische Unterschiede in der Kreditdynamik

2) Wegen Details zu den Cash-Pooling-Aktivitäten vgl.: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik und Bankgeschäft, Monatsbericht, Februar 2016, Fußnote 1, S. 30.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **4** Be-reinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **5** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **6** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

ten Quartale sichtbare Aufwärtsbewegung der Kredite auf sehr niedrigem Niveau intakt, während sie in Spanien im Berichtsquartal per saldo stockte. Auch für den Euro-Raum als Ganzen gilt, dass die länderspezifischen Differenzen insgesamt nicht mehr weiter abgenommen haben; die Streuung der nationalen Wachstumsbeiträge zur Buchkreditentwicklung an nichtfinanzielle Unternehmen ist zuletzt sogar wieder leicht gestiegen. In längerfristiger Betrachtung ist das Wachstum der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einer Jahreswachstumsrate von gut 1% weiterhin als gedämpft zu bezeichnen.

Die Nettozuflüsse zu den Buchkrediten an private Haushalte im Euro-Raum bewegen sich seit etwa einem Jahr auf moderatem Niveau seitwärts. Ihre Jahreswachstumsrate nahm allerdings aufgrund von Basiseffekten noch einmal auf 1,6% am Ende des Berichtsquartals zu. Wachstumsträger waren abermals die Wohnungsbaukredite. Hinter ihrem Zuwachs verbirgt sich eine heterogene Entwicklung nach Ländern: Während die Kredite insbesondere in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden weiter deutlich zulegten, setzte sich der Abbau in vielen Ländern der Peripherie fort. Dahinter stand nicht zuletzt der in einigen dieser Länder weiterhin bestehende Entschuldungsbedarf der privaten Haushalte. Für den Euro-Raum als Ganzen berichteten die im BLS befragten Banken, dass die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten an private Haushalte zum wiederholten Mal deutlich angestiegen sei. Die befragten Bankmanager führten dies in erster Linie auf das niedrige allgemeine Zinsniveau und in geringerem Maße auch auf die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und die voraussichtliche Preisentwicklung für Wohneigentum zurück. Die Kreditvergabestandards wurden nach Angaben der Bankmanager geringfügig gestrafft.

Auch die Konsumentenkredite leisteten abermals einen merklichen Beitrag zum Wachstum der Buchkredite. Im Vergleich zu den Wohnungsbaukrediten verteilten sich die in den letzten Quartalen zu beobachtenden Zuwächse bei

Buchkredite an private Haushalte mit moderaten Zuflüssen, getrieben durch Wohnungsbaukredite

Konsumentenkredite mit stabilem Wachstum

der Vergabe von Konsumentenkrediten deutlich breiter über die Mitgliedsländer. Sie dürften die anhaltende Belebung des privaten Konsums im Euro-Raum widerspiegeln. Hierzu passt, dass laut BLS der Mittelbedarf im Konsumentenkreditgeschäft spürbar gestiegen ist. Als Gründe hierfür vermuteten die befragten Banken weiterhin vor allem die hohe Anschaffungsneigung der Konsumenten, aber auch das weiterhin robuste Verbrauchertrauen und das niedrige allgemeine Zinsniveau. Die Kreditstandards wurden marginal gelockert.

Wertpapierkäufe des Eurosystems stützten per se Geldmengenwachstum, ...

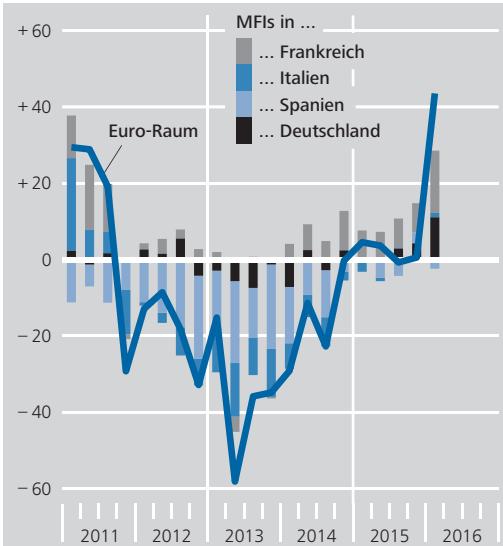
Neben den Buchkrediten an den Privatsektor wurde das Geldmengenwachstum im Berichtsquartal vor allem durch die kräftige Ausweitung der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte gestützt, die durch Käufe des Eurosystems im Rahmen des APP getrieben wurden und wie bereits in den beiden Vorquartalen für sich genommen den größten Gegenposten zur Geldmenge M3 darstellten (vgl. Tabelle auf S. 31). Da Käufe des Eurosystems aus dem Wertpapierbestand der Geschäftsbanken des Euro-Raums die konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors unberührt lassen, deutet der beobachtete Anstieg dieses Gegenpostens darauf hin, dass ein Gutteil der geldpolitisch bedingten Wertpapierkäufe weiterhin von Haltern außerhalb des inländischen Bankensektors stammte.

... zogen aber auch Kapitalexporte im Wertpapierverkehr nach sich

Per saldo ist der Einfluss des Ankaufprogramms des Eurosystems auf die Geldmenge jedoch nicht so groß, wie es der Anstieg der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte suggeriert. Denn das Ankaufprogramm führte gleichzeitig zu Mittelabflüssen aus dem Euro-Raum ins Ausland, die ihrerseits die Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors verringerten und damit die Entwicklung der Geldmenge M3 dämpften (vgl. Schaubild auf S. 32). So trennten sich gebietsfremde Investoren im Berichtsquartal erneut in größerem Umfang von Staatsanleihen aus dem Euro-Raum sowie auch in geringerem Maße von Anleihen des privaten Nichtbankensektors. Darüber hinaus führte die anhaltende Nachfrage inländischer Nichtbanken nach ausländischen Schuldverschreibungen zu Mittel-

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum^{*)}

Mrd €, Veränderung gegenüber Vorquartal, saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen

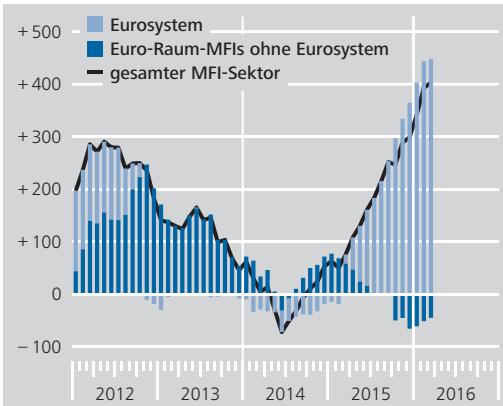


Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Mit der Umsetzung des ESVG 2010 in der monatlichen Bilanzstatistik der Banken werden Holdinggesellschaften nichtfinanzierer Unternehmensgruppen seit Dezember 2014 nicht mehr dem Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, sondern dem Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften zugerechnet.

Deutsche Bundesbank

Wertpapierkredite von MFIs an öffentliche Haushalte im Euro-Raum

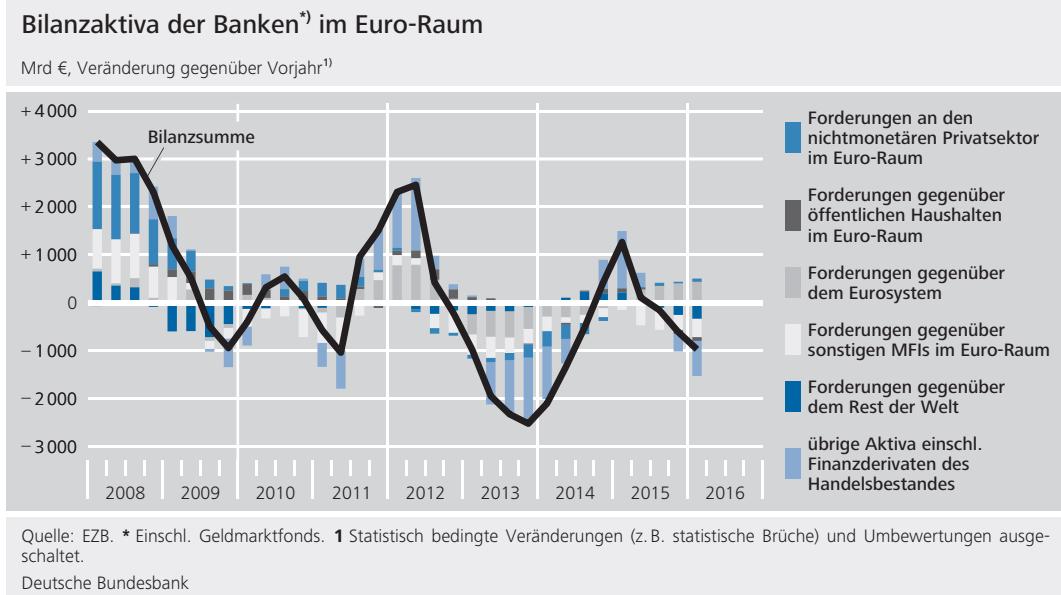
Mrd €, Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

abflüssen aus dem Wertpapierverkehr. Hierbei dürfte auch die Substitution von inländischen Wertpapieren zugunsten ausländischer Wertpapiere eine Rolle gespielt haben, zum Beispiel auch als Folge von Verkäufen im Zuge des APP (vgl. für Deutschland auch die Erläuterungen auf S. 36 ff.).



Geldkapital abermals abgebaut

Das seit Ende 2011 rückläufige Geldkapital war auch im Berichtsquartal wieder ein wesentlicher stützender Gegenposten der Geldmenge M3. Es wurde in den Wintermonaten erneut vom anhaltend kräftigen Rückgang der langfristigen Bankschuldverschreibungen in den Händen des geldhaltenden Sektors geprägt. Dieser Abbau dürfte wesentlich durch die derzeit vom Eurosystem günstig zur Verfügung gestellte Liquidität in Form gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte begünstigt worden sein, die eine marktisierte Finanzierung für die Geschäftsbanken vergleichsweise unattraktiv macht.

Bilanzaktiva der Banken weiter rückläufig

Die Bilanzsumme der Geschäftsbanken im Euro-Raum – gemessen an der Veränderung gegenüber dem Vorjahr – nahm im ersten Vierteljahr 2016 erneut erkennbar ab (vgl. oben stehendes Schaubild). Klammert man die merklichen Abflüsse bei den Finanzderivaten aus, die beide Bilanzseiten gleichermaßen berührten, wurde die Entwicklung auf der Aktivseite zum einen vom Abbau der Forderungen gegenüber dem Ausland geprägt, die insbesondere Kreditinstitute aus Deutschland und Frankreich auswiesen. Zum anderen setzte sich der anhaltende Rückgang der Interbankenforderungen im Währungsgebiet fort. Er dürfte auf die komfortable Liquiditätsposition der Kreditinstitute zurückzuführen sein, die sich unter anderem in den

abermals erkennbar gestiegenen Forderungen an das Eurosystem zeigte. Auch das APP schlug sich auf der Aktivseite der Bankbilanzen nieder: Vor allem Banken aus Italien und Spanien reduzierten ihre Bestände heimischer Staatsanleihen.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Die Einlagen bei Banken in Deutschland erfuhren im ersten Quartal 2016 eine deutliche Ausweitung, die wie schon im Vorquartal allein von Zuwachsen bei kurzfristigen Bankeinlagen getragen wurde. Dabei war der kräftige Anstieg der Sichteinlagen für die Gesamtposition bestimmt. Zwar verzeichneten auch die kurzfristigen Termin- und Spareinlagen leichte Zuflüsse, ihre Zunahme fiel jedoch für die Gesamtposition kaum ins Gewicht. Ähnlich moderat war der Rückgang ihrer langfristigen Pendants. Zum einen zogen sich die Anleger weiterhin langsam aber stetig aus langfristigen Spareinlagen zurück, zum anderen verzeichneten auch langfristige Termineinlagen im Berichtsquartal einen leichten Abbau. Somit blieb das Einlagengeschäft weiterhin vom Sichteinlagenaufbau dominiert, wofür neben der Liquiditätspräferenz im aktuellen Niedrigzinsumfeld auch die zu Jahresbeginn vorherrschende erhöhte Unsicherheit zu Beginn des Jahres dominiert die Einlagen bei Banken in Deutschland ...

heit an den Kapitalmärkten verantwortlich gewesen sein dürfte.

... und erneut ist der nicht-finanzielle Privatsektor die Triebfeder

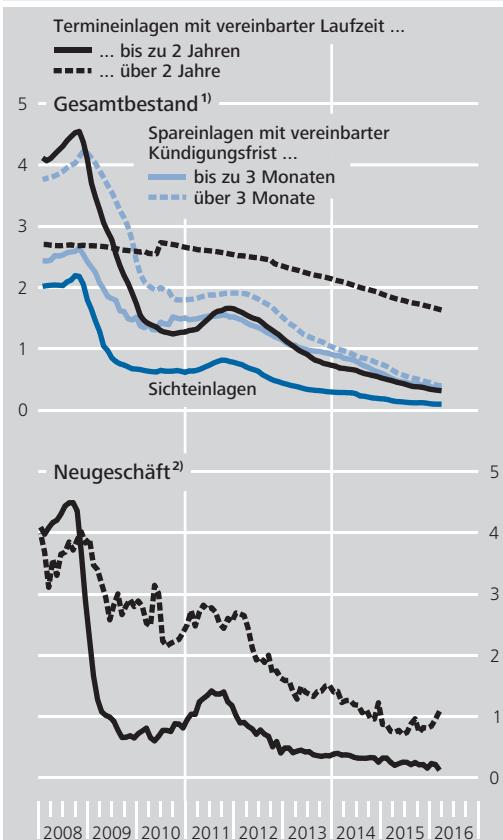
In sektoraler Betrachtung leisteten abermals die privaten Haushalte den größten Beitrag zum anhaltenden Aufbau der Sichteinlagen, wobei sich hier eine merkliche Abschwächung der Dynamik abzeichnete. Dabei deutet die Entwicklung der anderen Komponenten des Geldvermögens der privaten Haushalte darauf hin, dass die Suche nach Rendite im vergangenen Jahr erstmals auch für diesen Sektor eine gewisse Rolle gespielt hat (siehe Erläuterungen auf S. 36 ff.). Dafür bauten die nichtfinanziellen Unternehmen ihre Sichtguthaben im Berichtsquartal deutlicher aus als zuvor, sodass sich per saldo vorerst keine generelle Verlangsamung des kurzfristigen Einlagenaufbaus abzeichnete. Die nichtfinanziellen Unternehmen stockten darüber hinaus – wie schon im Vorquartal – ihre kurzfristigen Termineinlagen spürbar auf, was vermutlich neben der erhöhten Unsicherheit an den Kapitalmärkten auch mit ihrer Kapitalstärke zusammenhing. Die Banken reagierten auf die neuerlichen Zuflüsse bei den kurzfristigen Einlagen zum Teil mit einer Absenkung der Zinssätze, teilweise sogar in den negativen Bereich. Zwar wiesen Ende März die aggregierten Effektivzinsen für Einlagen der privaten Haushalte über alle Laufzeiten weiterhin positive Werte auf. Der aggregierte Effektivzins für Einlagen nichtfinanzierender Unternehmen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr war jedoch erstmals leicht negativ.³⁾ Gemäß Angaben der meldenden Banken waren hiervon überwiegend großvolumige kurzfristige Unternehmenseinlagen betroffen.

Einlagen-
geschäft mit
finanziellen
Unternehmen
weiterhin durch
Renditesuche
bestimmt

Im Gegensatz zum nichtfinanziellen Privatsektor bauten die finanziellen Unternehmen ihre Bankeinlagen in den Wintermonaten per saldo weiter ab. Wie der Blick auf das nicht in Einlagen gehaltene Geldvermögen dieses Sektors zeigt, war die Risikobereitschaft dieses Sektors in den letzten Jahren größer, als dies bei den privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen der Fall war (siehe Erläuterungen auf S. 36 ff.). Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland¹⁾

% p.a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen. 1) Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. Über Sektoren volumengewichtete Zinssätze. Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als Neugeschäfte interpretiert werden. 2) Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. Über Sektoren und Laufzeiten volumengewichtete Zinssätze. Neugeschäftsvolumina (alle abgeschlossenen Geschäfte im Laufe eines Monats) in Abgrenzung zum Gesamtbestand (Einlagenverträge der Bilanz am Monats-ultimo) werden explizit nur für Termineinlagen erhoben.

Deutsche Bundesbank

die Einlagenentwicklung im Berichtsquartal weiterhin durch die Suche nach renditeträchtigeren Anlageformen gedämpft wurde.

Das Kreditgeschäft der Banken mit dem heimischen Nichtbankensektor zog Anfang 2016 moderat an. Zwar reduzierten Banken ihre Bestände an Wertpapieren staatlicher und privater Emittenten weiterhin, doch weiteten sie im Ge-

Kreditgeschäft mit heimischen Nichtbanken zog wieder an ...

3) Der mit der Ex-post-HVPI-Jahresinflationsrate berechnete Realzins für Unternehmenseinlagen mit vereinbarter Laufzeit bis einem Jahr ist ebenfalls leicht negativ. Dies stellt jedoch keine neue Entwicklung dar: In der Vergangenheit lag die reale Verzinsung dieser Einlagen schon häufiger im negativen Bereich.

Anzeichen für Portfolioumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland

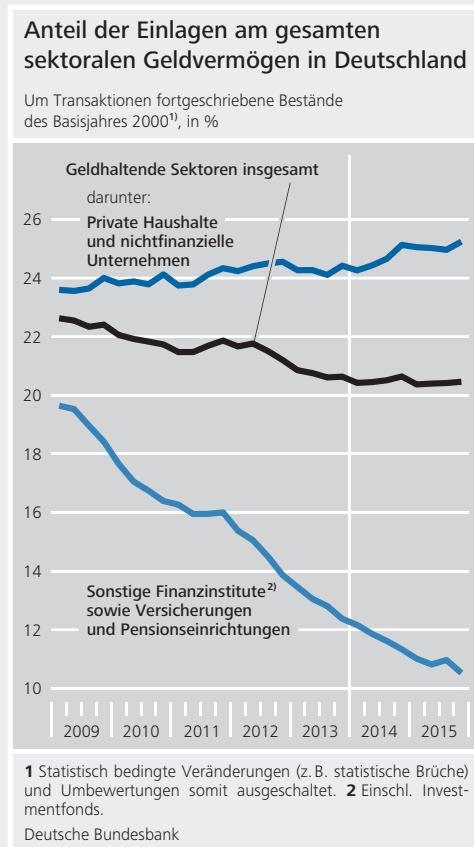
Angesichts der gedämpften Inflationsausichten hat das Eurosystem in den letzten Jahren zahlreiche geldpolitische Maßnahmen ergriffen. Sie haben dazu beigetragen, dass die nominalen Zinssätze für Bankeinlagen und Schuldverschreibungen in Deutschland auf teils historisch niedrige Niveaus gesunken sind. Zudem haben sich die Abstände zwischen den Zinssätzen für verschiedene Laufzeiten zunehmend verringert. Der fallende Trend gilt jedoch nicht für die Renditen aller Anlageformen; so stieg etwa der deutsche Aktienindex im Jahr 2015 auf Rekordwerte.

Ein solches Umfeld setzt für sich genommen Anreize, bei der Vermögensanlage bereitwilliger Risiken einzugehen. Wie im Monatsbericht Mai 2015 gezeigt wurde,¹⁾ war ein solches Verhalten im Zeitraum 2009 bis 2014 in Deutschland per saldo jedoch nur

für den Sektor der finanziellen Unternehmen, also der Versicherungen und Pensionseinrichtungen sowie der sonstigen Finanzinstitute (SFI)²⁾, zu beobachten.³⁾ Dagegen blieben Portfolioumschichtungen zugunsten renditestärkerer Anlageformen beim nichtfinanziellen Privatsektor – also den privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen – weitgehend aus; deren Anlageverhalten wurde vielmehr von einer anhaltend hohen Risikoaversion und Liquiditätspräferenz dominiert. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit sich diese Entwicklungen im Jahr 2015 fortgesetzt haben.

Wie das unten stehende Schaubild zeigt, hat sich der Anteil der Bankeinlagen am Geldvermögen des nichtfinanziellen Sektors im Jahr 2015 nur noch geringfügig erhöht, während die finanziellen Unternehmen den Anteil von Bankeinlagen an ihrem Geldvermögen erneut deutlich verringerten.

Innerhalb des Sektors der finanziellen Unternehmen weist die Entwicklung der Bankeinlagen für das Jahr 2015 vor allem bei Versicherungen und Pensionseinrichtungen auf ein stärkeres Renditebewusstsein hin (siehe Schaubild auf S. 37). Diese Unternehmen setzten auf der einen Seite insbesondere den bereits zuvor deutlichen Abbau längerfristiger Einlagen in beschleunigtem Tempo fort und bauten auf der anderen Seite in weitaus größerem Maß ihren Bestand an inländischen Investmentfondsanteilen aus (siehe Schaubild auf S. 38). Gleichzeitig erwarben sie weiterhin Schuldverschreibun-



1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu Portfolioumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland, Monatsbericht, Mai 2015, S. 40–42.

2 Einschl. Investmentfonds, jedoch ohne Monetäre Finanzinstitute und damit auch ohne Geldmarktfonds.

3 Finanzielle Unternehmen hier ohne Monetäre Finanzinstitute, da sich die Analyse auf die geldhaltenden Sektoren bezieht. Zudem wird in der folgenden sektoralen Analyse der Sektor Staat ausgeklammert, da dessen Geldvermögensbildung vergleichsweise gering und volatil ist.

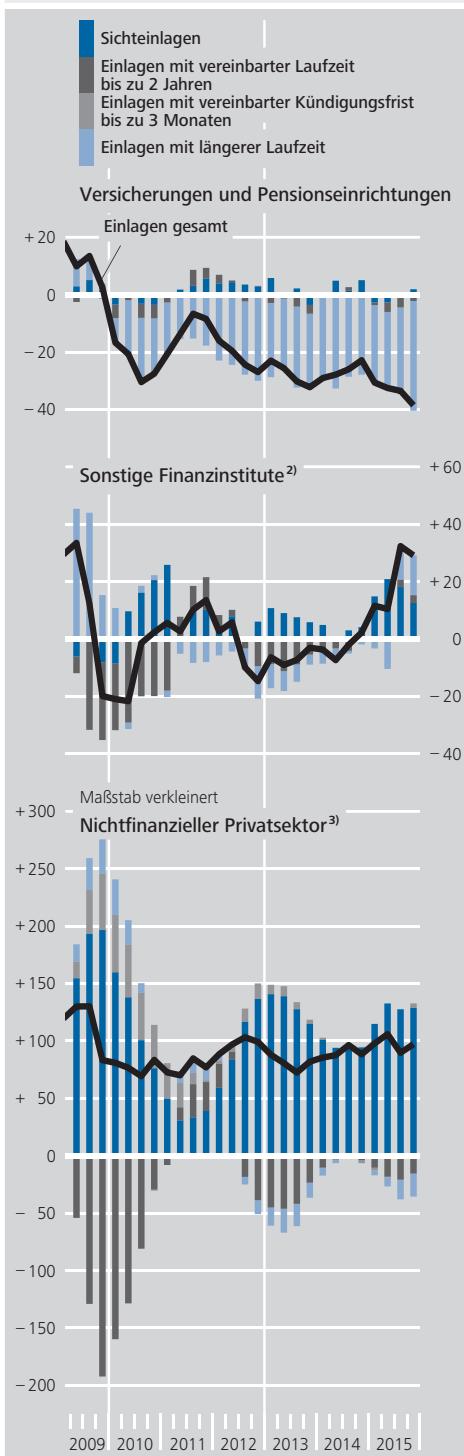
gen, wobei sich ihre Käufe stärker als noch im Jahr 2014 auf ausländische Papiere konzentrierten, die insbesondere von MFI und Staaten im Euro-Raum emittiert wurden. Dieses Verhalten bestätigt den Eindruck einer gewissen Renditesuche auf Seiten der Versicherungen.

Die SFI erhöhten im Gegensatz zum Vorjahr ihren Einlagenbestand. Dieser Anstieg war größtenteils auf umfangreiche Verbriefungstransaktionen im Bankensektor im dritten Quartal 2015 zurückzuführen, die aus buchungstechnischen Gründen mit einem kräftigen Anstieg der langfristigen Termineinlagen der zum Sektor der SFI zählenden Verbriefungszweckgesellschaften einhergingen.⁴⁾ Hinzu kam, dass die Investmentfonds ihre Sichteinlagen im ersten Halbjahr 2015 merklich aufstockten; diese Entwicklung hielt in den folgenden Quartalen jedoch nicht an. Die SFI weiteten im Jahr 2015 ihre Käufe von Anteilsrechten aus, darunter ebenfalls verstärkt Investmentfondsanteile aus dem Ausland. Dagegen fiel ihr Engagement in Schuldverschreibungen spürbar schwächer aus als in den Jahren zuvor; es betraf fast ausschließlich ausländische Emittenten. Die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland spielte – anders als noch im Jahr 2014 – per saldo keine Rolle mehr. Insgesamt lassen sich bei den finanziellen Unternehmen in Deutschland somit wie schon im Zeitraum 2009 bis 2014 Umschichtungen aus Bankeinlagen in tendenziell riskantere Anteilsrechte erkennen, wobei wohl nicht zuletzt aus Renditegründen teils verstärkt Engagements im Ausland gewählt wurden.

Dagegen war die Liquiditätspräferenz des nichtfinanziellen Privatsektors in Deutschland im Jahr 2015 unverändert hoch; das Einlagenwachstum nahm in diesem Jahr ge-

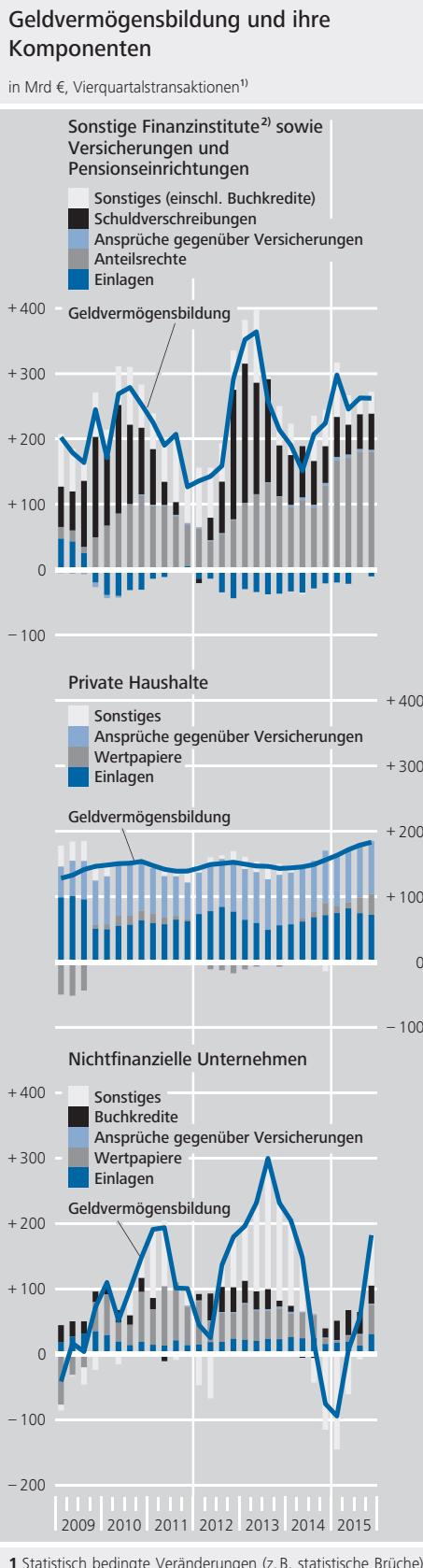
Einlagen deutscher Banken* nach ausgewählten Sektoren

Mrd €, saisonbereinigte Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾



* Einschl. Geldmarktfonds. **1** Statistisch bedingte Veränderungen und Umbewertungen ausgeschaltet. **2** Einschließlich Investmentfonds, jedoch ohne Monetäre Finanzinstitute und damit auch ohne Geldmarktfonds. **3** Private Haushalte sowie nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

4) Verbrieft eine Bank Buchkredite, ohne dass diese die Bankbilanz verlassen, erfolgt die Gegenbuchung zum Gegenwert der verbrieften Kredite, den die Bank von der Verbriefungszweckgesellschaft erhält, typischerweise als langfristige Verbindlichkeit der Bank gegenüber der Verbriefungszweckgesellschaft.



genüber dem Vorjahr nochmals leicht zu. Die Geldhaltung wurde vom ungewöhnlich kräftigen Aufbau von Sichteinlagen dominiert (siehe Schaubild auf S. 37). Spiegelbildlich hierzu wurden sowohl von privaten Haushalten als auch von nichtfinanziellen Unternehmen kurzfristige Termineinlagen per saldo abgebaut, und der Abbau längerfristiger Einlagen durch private Haushalte beschleunigte sich sogar wieder. Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die Prominenz der Sichteinlagenhaltung dürfte der weiter gesunkene Zinsabstand sein, sowohl zu anderen Einlageformen als auch zu tendenziell risikoarmen Wertpapieren. Bei den nichtfinanziellen Unternehmen kommt als Motiv hinzu, dass die Vorhaltung liquider Mittel, die ihnen aufgrund ihrer aktuell hohen Ertragskraft zugeflossen sind, ihnen ermöglicht, geplante Sachinvestitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Mit Blick auf die übrigen Anlageformen fiel die Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Unternehmen im Jahr 2015 sehr verhalten aus und ließ keine auffälligen Muster erkennen. Bei den privaten Haushalten deutet die Entwicklung der anderen Komponenten des Geldvermögens stärker als bei den nichtfinanziellen Unternehmen darauf hin, dass die Suche nach Rendite im Jahr 2015 eine gewisse Rolle gespielt hat. Zwar verzeichneten (Lebens-)Versicherungen weiterhin bedeutende Mittelzuflüsse, was für sich genommen auf eine anhaltende Risikoaversion der privaten Haushalte hindeutet; zudem reduzierten die privaten Haushalte weiterhin ihre Bestände an Schuldverschreibungen, darunter vor allem von Banken begebene Papiere (siehe nebenstehendes Schaubild). Dies dürfte aber auch im Zusammenhang mit der in Deutschland und dem Euro-Raum weiter rückläufigen Nettoemission von Bankschuldverschreibungen stehen, die der Neuanlage in derartigen Papieren Grenzen setzt.⁵⁾ Deutlich zugenommen hat jedoch das Engagement in Investmentfondsanteilen, deren Ren-

5) Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zum Geldkapital auf S. 34.

dite im Mittel typischerweise höher ausfällt als die von Bankeinlagen, aber gleichzeitig weniger volatil ist als die von Aktien.⁶⁾ Hierin zeigt sich eine auf makroökonomischer Ebene erstmals seit Beginn der Finanzkrise sichtbare aktive Renditesuche und damit eine Akzeptanz gewisser Risiken in der Geldanlage seitens der privaten Haushalte.

Auch wenn die Entwicklung der Einlagen somit ein gegensätzliches Anlageverhalten des finanziellen und nichtfinanziellen Sektors in Deutschland widerspiegelt, deutet der Blick auf das nicht in Einlagen gehaltene Geldvermögen der deutschen Nichtbanken darauf hin, dass die Suche nach Rendite im Jahr 2015 in gewissem Umfang zugenommen hat. Erwartungsgemäß ist dabei die Risikobereitschaft im durch professionelle Portfoliomanager geprägten finanziellen Sektor größer. Zwar können nennenswerte Portfoliumschichtungen der geldhaltenden Sektoren in Deutschland als direkte Folge des Anfang 2015 erweiterten Wertpapier-

ankaufprogramms des Eurosystems in den hier betrachteten Daten bislang nicht beobachtet werden.⁷⁾ Dennoch passt die nun bei den meisten Sektoren zu beobachtende zunehmende Suche nach Rendite zur Zielsetzung der expansiven Geldpolitik, den risikolosen Zins im Euro-Raum über das gesamte Fälligkeitenspektrum entlang der Zinsstrukturkurve zu senken und somit Anreize für Portfoliumschichtungen in risikoreichere Anlageformen zu setzen.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds, Monatsbericht, Oktober 2015, S. 26 ff.

7 Bspw. fallen die Staatsanleiheverkäufe der hier betrachteten Sektoren seit März 2015 nicht höher aus als in den Vorjahren; zudem waren ihre Volumina im Vergleich zu anderen Wertpapiertransaktionen eher gering. Die Vorstellung eher moderater direkter Effekte des erweiterten Wertpapierankaufprogramms auf die inländischen geldhaltenden Sektoren harmoniert mit dem aus den Daten der monetären Analyse gewonnenen Bild. Danach kauft das Eurosystem einen Großteil der Anleihen bislang letztlich von inländischen Geschäftsbanken und dem Ausland an.

gensatz zum Vorquartal die Buchkreditvergabe insbesondere an den Privatsektor deutlich aus. Ausschlaggebend für den Zuwachs im Kreditgeschäft mit dem Privatsektor dürften nachfrageseitige Faktoren, und hier insbesondere die günstige Lageeinschätzung der privaten Haushalte wie auch der Unternehmen, gewesen sein.

Getragen wurde das Wachstum des Kreditgeschäfts von den Ausleihungen an den nichtfinanziellen Privatsektor. Sie lagen im Berichtsquartal noch einmal erkennbar höher als in den Vorquartalen. Neben einem deutlichen Anstieg der Buchkredite an private Haushalte – nach wie vor getragen von den Wohnungsbaukrediten – erfuhr im ersten Quartal 2016 auch die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen eine kräftige Ausweitung. Infolgedessen ist die Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen gegenüber dem Vorjahr, die Ende 2015 noch 0,5% betrug, recht deutlich auf 1,4% zum Ende des Berichtsquartals gestiegen. Dagegen hat sich die Jahresrate der Aus-

leihungen an private Haushalte nur noch leicht von 2,8% Ende 2015 auf 2,9% zum Ende des Berichtsquartals erhöht und liegt damit weiterhin unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts.

Die Belebung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen erstreckte sich sowohl über Ausleihungen mit kurzen als auch langen Laufzeiten und war den Ergebnissen des BLS zufolge auf eine verstärkte Nachfrage zurückzuführen. Den Anstieg der Nachfrage führten die befragten Banken auf eine Reihe unterschiedlicher Faktoren zurück: So stieg einerseits der Mittelbedarf der Unternehmen etwa für Investitionen und betriebliche Zwecke sowie für Umfinanzierungen. Andererseits stützte auch das niedrige allgemeine Zinsniveau für sich genommen die Nachfrage. Inländische Unternehmen zahlten Ende März im kurzfristigen Laufzeitbereich Zinsen in Höhe von 2,7% für kleinvolmige und 1,4% für großvolumige Kredite, während die Zinsen für langfristige Ausleihungen zuletzt bei 1,9% beziehungsweise 1,7% lagen. Unterstützt

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2015	2016
	4. Vj.	1. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾		
täglich fällig	25,5	37,8
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	8,7	1,9
über 2 Jahre	– 15,1	– 2,5
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	1,2	2,2
über 3 Monate	– 4,1	– 3,6
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	– 5,5	2,1
Wertpapierkredite	– 2,0	– 4,4
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	12,6	20,8
darunter: an private Haushalte ³⁾	10,6	11,5
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾ ⁵⁾	2,1	8,1
Wertpapierkredite	– 1,6	– 8,7

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 1) Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. 2) Bereinigt um Forderungenverkäufe und -verbriefungen. 3) Und Organisationen ohne Erwerbszweck. 4) Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. 5) Mit der Umsetzung der ESVG 2010 in der Bankbilanzstatistik wurden die Holdinggesellschaften des nichtfinanziellen Unternehmenssektors (wie z. B. Management-Holdinggesellschaften mit überwiegend finanziellem Anteilsbesitz) vom Sektor „Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ zum Sektor „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ (Unterposition „Sonstige Finanzinstitute“) umgruppiert. Ferner wurden die Einrichtungen und Unternehmen, bei denen es sich um „Nichtmarktproduzenten“ handelt (wie z. B. Stadtwerke), die bislang als nichtfinanzielle Unternehmen ausgewiesen wurden, dem Sektor „öffentliche Haushalte“ (als untergeordnete Position „Extrahaushalte“) zugewiesen.

Deutsche Bundesbank

zend wirkte wahrscheinlich auch die Vergabepolitik der befragten Banken: So wurden die Vergabestandards per saldo etwas gelockert und die Margen verringert.

Wohnungsbaukredite weiterhin mit deutlichem Zuwachs

Bei den Wohnungsbaukrediten an private Haushalte zeigten sich die am BLS beteiligten Banken hingegen restriktiver. Sie meldeten eine per saldo deutliche Straffung der Vergabestandards, die sie mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften⁴⁾ per 21. März 2016 in Verbindung brachten. Die Margen blieben dagegen weitgehend konstant. Die dennoch erneut deutliche Aus-

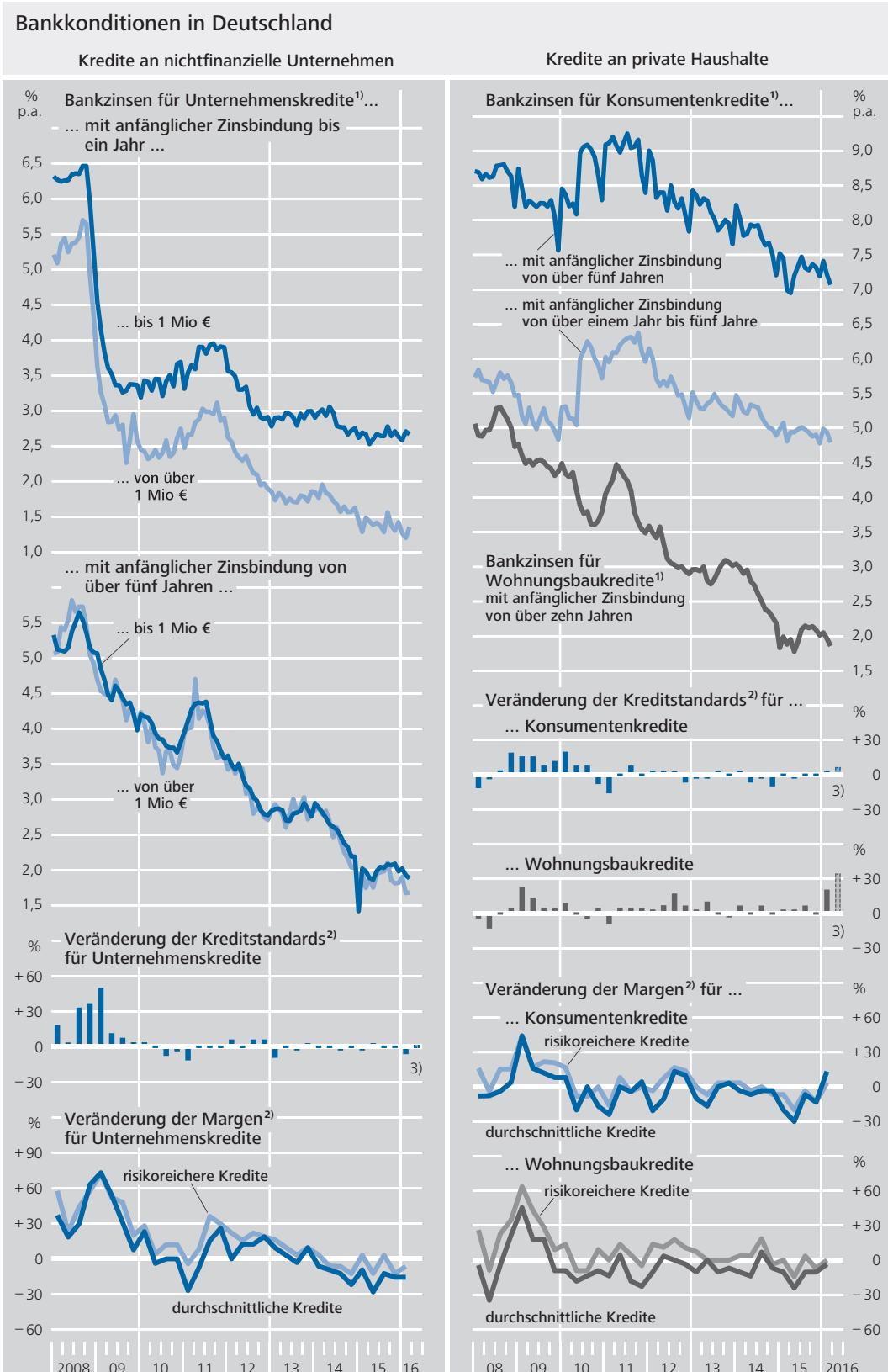
weitung der Ausleihungen für private Wohnzwecke führten die im BLS befragten Bankmanager auf eine beschleunigt ansteigende Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten zurück, die neben dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau auch vom robusten Verbrauchertrauen und vom Bedarf an Umfinanzierungen getragen wurde. Zudem waren die Bankmanager der Ansicht, dass die privaten Haushalte die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und die Entwicklung der Preise für Wohnimmobilien weiterhin positiv einschätzten. Laut MFI-Zinsstatistik lag der Zins für langfristige Wohnungsbaukredite am Ende des ersten Quartals bei 1,9% und damit nur leicht über seinem im Mai 2015 erreichten historischen Tiefstand seit Einführung der harmonisierten MFI-Zinsstatistik im Jahr 2003.

Auch die Konsumentenkredite verzeichneten im ersten Quartal 2016 erneut einen erkennbaren Anstieg, der den Ergebnissen des BLS zufolge ebenfalls auf einen spürbaren Nachfrageanstieg zurückzuführen war. Als Gründe wurden auch hier das niedrige allgemeine Zinsniveau, das Verbrauchertrauen sowie die Anschaffungsneigung der Konsumenten genannt, während die Eigenfinanzierung aus Ersparnissen der Konsumenten sowie die Kreditvergabe anderer Banken für sich genommen einen dämpfenden Einfluss auf den Mittelbedarf hatten. Ihre Kreditstandards beließen die am BLS beteiligten Banken im Bereich der Konsumentenkredite nahezu unverändert. Gleichzeitig kam es in diesem Geschäftsfeld zu einer Ausweitung der Margen bei Ausleihungen an durchschnittliche Bonitäten.

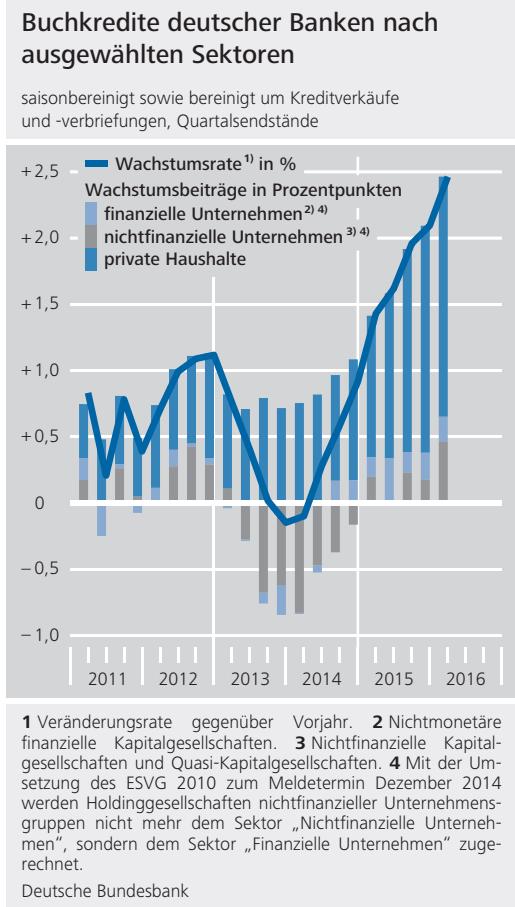
Auch Konsumentenkredite mit erkennbaren Zuflüssen

Der BLS enthielt im ersten Quartal zusätzliche Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der

4) Die Vorschriften des Gesetzes betreffen u. a. Verbraucherschutzinformationen, prinzipielle Regeln und Anforderungen zur Durchführung von Dienstleistungen (bspw. bezüglich des Geschäftsgebärens und der Kenntnisse und Fähigkeiten des Personals), eine aufsichtsrechtlich und zivilrechtlich ausgestaltete Verpflichtung zu einer Kreditwürdigkeitsprüfung, Regeln zur vorzeitigen Rückzahlung, Regeln bezüglich Fremdwährungskrediten sowie Regeln bezüglich Koppelungs- und Bündelungsgeschäften.



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. Bis Mai 2010 wurde der Aggregatzinssatz als mit den gemeldeten Neugeschäftsvolumina gewichteter Durchschnittssatz berechnet. Ab Juni 2010 wird zunächst ein mit dem gemeldeten Neugeschäftsvolumen gewichteter Zinssatz pro Schicht berechnet. Der Aggregatzinssatz wird ermittelt, indem die Schichtenzinssätze mit den hochgerechneten Volumina gewichtet werden. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 2. Vj. 2016.



Ertragslage der Banken durch APP und negativen Zinssatz der Einlagefazilität belastet

Banken, zu den Niveaus der Kreditstandards, zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten sowie zu den Folgen des negativen Zinssatzes der Einlagefazilität des Eurosystems für das Kreditgeschäft. Wie bereits im Vorquartal berichteten die deutschen Banken, dass sich

ihre Refinanzierungssituation vor dem Hintergrund der Lage an den Finanzmärkten noch einmal leicht verbessert habe. Gemessen am Mittelpunkt der Bandbreite der seit dem zweiten Quartal 2010 implementierten Richtlinien befinden sich die Standards im Firmenkunden- und Konsumentenkreditgeschäft derzeit auf durchschnittlichem Niveau, während sie im Bereich der Wohnungsbaukredite etwas straffer sind als der Referenzwert. Das erweiterte Ankaufprogramm des Eurosystems verbesserte laut Bankangaben einerseits ihre Liquiditätsposition sowie ihre Finanzierungsbedingungen. Die Liquiditätserhöhung, die unter anderem für die Kreditvergabe genutzt wurde, resultierte dabei fast ausschließlich daraus, dass Bankkunden Portfolioumschichtungen zugunsten von Bankenlagen vornahmen, und nicht aus bankeigenen Verkäufen von Wertpapieren. Andererseits berichteten die befragten deutschen Banken in der Breite, dass das Ankaufprogramm Druck auf ihre Netto-Zinsmargen ausübe und dadurch ihre Ertragslage belaste. Auch der negative Zinssatz der Einlagefazilität habe in den letzten sechs Monaten erheblich zu einem Rückgang der Netto-Zinserträge der Banken beigetragen. Infolge des negativen Einlagesatzes sanken sowohl die Kreditzinsen als auch die Margen in allen erfragten Geschäftsbereichen, während das Kreditvolumen an private Haushalte leicht zunahm.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktfeld

Finanzmärkte im Zeichen zeitweilig erhöhter Unsicherheit und erneuter geldpolitischer Lockerung

Die internationalen Finanzmärkte standen zu Jahresbeginn 2016 im Zeichen des nur verhaltenen globalen Wirtschaftswachstums und weiterer expansiver geldpolitischer Maßnahmen in großen Volkswirtschaften. Nicht zuletzt die bis Mitte Januar stark gefallenen Ölpreise, die sich danach allerdings stabilisierten, belasteten die Aktienmärkte vorübergehend. Die damit einhergehenden Umschichtungen in sichere Anlagen ließen an den Rentenmärkten die Renditen sinken. Das niedrigere Renditeniveau war zugleich aber auch Reflex der von den Marktteilnehmern erwarteten zusätzlichen expansiven geldpolitischen Maßnahmen in der EWU und Japan. So kündigte der EZB-Rat am 10. März ein umfangreiches Maßnahmenpaket an, das unter anderem eine Aufstockung und Ausweitung des Ankaufprogramms für Vermögenswerte sowie eine weitere Absenkung des Einlagenzinses umfasste. Die Bank von Japan hatte bereits im Januar weitere geldpolitische Maßnahmen ergriffen. Überdies gewann unter den Marktteilnehmern im Berichtszeitraum die Einschätzung die Oberhand, dass die Federal Reserve den Leitzins langsamer anheben würde, als zu Jahresbeginn am Markt erwartet worden war. Während die Renditeniveaus bis zuletzt in der Nähe ihrer Tiefstände verharrten, konnten Dividendentitel beiderseits des Atlantiks die bis Februar erlittenen Kurseinbußen teilweise wieder wettmachen. Allerdings konnten Bankaktien, die besonderen Belastungen unterlagen, die vorangegangenen Verluste nur zu einem vergleichsweise geringen Teil ausgleichen. Auch an den Devisenmärkten standen die wechselnden Einschätzungen hinsichtlich des Tempos weiterer Zinssteigerungen in den USA und die Unsicherheit über die globale Konjunkturentwicklung im Blickpunkt. Im Ergebnis gewann der Euro – trotz merklicher Schwankungen und divergierender Entwicklungen gegenüber einzelnen Währungen – in effektiver Rechnung rund 3% an Wert.

■ Wechselkurse

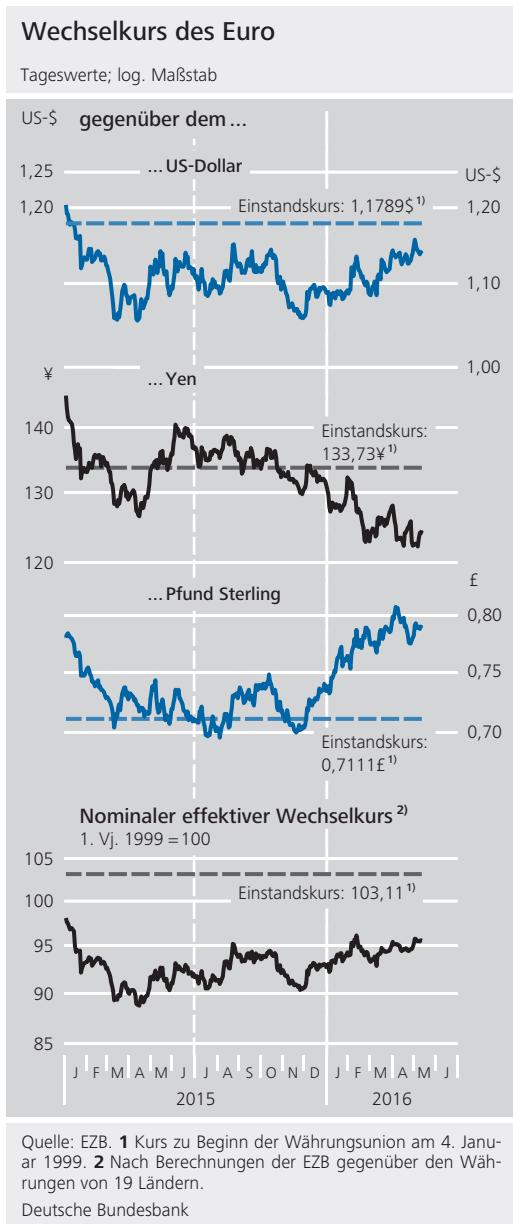
Nachdem der Euro-Dollar-Kurs Mitte Februar mit einer Notierung von 1,13 US-\$ den höchsten Stand seit Oktober 2015 erreicht hatte, gab er in der Folgezeit spürbar nach und fiel bis Anfang März 2016 auf 1,08 US-\$. Überraschend starke Zahlen zu den US-Einzelhandelsumsätze hatten die Erwartungen auf weitere Zinserhöhungen in den USA wieder etwas verstärkt und den US-Dollar gestützt. Gleichzeitig wurden Spekulationen auf eine zusätzliche geldpolitische Lockerung in der EWU durch die Veröffentlichung negativer Inflationszahlen für den Euro-Raum genährt, was den Euro belastete.

Obwohl der EZB-Rat Anfang März ein umfangreiches expansives Maßnahmenpaket beschlossen hat, befestigte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar in der Folgezeit spürbar. Gestützt wurde er durch nachlassende Zinssenkungserwartungen für die EWU. Zu dieser Einschätzung passten überraschend günstige Zahlen zur Industrieproduktion im Euro-Raum und ein unerwartet starker Anstieg des ifo Geschäftsklimaindex. Daneben hatte sich an den Märkten zunehmend die Erwartung durchgesetzt, dass die amerikanische Notenbank aufgrund der weiterhin bestehenden Risiken für die Weltkonjunktur und moderater Inflationszahlen für die US-Wirtschaft die Leitzinsen nur sehr langsam heraufsetzen wird. Nach der Bekanntgabe eines überraschend starken Wirtschaftswachstums im Euro-Raum für das erste Quartal und der Veröffentlichung einer Reihe unerwartet schwacher Daten für die US-Konjunktur, ist der Euro Anfang Mai auf bis zu 1,16 US-\$ gestiegen. Bei Abschluss dieses Berichts notierte er bei 1,14 US-\$; er lag damit 4,6% über dem Stand zum Jahresbeginn.

Nachdem der Euro gegenüber dem Yen nach der Einführung von Negativzinsen durch die Bank von Japan im Januar spürbar an Wert gewonnen hatte und auf bis zu 132 Yen gestiegen

Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar, ...

... dem Yen und ...



war, wertete er im Februar deutlich ab. Bis zum Monatsende fiel er auf 123 Yen. Schwache Außenhandelsdaten aus China und hohe Kursverluste von Bankaktien in verschiedenen Ländern hatten zu einer Verunsicherung an den Finanzmärkten beigetragen und den Yen als traditionelle „Safe haven“- Währung gestützt. In der Folgezeit konnte der Euro-Yen-Kurs sich zwar zunächst etwas befestigen. Anfang April gab der Euro die erzielten Wertzuwächse aber wieder ab, als sich das Risikobewusstsein der Finanzmarktteilnehmer verstärkte und den Yen auf breiter Basis stützte. Zuletzt lag der Euro bei 125 Yen und damit 5,0% unter dem Stand zum Jahresbeginn.

Gegenüber dem Pfund Sterling wertete der Euro in den ersten Monaten des Jahres darüber spürbar auf. Die Unsicherheit über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (EU) und die mit einem Austritt verbundenen Risiken für die britische Wirtschaft belasteten das Pfund-Sterling in dieser Zeit auf breiter Basis. Mitte April stützten allerdings verschiedene Meinungsumfragen die Erwartungen auf eine weitere EU-Mitgliedschaft. Seitdem hat sich das britische Pfund etwas befestigt. Zum Ende der Berichtsperiode stand der Euro bei einem Kurs von 0,79 Pfund Sterling. Per saldo verblieb seit Beginn des Jahres gleichwohl ein Kursgewinn des Euro gegenüber dem britischen Pfund von 7,5%.

... dem Pfund Sterling

Im Ergebnis wertete der Euro gegenüber den Währungen 19 wichtiger Handelspartner im Vergleich zum Jahresbeginn um 3,1% auf. Dabei standen den deutlichen Kursgewinnen gegenüber dem Pfund Sterling, dem US-Dollar und dem Renminbi, Wertverluste gegenüber dem Yen und einigen Rohstoffwährungen entgegen, die von der Erholung der Ölpreise profitierten. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern des Euro-Raums verschlechterte sich durch die Euro-Aufwertung etwas; gemessen am langfristigen Durchschnitt ist die Wettbewerbsposition derzeit aber im Großen und Ganzen als neutral einzustufen.

Effektiver Wechselkurs des Euro

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Die Renditen an den internationalen Rentenmärkten sind seit Ende Dezember beschleunigt zurückgegangen. Dazu haben zum einen die Zentralbanken in den großen Währungsräumen mit einer expansiveren Ausrichtung beigetragen. In den USA verfestigte sich die Markterwartung, dass die Renditen angesichts globaler Risiken für die US-amerikanische Konjunktur langsamer ansteigen würden, als es zu Jahresbeginn an den Märkten erwartet worden war. Zum anderen haben in der Aprilumfrage von Consensus Economics die befragten Analysten

Renditen auf internationalen Anleihemärkten weiterhin von expansiver Geldpolitik geprägt

ihre Wachstumserwartungen für die nächsten Jahre sowohl für die EWU als auch für die USA und Japan gegenüber Januar nach unten revidiert. Vor diesem Hintergrund rentierten zehnjährigen US-Treasuries mit zuletzt 1,8% um 52 Basispunkte unter ihrem Stand zum Jahreswechsel. In Japan haben die Renditen ebenfalls deutlich nachgegeben, nachdem die japanische Notenbank Ende Januar erstmals negative Zinsen für einen Teil der Einlagen, die Geschäftsbanken bei ihr halten, eingeführt hatte. Infolge des Rückgangs um 39 Basispunkte rentierten zehnjährige japanische Staatsanleihen zuletzt im negativen Bereich (– 0,1%). Auch das Eurosystem lockerte nochmals seinen geldpolitischen Kurs, was im Euro-Raum renditensenkend wirkte.

Bundesanleiherenditen nahe historischen Tiefständen

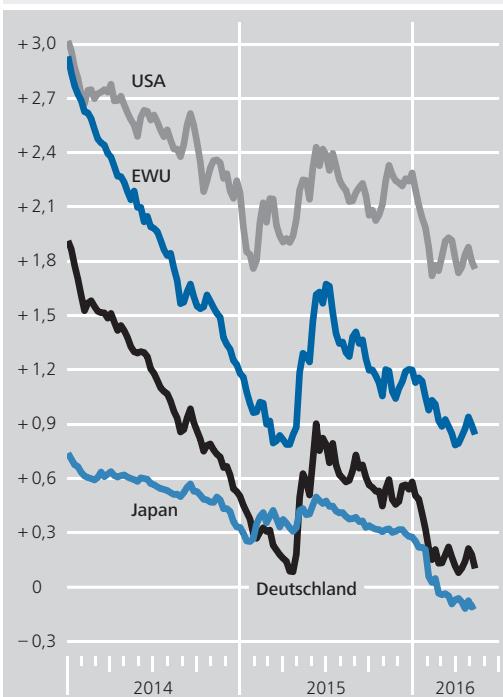
Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen sind im Berichtszeitraum um 50 Basispunkte auf 0,1% zurückgegangen. Der Renditerückgang fiel mit dem Rohstoffpreisverfall, der Unsicherheit über die globale konjunkturelle Entwicklung und den Aktienkursverlusten am Jahresbeginn zusammen. In diesem Umfeld haben die Marktteilnehmer vor allem sichere Anlagen gesucht und verstärkt Bundesanleihen nachgefragt. Vor dem Hintergrund einer Stabilisierung an den Aktien- und Rohstoffmärkten haben die Renditen vorübergehend wieder leicht angezogen. Trotz der unterschiedlichen Ausrichtung der Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks und dem sich daraus ergebenden Niveauunterschied entwickelten sich die Renditen von Bundesanleihen und US-Treasuries bis zuletzt überwiegend in einem engen Zinsverband.

Zinsstrukturkurve der Bundesanleihen flacher

Die aus den Renditen von Bundeswertpapieren abgeleitete deutsche Zinsstrukturkurve hat sich seit Ende Dezember 2015 nach unten verschoben. Dabei war der Renditerückgang im langfristigen Laufzeitbereich stärker als bei kürzeren Laufzeiten, sodass sich die Zinsstrukturkurve im Ergebnis verflacht hat. Gleichwohl erreichten die Renditen kurzlaufender Bundestitel ein Niveau unterhalb des (abgesenkten) Satzes der Einlagefazilität. So rentierten zweijährige Bun-

Renditen*) der EWU und ausgewählter Länder

% p.a., Wochendurchschnitte

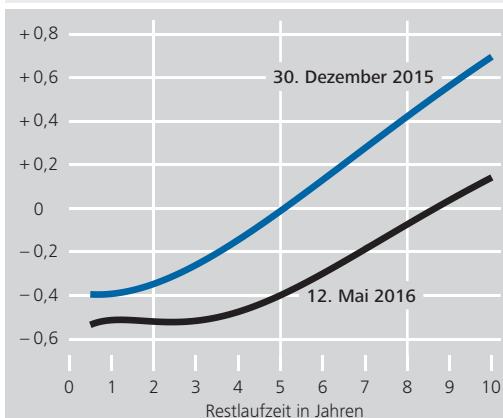


Quelle: Thomson Reuters. * Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren.

Deutsche Bundesbank

Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt*

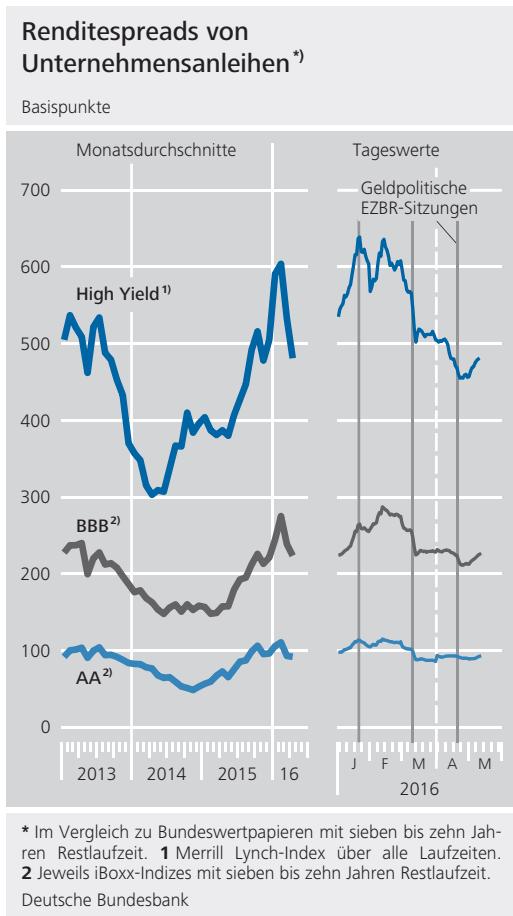
in %



* Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen (Svensson-Methode), basierend auf börsennotierten Bundeswertpapieren.

Deutsche Bundesbank

deswertpapiere zuletzt mit – 52 Basispunkten. Dies könnte Markterwartungen über eine weitere Absenkung des Einlagesatzes widerspiegeln. Auch im langfristigen Laufzeitbereich bewegten sich die Renditen nahe ihrer historischen Tiefstände. Während des Berichtszeitraums waren vorübergehend erstmals negative



Renditen für Papiere mit neun Jahren Restlaufzeit zu beobachten. Darin kommt einerseits zum Ausdruck, dass die Marktteilnehmer von einer noch längeren andauernden Phase niedriger Zinsen ausgehen. Andererseits haben aber auch gesunkene Terminprämien, die Käufer lang laufender Anleihen für die Übernahme des Zinsänderungsrisikos entgelten, zum Rückgang der langfristigen Renditen seit dem Jahreswechsel beigetragen.

Renditen im Euro-Raum verlaufen überwiegend gleichgerichtet

Die Renditen von Anleihen anderer EU-Staaten sind überwiegend gleichgerichtet wie die von Bundesanleihen verlaufen. Zum Abschluss dieses Berichts lag die mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichtete Rendite zehnjährigen EU-Anleihen (ohne Deutschland) mit 1,1% 31 Basispunkte unterhalb ihres Wertes von Ende Dezember 2015. Der Rückgang betraf die Anleiherenditen nahezu aller Länder. Eine Ausnahme bilden die Renditen portugiesischer Anleihen. Die portugiesischen Anleiherenditen sind seit dem Jahreswechsel deutlich, und zwar um 71

Basispunkte auf 3,2%, angestiegen. An den Finanzmärkten hat die Lockerung des Sparkurses durch die neue Regierung unter anderem Sorgen vor einer weiteren Ratingherabstufung Portugals verstärkt, die sich letztlich aber nicht bestätigt haben. In Griechenland waren die Renditen zu Beginn des Jahres vor dem Hintergrund politischer Diskussionen um Reformen, die Bedingungen für die Auszahlung von Geldern aus dem dritten Hilfspaket sind, ebenfalls deutlich gestiegen. Nachdem jedoch ein Abschluss der Verhandlungen als wahrscheinlicher wahrgenommen wurde und zuletzt auch das griechische Parlament einer Renten- und Steuerreform zugestimmt hat, sind die Renditen wieder deutlich zurückgegangen. Im Ergebnis sind somit auch die griechischen Renditen im Quartalsverlauf gesunken (– 89 Basispunkte auf 7,4%).

Finanzierungsbedingungen von Unternehmen weiter günstig

Die Renditen europäischer Unternehmensanleihen haben sich im Januar 2016 im Einklang mit zunächst gestiegenen Kreditrisiken, die auch in den Prämiens europäischer Kreditausfall-Swaps (itraxx-Index) zum Ausdruck kommen, zu Jahresbeginn etwas erhöht, bevor auch an diesem Markt die Renditen nachgaben. In dem Rückgang spiegelte sich nicht nur das allgemein niedrigere Zinsniveau wider. Auch die Liquiditäts- und kreditrisikospezifischen Aufschläge der Unternehmensanleihen gegenüber den Bundesanleihen sind zurückgegangen, wozu nicht zuletzt die Ankündigung eines Ankaufprogramms für Unternehmensanleihen beigetragen hat. So reduzierte sich der Zinsaufschlag von Unternehmensanleihen der Ratingklasse BBB gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen unmittelbar nach dem Beschluss um fast 20 Basispunkte. Im Ergebnis rentierten Anleihen europäischer Unternehmen der Ratingklasse BBB mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren zuletzt mit 2,2% knapp ½ Prozentpunkt unter ihrem Stand Ende des Jahres 2015. Dabei verlief die Renditeentwicklung bei Finanzunternehmen weniger günstig als bei realwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass der Effekt der Programmankündigung nicht auf „kaufbare“ Unterneh-

mensanleihen beschränkt blieb, sondern auch die Renditen von Hochzinsanleihen, deren Rating den bekannt gegebenen Programmkritieren nicht genügt, vergleichsweise stark drückte.

Termininflationsraten in großen Währungsräumen gesunken

Die aus Inflationsswaps abgeleitete fünfjährige Termininflationsrate in fünf Jahren im Euro-Gebiet ist seit Ende Dezember 2015 im Ergebnis um 20 Basispunkte zurückgegangen; sie lag zuletzt bei 1,5%. Diese Kennzahl hat insbesondere im Zuge des schnellen Verfalls der Ölpreise in den ersten Wochen dieses Jahres nachgegeben, wobei die nachfolgende Erholung der Rohstoffpreise ohne merkliche Auswirkungen blieb. In anderen großen Währungsräumen haben sich die marktbasierten Inflationserwartungen dagegen zuletzt wieder etwas erhöht. Allerdings sind die Indikatoren auch dort im Ergebnis seit dem Jahreswechsel gesunken. Einen Beitrag zu den niedrigen Werten der marktbasierten Indikatoren leistete die Inflationsrisikoprämie. Diese ist im Euro-Gebiet seit einiger Zeit negativ.

Gestiegener Nettoabsatz am Rentenmarkt

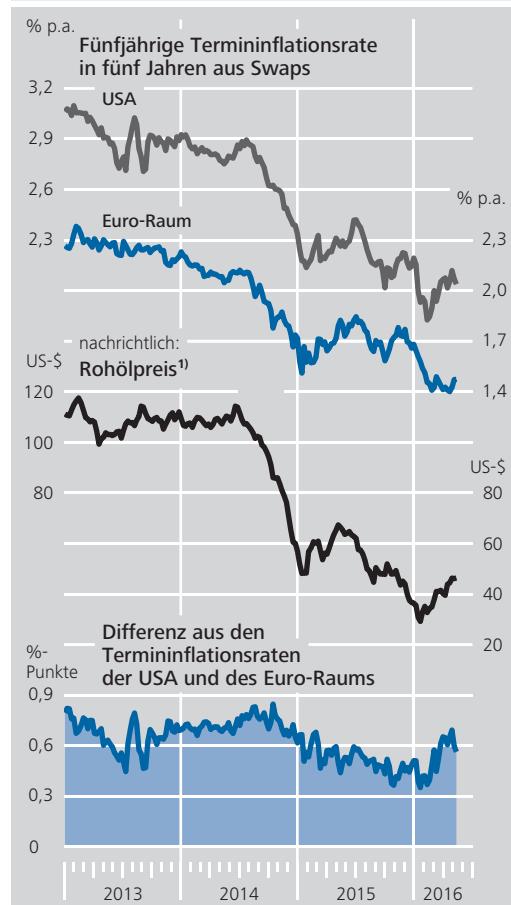
Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im ersten Quartal 2016 auf 367 Mrd €; es lag somit deutlich über dem Wert des Vorquartals (314 Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis inländische Schuldverschreibungen für 30½ Mrd € emittiert. Weiterhin brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 37 Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 67½ Mrd €.

Höhere Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die inländischen Kreditinstitute begaben im ersten Quartal 2016 neue Anleihen für netto 23½ Mrd €. Dabei wurden vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute in Höhe von 13 Mrd € emittiert, aber auch flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen (7½ Mrd €) sowie Hypothekenpfandbriefe (4 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Öffentlichen Pfandbriefen (1 Mrd €) gegenüber.

Termininflationsraten*) im Euro-Raum und in den USA

Wochendurchschnitte



Quellen: Bloomberg, Thomson Reuters und eigene Berechnungen. * Abgeleitet aus dem festen Zahlungsstrom von Inflationsswaps, der gegen die jährlichen realisierten Inflationsraten (HPII ohne Tabakwaren für den Euro-Raum sowie CPI Urban Consumers für die USA) der nächsten fünf bzw. zehn Jahre getauscht wird. 1 Brent Blend (für Terminlieferung in einem Monat).

Deutsche Bundesbank

Inländische Unternehmen begaben im Berichtszeitraum Schuldverschreibungen für per saldo 8½ Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis weit überwiegend um Titel mit Laufzeiten von über einem Jahr. Die Nettoemissionen sind vor allem auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen, während Sonstige Finanzinstitute im Ergebnis Anleihen tilgten.

Nettoemissionen von Unternehmensanleihen

Angesichts der günstigen Kassenlage verminderte die öffentliche Hand im ersten Quartal 2016 ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 2 Mrd €, nach Nettoemissionen über 9½ Mrd € im Quartal zuvor. In diesen Zahlen sind auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deut-

Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand gesunken

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

		Mrd €		
Position		2015		2016
		1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Schuldverschreibungen				
Inländer		37,5	– 1,2	56,1
Kreditinstitute		9,0	– 48,4	5,5
darunter:				
ausländische				
Schuldverschreibungen		3,0	– 1,1	9,3
Deutsche Bundesbank		12,5	36,6	38,3
Übrige Sektoren		16,0	10,5	12,2
darunter:				
inländische				
Schuldverschreibungen		– 15,9	3,6	– 15,4
Ausländer		12,4	– 54,5	11,2
Aktien				
Inländer		– 0,1	6,9	8,0
Kreditinstitute		10,5	1,4	– 9,4
darunter:				
inländische Aktien		11,8	0,1	– 6,9
Nichtbanken		– 10,7	5,5	17,5
darunter:				
inländische Aktien		– 17,7	– 2,5	8,8
Ausländer		6,2	5,0	– 1,6
Investmentzertifikate				
Anlage in Spezialfonds		45,9	30,6	27,1
Anlage in Publikumsfonds		9,6	11,0	5,7
darunter:				
Aktienfonds		3,0	6,4	– 0,9
Deutsche Bundesbank				

scher Banken enthalten, die statistisch dem öffentlichen Sektor zugerechnet werden. Der Bund selbst tilgte vor allem zehnjährige Anleihen (5½ Mrd €) sowie Bundesobligationen (4½ Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von 30-jährigen Anleihen, zweijährigen Schatzanweisungen (je 2½ Mrd €) und unverzinslichen Bubills (2 Mrd €) gegenüber. Die Länder tilgten im Berichtsquartal im Ergebnis eigene Anleihen für 2 Mrd €.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Als Erwerber am heimischen Anleihemarkt trat im ersten Quartal 2016 vor allem die Bundesbank in Erscheinung, die im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems Rentenwerte für netto 38½ Mrd € in ihr Portfolio aufnahm. Dabei handelte es sich weit überwiegend um inländische Titel der öffentlichen Hand. Inländische Nichtbanken und gebietsfremde Investoren erwarben Schuldverschreibungen in Höhe von netto 12 Mrd € beziehungsweise 11 Mrd €. Auch die heimischen Kreditinstitute erweiterten

ihre Rentenportfolio, und zwar um per saldo 5½ Mrd €.

Die internationalen Aktienmärkte waren seit Jahresbeginn großen Schwankungen unterworfen. Gemessen an den marktbreiten Indizes des Euro Stoxx und des S&P 500 mussten Aktienanleger bis in die erste Februarhälfte hinein Wertverluste in Höhe von bis zu 18% beziehungsweise 11% hinnehmen, die im Falle des Euro Stoxx auch anschließend (bis zum Abschluss dieses Berichts) nicht vollumfänglich wettgemacht wurden. Zu den wesentlichen Ursachen der Kurseinbußen in den ersten Monaten des Jahres zählten zum einen die ungünstiger eingeschätzten Konjunkturaussichten für einige Länder und zum anderen die zwischenzeitlich deutlichen Preirückgänge von Öl und anderen Rohstoffen. Der niedrige Ölpreis, der Mitte Januar auf einen langjährigen Tiefstand gefallen war, belastete insbesondere die Notierungen der Öl- und Gasindustrie. Beiderseits des Atlantiks erlitten entsprechende Unternehmen in den ersten Monaten des Jahres kräftige Kursverluste. Mit dem seit Februar wieder angestiegenen Ölpreis erholten sich die Aktien dieser Unternehmen jedoch wieder. Sie notierten bei Abschluss dieses Berichts sogar oberhalb ihres Standes von Ende des Jahres 2015 und damit besser als der Gesamtmarkt.

Internationale Aktienmärkte mit großen Schwankungen

Demgegenüber blieb der Kursverlauf von Bankaktien – ähnlich wie die Entwicklung der Anleihenrenditen von Finanzunternehmen – im gesamten Berichtszeitraum hinter der Entwicklung des Gesamtmarkts zurück. Dies zeigte sich auch in den Gewinnaussichten, die sich für Banken seit Jahresbeginn unterdurchschnittlich entwickelten. So revidierten die Analysten Umfragen zufolge (IBES) die auf Jahresfrist erwarteten Gewinne europäische Banken zwischen Dezember und Anfang Mai mit – 11% deutlich stärker nach unten als die Gewinne aller im Euro Stoxx enthaltenen Unternehmen (– 3%). Zu der Verschlechterung der fundamentalen Aussichten und der schwachen Wertentwicklung von Banktiteln trug das durch die Kursverluste am Aktienmarkt verschlechterte Handelsergebnis der Ban-

Bankaktien besonders belastet

ken bei. Darüber hinaus standen die Bewertungen der europäischen Banken auch im Zeichen der Unsicherheit über einen möglichen weiteren Kapitalbedarf. Hinzu kam mit Blick auf einige Banken aus Staaten der EWU-Peripherie die Sorge über den hohen Bestand notleidender Kredite. Im Ergebnis notierten europäische Bankaktien zuletzt 23% niedriger als Ende des Jahres 2015, verglichen mit Kursverlusten in Höhe von 10% für US-Banken. Dagegen entwickelte sich der Gesamtmarkt angesichts der jüngsten Erholungstendenzen günstiger (– 9% bzw. +1%).

Flucht in sichere Anlagen

Die Kursrückgänge am europäischen Aktienmarkt, die von einem gesunkenen Kurs-Gewinn-Verhältnis begleitet waren, reflektierten auch Umschichtungen in sichere Anlagen. Darauf deutet das bis in den Februar vorherrschende Muster steigender Aktienrisikoprämien bei fallenden Renditen von Bundesanleihen hin. Im Ergebnis hat sich die Risikoprämie für den marktbreiten Euro Stoxx gegenüber Ende 2015 allerdings nur noch um 0,3 Prozentpunkte ausgeweitet, während die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen um 50 Basispunkte gesunken sind.

Kursunsicherheit zeitweilig gestiegen

Zusammen mit den Kurseinbußen an den internationalen Aktienmärkten stieg die Unsicherheit der Marktteilnehmer über die weitere Kursentwicklung zunächst deutlich an. Gemessen an der impliziten Volatilität von Optionen, die in den deutschen, europäischen und amerikanischen Indizes VDAX, VStoxx und VIX reflektiert wird, erreichte sie Mitte Februar 2016 in der Spitz ein Niveau, das zuletzt im August 2015, als die Kursturbulenzen am chinesischen Aktienmarkt weltweit die Märkte verunsichert hatten, beobachtet worden war. Seither setzte eine Phase der schrittweisen Beruhigung ein. Die rückläufige Unsicherheit wirkte ihrerseits wiederum stabilisierend auf die Aktienkurse. Daneben haben Signale, dass die Federal Reserve den Leitzins langsamer als am Markt erwartet anheben könnte, den US-Aktienmarkt gestützt.



Anders als die vorangegangenen geldpolitischen Entscheidungen im Dezember 2015 hatten die Beschlüsse des EZB-Rats im März unmittelbar keine nennenswerten Auswirkungen auf das Kursniveau an den europäischen Aktienmärkten. Dies deutet darauf hin, dass die Marktteilnehmer diese im Vorfeld der Entscheidung bereits weitgehend „eingepreist“ hatten. Gleichwohl lösten die Beschlüsse einen erkennbaren Rückgang der Kursunsicherheit aus.

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt war im ersten Vierteljahr 2016 relativ verhalten. Inländische Unternehmen emittierten nur in geringem Umfang neue Aktien. Der Um-

Erneute geldpolitische Lockerung lässt Kursunsicherheit sinken

Verhaltene Mittelaufnahme am Aktienmarkt

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	Mrd €		
	2015	2016	1. Vj. p)
1. Vj.	4. Vj.		
I. Leistungsbilanz			
1. Warenhandel ¹⁾	+ 58,2	+ 74,4	+ 65,7
2. Dienstleistungen ²⁾	+ 60,4	+ 65,3	+ 65,7
3. Primäreinkommen	– 4,7	– 5,7	– 6,1
4. Sekundäreinkommen	+ 18,3	+ 24,9	+ 19,6
	– 15,8	– 10,0	– 13,5
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,2	– 2,2	– 0,4
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 30,4	+ 65,0	+ 24,3
1. Direktinvestition	+ 22,8	+ 25,5	+ 3,5
Inländische Anlagen im Ausland	+ 35,8	+ 29,6	+ 30,6
Ausländische Anlagen im Inland	+ 13,0	+ 4,1	+ 27,1
2. Wertpapieranlagen	+ 33,9	+ 66,8	+ 42,8
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 53,2	+ 17,7	+ 48,0
Aktien ³⁾	+ 0,4	+ 7,6	+ 1,3
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 17,8	+ 4,6	+ 9,7
darunter: Geldmarktfondsanteile langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	– 1,6	– 1,7	+ 6,2
darunter: denominiert in Euro ⁶⁾ kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 30,3	+ 6,0	+ 32,0
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 19,6	+ 2,5	+ 25,3
Aktien ³⁾	+ 4,7	– 0,5	+ 4,9
Investmentfondsanteile langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 19,2	– 49,1	+ 5,2
darunter: öffentliche Emittenten ⁸⁾ kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 1,9	+ 4,9	– 3,2
darunter: monetäre Finanzinstitute ¹¹⁾	+ 5,0	+ 0,6	– 2,8
Unternehmen und Privatpersonen ¹²⁾	– 13,8	– 32,6	– 6,5
Staat	– 18,3	– 18,8	– 9,2
Bundesbank	+ 26,2	– 21,9	+ 17,7
5. Währungsreserven ¹³⁾	+ 11,7	+ 5,5	+ 5,0
Monetäre Finanzinstitute ¹¹⁾	– 38,0	– 32,5	– 28,1
Unternehmen und Privatpersonen ¹²⁾	– 66,6	– 10,9	– 29,5
Staat	+ 1,7	– 24,6	– 9,2
Bundesbank	– 6,5	– 2,0	– 0,4
5. Währungsreserven ¹³⁾	+ 33,4	+ 4,9	+ 10,9
0,0	– 0,3	– 0,3	+ 1,2
IV. Statistisch nicht aufgliedbare Transaktionen ¹⁴⁾	– 28,1	– 7,3	– 41,1

- ¹ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ² Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ³ Einschl. Genusscheine. ⁴ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁵ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶ Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen. ⁷ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸ Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. ⁹ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ¹⁰ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹¹ Ohne Bundesbank. ¹² Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹³ Ohne Zuteilung von Sonderzuschreibungen und bewertungsbedingte Änderungen. ¹⁴ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

lauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 6 Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Nichtbanken (17½ Mrd €). Hingegen veräußerten heimische Kreditinstitute und ausländische Investoren Aktien für 9½ Mrd € beziehungsweise 1½ Mrd €.

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtszeitraum einen Mittelzufluss in Höhe von 33 Mrd €, nach einem Aufkommen von 41½ Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen hauptsächlich den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (27 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (14½ Mrd €), aber auch Rentenfonds (8½ Mrd €), Offene Immobilienfonds (5½ Mrd €) und Dachfonds (2½ Mrd €) neue Anteile unterbringen. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften akquirierten im ersten Quartal 2016 im Ergebnis neue Mittel für 9½ Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 44 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich im Ergebnis weit überwiegend heimische Papiere. Inländische Kreditinstitute erwarben Investmentfondsanteile für 1½ Mrd €, während ausländische Investoren heimische Anteilscheine für netto 3 Mrd € veräußerten.

Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten

Direktinvestitionen

Ebenso wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, der Mittelabflüsse im Umfang von netto 43 Mrd € verzeichnete, ergaben sich auch im Bereich der Direktinvestitionen in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 3½ Mrd €.

Geringe Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Gebietsansässige Unternehmen engagierten sich im ersten Quartal 2016 mit 30½ Mrd € im Ausland. Ausschlaggebend dafür war, dass Firmen insbesondere ihr Beteiligungskapital aufstockten (22 Mrd €), darunter 14 Mrd € im Rah-

Grenzüberschreitende Direktinvestitionen sowohl von inländischen Unternehmen im Ausland ...

men des Beteiligungskapitals im engeren Sinne und 7½ Mrd € über reinvestierte Gewinne. Im Bereich der konzerninternen Kredite kam es ebenfalls zu Kapitalabflüssen ins Ausland (8½ Mrd €). Dies geschah in erster Linie über die Kreditvergabe von Schwestergesellschaften im Inland an mit ihnen verbundene Niederlassungen im Ausland (6 Mrd €). Wichtige Investitionsziele waren die Niederlande (7 Mrd €), das Vereinigte Königreich (4½ Mrd €) und die USA (4 Mrd €).

Ausländische Unternehmen investierten im ersten Quartal 2016 27 Mrd € in Deutschland.

Überwiegend erfolgte dies über konzerninterne Kredite (20 Mrd €). Dabei räumten insbesondere die Niederlassungen deutscher Konzerne im Ausland ihren heimischen Muttergesellschaften – vor allem kurzfristige – Kredite (sog. „reverse flows“) ein, und zwar in Höhe von 12½ Mrd €. Zudem vergaben im Konzernverbund ausländische Schwestergesellschaften Kredite an Niederlassungen in Deutschland (5 Mrd €). Darüber hinaus erhöhten auch ausländische Unternehmen ihr Beteiligungskapital (7 Mrd €). Die Direktinvestitionen stammten vor allem aus Luxemburg (11½ Mrd €) und der Schweiz (5½ Mrd €).

... als auch von ausländischen Unternehmen in Deutschland

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

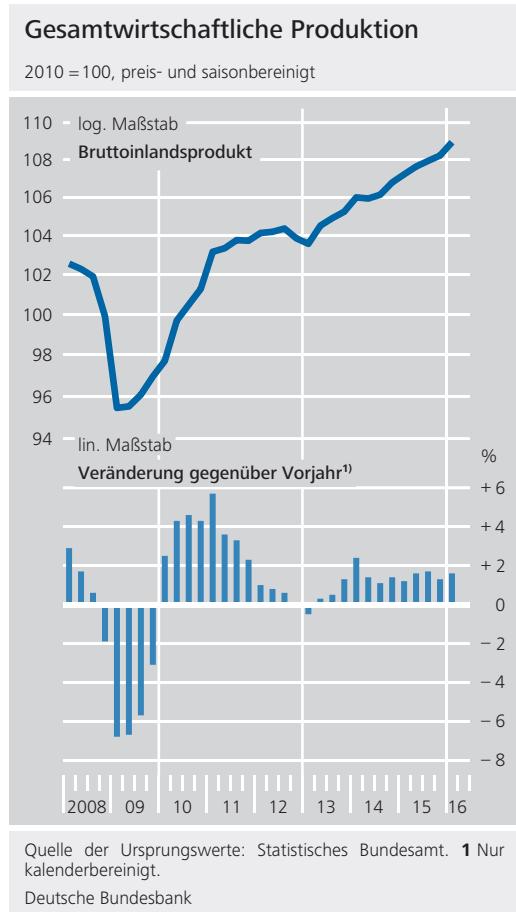
Kräftiger Wachstumsschub im ersten Jahresviertel 2016

Die deutsche Wirtschaft wuchs nach dem Jahreswechsel 2015/2016 kräftig. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,7%. Damit verstärkte sich das Wachstum merklich und lag spürbar über der Expansionsrate des Produktionspotenzials. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erreichte den höchsten Wert seit 2012, als die konjunkturellen Wirkungen der Staatsschuldenkrise die deutsche Wirtschaft zu bremsen begonnen hatten. Getragen wurde das Wirtschaftswachstum nach wie vor hauptsächlich vom privaten Verbrauch und der regen Bauaktivität, im Unterschied zum Jahresende 2015 aber auch von

wieder höheren Exporten und Ausrüstungsinvestitionen.

Starke Binnenwirtschaft profitiert zusätzlich von vorübergehenden Impulsen

Ausschlaggebend für den Nachfrageschub beim privaten Verbrauch war der erneute Preisrückgang auf den globalen Ölmarkten, der sich in der Kaufkraft der deutschen Konsumenten niederschlug. Darüber hinaus wirkten die guten Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten weiterhin positiv auf die Binnenwirtschaft. Begünstigt durch außergewöhnlich milde Witterungsverhältnisse stiegen die Bauinvestitionen sehr kräftig. Zum hohen Wachstum trug auch erheblich bei, dass die Exporte nach dem Rückgang Ende 2015 wieder zugelegt haben. Ausschlaggebend war hier vor allem, dass sich die Nachfrage aus China zuletzt deutlich erhöhte. Im Verein mit dem erhöhten Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten steigerte dies die Bereitschaft der Unternehmen, wieder mehr zu investieren.



Ausfuhren wieder mit Plus

Die deutschen Exporte konnten sich im Winterquartal von ihrer Schwächephase merklich erholen. Die Warenausfuhren stiegen gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt deutlich an. Gemäß regional disaggregierten Angaben, die lediglich bis Februar vorliegen und damit die kräftige Ausfuhraktivität im März noch nicht enthalten, stand einem leichten Rückgang der Ausfuhren in den Euro-Raum eine moderate Ausweitung der Exporte in die übrigen EU-Staaten gegenüber. Die Lieferungen in Nicht-EU-Länder nahmen insgesamt zwar ab, zwischen den einzelnen Regionen waren aber deutliche Unterschiede festzustellen. So verzeichneten die Exporte in die Volksrepublik China ein kräftiges Plus. Ausschlaggebend dafür war ein starkes Ergebnis im Kfz-Handel. Damit konnte der Abwärtstrend, der sich über den Großteil des vergangenen Jahres erstreckte, gestoppt werden. Auch die Lieferungen nach Russland nahmen nach Rückgängen in der zweiten Jahreshälfte 2015 wieder zu. Demgegenüber gaben die Ausfuhren in die USA

aber mals nach, und die Exporte nach Japan und in die unter dem niedrigen Rohölpreis leidenden OPEC-Länder erlitten deutliche Einbußen, wenngleich sich der Negativtrend bei letzteren spürbar verlangsamte.

Ausrüstungs-
investitionen
wohl spürbar
gestiegen

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften im Winter 2016 gegenüber dem Vorquartal spürbar gestiegen sein. Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen, zu denen auch militärische Beschaffungen zählen, waren zwar im Herbst stark gestiegen, haben dieses erhöhte Niveau aber vermutlich nicht gehalten. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen nahmen dagegen wohl merklich zu. Die deutlich gestiegene Auslastung der Produktionskapazitäten hat die Unternehmen möglicherweise bewegt, auch Erweiterungsinvestitionen wieder stärker in den Blick zu nehmen. Insbesondere der Fuhrpark der Unternehmen dürfte erheblich ausgeweitet worden sein. Dafür spricht der starke Anstieg der Zulassungen gewerblicher Kfz.

Baukonjunktur
weiter im
Aufwind und
zusätzlich durch
Witterung
begünstigt

Die Baukonjunktur nahm zu Jahresbeginn weiter Fahrt auf und wurde zusätzlich durch außergewöhnlich milde Temperaturen im Februar begünstigt. Da die Nachfrageimpulse im Vorquartal recht breit gefächert ausfielen, dürfte die Expansion neben dem Wohnungsbau jetzt auch den gewerblichen und öffentlichen Bau erfasst haben.

Private Konsum kräftig gestiegen

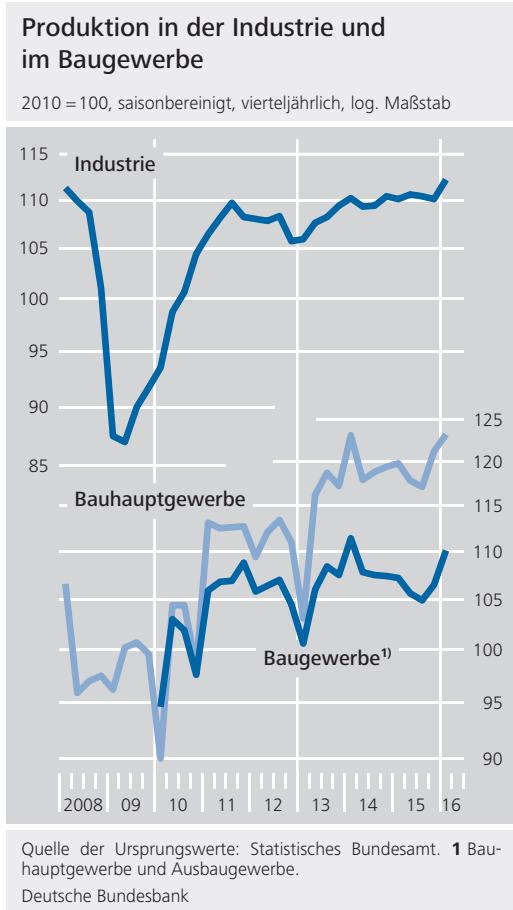
Der private Konsum wuchs im Winterquartal kräftig. Wie schon in den Vorquartalen war ein wichtiger Grund, dass die Einkommen der privaten Haushalte erheblich zunahmen. Sowohl Beschäftigung als auch Verdienste stiegen weiter deutlich an. Hinzu kam der erneute starke Ölpreisrückgang um den Jahreswechsel 2015/2016, der in realer Rechnung zu zusätzlichen Kaufkraftgewinnen führte. Auch wenn diese zunächst in gewissem Umfang zu höherer Ersparnis geführt haben dürften, erhielt der private Verbrauch dadurch zusätzlichen Schub. So wurden vor allem erheblich mehr Pkw gekauft. Darauf deuten jedenfalls die Zahlen für die Kfz-Zulassungen hin. Dagegen liefen die Geschäfte im Einzelhandel weniger dynamisch. Insbesondere



Schuhe und Bekleidung wurden – wohl wegen des milden Winterwetters – wenig nachgefragt. Positiv stachen hingegen die Umsätze mit Baubedarf, Möbeln und Einrichtungsgegenständen heraus, was im Zusammenhang mit der kräftigen Baukonjunktur stehen dürfte. Im Gastgewerbe könnte sich die Geschäftstätigkeit sogar leicht abgeschwächt haben.

Die Einfuhren sind nach dem Jahreswechsel preis- und saisonbereinigt kräftig gestiegen. Die nominalen Aufwendungen für Warenimporte waren zwar leicht rückläufig, gleichzeitig gaben allerdings die Importpreise stark nach, sodass sich in realer Rechnung ein kräftiger Zuwachs

*Einführen kräftig
zugenommen*



ergab. Deutlich mehr Waren wurden aus den Ländern der EU, China und Japan nachgefragt. Die Importe aus den Vereinigten Staaten gingen dagegen zurück.

■ Sektorale Tendenzen

Industrieproduktion kräftig ausgeweitet

Die industrielle Fertigung ist im ersten Vierteljahr 2016 kräftig gewachsen. Der Vorquartalsstand wurde saisonbereinigt um 2% überschritten. Die Produktionsausweiterungen waren sektorale breit gefächert; kräftige Steigerungen der Ausbringung waren sowohl bei den Vorleistungs-, als auch bei den Investitions- und Konsumgütern zu verzeichnen. Mit 2½% fiel das Plus bei den Investitionsgüterherstellern am stärksten aus. Hier ragte die Autoindustrie heraus, deren Ausbringung ausgesprochen kräftig stieg (+ 5¼%). Die vorübergehende Schwächephase gegen Ende des Vorjahrs, die angesichts gesunkener Auftragseingänge bereits vor Bekanntwerden der Affäre um die

Manipulation von Abgaswerten angelegt war, scheint damit überwunden zu sein.

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen in der Industrie lag Angaben des ifo Instituts zufolge im April bei 84½%. Trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zum Vorquartal übertraf er damit seinen langjährigen Durchschnittswert, der als normaler Auslastungsgrad gilt, merklich und lag weiterhin über dem Niveau im Jahr 2015. Dies deutet darauf hin, dass der kräftige Anstieg der Industrieproduktion im ersten Vierteljahr zu einem gewissen Teil ein nunmehr höheres Aktivitätsniveau in der Industrie anzeigen könnte.

Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe weiter auf hohem Niveau

Die Erzeugung in der Bauwirtschaft wurde gegenüber dem Schlussquartal des Vorjahrs saisonbereinigt kräftig ausgeweitet. Ursächlich hierfür war vor allem eine starke Produktionssteigerung im Ausbaugewerbe, dessen Meldungen allerdings in besonderem Maße revisionsanfällig sind. Positiv entwickelt hat sich aber auch das Bauhauptgewerbe. Hier war die milde Witterung im Februar ausschlaggebend. Die Energieproduktion wurde im Berichtszeitraum dagegen deutlich reduziert.

Bauleistung expandiert kräftig, Energieproduktion sinkt

Die kräftige Ausweitung der Wirtschaftsleistung in der Industrie und im Bau im ersten Vierteljahr schlug sich auch in den Dienstleistungsbranchen nieder. So erhöhte sich das Umsatzvolumen im Großhandel seit Jahresanfang saisonbereinigt deutlich. Wie bei anderen industriennahen Dienstleistern dürfte hier die sehr starke Ausweitung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe für Schub gesorgt haben. Laut der Umfrage des ifo Instituts wird die Geschäftslage im Großhandel als sehr gut beurteilt. Dies gilt auch für den sonstigen Dienstleistungssektor ohne Handel, in dem trotz gewisser Rückstufen nach wie vor hohe Werte erreicht wurden. Der Kfz-Handel steigerte seine Umsätze angesichts des lebhaften Autoabsatzes beträchtlich. Weitere, wenngleich eher verhaltene Umsatzsteigerungen standen auch im Einzelhandel zu Buche.

Großhandel wichtige Stütze der Dienstleistungskonjunktur

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt-
lage weiter sehr
günstig, Aussich-
ten geringfügig
verhaltener

Die Beschäftigung nahm im Winterquartal vor allem dank der guten Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Stellen sehr kräftig zu. Wie zuvor wurde die hohe Arbeitsnachfrage ganz erheblich durch die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung insbesondere aus der EU gedeckt. Obwohl sich die Flüchtlingszuwanderung nach und nach in der Arbeitslosenstatistik bemerkbar macht, verminderte sich die Arbeitslosigkeit im bisherigen Jahresverlauf nochmals.

Kräftige
Beschäftigungs-
dynamik
im Winter
fortgesetzt

Die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen stieg im ersten Vierteljahr 2016 saisonbereinigt um 181 000 beziehungsweise 0,4%. Getragen wurde dieser Zuwachs wiederum von der positiven Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Gemäß ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) nahm die Zahl dieser Arbeitnehmer in den ersten beiden Monaten des Berichtsquartals schätzungsweise um 0,5% (bzw. 143 000 Personen) gegenüber dem Durchschnitt der Herbstmonate zu. Leicht rückläufig war dagegen die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Hier setzte sich der seit Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2015 andauernde Rückgang fort. Die Verringerung der Selbständigenzahl der letzten Jahre kam zuletzt zumindest vorläufig zum Stillstand.

Zunahme vor
allem in einigen
Dienstleistungs-
bereichen und
im Baugewerbe

Neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wurden im Januar und Februar vor allem in jenen Dienstleistungsbranchen besetzt, die bereits in den letzten Quartalen besonders zügig gewachsen waren. Allein die wirtschaftlichen Dienstleistungen und das Gesundheits- und Sozialwesen waren zusammengenommen für etwa die Hälfte des Beschäftigungsanstiegs verantwortlich. Darüber hinaus zählten aber auch das Gastgewerbe und der Bereich Verkehr und Lagerei dazu. Der Stellenzuwachs im Baugewerbe verstärkte sich im Laufe des letzten halben Jahres deutlich und ist nunmehr ebenfalls überdurchschnittlich. Dagegen ist im Verarbeitenden Gewerbe trotz des deutlichen Anstiegs

der Produktion in diesem Jahr bislang kein nennenswerter Einstellungsschub erkennbar.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wurde weiterhin zu einem wesentlichen Teil von Zuwanderern, vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, getragen. Gemäß den Angaben des Zuwanderungsmonitors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) trugen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit etwa zur Hälfte zum Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten innerhalb der letzten 12 Monate bei (+ 634 000 bis Februar 2016). Der Zuzug der Flüchtlinge hat sich aufgrund der Bearbeitungszeiten der Asylgesuche sowie der Sprach- und Qualifikationshemmnisse bislang dagegen nur wenig in zusätzlicher Beschäftigung niedergeschlagen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten aus den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas erhöhte sich binnen Jahresfrist nur um 24 000.¹⁾

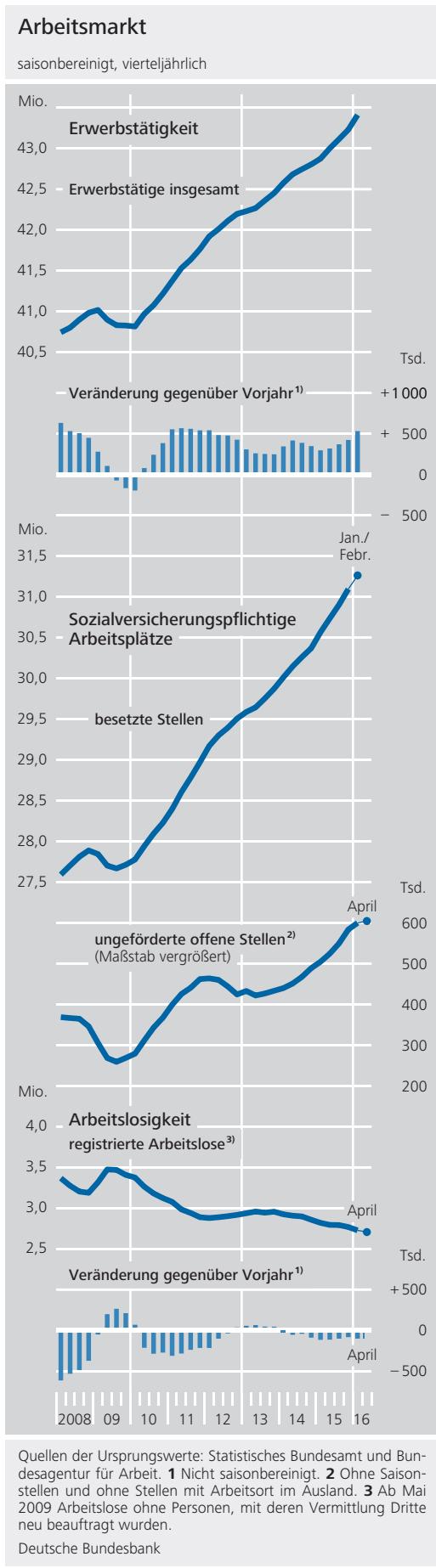
Zusätzliche
Arbeitsnach-
frage nach
wie vor zum
beträchtlichen
Teil durch hohe
Zuwanderung
aus der EU
gedeckt

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Winter in saisonbereinigter Rechnung spürbar. Die entsprechende Quote ermaßigte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2%. Dabei sank sowohl die Zahl der eher kurzfristig Arbeitslosen im Versicherungssystem als auch die Zahl der arbeitslos gemeldeten Grundsicherungsbezieher. Im April 2016 verminderte sich die registrierte Arbeitslosigkeit weiter erheblich. Dies dürfte allerdings – im Gegensatz zu den Wintermonaten – ausschließlich auf eine Ausweitung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen sein. Die gesamte Unterbeschäftigung, die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit einbezieht, stieg im April sogar leicht an.

Arbeitslosigkeit
im Winter weiter
gesunken

Die Flüchtlingszuwanderung macht sich zunehmend in der Arbeitslosenstatistik bemerkbar.

¹⁾ Siehe: IAB (2016), Zuwanderungsmonitor April 2016, Aktuelle Berichte des IAB. Zu den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern rechnet das IAB die Staaten Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan sowie aus Afrika die Länder Eritrea, Nigeria und Somalia.



Die Zahl der Arbeitslosen sank im April zwar im Vorjahresvergleich um 99 000. Allerdings nahm die Unterbeschäftigung unter Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit noch deutlich stärker ab (– 161 000), während sich die Arbeitslosigkeit unter Personen aus den Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas um 64 000 erhöhte. Gleichzeitig blieb die Arbeitslosenzahl von Personen mit anderen Staatsangehörigkeiten trotz hoher Zuwanderung konstant. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich diese Zuwanderer verhältnismäßig gut in den Arbeitsmarkt integriert haben.

Zunehmender Einfluss der Flüchtlinge auf Arbeitslosenzahl

Den Frühindikatoren des Arbeitsmarktes zu folge könnte sich die positive Beschäftigungsentwicklung in den nächsten Monaten fortsetzen, wenngleich etwas moderater als zuletzt. Darauf deutet sowohl das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts hin, das die Einstellungsabsichten der gewerblichen Wirtschaft für drei Monate im Voraus ermittelt, als auch ein neuer Index des IAB zur Beschäftigungsentwicklung.²⁾ Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der sowohl Informationen zum Bestand an gemeldeten offenen Stellen als auch zu deren Dynamik nutzt, ist weiterhin relativ konstant auf sehr hohem Niveau. Mehr ungeforderte offene Stellen meldeten der Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen, aber auch die öffentliche Verwaltung und das Baugewerbe. Die Teilkomponente zur Arbeitslosigkeit des umgestalteten IAB-Arbeitsmarktbarometers, das die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten projiziert, gab zuletzt nach. Sie liegt nunmehr geringfügig unterhalb der neutralen Schwelle, was auf eine leichte Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten hindeutet.

Etwas eingetrübte, jedoch weiterhin positive Beschäftigungsaussichten

2 Das IAB hat parallel zu seinem Arbeitsmarktbarometer zur Arbeitslosigkeit einen entsprechenden Index zur Beschäftigung konzipiert, der auf einer Befragung der Geschäftsführungen aller regionalen Arbeitsagenturen beruht. Diese Befragung wird bereits seit Anfang 2011 durchgeführt. Siehe: C. Hutter, E. Weber, K. Schmidt und S. Delfs (2016), Frühindikator für Arbeitslosigkeit und Beschäftigung: IAB-Arbeitsmarktbarometer 2.0, IAB-Kurzbericht 09/2016.

■ Löhne und Preise

Schwächerer Anstieg der Tarifverdienste im ersten Quartal 2016

Die Tarifverdienste insgesamt (einschl. Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen) legten im Wintervierteljahr 2016 spürbar weniger zu als im Herbstquartal 2015. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr sank von + 2,3% auf + 2,0%. Ursächlich waren hierfür vor allem negative Basiseffekte aufgrund von Einmalzahlungen im Vorjahresquartal, in zunehmendem Maße jedoch auch die relativ niedrigen Anhebungen der zweiten Stufen einiger Tarifabkommen früherer Lohnrunden. Die für Sondereffekte weniger anfälligen tariflichen Grundvergütungen wiesen im gleichen Zeitraum einen nur leicht flacheren Verlaufspfad auf. Die Effektiventgelte könnten im ersten Vierteljahr 2016 geringfügig stärker als die tariflichen Vergütungen gewachsen sein.

Lohnrunde 2016 bislang moderater als 2015

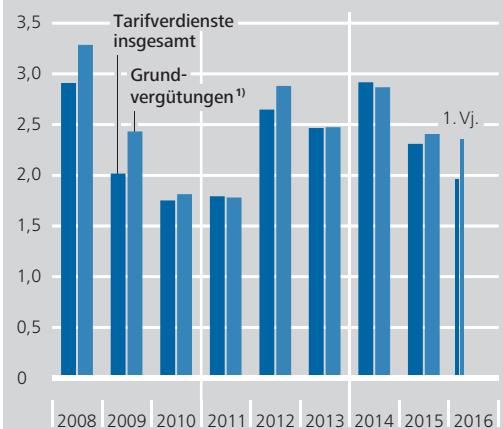
In der diesjährigen Tarifrunde wurden in der Metall- und Elektroindustrie Anhebungen um 2,8% ab Juli 2016 und um weitere 2,0% ab April 2017 vereinbart. Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sieht Tarifanhebungen um 2,4% in diesem Jahr und nach 11 Monaten um weitere 2,35% im kommenden Jahr vor. Zusätzliche Vereinbarungen wie die Absicherung der Zusatzaltersvorsorge und die Einführung einer neuen Entgeltordnung bei den Kommunen dürften die Bereitschaft der Gewerkschaften gefördert haben, diesem vergleichsweise verhaltenen Lohnzuwachs zuzustimmen. Dennoch könnte das moderate Tarifergebnis eine Signalfunktion für weitere derzeit in Tarifverhandlungen befindliche Branchen haben.³

Preistendenzen auf allen Absatzstufen weiterhin durch schwankende Rohölnotierungen geprägt

Im ersten Jahresviertel 2016 war die Preistendenz auf allen Absatzstufen weiterhin spürbar abwärtsgerichtet. Dies spiegelt vor allem den bis Mitte Januar anhaltenden Verfall der Rohölpreise wider, der zur Folge hatte, dass sie im Quartalsmittel sehr deutlich hinter dem Stand des Schlussquartals 2015 zurückblieben. Im Verlauf des abgelaufenen Quartals erholten sie sich dagegen recht deutlich und die Preistendenzen auf den Absatzstufen drehten. Darüber hinaus

Tarifverdienste

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



1) Ohne Nebenvereinbarungen und Pauschalzahlungen.

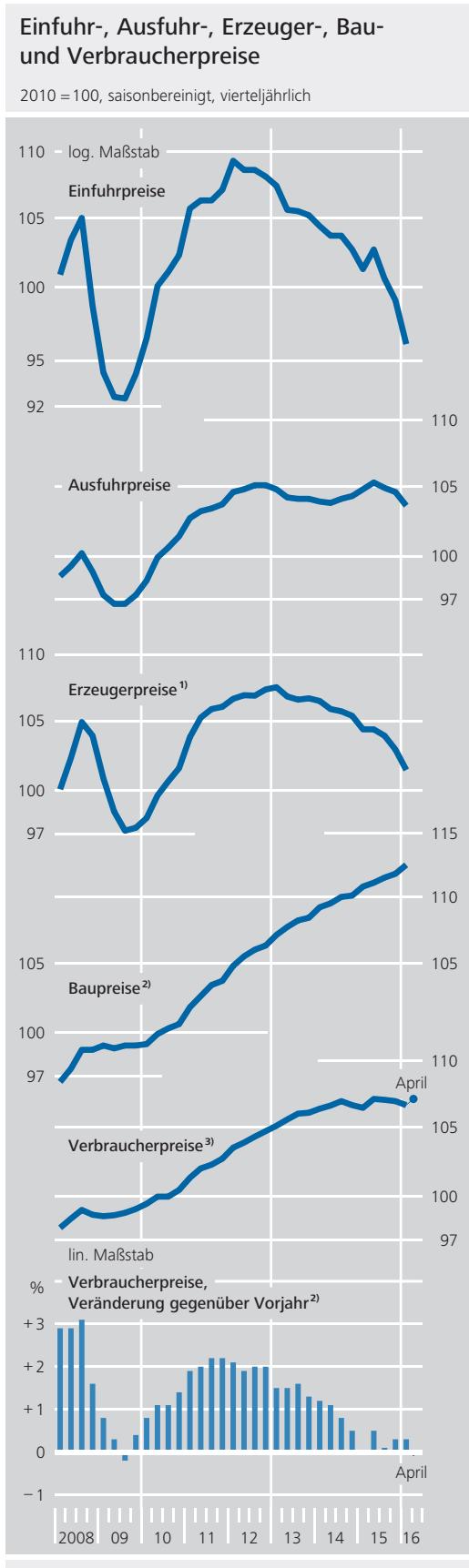
Deutsche Bundesbank

dürften Preisrückgänge bei anderen Rohstoffen, zum Teil mit Verzögerung, und die leichte Aufwertung des Euro seit November 2015 vor allem auf den vorgelagerten Stufen abschwächend auf die Preise ohne Energie gewirkt haben. Auf der Verbraucherebene hatte dies nur begrenzten Einfluss. Hier stiegen die Preise ohne Energie moderat an.

Die Einfuhrpreise gaben im ersten Quartal mit saisonbereinigt 3,0% insgesamt doppelt so stark nach wie im Vorquartal. Energie verbilligte sich dabei um fast 18%. Nicht nur bei Mineralölprodukten, sondern auch bei Erdgas verstärkte sich der Preisrückgang. Ohne Energie gerechnet fielen die Preisabschläge mit saisonbereinigt 1,5% ebenfalls überaus kräftig aus. Zwar kam die Abwärtsbewegung bei Industrieholznotierungen mehr oder weniger zum Stillstand, aber die vorangegangenen Preissenkungen wirkten noch mit Verzögerung auf die Einfuhrpreise für Vorleistungen. Investitionsgüter wurden erstmals seit zwei Jahren ebenfalls wieder günstiger. Schließlich trugen fallende Notierungen für Nahrungsmittelrohstoffe

Kräftige Preisrückgänge im Einfuhrbereich kommen abgeschwächt im Inlandsabsatz an

³ Aus stabilitätspolitischer Sicht maßgeblich ist, dass die derzeit niedrigen Inflationsraten nicht zu Zweitrendeneffekten führen. Sie wären dann festzustellen, wenn im Rahmen der Tarifrunden nicht etwa die angestrebte Inflationsrate von unterhalb, aber nahe 2% als Maßstab herangezogen würde, sondern etwaige niedrigere Inflationsraten oder -erwartungen.



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Deutsche Bundesbank

wesentlich dazu bei, dass für Konsumgüter weniger bezahlt werden musste. Binnen Jahresfrist sanken die Einfuhrpreise insgesamt um mehr als 5%. Auch ohne Energie drehte die entsprechende Rate deutlich ins Negative. Die gewerblichen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz wiesen gegenüber dem Vorquartal eine ähnliche Entwicklung auf wie die Einfuhrpreise. Die Investitions- und Konsumgüterpreise verharren allerdings näherungsweise auf dem Stand vor Jahresbeginn, weshalb die Preise ohne Energie nicht so kräftig nachgaben. Insgesamt wurde der Stand des Vorjahrs um 2,8% unterschritten. Bei den Ausfuhren fiel der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr deutlich moderater aus als bei den Einfuhren. Daher verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis deutlich.

Die Baupreise stiegen gegenüber dem Vorjahr mit +1,7% kaum stärker an als in den Quartalen zuvor. Auf dem Immobilienmarkt hat sich der Preisauftrieb im ersten Vierteljahr fortgesetzt. Laut dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) lagen die Preise für selbst genutztes Wohneigentum um 4,7% höher als ein Jahr zuvor.

Anstieg der Bau-
preise moderat

Die Verbraucherpreise gingen im Winter mit saisonbereinigt 0,3% stärker zurück als in den beiden Quartalen zuvor. Dies lag fast ausschließlich am verstärkten Preisrückgang für Kraftstoffe und Heizöl. Diese erreichten im Einklang mit den gesunkenen Rohölnotierungen ihren tiefsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Von den seit längerer Zeit sinkenden Einfuhrpreisen für Erdgas kam wenig bei den Verbrauchern an. Ohne Energie setzte sich der Preisauftrieb der Vorquartale fort, fiel jedoch etwas moderater aus. Zwar verteuerten sich Dienstleistungen (ohne Mieten) beinahe ebenso stark wie im Herbst. Aber für Nahrungsmittel musste saisonbereinigt etwas weniger gezahlt werden, und bei gewerblichen Waren machte sich die deutlich schwächer als saisonüblich ausgefallene Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen, die bereits im Herbst zu beobachten gewesen war, bemerkbar. Aufgrund des ebenfalls recht

Verbraucher-
preise ohne
Energie steigen
schwächer an

kräftigen Preisrückgangs im ersten Quartal 2015 betrug die Vorjahresrate im Winter 2016 beim nationalen Index (VPI) weiterhin + 0,3%; beim harmonisierten Index (HVPI) ging sie geringfügig auf + 0,1% zurück. Ohne Energie war der Preisanstieg im laufenden Quartal etwas schwächer als im Vorjahresquartal. Deshalb reduzierte sich die Rate nach dem VPI leicht auf + 1,2% und nach dem HVPI etwas mehr auf + 1,1%.

Deutlicher Preisanstieg im April vor allem wegen volatiler Komponenten

Im April stiegen die Verbraucherpreise recht deutlich um saisonbereinigt 0,3%. Dies lag vor allem an gewerblichen Waren. Höhere Preise für Energie resultierten wohl hauptsächlich aus stärker ausgeweiteten Margen. Bei Bekleidung und Schuhen kam es zu einer abrupten Gegenbewegung zu der davor saisonbereinigt rückläufigen Preisentwicklung. Zusätzlich wurden Preise für Zigaretten angehoben. Die Nahrungsmittelpreise blieben saisonbereinigt praktisch unverändert. Die Dienstleistungspreise insgesamt sanken wegen verbilligter Pauschalreisen. Andere Dienste und Wohnungsmieten wiesen weiterhin einen moderaten Preisanstieg auf. Trotz des saisonbereinigten Preisanstiegs im Vormonatsvergleich war die Vorjahresrate der Verbraucherpreise insgesamt wegen des späten Ostertermins im Vorjahr rückläufig und drehte wieder ins Negative. Sie betrug nach dem VPI – 0,1% und nach dem HVPI – 0,3%. Auch in den nächsten Monaten dürfte vor allem aufgrund des relativ kräftigen Preisanstiegs im Vorjahr noch mit Raten um null zu rechnen sein. Danach sollten sich diese wieder ins Positive drehen und gemäß dem aktuellen Rohölpreispfad langsam ansteigen.

vollständig für höhere Konsumausgaben verwendet, sondern zunächst auch einen Teil gespart. Dennoch wird sich der private Konsum vermutlich nicht in gleichem Maße wie im Vorquartal erhöhen. Auch das starke Expansionstempo in der Bauwirtschaft dürfte im zweiten Vierteljahr nicht zu halten sein, da der günstige Witterungseinfluss entfällt. Sollten darüber hinaus Baumaßnahmen wegen des milden Wetters lediglich zeitlich vorgezogen worden sein, würden den Bauinvestitionen im Sommerhalbjahr zusätzliche Impulse fehlen. Angesichts der guten Baukonjunktur, die sich unter anderem in hohen Auftragseingängen und stark ausgelasteten Kapazitäten niederschlägt, dürften solche Rückpralleffekte gegenwärtig aber keine bedeutende Rolle spielen. Auch wenn die Finanzpolitik grundsätzlich weiter expansiv bleibt, dürfte außerdem der zusätzliche Schub durch steigende Ausgaben der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung nachlassen, weil sich der Zustrom zuletzt deutlich verringert hat. Schließlich ist nicht gesichert, dass die Exporte an die gute Entwicklung im ersten Quartal anknüpfen können. Die solide konjunkturelle Grundtendenz dürfte aber auch im zweiten Vierteljahr intakt bleiben.

In den aktuellen Erwartungen der deutschen Industrie kommt eine abwartende Haltung der Unternehmen zum Vorschein. Die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind am aktuellen Rand etwas gefallen, bei den Produktionserwartungen war dagegen ein Anstieg zu verzeichnen. Die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe befinden sich zwar im leicht negativen Bereich, verschlechterten sich zuletzt aber nicht weiter. Ein Blick auf die einzelnen Gütergruppen offenbart, dass vor allem die Produzenten der Investitionsgüter die Aussichten zuletzt günstig einschätzten. Im binnengewirtschaftlich orientierten Dienstleistungssektor (einschl. Handel) zeichnen die Umfragen ein weiterhin optimistisches Bild der Perspektiven.

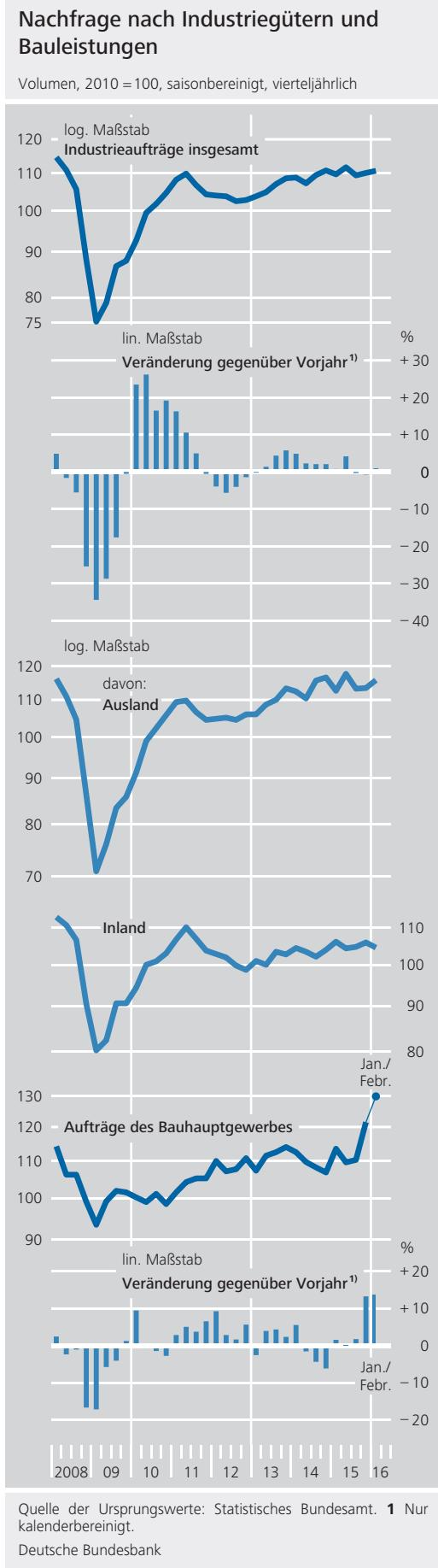
Unternehmen noch unentschieden über die zukünftige Entwicklung

Auftragslage und Perspektiven

Schwächeres Wachstum im Frühjahr aufgrund weniger schwungvoller Binnennachfrage durch Wegfall von Sonderfaktoren

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft dürfte im Frühjahr an Dynamik einbüßen. Die Kaufkraftsteigerungen dürften angesichts der zuletzt beobachtbaren Festigung der Rohölpreise zukünftig nicht mehr so groß ausfallen. Zwar haben die privaten Verbraucher ihre zusätzlichen finanziellen Spielräume wohl nicht sofort

Der Auftragseingang in der Industrie ist zum Jahresanfang mit saisonbereinigt ½% etwas



langsamer gewachsen als im Vorquartal. Während bei den inländischen Orders ein deutliches Minus zu verzeichnen war, legte das Auftragsvolumen aus dem Ausland, insbesondere aus Drittstaaten außerhalb der Europäischen Währungsunion, kräftig zu. Wird um Großaufträge bereinigt, fallen die Unterschiede zwischen den Regionen deutlich geringer aus, aber die Grundtendenz bleibt erhalten. Die sektorale Betrachtung offenbart, dass das Bestellvolumen (einschl. Großaufträgen) am stärksten in den Bereichen der Investitions- und Konsumgüter expandierte, wozu die Drittstaaten maßgeblich beitrugen. Dies deutet darauf hin, dass sich die Investitionskonjunktur in diesen Ländern – im Einklang mit den Ergebnissen der Umfragen bei deutschen Investitionsgüterherstellern – im Aufwind befindet. In der Autoindustrie expandierte das Auftragsvolumen aus dem Ausland besonders stark. Der Auftragseingang für Vorleistungsgüter sank dagegen kräftig. Trotz der deutlich gestiegenen Auslandsbestellungen dürften die Exporte im zweiten Quartal wohl nur mäßig wachsen. Hierfür spricht der hohe Beitrag von Großaufträgen, die zu einem erheblichen Teil erst weiter in der Zukunft zu Exporten führen dürften, und vor allem die zuletzt gesunkenen Exporterwartungen.

Starker Auftragsfluss aus dem Ausland

Getragen von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und Einkommensperspektiven sowie starker Zuwanderung dürfte der Bausektor den kräftigen Expansionskurs tendenziell beibehalten. Allerdings dürfte das Wachstum im Frühjahr vorübergehend dadurch gedämpft werden, dass die günstigen Witterungseinflüsse aus dem Winterhalbjahr entfallen. Das Bestellvolumen im Bauhauptgewerbe wurde seit Jahresanfang sehr kräftig ausgeweitet. Dies gilt insbesondere für den Wohnungs- und den öffentlichen Bau. Auch die Baugenehmigungen legten ganz außerordentlich stark zu. Dazu dürfte beigetragen haben, dass zum Jahreswechsel eine neue Energieeinsparverordnung in Kraft trat. Um sich den alten Rechtsstand zu sichern, dürften viele Bauwillige Ende 2015 noch Anträge eingereicht haben, die im ersten Quartal 2016 genehmigt wurden. Ein Teil der Bau-

Gute Stimmung in der Bauwirtschaft hält an

genehmigungen könnte daher erst mit einiger Verzögerung zu Bauaufträgen führen.

Konsum weiterhin wesentliche Stütze für das Wirtschaftswachstum

Die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt, steigende Einkommenserwartungen sowie stabile Preise bilden günstige Rahmenbedingungen für eine anhaltend schwungvolle Verbrauchskonjunktur. Dies spiegelt sich im hohen Niveau des

von der Gesellschaft für Konsumforschung erhobenen Konsumklima-Indikators wider, das sich im April sogar noch spürbar verbessert hat. Hier spielt eine Rolle, dass die Verbraucher für die deutsche Wirtschaft einen moderaten Aufwärtstrend erwarten und ihre Einkommensperspektiven optimistischer einschätzen.

■ Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

2016 wird
Überschuss
weitgehend
abgebaut ...

... bei weiter
sinkender
Schuldenquote

Einnahmenquote
stabil, ...

... Ausgaben-
quote steigt
unter anderem
wegen
Flüchtlings-
migration

Im vergangenen Jahr wurde ein merklicher Überschuss im deutschen Staatshaushalt erzielt (0,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)), und die Schuldenquote ging weiter zurück (71,2%). Für das laufende Jahr ist aber ein weitgehender Abbau des Überschusses zu erwarten. Konjunktur-einflüsse und temporäre Effekte dürften nur eine geringe Rolle spielen.¹⁾ Es zeichnet sich allerdings eine spürbare Verschlechterung des strukturellen Saldos ab, obwohl sich der Rück-gang der Zinsausgaben fortsetzt. So werden die Aufwendungen aufgrund der Flüchtlingszuwan-derung merklich steigen. Der Zuzug ist zwar zuletzt stark gesunken. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich die Anzahl der zu versorgenden Per-sonen aber gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhen. Im vergangenen Jahr waren viele erst im Herbst zugewandert und somit nur für wenige Monate zu versorgen. Auch darüber hinaus ist der Haushaltskurs expansiv. Die Schul-denquote dürfte im laufenden Jahr gleichwohl weiter sinken, vor allem weil das Wachstum des nominalen BIP im Nenner die Quote drückt. Außerdem ist für die Verbindlichkeiten der staatlichen Bad Banks eine fortgesetzte Rück-führung zu erwarten.

Für die Einnahmenquote zeichnen sich im lau-fenden Jahr keine größeren Änderungen ab. Einerseits sind die kassenindividuellen Sätze für die Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Kranken-versicherung im Durchschnitt gestiegen. Andererseits führen bei der Einkommensteuer ins-besondere die höheren Freibeträge und die Tarifverschiebung zu gewissen Mindereinnah-men. Dagegen dürfte die Ausgabenquote merk-lich steigen. Zwar wird sich der Rückgang der Zinsausgabenquote fortsetzen, da die Durch-schnittsverzinsung²⁾ und die Schuldenquote weiter sinken. Allerdings führt die Flüchtlings-migration zu Mehraufwendungen vor allem in den Bereichen Sozialleistungen, Vorleistungs-käufe und Personal. Aus heutiger Sicht könnten

sich im laufenden Jahr in diesem Zusammen-hang Mehrausgaben von rund 1½% des BIP ge-gegenüber dem Jahr 2014 – vor Beginn der star-ken Zuwanderung – ergeben. Der insgesamt zu erwartende deutliche Ausgabenanstieg geht aber auch auf fiskalische Maßnahmen an ande-rer Stelle zurück, etwa bei den Sozialausgaben (z. B. für Gesundheit und Wohngeld) oder den Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur und Kin-derbetreuung. Schließlich schlägt auch die starke Rentenanpassung zur Jahresmitte zu Buche.³⁾

Für das kommende Jahr ist mit einem mehr oder weniger unveränderten Finanzierungs-saldo und einer weiter sinkenden Schulden-quote zu rechnen. Eine eher aufwärtsgerichtete Konjunktur-entwicklung und positive temporäre Effekte (Erlöse aus einer Frequenzversteige- rung)⁴⁾ dürften die Haushalte entlasten. Auch wird die Zinsausgabenquote wohl weiter sinken. Auf der Einnahmenseite sollten sich Mehr-einahmen insbesondere aus der Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung und Ausfälle durch Steuersenkungen (v. a. bei der Einkommensteuer und durch das Auslaufen

Im kommenden
Jahr Saldo wohl
mehr oder weni-
ger unverändert

* Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversiche- rungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung ausführlicher berichtet.

1) Beide Einflüsse sind im laufenden Jahr sowohl im Hinblick auf die Veränderung als auch auf das Niveau des Saldos weitgehend neutral. Die Mehrausgaben für Flüchtlinge sind hier nicht als temporär anzusehen, weil die staatlichen Auf-wendungen selbst im Falle rückläufiger Zuwanderungszah- len noch über mehrere Jahre spürbar sein werden.

2) Gleichzeitig dämpfen die niedrigen Zinssätze auf der Ein-nahmenseite z. B. die staatlichen Zinseinnahmen, die aller-dings sehr viel weniger ins Gewicht fallen.

3) Weitere Mehrausgaben könnten sich etwa im Zusam-menhang mit dem Verkauf und der Auslagerung von bestim-mten Vermögenswerten der HSH-Nordbank und im Zuge des Ausstiegs aus der Kernenergie ergeben.

4) Die Erlöse aus der Frequenzversteigerung im Sommer 2015 werden in den VGR periodengerecht erfasst (d.h. sobald die Frequenzbänder dem Erwerber zur Verfü-gung gestellt werden). Im Jahr 2017 verbessert sich der Saldo hierdurch um 3,8 Mrd € (in Form einer „Veräußerung nicht-produzierter Vermögensgüter“, die sich in den VGR als eine negative Ausgabe niederschlägt).

Eckwerte des aktualisierten Stabilitätsprogramms der Bundesregierung

Position	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wachstum des realen BIP (in %)						
Stabilitätsprogramm April 2016	1,7	1,7	1,5	1,6	1,6	1,6
Stabilitätsprogramm April 2015	1,5	1,6	1,3	1,3	1,3	.
Staatlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2016	0,7	0	0	0	0	0
Stabilitätsprogramm April 2015	¼	0	¼	¼	½	.
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2016	0,8	0	0	0	0	0
Stabilitätsprogramm April 2015	¾	¼	½	½	½	.
Schuldenstand (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2016	71,2	68 1/4	65 3/4	63 1/2	61 1/4	59 1/2
Stabilitätsprogramm April 2015	71 1/2	68 3/4	66	63 3/4	61 1/2	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Deutsche Bundesbank

der Kernbrennstoffsteuer) in etwa ausgleichen. Das Wachstum der Primärausgaben (d. h. bei Ausblendung der sinkenden Zinsausgaben) dürfte weiterhin hoch bleiben, wenn auch etwas niedriger ausfallen als im laufenden Jahr. Die mit der Flüchtlingsmigration verbundenen Aufwendungen könnten sich mehr oder weniger stabilisieren. Zu merklichen Mehrbelastungen führen dagegen die Leistungsausweitung bei der Pflegeversicherung. Außerdem sehen die Eckwerte zur Bundeshaushaltspol- lution vom März eine Fortsetzung des expansiven Ausgabenkurses vor, und für die Gesundheits- und Alterssicherungsausgaben ist auch weiterhin eine hohe Dynamik angelegt.

*Stabilitäts-
programm mit
ausgeglichenen
gesamt-
staatlichen
Haushalten
bis 2020*

Im April hat die Bundesregierung ihr aktualisiertes Stabilitätsprogramm für den Zeitraum bis 2020 vorgelegt.⁵⁾ Demnach strebt sie ab dem laufenden Jahr einen (strukturell) etwa ausgeglichenen Staatshaushalt an. Dies erscheint insgesamt realisierbar. Nach der deutlichen Kurs- lockerung im laufenden Jahr soll die finanzpoli- tische Ausrichtung im weiteren Verlauf weit- gehend unverändert bleiben. Im Vergleich zu früheren Planungen, mit denen noch moderate strukturelle Überschüsse erreicht werden soll- ten, sind die Ziele nun allerdings weniger ambitioniert, wobei dies teilweise durch niedrigere Zinsausgaben verdeckt wird.⁶⁾ Ausschlaggebend hierfür sind Mehraufwendungen aufgrund der

Flüchtlingszuwanderung,⁷⁾ aber auch stärkere Ausgabenzuwächse in anderen Bereichen. Die Schuldenquote soll bis 2020 auf 59 1/2% fallen, womit sie erstmals seit fast zwei Jahrzehnten wieder unter dem Maastricht-Referenzwert von 60% liegen würde.

5) Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung veröffentlichen die EU-Mitgliedstaaten jährlich im April Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme. Die Bundesregierung legt im Stabilitätsprogramm regelmäßig ihre gesamtwirtschaftliche Projektion vom Jahresanfang zugrunde. Sie aktualisiert die gesamtwirtschaftlichen Annahmen kurz darauf mit ihrer Frühjahrsprojektion, auf der auch die offizielle Steuerschätzung vom Mai beruht. Damit würde sich für die Fiskalprojektion im jüngsten Stabilitätsprogramm eine leichte Aufwärtskorrektur ergeben. Vgl. zur offiziellen Steuerschätzung S. 70 f.

6) Die strukturelle Primärsaldoquote soll niedriger ausfallen und in der mittleren Frist nur noch konstant gehalten werden, statt wie im Programm des letzten Jahres wieder leicht verbessert zu werden. Dabei führen höher veranschlagte Zuwächse des BIP-Potenzials dazu, dass sich die strukturellen Ausgabenpielräume erhöhen (bei einem gegebenen Ziel für den strukturellen Primärsaldo). Die Aufwärtsrevision der Potenzialraten scheint zumindest teilweise mit einem gemäß EU-Potenzialschätzverfahren kurzfristig stark positiven Einfluss der Flüchtlingsmigration auf die strukturelle Arbeitsmarktentwicklung zusammenzuhängen (vgl. dazu auch: Gemeinschaftsdiagnose (2016), Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert, S. 49–60). Der Ausweis einer (leichten) zyklischen Unter- auslastung der deutschen Wirtschaft bis zum Jahr 2020 erscheint nicht naheliegend.

7) Gemäß Stabilitätsprogramm erwartet die Bundesregierung ebenfalls Mehrausgaben von jeweils rund ½% des BIP in den Jahren 2016 und 2017 verglichen mit dem Jahr 2014. Es ist zu vermuten, dass angesichts der aktuell relativ niedrigen Zuzüge danach zumindest keine wesentlich höheren Haushaltsbelastungen veranschlagt werden sind.

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet

2015 sank Schuldenquote im Euro-Raum erstmals seit 2007

Eurostat hat Ende April im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens Angaben zu den staatlichen Defiziten und Schuldenständen der EU-Mitgliedsländer veröffentlicht. Demnach sank die Defizitquote im Euro-Raum im vergangenen Jahr von 2,6% auf 2,1%. Ausschlaggebend waren gedämpfte Zinsausgaben und eine günstige konjunkturelle Entwicklung, während die Aufwendungen zur Bankenstützung geringfügig größer waren als im Vorjahr. Der grundlegende fiskalische Kurs (Änderung des strukturellen Primärsaldos) hätte für sich betrachtet zu einer leichten Defizitausweitung geführt. Die Schuldenquote im Euro-Raum ist im vergangenen Jahr von 94,4% auf 92,9% gesunken.¹⁾ Damit ging die Schuldenquote erstmals seit 2007 wieder zurück.

2016 und 2017 insgesamt gelockerter fiskalischer Kurs

Für das laufende Jahr erwartet die Europäische Kommission im Euro-Raum nur noch einen kleinen Rückgang der Defizitquote auf 1,9%. Eine spürbare Lockerung wird von einem positiven Konjunktureinfluss und weiteren Entlastungen bei den Zinsen überlagert. Im Jahr 2017 wird mit einer nochmaliigen – wenn auch geringeren – Lockerung gerechnet. Bei weiter vorteilhaften Konjunktur- und Zinseinflüssen soll die Defizitquote auf 1,6% sinken. Die Schuldenquote wird demnach bis auf 91,1% im Jahr 2017 zurückgehen.

Fiskalische Lockerungen auch in Ländern mit hohen Schuldenquoten

Die Kommission erwartet, dass die Defizitquoten trotz fiskalischer Lockerung in der weit überwiegenden Zahl der Euro-Länder sinken. Im kommenden Jahr würde der Referenzwert von 3% aber – ohne zusätzliche Maßnahmen – weiterhin von Frankreich und Spanien überschritten. Beide Länder würden damit ihr übermäßiges Defizit nicht fristgerecht (2017 bzw. 2016) korrigieren. Portugal hat seine Korrekturfrist im vergangenen Jahr verfehlt, für 2016 erwartet die Kommission aber einen Wert unter 3%. Die besonders hoch verschuldeten Länder Belgien, Griechenland, Italien, Portugal und Zypern mit einer Schuldenquote über 100% sowie Frankreich, Irland und Spanien, die nur wenig unter dieser Marke liegen, weisen meist durchgängig eine lockere fiskalische Ausrichtung auf. Die Schuldenquote sinkt hier zum Teil entgegen dem allgemeinen Trend nicht. In Griechenland mit fast 180% sowie in Frankreich und Spanien mit fast 100% läge die Schuldenquote 2017 leicht über dem Wert von 2015.

Drittes Griechenland-Programm in Überprüfungsphase

Griechenland ist das einzige Land, das sich noch in einem ESM-Programm befindet. Derzeit läuft die erste Überprüfung des im vergangenen Jahr beschlossenen dritten

¹⁾ Die hier verwendeten Angaben der Europäischen Kommission zum Schuldenstand im Euro-Raum insgesamt enthalten – im Unterschied zu denjenigen im Rahmen der Notifikation – auch die Kreditvergaben zwischen Euro-Staaten. Ohne diese zwischenstaatlichen Kredite gerechnet ist die Schuldenquote 2015 in ähnlichem Ausmaß auf 90,7% gesunken.

Prognose für die öffentlichen Finanzen der EWU-Länder							
Land	Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, Mai 2016						Frist für Korrektur des übermäßigen Defizits
	Haushaltssaldo in % des BIP			Staatschulden in % des BIP			
Land	2015	2016	2017	2015	2016	2017	
Belgien	– 2,6	– 2,8	– 2,3	106,0	106,4	105,6	–
Deutschland	0,7	0,2	0,1	71,2	68,6	66,3	–
Estland	0,4	– 0,1	– 0,2	9,7	9,6	9,3	–
Finnland	– 2,7	– 2,5	– 2,3	63,1	65,2	66,9	–
Frankreich	– 3,5	– 3,4	– 3,2	95,8	96,4	97,0	2017
Griechenland	– 7,2	– 3,1	– 1,8	176,9	182,8	178,8	2016
Irland	– 2,3	– 1,2	– 0,7	93,8	89,1	86,6	2015
Italien	– 2,6	– 2,4	– 1,9	132,7	132,7	131,8	–
Lettland	– 1,3	– 1,0	– 1,0	36,4	39,8	35,6	–
Litauen	– 0,2	– 1,0	– 0,2	42,7	41,1	42,9	–
Luxemburg	1,2	1,0	0,1	21,4	22,5	22,8	–
Malta	– 1,5	– 0,9	– 0,8	63,9	60,9	58,3	–
Niederlande	– 1,8	– 1,7	– 1,2	65,1	64,9	63,9	–
Österreich	– 1,2	– 1,5	– 1,4	86,2	84,9	83,0	–
Portugal	– 4,4	– 2,7	– 2,3	129,0	126,0	124,5	2015
Slowakei	– 3,0	– 2,4	– 1,6	52,9	53,4	52,7	–
Slowenien	– 2,9	– 2,4	– 2,1	83,2	80,2	78,0	2015
Spanien	– 5,1	– 3,9	– 3,1	99,2	100,3	99,6	2016
Zypern	– 1,0	– 0,4	0,0	108,9	108,9	105,4	2016
Euro-Raum	– 2,1	– 1,9	– 1,6	92,9	92,2	91,1	–

Quelle: Europäische Kommission.
 Deutsche Bundesbank

Hilfsprogramms.²⁾ Dabei ist es wie zuvor zu Verzögerungen gekommen und offenbar auch zu Problemen bei der Umsetzung. Aktuell ist insbesondere noch umstritten, welche zusätzlichen Anstrengungen erforderlich sind, damit Griechenland im Jahr 2018 den vereinbarten Primärüberschuss (also der Überschuss ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben) von 3,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) tatsächlich erreicht. Als Kompromiss wurde verabredet, dass Griechenland vorsorgliche Maßnahmen beschließt, die aber nur dann tatsächlich wirksam werden, wenn das Ziel sonst verfehlt würde. Ein solcher Mechanismus ist neben weiteren Maßnahmen von Griechenland vor dem Abschluss der laufenden Programmüberprüfung zu implementieren („prior actions“). Für den Fall eines positiven Prüfungsergebnisses wurde – neben der Auszahlung der nächsten ESM-Hilfskredite – die Diskussion über einen Schuldenerlass in Aussicht gestellt. Dieser könnte grundsätzlich in Form einer Kürzung des Rückzahlungsbetrags oder in weiteren Tilgungsauf-

schüben oder Zinserleichterungen erfolgen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält Erleichterungen durch die anderen europäischen Staaten für erforderlich, um die Tragfähigkeit der griechischen Staatschulden mit großer Sicherheit zu gewährleistet – was für ihn eine Voraussetzung für seine weitere Beteiligung an finanziellen Hilfen ist.

Ein wichtiger Faktor für die Einschätzung der künftigen Tragfähigkeit ist der mittel- und langfristig angestrebte Primärsaldo. Während im Jahr 2010 im Kontext der Hilfsprogramme noch ein Primärüberschuss von über 6% des BIP als Ziel vereinbart wurde, wird im aktuellen Programm ab 2018 nur noch ein Wert von 3,5% angesetzt. Auch gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt, in dem ausgeglichene Haushalte als mittelfristige Ziele verankert sind, muss der Primär-

² Vgl. zu verschiedenen Aspekten des dritten Hilfsprogramms auch: Deutsche Bundesbank, Zu einem dritten Hilfsprogramm für Griechenland, Monatsbericht, August 2015, S. 65 ff.

überschuss in dieser Größenordnung liegen – ebenso wie für Italien und Portugal. Länder mit höheren Schulden und Zinsausgaben müssen eine ambitioniertere fiskalische Grundposition aufweisen als andere Länder. Dass auch anspruchsvollere Ziele durchaus erreichbar wären, haben in der Vergangenheit beispielsweise Belgien und Finnland bewiesen. Auch Italien blickt auf eine längere Phase mit hohen Primärüberschüssen zurück. Dem IWF erscheint ein anhaltender Primärüberschuss von 3,5% des BIP für Griechenland nun aber offenbar zu ambitioniert. Es wäre jedoch bedenklich, wenn noch weitere Abstriche gemacht würden. Je geringer der erreichte Primärüberschuss, desto größer müsste letztlich die weitere Unterstützung der Hilfe gebenden Länder ausfallen. Es sollte nicht der Eindruck erweckt werden, dass die fiskalischen Auflagen regelmäßig dann reduziert werden, wenn das Land politische Schwierigkeiten im Hinblick auf die Zielerreichung signalisiert, und dass getroffene Vereinbarungen insofern disponibel sind. Im Hinblick auf Griechenland scheint es elementar, die Reformprogramme nun konsequent und ohne weitere Abstriche umzusetzen. Ein kurzfristiger Beschluss von weiteren Schuldenerleichterungen ist insofern nicht zwingend, als Griechenland ohnehin noch für einige Zeit durch das Hilfsprogramm von den Kapitalmärkten abgeschirmt ist.

Fiskalregeln intransparent, mit zahlreichen Ausnahmeregelungen und wenig stringenter Umsetzung

In den nächsten Wochen wird der Europäische Rat auf Basis von Kommissionsempfehlungen entscheiden, ob die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts in den Mitgliedstaaten eingehalten wurden. Dabei verlangt die Schuldens Regel, die wegen der Erfahrungen aus der Staatsschuldenkrise gestärkt werden sollte, im Grundsatz, dass

eine Verschuldung oberhalb des Referenzwertes von 60% des BIP um jährlich mindestens ein Zwanzigstel verringert wird. Bis her lief diese Vorgabe allerdings weitgehend ins Leere. So wurde sie nach Einschätzung der Kommission von Italien, Belgien und Finnland im Ergebnis oder den Planungen verfehlt. Allerdings sah sie dies als ausnahmsweise entschuldigt an, sodass hieraus kein Defizitverfahren resultierte.³⁾ Der Europäische Rechnungshof hatte kürzlich kritisiert, dass die Regeleinhaltung sogar bei einem Anstieg der Schuldenquote anerkannt werden kann, was die Glaubwürdigkeit des Prozesses untergraben und die Nachhaltigkeit des öffentlichen Schuldenstands gefährden könne.⁴⁾

Länder, die ihr strukturelles mittelfristiges Haushaltziel (MTO) noch nicht erreicht haben (alle bis auf Deutschland, Estland und Luxemburg), die sich aber nicht in einem Defizitverfahren befinden, unterliegen dem präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Demnach gilt als Richtwert, den strukturellen Saldo jährlich um 0,5% des BIP zu verbessern. Von den neun hiervon betroffenen Mitgliedstaaten war dies im Jahr 2015 nur bei Litauen und Österreich der Fall, während sich in vier Ländern (Lettland, Malta, Niederlande und Slowakei) die strukturellen Salden sogar verschlechterten. Aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen kann dies aber folgenlos bleiben.⁵⁾ Das

³ Siehe dazu auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet, Monatsbericht, Mai 2015, S. 73 ff. und Europäische Zentralbank, Strategien zur Senkung der Staatsverschuldung im Euro-Währungsgebiet, Wirtschaftsbericht 3/2016, S. 58 ff.

⁴ Vgl.: Europäischer Rechnungshof, Weitere Verbesserungen sind erforderlich, um die wirksame Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit zu gewährleisten, Sonderbericht Nr. 10/2016.

⁵ So können u.a. im Sinne einer „flexiblen“ Regelauslegung zusätzlich die aktuelle Wirtschaftslage und (geplante) Strukturreformen berücksichtigt werden. Auch werden Verfahren im präventiven Arm nur bei „signifikanter“ Verfehlung eröffnet.

Erreichen eines strukturell nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts droht so zu einem beweglichen Ziel zu werden. Gemäß der Kommissionsprognose verschlechtert sich der strukturelle Saldo bis 2017 in der überwiegenden Zahl dieser Länder, und nur Malta und Irland sollen zumindest im Jahresdurchschnitt den Richtwert von 0,5% des BIP erreichen.

Von den Ländern im Verfahren bei einem übermäßigen Defizit haben im Jahr 2015 Irland, Zypern und Slowenien die 3%-Marke unterschritten. Da der Kommissionsprognose zufolge das Defizit auch weiterhin unter dieser Grenze bleiben soll, ist mit einer Beendigung der Verfahren zu rechnen. Demnach würden sich (neben Griechenland) noch Frankreich, Spanien und Portugal im Defizitverfahren befinden. Für diese Länder wurden die Korrekturfristen bereits mehrfach verlängert, und gemäß Kommissionsprognose wird derzeit nicht erwartet, dass die aktuellen Fristen eingehalten werden. Dabei spielt ebenfalls im korrektriven Arm während der Korrekturfrist die strukturelle Verbesserung eine Rolle, für die der gleiche Richtwert von mindestens 0,5% des BIP vorgesehen ist. Jedoch werden auch hier im Bewertungsprozess zahlreiche zusätzliche Faktoren berücksichtigt, und am Ende steht eine Gesamtbeurteilung, die noch andere, nicht ausdrücklich benannte Aspekte ins Kalkül nehmen kann. Nach Einschätzung des Europäischen Rechnungshofes fehlt es dabei den Analysen der Kommission an Transparenz, und die Vorschläge und Empfehlungen basieren auf ungenauen Definitionen. Insgesamt sei es mitunter schwierig, eine klare Verbindung zwischen der Analyse und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen herzustellen.⁶⁾ Das komplexe, intransparente und gestaltungsanfällige Verfahren verhindert dabei weitgehend eine öffentliche Diskussion zur Regeleinhaltung. Darüber hinaus führt die Ausgestaltung dazu,

dass Entwicklungen toleriert werden, die hinter der ursprünglich als angemessen und notwendig erachteten Verbesserung der Tragfähigkeit zurückbleiben. In den nächsten Wochen stehen Entscheidungen zu Frankreich an, bei dem die tatsächliche strukturelle Verbesserung im Jahr 2015 hinter der Empfehlung zurückblieb (wohlgegen die Vorgabe für die unbereinigte Defizitquote erfüllt wurde), sowie für Spanien und Portugal, wo sich – neben der Verfehlung der Defizitquote – der strukturelle Saldo sogar verschlechtert hat.

Insgesamt benötigen Fiskalregeln sicherlich eine gewisse Flexibilität, etwa bei Störungen oder unerwarteten Entwicklungen, sofern sie gravierende Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben. Die inzwischen erreichte sehr hohe Komplexität der Haushaltsumwachung resultiert aber offenbar auch aus dem Bemühen, eine Verschärfung in jedem Fall zu vermeiden, wenn Mitgliedstaaten ihre Konsolidierungsziele aus Gründen verfehlten, die nicht direkt den Regierungen zugeschrieben werden können. Damit wird letztlich nicht mehr der Konsolidierungserfolg zum Maßstab. Die Mitgliedstaaten werden so aus der Verantwortung für die Zielerreichung entlassen, anstelle Vorsorge für unerwartete negative Entwicklungen treffen zu müssen. Zudem entsteht bei einer solchen Vorgehensweise der Anreiz, bei den Empfehlungen im Defizitverfahren zu optimistische Entwicklungen zu grunde zu legen. Bedenklich sind darüber hinaus der in den Regeln angelegte große Ermessensspielraum und die Tendenz, das Ziel solider Staatsfinanzen zugunsten einer kurzfristigen Konjunktursteuerung zu relativieren.

⁶⁾ Vgl.: Europäischer Rechnungshof, a.a.O.

Diskutierte Regeländerung wohl ohne durchgreifende Verbesserung

Vor dem Hintergrund vielfacher Kritik wird derzeit diskutiert, nicht nur im präventiven, sondern auch im korrektriven Arm eine Ausgabenregel zu berücksichtigen. Zielverfehlungen wären demnach vor allem Abweichungen vom zuvor empfohlenen Ausgabenpfad. Damit soll sich einfacher als bei der Anknüpfung an strukturellen Salden beurteilen lassen, ob wirksame Maßnahmen durch das Mitgliedsland ergriffen wurden. Ob dies aber tatsächlich eine Verbesserung der Regeln mit sich bringt, hängt von der konkreten Ausgestaltung ab. Wie bislang wären aber unvorhergesehene ungünstige Entwicklungen entschuldigt und müssten nicht kompensiert werden.⁷⁾ Mit den derzeit diskutierten Reformen würde die aktuell unbefriedigende Ausgestaltung und Umsetzung der Regeln nicht grundlegend verändert, und auch die Möglichkeit des von den grundsätzlichen Kriterien losgelösten Gesamтурteils der Kommission würde fortbestehen.

Weitreichende Reformen wünschenswert

Die Kommission legt detaillierte Analysen zu den öffentlichen Finanzen vor und überwacht die gesamtstaatlichen Haushalte der Mitgliedstaaten zu verschiedenen Zeitpunkten intensiv. Bei der Regelumsetzung agiert sie inzwischen aber immer weniger als regelgebundene Fiskalaufsicht, sondern vielmehr als politische Institution, die auch andere Ziele bei ihren Entscheidungen und Vorschlägen verfolgt. Es ist so teilweise der Eindruck entstanden, dass die Regeln disponibel und verhandelbar sind. Mit einer unabhängigen Fiskalbehörde, die die mit der Haushaltsüberwachung verbundenen Aufgaben anstelle der Kommission übernehme, könnte dieses Problem entschärft werden,

wenn die Behörde ausschließlich dem Ziel der Tragfähigkeit verpflichtet wäre und in diesem Sinne klarer vereinbarte Regeln entsprechend auslegen würde.

Die Kommission hat wohl auch aufgrund solcher Forderungen nach einer unabhängigeren Haushaltsüberwachung einen neuen Fiskalrat eingerichtet, der seine Tätigkeit im Herbst aufnehmen soll. Dieser Fiskalrat besteht aus fünf Sachverständigen, die von der Kommission (drei davon in Konsultation mit den nationalen Fiskalräten, der EZB und der Eurogruppe) besetzt und finanziert werden, und sein Stab ist innerhalb der Kommission angesiedelt. Sein Mandat ist zwar auch zu beurteilen, inwiefern das fiskalische Regelwerk konsistent angewendet wurde. Nicht zuletzt soll er aber die Kommission darüber beraten, ob der haushaltspolitische Kurs für einzelne Länder und das Euro-Währungsgebiet insgesamt vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angemessen ist. Eine unabhängige Institution mit klarem Fokus auf Regeleinhaltung und solide Staatsfinanzen wird damit nicht geschaffen.

⁷⁾ So ist wohl vorgesehen, dass zum Empfehlungszeitpunkt ein Ausgabenziel festgelegt wird, das der gewünschten strukturellen Verbesserung entspricht. Dabei ist u.a. das erwartete Potenzialwachstum zu berücksichtigen. Wird zum Zeitpunkt der Bewertung die Zielgröße nicht aktualisiert, bleibt ausgeblendet, dass sich wichtige Faktoren bereits wieder so geändert haben können, dass die mit dem Ausgabenziel erreichbare strukturelle Verbesserung hinter der bei der Empfehlung angestrebten zurückbleibt.

Sicherheitsabstände beibehalten und für demografischen Wandel vorsorgen

Es ist einerseits zu begrüßen, dass die Bundesregierung ihre Praxis beibehält, in ihre Planungen gewisse Sicherheitsabstände zu den Budgetgrenzen einzustellen. Dieser Ansatz hat sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der stärkeren Zuwanderung von Asylsuchenden bewährt. Die plötzlichen schwer abzuschätzenden Mehraufwendungen konnten aufgefangen werden, ohne Konsolidierungsmaßnahmen zur Einhaltung der Defizitgrenzen ergreifen zu müssen. Dabei wäre es aber andererseits durchaus ratsam, die zuvor geplanten moderaten strukturellen Überschüsse zumindest mittelfristig wieder anzustreben. Mit einer schneller sinkenden Schuldenquote und größeren Sicherheitsabständen würde die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt. Dies wäre bei künftig wieder steigenden Zinssätzen, bei mittelfristig ungünstiger als erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen oder bei unerwarteten anderweitigen Haushaltslacken vorteilhaft. Außerdem liegt eine wesentliche Herausforderung für die Staatsfinanzen in Deutschland im demografischen Wandel. So machen beispielweise die aktuellen Tragfähigkeitsberichte der Bundesregierung und der Europäischen Kommission deutlich, dass der gesamtstaatliche Haushalt hierdurch künftig nicht unerheblich zusätzlich belastet wird. Ein Großteil der Ausgabenzuwächse betrifft dabei den Bereich der Alterssicherung. Außerdem werden auch bei den Leistungen für Gesundheit und Pflege deutliche Anstiege erwartet. Der vorgezeichnete künftige Konsolidierungsbedarf – also tendenziell die Belastung kommender Generationen – lässt sich durch eine günstigere Ausgangsposition verringern.⁸⁾

Grundlegende Wachstumsbedingungen budgetneutral verbessern

Vor diesem Hintergrund ist die teils an Deutschland gerichtete Aufforderung zu einer stärkeren Ausschöpfung der Budgetgrenzen nicht naheliegend. Die deutsche Finanzpolitik ist derzeit ohnehin bereits deutlich expansiv ausgerichtet. Die konjunkturelle Lage in Deutschland ist eher günstig und spricht nicht für einen zusätzlichen Konjunkturstimulus. Die damit verbundenen Impulse auf andere EU-Staaten wären vergleichsweise gering, und überdies erscheinen

Versuche einer solchen konjunkturellen Feinsteuerung nicht erfolgversprechend. Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen, mit denen die Wachstumsbedingungen verbessert werden, sollten gleichwohl konsequent ergriffen, aber grundsätzlich gegenfinanziert werden. Vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftspolitischer Empfehlungen an Deutschland wäre hier beispielsweise an eine Stärkung der Infrastruktur – auch über effizientere staatliche Investitionsprozesse – oder an Maßnahmen zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit zu denken. Zuletzt beschlossene höhere Leistungen der Sozialversicherungen und aktuelle Bestrebungen, frühere Rentenreformen teilweise umzukehren, verstärken den ohnehin durch den demografischen Wandel angelegten Druck auf die Beitragsätze. Als Vertrauens- und Stabilitätsanker in der Europäischen Währungsunion ist es wichtig, dass Deutschland sowohl die Budgetgrenzen sicher einhält als auch gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schafft.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen⁹⁾ stiegen im ersten Quartal 2016 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5½% (siehe Schaubild und Tabelle auf den S. 70 und 71). Bei einer weiter günstigen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer mit 2½% unterdurchschnittlich gewachsen. Dies war insbesondere wegen der zu Jahresbeginn umgesetzten Änderungen bei der

Steuereinnahmen im ersten Quartal deutlich gestiegen

8) In den derzeit im Rahmen der Berichte als plausibel eingestuften Szenarien wären ein merklich günstigerer Finanzierungssaldo und eine deutlich stärker fallende Schuldenquote erforderlich, um später trotz der demografiebedingten Mehrausgaben keine zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen mehr ergreifen zu müssen. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Februar 2016; sowie Europäische Kommission, Fiscal Sustainability Report 2015, Institutional Paper 18, Januar 2016.

9) Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.



Einkommensteuer (Erhöhung von Freibeträgen und Rechtsverschiebung des Tarifs sowie Anhebung des – vom Aufkommen abgesetzten – Kindergelds) erwartet worden. Der Anstieg bei den gewinnabhängigen Steuern war mit 14½% überdurchschnittlich und wurde vor allem von der Körperschaftsteuer und der veranlagten Einkommensteuer getragen. Die Erträge aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag nahmen leicht zu, während die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge kräftig rückläufig waren. Das Umsatzsteueraufkommen wuchs mit 5% deutlich, ist allerdings generell im Jahresverlauf volatil. Das Aufkommen aus den sonstigen Verbrauchsteuern stieg um 2½%. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Einnahmen aus der Tabaksteuer ungewöhnlich stark gestiegen sind. Anscheinend kam es zu anbieterseitigen Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse, nach der künftig Bilder von Folgeerkrankungen des Rauchens auf den Verpackungen vorgeschrieben sind.

Gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung wird für das Gesamtjahr 2016 mit 2½% lediglich ein gedämpfter Zuwachs erwartet (inkl. Gemeindesteuern). Bei einem unterstellten soliden Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Steuerbezugssgrößen¹⁰⁾ ist dafür maßgeblich, dass

nach wie vor größere Steuerrückzahlungen aufgrund teils bereits weiter zurückliegender Gerichtsurteile angesetzt sind. Dies betrifft vor allem das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern, insbesondere der Gewerbe- und Körperschaftsteuer sowie der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Darüber hinaus ist aber auch das Umsatzsteueraufkommen betroffen.¹¹⁾ Die Wirkung von Rechtsänderungen reduziert das Aufkommenswachstum vor allem aufgrund der erwähnten Entlastungen bei der Einkommensteuer spürbar.

Die veranschlagten Ausfälle infolge der Gerichtsurteile sollen im kommenden Jahr weitestgehend entfallen.¹²⁾ Ferner wird eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung unterstellt. Damit wird ein deutlicher Anstieg der Steuereinnahmen von gut 4½% prognostiziert. Für die Folgejahre bis 2020 werden Aufkommenszuwächse zwischen 3½% und 4% erwartet. Im Wesentlichen ist die Entwicklung durch die Wachstumsannahmen sowie den Fiscal drag¹³⁾ bestimmt. Steuerrechtsänderungen dämpfen den Anstieg per saldo leicht. Die Steuerquote (in finanzstatistischer Abgrenzung) steigt bis

Für Folgejahre wieder stärkere Aufkommenszuwächse erwartet

10 Die Schätzung basiert auf der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung vom April 2016. Für das BIP wird demnach 2016 ein Anstieg um real + 1,7% und nominal + 3,6% erwartet (November: + 1,8% und + 3,4%). Für 2017 liegen die entsprechenden Raten bei + 1,5% bzw. + 3,3% (wie im November). In der mittleren Frist wird wie bisher mit einem nominalen Wachstum von rund 3% jährlich gerechnet.

11 Dies sind vor allem die Gerichtsurteile zu § 40a KAGG und STEKO (BFH-Urteile I R 33/09 und I R 74/12, siehe auch Bundestags-Drucksache 18/5560). Des Weiteren wird von Ausfällen in der Folge des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zur Besteuerung von Streubesitzdividenden ausgegangen (Rechtssache C-284/09). Das BFH-Urteil I R 39/14 betrifft das Gewerbesteueraufkommen. Ferner werden Ausfälle bei der Umsatzsteuer sowie bei der veranlagten Einkommensteuer erwartet. Im Gegensatz zur hier beschriebenen kassenmäßigen Entwicklung werden die Wirkungen dieser Gerichtsurteile in den VGR ausgabenerhöhend im Jahr der jeweiligen Urteilsverkündung (2011, 2013 und 2014) verbucht. Insofern steigen die Steuereinnahmen in den VGR im laufenden Jahr deutlich stärker.

12 Im Ergebnis wird damit auch das Auslaufen der Kernbrennstoffsteuer mit einem erwarteten Aufkommen von 1 Mrd € im Jahr 2016 klar überkompensiert.

13 Der Begriff umfasst hier die gesamte Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

zum Ende des Prognosezeitraums auf 22,7% (2015: 22,2%).

*Einnahmen-
erwartungen
insgesamt etwas
angehoben*

Im Vergleich zur Prognose vom November letzten Jahres wurde der Ansatz für das Jahr 2016 um 5 Mrd € und für die Folgejahre jeweils um 6½ Mrd € bis 12½ Mrd € angehoben. Dazu trägt das etwas besser als noch im November erwartete Jahresergebnis 2015 bei. Gewichtiger ist aber eine optimistischere Grundeinschätzung vor allem hinsichtlich der veranlagten gewinnabhängigen Steuern, die sich auf eine günstige Entwicklung der Kassenergebnisse im ersten Quartal 2016 stützt. Ab dem Jahr 2017 spielen für die Aufwärtsrevisionen auch günstigere Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine spürbare Rolle. Einnahmensenkend wirken dagegen per saldo neu hinzugekommene Rechtsänderungen sowie zusätzliche (vorübergehende) Effekte von Gerichtsurteilen.

Steueraufkommen

Steuart	1. Vierteljahr		Schätzung für 2016 ^{1) 2)}	
	2015	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
				Mrd €
Steuereinnahmen insgesamt ²⁾	146,9	154,9	+ 5,4	+ 3,0
darunter:				
Lohnsteuer	41,6	42,6	+ 2,5	+ 3,3
Gewinnabhängige Steuern ³⁾	24,7	28,2	+ 14,3	+ 1,6
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	13,1	14,6	+ 10,9	+ 6,2
Körperschaftsteuer	5,4	8,4	+ 55,1	+ 5,3
Kapitalertragsteuer ⁴⁾	6,1	5,2	- 14,6	- 9,6
Steuern vom Umsatz ⁵⁾	51,9	54,4	+ 4,9	+ 4,6
Energiesteuer	4,7	4,6	- 1,8	+ 1,0
Tabaksteuer	2,2	2,7	+ 22,4	- 3,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. 1) Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2016.

2) Einschl. EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3) Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt.

4) Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5) Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

Bundeshaushalt

Nochmals deutlicher Defizitrückgang zum Jahresauftakt bei starkem Einnahmenplus und weiter rückläufigen Zinsausgaben

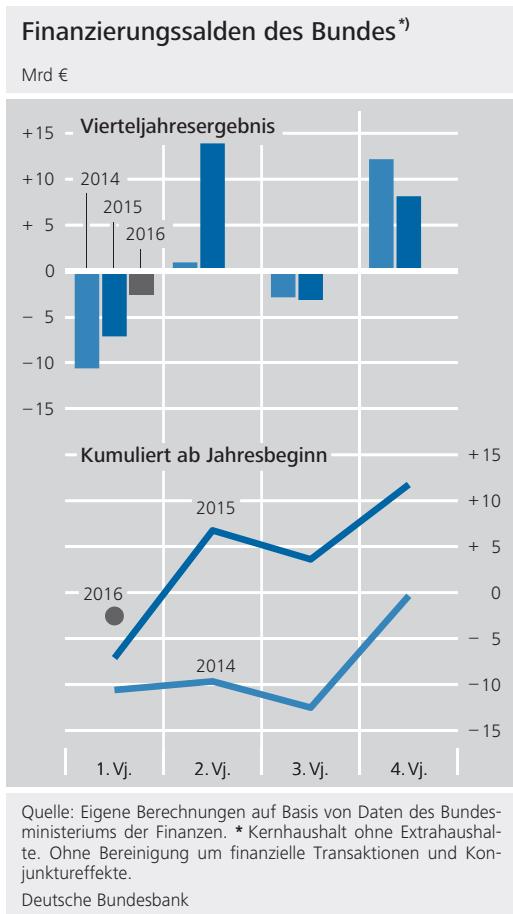
Der Bundeshaushalt verzeichnete im ersten Quartal ein Defizit von 2½ Mrd €, nach 7 Mrd € in der gleichen Vorjahreszeit. Die Einnahmen stiegen sehr kräftig um 9% (6½ Mrd €), was in erster Linie auf höhere Steuererträge zurückzuführen ist. Das Mehraufkommen von 6 Mrd € beruhte allerdings zur Hälfte auf einer Entlastung bei den hier abgesetzten Abführungen an den EU-Haushalt.¹⁴⁾ Bei den sonstigen Einnahmen überwogen diverse Mehrerträge – darunter auch die auf gut 3 Mrd € leicht gestiegene Gewinnausschüttung der Bundesbank – einen Rückgang um fast 1 Mrd € bei der Vermögensverwertung. Auf der Ausgabenseite blieb der Anstieg mit insgesamt 2½% (2 Mrd €) deutlich moderater. Zwar belasteten unter anderem höhere Zahlungen an die Sozialversicherungen (nicht zuletzt wegen der wieder auf das Normalniveau angehobenen Zuführungen an den Gesundheitsfonds), für Vermögenstransfers (auch an das Ausland) sowie für militärische Beschaffungen. Doch brachte ein weiterer Rückgang der Zinsausgaben um gut 1 Mrd € ein spürbares Gegengewicht.

Der Haushalt für das Gesamtjahr sieht mit einem Defizit von 6½ Mrd € eine ausgeprägte Verschlechterung des Finanzergebnisses um 18 Mrd € gegenüber dem Ist des Vorjahres vor. Im Vergleich zu diesem Ansatz zeichnen sich nach dem günstigen Jahresauftakt allerdings bereits spürbare Verbesserungen ab. Zu den kleineren Beiträgen gehört die um gut ½ Mrd € höher als veranschlagte Gewinnausschüttung der Bundesbank.¹⁵⁾ Außerdem wurde nach Abschluss der Haushaltsberatungen von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) angekündigt, die in den Jahren 2013 bis 2015

Deutliche Entlastungen gegenüber Haushaltsansätzen 2016 absehbar

¹⁴⁾ Offenbar beruht der Großteil der Entlastung auf Erstattungen zum Ausgleich einmalig höherer Abführungen im Gefolge der VGR-Revision vom Sommer 2014. In den VGR-Konten wurden die saldenwirksamen Transaktionen schon 2014 verbucht.

¹⁵⁾ Zwar dient der über 2½ Mrd € hinausgehende Teil nicht der unmittelbaren Finanzierung des laufenden Bundeshaushalts, sondern ist der Flüchtlingsrücklage zuzuführen. Die Rücklagenzuführung bleibt aber ohne Wirkung auf den hier beschriebenen Finanzierungssaldo. Das gleiche gilt symmetrisch für die vorgesehenen Entnahmen aus der Rücklage, die für das laufende Jahr auf 6 Mrd € veranschlagt worden waren.



erhobenen Sanierungsgelder¹⁶⁾ zurückzuzahlen sowie diese Umlage ab 2016 deutlich abzusenken. Weitere Entlastungen zeichnen sich nach der jüngsten Steuerschätzung bei den Steuereinnahmen ab. Zwar wird für das Gesamtjahr – anders als im ersten Quartal – kein Rückgang der am Bruttonationaleinkommen anknüpfenden EU-Abführungen erwartet, doch steht demnach insgesamt eine Verbesserung um 2 Mrd € gegenüber den Haushaltssätzen in Aussicht. Noch etwas gewichtiger dürfte die Zinsausgabenentwicklung zu Buche schlagen. Statt des veranschlagten Wiederanstiegs um 3 Mrd € gegenüber dem Ist 2015 ist hier ein weiterer Rückgang absehbar. Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Zahl anerkannter Flüchtlinge wegen des höheren Zeitbedarfs für Entgegennahme und Entscheidung der Asylanträge und der zuletzt deutlich verringerten Zuwanderung im laufenden Jahr weniger stark zunehmen dürfte, als es zwischenzeitlich plausibel erschien. Daher könnte das mit nur sehr mäßigem Zuwachs kalkulierte Soll beim Arbeits-

losengeld II aus heutiger Sicht vielleicht sogar eingehalten oder nur moderat übertroffen werden. Zudem sollten die Haushaltssätze – nicht zuletzt angesichts der stark abgesenkten VBL-Sanierungsgeld-Umlage – genügend Raum bieten, die ausgehandelte Tarifanhebung um 2,4% ab März 2016 selbst bei voller Übertragung auf den Besoldungsbereich zu finanzieren, auch wenn der explizite Vorsorgetitel von 500 Mio € etwas zu knapp bemessen scheint. Alles in allem ist somit im Bundeshaushalt ein deutlich günstiger als geplantes Ergebnis absehbar, solange negative Überraschungen ausbleiben. Das Ziel des Bundes, auch im laufenden Jahr ohne Nettokreditaufnahme auszukommen („schwarze Null“), könnte dann eventuell auch ohne Rückgriff auf die Rücklage erreicht werden. Einschließlich der erwarteten begrenzten Defizite der bei der Schuldenbremse einzubeziehenden Extrahaushalte würde der Bundeshaushalt damit die Obergrenze für das strukturelle Ergebnis von – 0,35% des BIP (–10 Mrd €) klar eingehalten.¹⁷⁾

Im März beschloss das Bundeskabinett die Eckwerte für den Haushalt 2017 und den Finanzplan bis 2020.¹⁸⁾ Wie in der mittelfristigen Finanzplanung vom Sommer 2015 soll weiter auf eine Nettoneuverschuldung verzichtet werden. Im Hinblick auf Belastungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration sollen die auf Basis der Planungen für 2016 verbliebe-

Eckwerte für die Haushaltspannung mit Handlungsbedarf für 2018 und Auflösung von Puffern

¹⁶⁾ Im Rahmen der Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigte im Abrechnungsverband West waren zuvor erhebliche Deckungslücken erwartet worden. Diese sind aber offenbar geringer ausgefallen, sodass die zusätzlich eingeführte Umlage von 2% auf ein fortgeschriebenes historisches Entgeltvolumen für die genannten Jahre nicht benötigt wurde. Ab 2016 gilt ein Satz von 0,14%.

¹⁷⁾ Vgl. zu den Konzepten und Begriffen: Deutsche Bundesbank, Wichtige Haushaltsschlüsse des Bundes im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, Monatsbericht, Februar 2016, S. 68 f. Abweichungen des strukturellen Ergebnisses von der Obergrenze werden auf dem Kontrollkonto erfasst. Das in der Übergangszeit von 2011 bis einschl. 2015 dort aufgelaufene – nicht zuletzt wegen eines überhöht festgesetzten Ausgangsdefizits für den Abbaupfad – umfangreiche Gesamtguthaben wurde begrüßenswerterweise gestrichen.

¹⁸⁾ Wie in den Vorjahren erlauben die veröffentlichten Angaben nur eine grobe Analyse, da wichtige Größen wie etwa die Salden der finanziellen Transaktionen und der einzubeziehenden Extrahaushalte nicht ausgewiesen werden.

nen Mittel von $6\frac{1}{2}$ Mrd € aus der hierfür gebil deten Rücklage 2017 verausgabt werden. Für 2018 ist dann eine globale Minderausgabe in dieser Höhe – und damit im Umfang von immerhin 2% des Bundeshaushalts – vorgesehen. Für die Folgejahre wurden offenbar die bisher als Sicherheitspuffer veranschlagten hohen globalen Mindereinnahmen entsprechend reduziert. Aus den Planungen ist nicht ersichtlich, welche Vorsorge für die im Herbst 2015 zugesicherte Beteiligung an den Flüchtlingskosten der Länder oder für in Aussicht gestellte Mehrleistungen des Bundes bei der Reform der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen 2020 getroffen wurde.

Erwartete Entlastungen beim Schuldendienst verplant

Auch wenn die Entwicklung im laufenden Jahr deutlich besser laufen dürfte als veranschlagt und die jüngste Steuerschätzung auch für die nächsten Jahre etwas höher als im Eckwertebeschluss zugrunde gelegte Steuereinnahmen erwarten lässt, erscheinen die mittelfristigen Spielräume im Bundeshaushalt begrenzt, wenn ein Haushaltssausgleich ohne Nettoneuverschuldung beibehalten werden soll. So wurden gegenüber der letzten Mittelfristplanung vom Sommer 2015 die Ansätze für die Zinsausgaben von Jahr zu Jahr zunehmend deutlich (2019 offenbar um fast 8 Mrd € oder etwa drei Zehntel des damals angesetzten Betrages) verringert, und die auf diesem Wege freigesetzten Mittel sind unter anderem für eine verstärkte Ausweitung der Verteidigungsausgaben verplant. Außerdem wurde noch ein zusätzliches Leistungspaket geschnürt, dessen Umfang für 2017 auf fast $2\frac{1}{2}$ Mrd € taxiert wird. Einbezogen ist insbesondere eine Aufstockung der Aufwendungen für die Arbeitsmarktintegration von Personen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II sowie für Wohnungsbauförderung.

Wiederaufbau der Sicherheitsabstände ratsam

Um dem Bundeshaushalt Spielraum auch bei etwaigen negativen Überraschungen zu erhalten und Vorsorge für die anstehenden demografischen Belastungen zu treffen, erscheint es ratsam, in den Planungen wieder mehr Gewicht auf den Aufbau von Sicherheitsabständen zu den Defizitgrenzen zu legen. Sollte die Flüch

lingsrücklage, deren Verwendung ohnehin nur die Nettokreditaufnahme und nicht das Defizit beeinflusst, nicht zur Finanzierung der Migrationskosten benötigt werden, könnte sie zur Schuldentilgung aufgelöst werden. Auf diese Weise würde gewährleistet, dass eine zentrale Intention der Schuldenbremse, den im Rahmen der EU-Regeln geforderten annähernden gesamtstaatlichen strukturellen Haushaltssausgleich abzusichern, nicht durch Rücklagenbewegungen gefährdet wird. Ein mit größeren Sicherheitsabständen angelegter schnellerer Abbau der Schuldenquote des Bundes würde dann auch Vorsorge gegen Mehrbelastungen bei künftig wieder steigenden Zinsen schaffen.

Für die in den Quartalsdaten erfassten Extra haushalte des Bundes¹⁹⁾ meldete das Bundesfinanzministerium zum Jahresauftakt ein Defizit von $3\frac{1}{2}$ Mrd €, nach einem Überschuss von $2\frac{1}{2}$ Mrd € vor Jahresfrist. Dabei wurden insbesondere Belastungen von gut 2 Mrd € aus der Til gung einer zehnjährigen inflationsindexierten Bundesanleihe²⁰⁾ und durch die Weiterleitung von im Vorjahr beim Restrukturierungsfonds verbuchten Einnahmen wirksam. Auch für das Gesamtjahr ist eine spürbare Verschlechterung angelegt. So ist beim Fluthilfefonds in den nächsten Quartalen insbesondere mit der vom Bund veranschlagten Rückholung von $1\frac{1}{2}$ Mrd € nicht mehr benötigter Mittel eine deut liche Beschleunigung der Abflüsse zu erwarten. Im weiteren Jahresverlauf wird sich gegenüber 2015 zudem negativ niederschlagen, dass im Vorjahr zur Vorfinanzierung künftiger Ausgaben Sonderzuführungen des Bundes von $3\frac{1}{2}$ Mrd € beim Kommunalinvestitionsförderungsfonds und $1\frac{1}{2}$ Mrd € beim Energie- und Klimafonds zugeflossen waren. Außerdem entfallen noch Einnahmen von $1\frac{1}{2}$ Mrd € beim Restrukturie

Überschuss der Extra haushalte schlägt 2016 wohl in Defizit um

19) Insbesondere die Bad Banks und sonstige kaufmännisch buchende Einheiten werden hier nicht berücksichtigt. Noch nicht verfügbar waren die Ergebnisse der Postbeamtenversorgungskasse und des ERP-Sondervermögens, wo vor Jahresfrist ein Überschuss von insgesamt 1 Mrd € angefallen war.

20) In den VGR wurden die Lasten bereits bei Zuführung der Bundesmittel an den entsprechenden Vorsorgefonds als Zinsausgabe der jeweiligen Periode ausgewiesen.

rungsfonds, weil die Bankenabgabe an den europäischen Fonds hier künftig nicht mehr durchgeleitet wird. Schließlich wird im laufenden Jahr keine Rückzahlung von Kapitalhilfen an den SoFFin erwartet. Alles in allem wird im laufenden Jahr voraussichtlich der Saldo der einbezogenen Extrahaushalte von einem Überschuss von 9 Mrd € im Vorjahr in ein Defizit umschlagen.

Länderhaushalte²¹⁾

Merklicher Überschuss im ersten Quartal bei hohem Einnahmenwachstum

Für die Kernhaushalte der Länder ergibt sich im ersten Quartal 2016 aus der monatlichen Kasenstatistik ein Überschuss von 2 Mrd €, nach einem in etwa ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen legten deutlich um 6% (5 Mrd €) zu. Maßgeblich war die anhaltende Dynamik bei den Steuereinnahmen (+7½% bzw. 4½ Mrd €). Die laufenden Zuweisungen von öffentlichen Verwaltungen, darunter an die Kommunen weiterzuleitende Bundesmittel, wuchsen etwas verhaltener (+3½%). Auf der Ausgabenseite wurde ein Anstieg um insgesamt 3½% (knapp 3 Mrd €) verzeichnet. Infolge der Mehraufwendungen für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge entfielen die mit Abstand größten Zuwächse auf den Sachaufwand (+20% bzw. knapp 1½ Mrd €) und die laufenden Zuweisungen an die Kommunen (+8% bzw. 1½ Mrd €). Bei den Personalausgaben (+3% bzw. 1 Mrd €) schlug neben den Entgeltanhebungen aus der Tarifrunde 2015 und den zumeist daran angelehnten Anpassungen im Besoldungsbereich insbesondere die darüber hinaus anhaltend kräftige Zunahme bei den Versorgungszahlungen zu Buche. Weiter entlastend wirkten die stark rückläufigen Zinsausgaben (−1 Mrd €).

Vorübergehende Haushaltsverschlechterung im laufenden Jahr

Im weiteren Jahresverlauf wird nach der jüngsten Steuerschätzung (auch bedingt durch die Wirkungen von Gerichtsurteilen) mit einer nachlassenden Dynamik der Steuereinnahmen gerechnet (+3½% im Gesamtjahr, ohne die Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten). Gleichzeitig dürften die flüchtlingsbedingten

Aufwendungen ungeachtet der zuletzt geringeren Zuwanderung das Vorjahresniveau deutlich überschreiten. Die von Ländervertretern zuletzt für die Länderhaushalte genannte Gesamtgröße von etwa 20 Mrd € ist aus den Haushaltsplänen aber nicht unmittelbar abzuleiten. Unter der Annahme gängiger Kostensätze erscheinen aus heutiger Sicht spürbar niedrigere Belastungen plausibel, auch wenn nicht alle Ausgaben unmittelbar an die Zahl der zu versorgenden Flüchtlinge gebunden sein dürften. Insgesamt könnten die Länder im Jahr 2016 zwar wieder ein Defizit verzeichnen, nachdem 2015 noch ein Überschuss erreicht worden war. Ab 2017 sollten stabil wachsende Steuereinnahmen aber wieder zu einer Entlastung führen, und gleichzeitig könnten die Ausgaben für die Versorgung von Flüchtlingen sinken. So gehen mit der Anerkennung von Asylanträgen Kostenlasten für die Unterstützung bei Bedürftigkeit auf den Bund über. Risiken für die Länder ergäben sich allerdings, wenn abgelehnte Personen nicht wie vorgesehen zügig wieder ausreisen würden. Über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern wird derzeit erneut verhandelt. Aber auch wenn es hier zu keinen größeren weiteren Entlastungen der Länder käme, sollte sich deren Finanzlage ab dem kommenden Jahr wieder verbessern.

Weiterhin steht eine grundlegende Reform der föderalen Finanzbeziehungen mit einer Anschlussregelung insbesondere für den Ende 2019 auslaufenden Finanzausgleich auf der Agenda. Der Ende 2015 vorgelegte Ländervorschlag sah vor allem deutlich höhere Bundesmittel (zusätzlich 9½ Mrd €) vor und orientierte sich offensichtlich stark an den finanziellen Verteilungswirkungen zwischen den Ländern.²²⁾ Damit ergäbe sich keine wesentliche Verbesserung hinsichtlich höherer Transparenz und ge-

Grundlegende Stärkung der Eigenverantwortung der Länder erstrebenswert

²¹⁾ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im Jahr 2015 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts April 2016 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

²²⁾ Vgl. diesbezüglich auch: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Februar 2016, S. 72, sowie für eine ausführliche Diskussion: Deutsche Bundesbank, Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen, Monatsbericht, September 2014, S. 35–54.

rigerer Komplexität, und die mit dem starken Ausgleich der Einnahmenunterschiede verbundenen negativen Anreizwirkungen blieben praktisch unvermindert erhalten. Die Reformgelegenheit sollte genutzt werden, die Transparenz des Finanzausgleichs zu erhöhen und die finanzielle Eigenverantwortung der Länder zu stärken. Nicht zuletzt mit Blick auf die ab 2020 geltende Schuldenbremse scheint es naheliegend, die haushaltspolitischen Spielräume der einzelnen Länder zu erweitern. Begrenzte Zu- oder auch Abschläge bei der Einkommensteuer erscheinen hier wichtig, auch um die von den Ländern zu recht häufig betonte Eigenverantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen.

■ Sozialversicherungen²³⁾

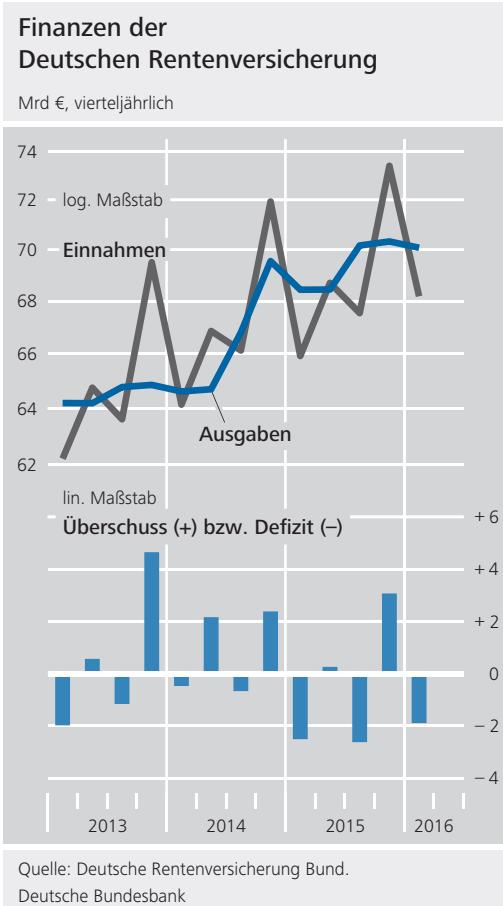
Rentenversicherung

Defizit im ersten Quartal etwas gesunken, aber ...

Die gesetzliche Rentenversicherung verzeichnete im ersten Quartal 2016 ein Defizit von 2 Mrd €. Verglichen mit dem Vorjahr hat sich damit das Ergebnis um $\frac{1}{2}$ Mrd € verbessert. Der Ausgabenanstieg lag bei $2\frac{1}{2}\%$. Bereits im Schlussquartal des letzten Jahres hatte sich die Zuwachsrate abgeflacht, nachdem sie zwischenzeitlich durch die Leistungsausweitungen im Rahmen des Rentenpakets (insbesondere Mütterrente und abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren) deutlich höher ausgefallen war. Die Einnahmen sind im ersten Quartal mit $3\frac{1}{2}\%$ merklich stärker gestiegen, wobei die Beitragseingänge aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung sogar um 4% zulegten.

... deutliche Belastung durch hohe Rentenanpassung zur Jahresmitte

Zur Jahresmitte werden die Renten in den alten Ländern um 4,25% und in den neuen Ländern um 5,95% sehr stark angehoben. Neben einem deutlichen Lohnwachstum wirkt dabei auch die Beitragssatzsenkung des letzten Jahres (von 18,9% auf 18,7%) positiv auf die Rentenanpassung. Hinzu kommt, dass über den Nachhaltigkeitsfaktor der aktuell zu beobachtende Rückgang des Rentnerquotienten²⁴⁾ insbesondere aufgrund der günstigen Beschäftigungsent-



wicklung die Renten ebenfalls kräftiger ansteigen lässt. Schließlich führt die Korrektur eines statistischen Sondereffekts zu einer Anpassungssteigerung um einen weiteren Prozentpunkt.²⁵⁾ Für das Gesamtjahr zeichnet sich infolge der besonders starken Rentenanhebung eine Ausweitung des Defizits (2015: 2 Mrd €;

²³ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2015 wurde in den Kurzberichten der Monatsberichte März und April 2016 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

²⁴ Der Rentnerquotient setzt die Zahl der „Äquivalenzrentner“ (Anzahl der Standardrentner, ermittelt per Division der Rentenausgaben durch den Zahlbetrag der Standardrente) in Relation zur Zahl der „Äquivalenzbeitragszahler“ (Anzahl der Durchschnittsbeitragszahler, ermittelt per Division der Beitragseinnahmen durch den Rentenbeitrag des Durchschnittsverdieners).

²⁵ Die Umstellung der VGR im Jahr 2014 führte dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2015 (gegenüber dem für die Rentenanpassung unrevidierten Vorjahreswert) um etwa 1 Prozentpunkt langsamer stiegen. Dies schlug sich gemäß der Rentenformel automatisch in einer entsprechenden Minderanpassung Mitte 2015 nieder. Diese wird nunmehr korrigiert, weil die Rentenanpassung letztlich im Zeitverlauf weitgehend der Entwicklung der beitragspflichtigen Entgelte der Rentenversicherung folgt.

nach vorläufigen Angaben) und somit ein beschleunigtes Abschmelzen der Rücklagen ab.

Bei den für die kommenden Jahre grundsätzlich angelegten Defiziten ist der Beitragssatz in wenigen Jahren wieder anzuheben, um die gesetzliche Untergrenze von 0,2 Monatsausgaben für die Schwankungsreserve einzuhalten. Perspektivisch werden nach dem Ende der „demografischen Pause“ die Renten langsamer steigen als die Durchschnittsentgelte und folglich das relative Rentenniveau sinken, wobei bis 2030 eine Untergrenze von 43% gewahrt werden soll.²⁶⁾ Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird bis zum Jahr 2029 sukzessiv auf 67 Jahre erhöht, für die folgenden Jahre ist bislang keine weitere Anpassung vorgesehen.

Derzeit wird eine politische Diskussion über Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung geführt. Dabei wäre es hilfreich, wenn die Bundesregierung langfristige Vorausberechnungen vorlegt, um die aus ihrer Sicht zu erwartenden Entwicklungen transparent zu machen. Momentan (wie bereits seit dem Ende der achtziger Jahre) enden diesbezügliche Projektionen mit dem Jahr 2030. Eine Erweiterung dieses Horizonts wäre entscheidend, um die finanziellen Perspektiven der gesetzlichen Altersversorgung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung offenzulegen und den Versicherten eine möglichst gute Planungsperspektive zu bieten.

Zur Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung existieren letztlich vor allem die drei Stellgrößen Leistungsniveau, Beitragssatz und gesetzliches Renteneintrittsalter.²⁷⁾ Wenn die Zunahme der Abgabenbelastung in Grenzen gehalten und das Rentenniveau zumindest nicht stärker als bisher geplant gesenkt werden soll, wird eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters nicht zu vermeiden sein. Eine sonst bei wachsender Lebenserwartung fortschreitende Ausweitung der individuellen Rentenbezugszeiten im Verhältnis zu vorangegangenen Beitragszeiten würde den Druck zur Anhebung des Bei-

tragssatzes oder zur weiteren Senkung des Rentenniveaus aufrechterhalten. Vor dem Hintergrund einer noch guten Finanzlage wurden zuletzt nicht unerhebliche neue Belastungen der Rentenversicherung beschlossen. Einige andere Staaten haben dagegen beispielsweise eine Indexierung des gesetzlichen Renteneintrittsalters eingeführt, um automatisch steigende relative Rentenbezugszeiten durch eine höhere Lebenserwartung regelgebunden zu vermeiden – auch über 67 Jahre hinaus. Wichtig sind dabei auch Regelungen für vorzeitige Renteneintritte bei Erwerbsunfähigkeit, wie sie derzeit aber bereits existieren.

Bundesagentur für Arbeit

Im ersten Quartal erzielte die Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Überschuss von $\frac{1}{2}$ Mrd € und schloss damit fast 1 Mrd € günstiger ab als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.²⁸⁾ Die Verbesserung des Finanzergebnisses ist teilweise auf eine einmalige Rückerstattung der VBL zurückzuführen. Diese minderte vor allem die Verwaltungsausgaben der BA. Der Teil, der auf die Verwaltung der Arbeitslosengeld II-Leistungen entfällt, kommt letztlich dem Bund zugute, indem dessen diesbezügliche Verwaltungskosten erstattungen im ersten Quartal entsprechend gekürzt wurden. Dies trug dazu bei, dass die Einnahmen mit insgesamt + 2% nur moderat zunahmen. Außerdem standen den anhaltend kräftigen Beitragszuwächsen (fast 4½%) Mindereinnahmen aus einer Absenkung der Insolvenzgeldumlage gegenüber. Auf der Ausgabenseite machten sich neben dem genannten Sondereffekt bei den Verwaltungsausgaben vor allem Minderausgaben beim Arbeitslosengeld I

²⁶⁾ Die Untergrenze bezieht sich auf das Versorgungsniveau vor Steuern, d. h. das Verhältnis der Standardrente (bei Durchschnittsverdienst über 45 Beitragsjahre) abzüglich Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen zum Durchschnittsentgelt abzüglich Sozialabgaben.

²⁷⁾ Darüber hinaus werden umfangreiche Bundeszuschüsse geleistet, die aber grundsätzlich nur der Finanzierung versicherungsfreier Leistungen dienen sollten.

²⁸⁾ Der Bericht bezieht sich auf die BA im operativen Bereich, d. h. ohne Einrechnung des Versorgungsfonds.

($-4\frac{1}{2}\%$) und der auslaufenden Altersteilzeitförderung (-68%) bemerkbar. Dagegen wurden erstmals seit längerer Zeit wieder deutliche Zuwächse bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verzeichnet ($+9\frac{1}{2}\%$), die zu zwei Dritteln auf (einmalige) Mehrausgaben für die Sprachförderung von Flüchtlingen zurückgehen. Insgesamt verringerten sich die Ausgaben der BA im ersten Vierteljahr um gut 7%.

Im Gesamtjahr steigender Überschuss trotz zusätzlicher Leistungen für Arbeitsförderung

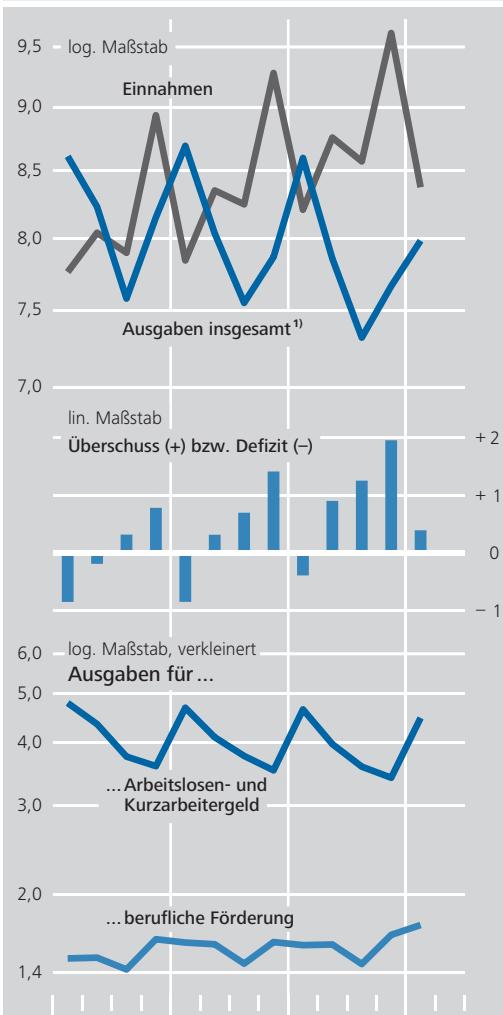
Auch für das Gesamtjahr ist mit einem anhaltend kräftigen Wachstum der Beitragseinnahmen zu rechnen. Der Rückgang beim Arbeitslosengeld I könnte sich angesichts der erwarteten grundlegend günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt ebenfalls fortsetzen.²⁹ Für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung im Haushalt der BA zwar ein deutlicher Anstieg vorgesehen, dem aber starke Rückgänge bei der auslaufenden Subventionierung der Altersteilzeit gegenüber stehen. Insgesamt zeichnet sich bereits jetzt ein höherer Überschuss als im Vorjahr (gut $3\frac{1}{2}$ Mrd €) ab.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanzieren – bei etwaigen Finanzspielräumen Beitragssatzsenkung in Betracht ziehen

Grundsätzlich sollten versicherungsfremde Leistungen der BA durch Steuermittel finanziert werden, weil andernfalls gesamtgesellschaftliche Aufgaben allein aus den Einkommen der Beitragspflichtigen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) finanziert würden. Wenn beispielsweise Aufwendungen für die Integration von Flüchtlingen von der BA übernommen werden, steht dies dem entgegen. Werden finanzielle Spielräume bei der BA gesehen, sollten diese den Beitragszahlerinnen und -zahlern zugutekommen. Generell ist der Haushalt der BA sehr konjunkturreagibel. Insofern ist in guten Zeiten auch der Aufbau größerer Rücklagen sinnvoll. Soweit davon ausgegangen wird, dass sich die derzeit äußerst günstige Arbeitsmarktlage mit niedrigen Arbeitslosenzahlen im Versicherungs-

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. 1 Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds.

Deutsche Bundesbank

bereich als nachhaltig erweist, könnte angesichts der damit verbundenen verstärkten Rücklagenbildung eine Senkung des Beitragssatzes in Betracht gezogen werden.

²⁹ Flüchtlinge, die nach Anerkennung zunächst arbeitslos sind, spielen dabei keine Rolle, da diese Personen noch keine Ansprüche auf beitragsfinanziertes Arbeitslosengeld I erworben haben.

■ Statistischer Teil

I Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosyste

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft- lichen Gesamtrechnungen	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzierer Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzierer Unternehmens- gruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbs- fähigkeit der deutschen Wirtschaft.....	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlauff- rendite europäischer Staats- anleihen 8)
			gleitender Dreimonats- durchschnitt							
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2014 Juli	5,5	2,4	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,9	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,1	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,6	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	9,0	4,0	3,9	3,9	0,2	- 0,4	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,2	4,1	4,1	4,2	0,3	- 0,2	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	10,1	4,6	4,7	4,7	0,7	0,1	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,6	4,9	5,4	5,0	1,1	0,3	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,3	5,0	5,0	5,1	1,4	0,7	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,8	5,2	4,9	5,1	1,4	0,4	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	12,2	5,4	5,2	5,0	1,9	0,9	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,5	5,1	4,9	5,0	2,3	1,1	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,7	5,2	4,9	5,0	2,2	0,8	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,6	5,4	5,2	5,1	2,4	1,1	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	11,1	5,2	5,0	5,0	2,7	1,2	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,8	5,3	4,7	4,9	2,3	0,7	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,4	5,4	5,0	4,9	2,7	1,0	- 3,3	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,2	5,4	4,9	5,0	3,1	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,1	5,4	5,0	...	3,0	1,0	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	- 0,34	- 0,25	0,9

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43•8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder:DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz						Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanz- derivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungs- reserven		nominal	real
Mio €									1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Juli	+ 31 299	+ 26 442	+ 17 948	+ 3 114	+ 23 956	+ 3 120	- 11 529	- 712	1,3539	102,3	98,2
Aug.	+ 13 022	+ 9 727	+ 1 987	- 8 574	+ 3 183	+ 4 768	+ 1 344	+ 1 266	1,3316	101,5	97,5
Sept.	+ 33 163	+ 26 114	+ 82 850	+ 12 493	+ 89 608	+ 10 557	- 27 865	- 1 943	1,2901	99,9	95,9
Okt.	+ 29 558	+ 28 355	+ 50 890	- 4 999	+ 68 516	+ 5 394	- 19 066	+ 1 045	1,2673	99,1	95,0
Nov.	+ 26 171	+ 24 430	+ 59 036	+ 16 939	+ 9 596	+ 5 135	+ 26 665	+ 701	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 40 751	+ 26 282	- 1 489	- 11 250	+ 40 684	+ 1 901	- 33 948	+ 1 125	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 9 308	+ 12 416	- 13 735	+ 39 900	- 58 997	+ 4 598	- 572	+ 1 336	1,1621	95,2	91,1
Febr.	+ 15 769	+ 25 811	- 31 651	+ 18 633	- 46 538	+ 12 053	- 20 007	+ 4 208	1,1350	93,3	89,5
März	+ 31 547	+ 26 322	+ 26 615	+ 38 499	- 16 800	+ 9 609	- 4 944	+ 250	1,0838	90,6	86,9
April	+ 24 867	+ 27 684	- 3 668	- 2 643	+ 49 354	+ 4 529	- 51 117	- 3 791	1,0779	89,7	86,1
Mai	+ 7 891	+ 24 708	+ 40 892	+ 12 496	+ 24 730	+ 2 756	+ 2 718	- 1 809	1,1150	91,6	87,9
Juni	+ 35 879	+ 32 321	+ 55 454	- 16 671	+ 53 069	- 7 354	+ 23 185	+ 3 224	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 40 563	+ 36 820	+ 37 015	+ 7 157	+ 91 332	+ 9 725	- 64 209	- 6 990	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 19 701	+ 16 927	+ 289	+ 2 005	- 5 356	- 6 849	+ 9 126	+ 1 364	1,1139	93,0	89,0
Sept.	+ 36 182	+ 27 818	+ 14 232	- 21 719	+ 5 698	- 3 687	+ 25 642	+ 8 297	1,1221	93,8	89,7
Okt.	+ 30 596	+ 31 169	+ 126 331	+ 56 877	+ 38 990	+ 8 008	+ 28 465	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 33 040	+ 30 347	- 26 671	- 70 380	+ 21 848	+ 17 860	+ 1 538	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 44 201	+ 29 247	+ 81 535	+ 50 490	+ 76 643	+ 19 251	- 72 977	+ 8 127	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	+ 8 251	+ 13 600	- 15 019	+ 16 465	+ 33 770	+ 10 037	- 74 177	- 1 115	1,0860	93,6	p) 89,1
Febr.	+ 11 055	+ 25 497	+ 48 318	+ 46 602	+ 74 978	+ 4 434	- 78 827	+ 1 131	1,1093	94,7	p) 90,1
März	1,1100	94,1	p) 89,6
April	1,1339	94,8	p) 90,2

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.10 und 12, S. 81•/ 82• 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2013	- 0,3	0,0	0,3	1,6	- 0,8	0,7	- 3,2	1,4	- 1,7	3,0
2014	0,9	1,3	1,6	2,9	- 0,7	0,2	0,6	5,2	- 0,3	2,4
2015	1,6	1,4	1,7	1,1	0,5	1,2	- 0,2	7,8	0,8	2,7
2014 4.Vj.	1,0	1,1	1,6	3,4	- 0,8	0,3	0,6	6,0	- 0,4	2,1
2015 1.Vj.	1,3	1,1	1,3	1,1	0,0	1,1	0,3	7,7	0,2	1,8
2.Vj.	1,6	1,5	1,6	1,5	0,7	1,2	1,3	7,1	0,9	2,8
3.Vj.	1,6	1,3	1,7	1,0	0,2	1,2	- 1,7	7,2	0,8	3,5
4.Vj.	1,6	1,6	2,1	0,7	0,8	1,4	- 0,7	9,2	1,1	2,7
2016 1.Vj.	1,6	1,4
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2013	- 0,7	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,4	- 3,2	2,2	- 3,1	- 0,7
2014	0,9	0,9	1,3	4,3	- 1,9	- 0,7	- 2,0	20,9	- 0,7	- 0,9
2015	1,6	- 0,1	0,8	- 2,4	- 1,0	1,8	0,6	17,6	1,1	3,6
2014 4.Vj.	0,4	- 1,6	0,7	6,8	- 0,9	- 0,9	0,1	25,9	- 1,6	- 0,7
2015 1.Vj.	1,7	0,0	0,6	1,9	- 3,4	1,8	2,4	24,9	0,0	1,6
2.Vj.	1,4	- 1,7	1,6	- 1,7	- 1,1	1,9	- 3,0	10,0	1,1	5,7
3.Vj.	1,9	0,2	1,6	- 4,0	- 0,1	1,3	1,3	20,2	2,1	3,8
4.Vj.	1,3	1,2	- 0,3	- 5,5	0,1	2,1	2,1	16,0	1,3	3,0
2016 1.Vj.	s) 1,5	...	p) 1,4	- 2,3	- 0,5	0,5	- 0,8	p) 7,0	1,7	3,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
2013	78,3	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,2	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2015 1.Vj.	81,0	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	74,6	71,3
2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,7	67,7	-	76,1	72,2
3.Vj.	81,1	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,5	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,6	65,5	-	77,1	72,3
2.Vj.	81,4	79,3	84,6	73,8	78,0	82,5	67,8	-	76,5	73,0
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2015 Okt.	10,6	8,5	4,5	6,1	9,4	10,3	24,5	9,1	11,6	9,9
Nov.	10,5	8,7	4,5	6,4	9,4	10,2	24,5	9,1	11,5	10,0
Dez.	10,4	8,8	4,6	6,2	9,4	10,2	24,3	9,0	11,6	10,1
2016 Jan.	10,4	8,7	4,1	6,3	9,3	10,1	24,4	8,9	11,6	10,4
Febr.	10,4	8,6	4,3	6,3	9,3	10,2	...	8,8	11,6	10,1
März	10,2	8,5	4,3	...	9,3	10,0	11,4	9,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	9) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2015 Nov.	0,1	1,4	0,2	- 0,5	- 0,2	0,1	- 0,1	- 0,1	0,1	0,0
Dez.	0,2	1,5	0,2	- 0,2	- 0,2	0,3	0,4	0,2	0,1	0,4
2016 Jan.	0,3	1,8	0,4	0,1	0,0	0,3	- 0,1	0,0	0,4	- 0,3
Febr.	- 0,2	1,1	- 0,2	0,4	- 0,1	- 0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,6
März	0,0	1,6	0,1	0,5	0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,6
April	s) - 0,2	...	s) - 0,3	s) - 0,3	...
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2013	- 3,0	- 3,0	- 0,1	- 0,2	- 2,6	- 4,0	- 13,0	5,7	- 2,9	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,8	- 3,2	- 4,0	- 3,6	3,8	- 3,0	- 1,6
2015	- 2,1	- 2,6	0,7	0,4	- 2,7	- 3,5	- 7,2	2,3	- 2,6	- 1,3
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2013	91,1	105,2	77,2	9,9	55,5	92,4	177,7	120,0	129,0	39,1
2014	92,0	106,5	74,7	10,4	59,3	95,4	180,1	107,5	132,5	40,8
2015	90,7	106,0	71,2	9,7	63,1	95,8	176,9	93,8	132,7	36,4

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. **1** Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-AGgregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** ESVG 2010. **4** Verar-

beitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **5** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
3,6	4,3	4,1	– 0,5	0,3	– 1,1	1,4	– 1,1	– 1,7	– 5,9	2013
3,0	4,1	3,7	1,0	0,4	0,9	2,5	3,0	1,4	– 2,5	2014
1,6	4,8	6,3	2,0	0,9	1,5	3,6	2,9	3,2	1,6	2015
1,7	7,0	5,6	1,6	– 0,2	0,3	2,8	2,8	1,8	– 1,8	2014 4.Vj.
1,2	4,9	6,2	2,5	0,6	1,6	2,9	2,8	2,7	0,2	2015 1.Vj.
1,4	5,9	6,9	1,9	1,0	1,5	3,4	2,7	3,3	1,4	2.Vj.
1,7	5,8	6,5	2,0	0,9	1,5	3,7	2,6	3,5	2,3	3.Vj.
2,0	2,9	5,7	1,6	1,0	1,2	4,3	3,3	3,3	2,5	4.Vj.
2,2	1,3	2016 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
3,2	– 3,2	– 5,3	– 0,5	0,8	0,5	3,8	– 1,4	– 1,7	– 13,5	2013
0,3	4,0	– 5,7	– 3,0	0,9	1,8	8,6	1,7	1,3	– 0,9	2014
4,5	2,1	6,3	– 2,7	1,8	1,7	6,9	5,4	3,4	3,5	2015
3,6	1,4	– 1,1	– 2,4	0,4	– 0,2	9,8	2,3	0,5	– 0,8	2014 4.Vj.
4,2	3,4	4,5	3,9	1,7	0,3	12,6	6,9	1,6	0,2	2015 1.Vj.
4,5	1,9	8,3	– 4,5	0,7	1,9	4,7	5,6	3,2	3,1	2.Vj.
4,0	0,5	7,4	– 7,3	2,8	2,4	6,0	5,4	4,2	4,4	3.Vj.
5,3	2,5	5,1	– 4,0	2,3	2,2	5,0	3,7	4,8	6,3	4.Vj.
5,7	p)	4,0	p)	– 5,8	p)	– 1,9	...	0,9	...	2016 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	77,7	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	81,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	77,6	79,1	83,4	77,2	60,3	2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	77,7	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	77,6	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	77,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	77,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,4	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,1	2015
8,9	6,5	5,3	6,9	5,7	12,4	11,1	8,5	21,1	13,7	2015 Okt.
8,8	6,4	5,2	6,7	5,8	12,3	10,9	8,3	20,9	13,4	Nov.
8,9	6,4	5,2	6,6	5,9	12,2	10,7	8,3	20,7	13,0	Dez.
9,0	6,3	5,2	6,5	5,9	12,1	10,5	8,3	20,5	12,7	2016 Jan.
8,8	6,2	5,1	6,5	5,9	12,2	10,3	8,2	20,5	12,5	Febr.
8,5	6,3	4,7	6,4	5,8	12,1	10,2	8,1	20,4	12,1	März
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	– 0,2	– 0,1	0,4	– 0,2	– 0,3	2014
– 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	– 0,3	– 0,8	– 0,6	– 1,5	2015
– 0,5	0,4	1,3	0,4	0,5	0,6	– 0,4	– 0,9	– 0,4	– 1,5	2015 Nov.
– 0,2	0,9	1,3	0,5	1,1	0,3	– 0,5	– 0,6	– 0,1	– 0,6	Dez.
0,7	0,5	0,8	0,2	1,4	0,7	– 0,6	– 0,8	– 0,4	– 1,1	2016 Jan.
0,5	– 0,3	1,0	0,3	1,0	0,2	– 0,3	– 0,9	– 1,0	– 2,2	Febr.
0,8	– 0,6	1,0	0,5	0,6	0,5	– 0,5	– 0,9	– 1,0	– 2,2	März
...	April
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
– 2,6	0,8	– 2,6	– 2,4	– 1,3	– 4,8	– 2,7	– 15,0	– 6,9	– 4,9	2013
– 0,7	1,7	– 2,0	– 2,4	– 2,7	– 7,2	– 2,7	– 5,0	– 5,9	– 8,9	2014
– 0,2	1,2	– 1,5	– 1,8	– 1,2	– 4,4	– 3,0	– 2,9	– 5,1	– 1,0	2015
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
38,8	23,3	68,6	67,9	80,8	129,0	55,0	71,0	93,7	102,5	2013
40,7	22,9	67,1	68,2	84,3	130,2	53,9	81,0	99,3	108,2	2014
42,7	21,4	63,9	65,1	86,2	129,0	52,9	83,2	99,2	108,9	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2014 einschl. Lettland. **9** Ab 2015 einschl. Litauen. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *

a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet						II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet				III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schulver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rück- lagen 3)	
		zusammen	darunter Wert- papiere	zusammen	darunter Wert- papiere									
2014 Aug. Sept.	– 45,7 34,8	– 51,0 26,2	– 15,6 14,5	5,3 8,6	15,9 9,2	– 1,3 25,0	– 5,8 17,7	– 4,5 7,3	0,2 – 6,0	– 5,0 – 16,5	1,3 0,3	– 5,9 – 12,0	9,8 22,1	
Okt. Nov. Dez.	5,0 33,7 – 45,0	– 24,0 25,6 – 9,1	– 9,0 5,5 – 12,2	29,0 8,1 – 35,9	23,1 5,2 – 43,7	10,4 60,2 – 10,0	– 4,0 76,5 – 115,3	– 14,4 16,3 – 105,4	– 37,0 – 13,3 – 29,4	– 13,9 1,1 – 2,9	– 0,2 – 0,4 – 2,3	– 26,5 – 13,1 – 30,9	3,6 – 0,9 2,2	
2015 Jan. Febr. März	93,9 11,0 77,5	19,2 21,3 44,5	5,1 2,4 – 1,1	74,7 10,3 33,0	52,5 0,5 29,8	– 14,6 – 23,6 10,5	196,7 18,7 – 29,0	211,2 4,9 – 39,5	– 1,9 – 14,6 – 20,5	– 12,3 – 8,8 – 12,4	0,5 – 1,4 – 1,3	– 9,1 – 9,8 – 26,2	18,9 5,3 19,4	
April Mai Juni	53,8 24,6 8,9	17,0 8,1 – 14,3	16,9 0,8 – 28,2	36,8 16,4 23,2	32,5 31,2 24,5	– 58,5 25,2 55,8	37,4 56,2 – 86,8	95,9 81,4 – 142,6	– 48,1 – 21,3 – 21,5	– 18,8 – 8,3 – 13,9	– 2,1 – 1,7 – 1,2	– 15,8 – 23,5 – 12,9	– 11,3 12,1 6,5	
Juli Aug. Sept.	59,9 11,0 29,5	56,1 – 27,5 – 9,9	50,8 6,9 – 8,8	3,7 38,6 39,4	4,0 47,5 45,7	– 64,9 – 22,9 – 7,7	0,5 10,1 94,9	64,5 33,0 – 87,2	– 5,1 – 10,3 – 20,9	– 10,4 – 2,4 – 3,2	– 0,9 – 1,4 – 0,7	– 21,4 – 9,3 – 26,1	6,8 2,9 9,2	
Okt. Nov. Dez.	26,4 87,2 – 113,7	4,1 48,2 – 74,8	15,4 2,0 – 2,5	22,2 39,1 – 38,9	18,6 47,1 – 33,8	9,5 3,6 – 10,3	24,1 15,3 – 195,8	14,7 – 18,8 – 185,5	– 39,7 – 6,5 – 6,3	– 25,3 – 13,5 – 4,1	– 1,1 – 1,7 – 0,6	– 17,1 – 4,8 – 26,5	3,9 13,5 16,7	
2016 Jan. Febr. März	158,4 88,8 60,0	47,8 47,5 23,3	5,3 1,4 – 3,8	110,6 41,3 36,8	95,5 50,2 40,3	– 42,6 – 72,0 12,6	123,1 36,6 – 85,2	165,7 108,6 – 97,8	– 28,0 – 18,0 – 15,8	– 8,8 – 12,1 – 6,7	– 0,4 – 1,2 – 0,9	– 19,1 – 24,5 – 0,6	– 0,2 – 4,4 – 7,5	

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet						II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet				III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schulver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rück- lagen 3)	
		zusammen	darunter: Wert- papiere	zusammen	darunter: Wert- papiere									
2014 Aug. Sept.	– 6,4 10,2	0,8 6,2	– 3,4 2,1	– 7,2 4,0	– 2,0 4,8	– 16,9 – 16,6	– 11,4 – 14,1	5,5 2,5	– 2,7 – 3,2	– 1,3 – 0,7	0,9 0,5	– 2,8 – 4,5	0,5 1,5	
Okt. Nov. Dez.	5,3 14,1 – 15,5	– 4,2 15,3 1,5	– 4,5 6,0 5,4	9,5 1,9 – 17,1	2,4 1,9 – 10,0	16,5 12,8 – 5,7	10,9 30,9 – 33,1	– 5,6 18,1 – 27,4	– 1,7 0,1 – 17,5	– 2,8 – 2,7 – 7,3	– 0,2 – 0,4 0,2	1,2 1,5 – 8,1	0,1 1,8 – 2,2	
2015 Jan. Febr. März	28,5 9,4 15,2	13,0 4,6 9,7	7,0 1,1 8,4	15,4 4,8 5,6	6,5 1,7 7,2	– 57,6 2,9 – 12,1	52,2 – 11,1 – 19,0	109,8 13,9 – 6,9	– 0,8 1,8 – 15,3	– 3,4 – 1,5 – 4,8	– 0,0 – 1,3 – 1,3	1,8 2,3 9,1	0,8 0,4 – 0,1	
April Mai Juni	17,3 – 3,5 – 0,9	3,3 4,5 – 2,7	0,7 – 4,8 – 5,7	14,0 8,0 1,7	4,9 4,4 5,1	7,7 1,1 16,2	33,9 – 11,7 – 25,0	26,2 – 12,8 – 41,1	– 13,2 – 14,6 0,4	– 10,0 – 1,6 – 3,8	– 2,2 – 1,6 – 1,4	– 0,6 – 1,1 – 1,8	– 0,4 – 0,4 3,7	
Juli Aug. Sept.	31,5 12,9 11,5	22,9 7,2 4,1	21,3 1,5 2,6	8,6 5,7 7,3	6,4 9,0 8,7	– 27,6 – 20,7 – 2,0	– 8,7 19,9 – 15,9	19,0 19,9 – 17,9	– 12,5 – 6,5 – 11,7	– 16,5 – 0,5 – 2,5	– 1,5 – 1,5 – 1,4	– 0,6 – 4,5 – 7,4	– 1,9 – 1,0 – 0,4	
Okt. Nov. Dez.	3,4 27,3 – 19,9	– 3,8 21,3 – 11,6	– 9,4 7,8 – 5,8	7,1 6,0 – 8,2	3,5 10,6 – 2,8	– 8,5 – 13,0 5,2	– 13,1 – 35,7 – 52,1	– 4,6 – 22,7 – 57,3	– 10,7 – 12,8 – 24,0	– 9,0 – 3,6 – 3,9	– 1,3 – 1,2 – 0,9	– 0,7 – 3,9 – 22,1	– 1,1 – 4,1 2,9	
2016 Jan. Febr. März	19,7 15,6 12,3	5,7 10,9 4,5	– 3,0 – 4,2 0,6	14,0 4,7 7,8	10,4 4,8 8,2	– 21,1 – 29,2 7,6	24,7 36,5 – 22,1	45,8 – 11,8 0,8	– 1,2 – 1,8 – 0,0	– 1,5 – 1,3 – 1,1	– 1,3 – 1,3 – 2,3	– 2,8 – 1,0 – 0,4	– 1,2 – 1,0 – 0,4	

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatz-ämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)												Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	Geldmenge M2													
			Geldmenge M1		Bargeldumlauf		täglich fällige Einlagen 5)		Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)		Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)		Repo-geschäfte		Geldmarktfondsanteile (netto) 2) 7) 8)	
- 46,4	- 48,2	-	47,5	40,7	34,9	2,0	32,8	3,5	2,4	2,9	3,7	2,4	-	-	2014 Aug.	
- 6,1	22,8	-	- 0,8	14,7	33,4	0,3	33,1	- 12,8	- 5,8	- 18,3	- 11,6	6,0	-	-	Sept.	
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	- 20,6	- 8,9	25,6	14,6	-	4,3	-	Okt.	
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	4,4	- 2,7	5,6	0,6	-	-	Nov.	
- 50,1	- 0,1	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	- 3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	-	-	Dez.	
80,8	- 45,4	-	45,8	25,1	54,4	- 2,7	57,1	- 37,0	7,7	23,7	20,2	-	4,3	-	2015 Jan.	
- 28,6	- 15,5	-	46,0	21,5	28,4	4,1	24,3	- 8,6	1,6	38,0	8,7	2,4	-	-	Febr.	
22,6	53,0	-	32,9	57,2	54,6	7,7	46,9	- 5,4	7,9	1,8	- 10,0	-	7,4	-	März	
- 43,3	- 25,3	-	112,0	76,9	90,6	8,8	81,8	- 15,5	1,8	- 17,5	21,9	6,3	-	-	April	
44,1	- 0,6	-	27,6	61,4	91,9	6,7	85,2	- 35,2	4,8	- 6,8	- 9,1	-	6,8	-	Mai	
14,0	64,9	-	7,2	40,4	65,9	10,7	55,2	- 25,5	0,0	- 22,6	- 17,1	8,2	-	-	Juni	
- 42,3	- 29,6	-	71,9	40,9	40,0	14,2	25,8	1,4	- 0,6	1,5	24,4	-	12,1	-	Juli	
- 14,8	- 1,6	-	14,8	10,7	12,5	- 1,9	14,4	- 5,4	3,6	- 2,8	11,0	-	4,5	-	Aug.	
28,7	33,9	-	- 20,0	7,2	24,0	- 2,8	26,8	- 8,4	8,5	- 4,2	- 15,7	-	0,8	-	Sept.	
33,0	- 60,1	-	102,6	68,6	83,6	2,2	81,3	- 10,1	- 4,8	- 6,1	21,8	0,9	-	-	Okt.	
- 17,2	61,1	-	53,4	54,7	58,8	5,7	53,1	- 2,0	- 2,2	4,0	15,1	1,0	-	-	Nov.	
- 72,5	- 45,1	-	- 0,1	54,0	45,4	14,4	30,9	7,7	0,9	- 31,1	- 23,9	-	10,8	-	Dez.	
87,9	- 12,8	-	68,6	32,7	31,4	- 11,3	42,8	- 9,1	10,4	22,6	14,5	7,9	-	-	2016 Jan.	
- 14,1	9,1	-	39,7	17,1	23,8	1,3	22,5	- 11,9	5,2	43,5	4,6	6,1	-	-	Febr.	
31,8	20,4	-	36,2	56,3	44,4	3,5	40,9	9,9	2,0	- 5,6	- 15,4	1,6	-	-	März	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)												Zeit		
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Komponenten der Geldmenge														
			Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)							
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	- 0,3	2,1	-	0,6	-	-	2014 Aug.		
1,5	- 4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	- 4,8	0,1	- 2,7	-	0,0	-	0,6	-	-	Sept.		
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	-	0,0	-	0,4	-	-	Okt.		
0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	-	0,0	-	0,8	-	-	Nov.		
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	- 2,2	- 6,2	-	0,1	-	0,6	-	-	Dez.		
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	-	0,0	-	1,4	-	-	2015 Jan.		
- 6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	-	0,0	-	2,3	-	-	Febr.		
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	0,4	-	0,0	-	0,8	-	-	März		
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	-	0,1	-	4,1	-	-	April		
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	- 0,2	6,4	-	0,1	-	3,1	-	-	Mai		
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	1,6	-	0,1	-	0,3	-	-	Juni		
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	-	0,0	-	0,6	-	-	Juli		
0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	-	0,1	-	1,2	-	-	Aug.		
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	-	0,5	-	7,8	-	-	Sept.		
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	-	0,0	-	3,7	-	-	Okt.		
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	-	0,1	-	2,1	-	-	Nov.		
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	-	0,4	-	0,2	-	-	Dez.		
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	- 0,3	-	0,9	-	0,9	-	2016 Jan.		
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	1,4	-	0,1	-	1,0	-	-	Febr.		
21,0	3,7	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	-	0,2	-	2,0	-	-	März		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Ann. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen		
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte											
		insgesamt	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2014 Febr.	24 985,6	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 671,5	4 092,2				
März	24 905,6	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,6	4 033,4				
April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3				
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0				
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9				
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6				
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3				
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4				
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4				
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1				
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7				
2015 Jan.	26 924,4	16 394,4	12 750,9	10 698,9	1 276,2	775,8	3 643,5	1 159,0	2 484,5	5 399,7	5 130,2				
Febr.	26 864,8	16 419,1	12 780,3	10 717,8	1 278,6	783,9	3 638,8	1 144,3	2 494,6	5 394,1	5 051,6				
März	27 247,6	16 514,7	12 834,7	10 767,4	1 275,9	791,3	3 680,0	1 148,9	2 531,1	5 469,3	5 263,6				
April	26 916,4	16 539,3	12 833,6	10 751,5	1 274,8	807,3	3 705,7	1 153,0	2 552,8	5 408,0	4 969,1				
Mai	26 752,0	16 550,6	12 841,4	10 760,4	1 276,3	804,7	3 709,2	1 138,5	2 570,8	5 401,8	4 799,6				
Juni	26 194,9	16 511,7	12 804,8	10 760,4	1 254,0	790,4	3 706,8	1 136,8	2 570,0	5 262,4	4 420,8				
Juli	26 418,0	16 596,2	12 867,1	10 765,3	1 300,2	801,6	3 729,1	1 135,4	2 593,7	5 282,8	4 539,1				
Aug.	26 259,9	16 568,2	12 809,8	10 720,3	1 302,7	786,8	3 758,4	1 126,6	2 631,9	5 233,7	4 458,0				
Sept.	26 205,0	16 596,9	12 785,1	10 710,8	1 303,0	771,3	3 811,8	1 121,2	2 690,6	5 150,4	4 457,7				
Okt.	26 416,4	16 659,5	12 815,9	10 745,3	1 288,1	782,5	3 843,6	1 125,2	2 718,4	5 243,6	4 513,4				
Nov.	26 732,4	16 774,3	12 885,9	10 799,2	1 295,5	791,3	3 888,3	1 117,3	2 771,1	5 306,4	4 651,8				
Dez.	25 928,7	16 621,1	12 782,7	10 707,6	1 296,1	779,0	3 838,4	1 110,4	2 728,1	5 022,2	4 285,3				
2016 Jan.	26 490,4	16 771,2	12 812,6	10 739,3	1 306,0	767,3	3 958,6	1 127,4	2 831,2	5 131,7	4 587,5				
Febr.	26 829,3	16 857,9	12 854,4	10 783,7	1 312,7	757,9	4 003,6	1 119,0	2 884,6	5 213,9	4 757,5				
März	26 490,0	16 906,2	12 861,1	10 792,4	1 314,0	754,8	4 045,0	1 115,3	2 929,7	5 017,9	4 565,9				
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2014 Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1				
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3				
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6				
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2				
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5				
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9				
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0				
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4				
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5				
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5				
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0				
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4				
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7				
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5				
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2				
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0				
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4				
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2				
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1				
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7				
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5				
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2				
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6				
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3				
Febr.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8				
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,5	508,0	1 163,7	1 011,4				

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen, Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem)). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Bundesbank entsprechend dem Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermittelten (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-			
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet														
	öffentliche Haushalte														
	sonstige öffentliche Haushalte							mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen		
Zentral- staaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	bis zu 2 Jahren	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	in Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt				
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾															
2014 Febr. März	272,5 267,2	293,8 300,4	127,5 128,2	91,0 95,9	9,1 9,1	45,5 45,4	15,2 16,4	5,6 5,5	306,7 293,9	295,2 285,4	421,8 404,1	2 556,5 2 558,8	1 956,7 1 961,5		
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4		
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7		
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9		
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5		
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8		
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0		
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8		
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9		
Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8		
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	434,3	2 506,6	1 797,9		
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,6	349,5	443,1	2 503,9	1 783,8		
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	433,1	2 492,9	1 762,7		
April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	455,0	2 462,0	1 743,3		
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	337,4	330,8	445,9	2 443,7	1 719,2		
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	314,6	311,1	428,8	2 431,8	1 704,8		
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	453,2	2 404,0	1 681,3		
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	313,2	308,1	451,7	2 373,3	1 671,8		
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	445,9	2 342,9	1 659,8		
Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	467,6	2 336,2	1 639,5		
Nov.	299,4	334,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	482,7	2 365,7	1 645,2		
Dez.	227,3	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	458,9	2 317,9	1 633,0		
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	298,6	297,0	472,8	2 299,3	1 613,5		
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,0	14,4	39,9	24,0	5,1	342,2	338,2	477,3	2 284,2	1 594,8		
März	333,3	345,8	159,4	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	336,0	332,8	462,3	2 263,0	1 587,8		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2014 Febr. März	18,7 17,1	165,0 168,5	42,7 43,6	73,7 76,5	6,1 6,1	38,9 38,7	2,9 2,8	0,7 0,7	8,0 5,2	6,5 4,5	4,0 3,8	543,2 538,2	303,5 305,3		
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7		
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7		
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3		
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5		
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6		
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7		
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7		
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7		
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7		
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7		
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6		
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6		
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9		
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4		
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8		
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2		
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9		
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6		
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2		
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9		
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9		
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0		
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2		
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,4		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** In Deutschland nur Spareinlagen. **3** Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. **4** In Deutschland zählen Bankschuldbeschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. **5** Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. **6** Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. **7** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **8** Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Ann. 4, S. 10*). **9** Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)										Nachrichtlich				Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende									
										mit Laufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)							
										bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren			insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																								
42,1	39,1	2 475,3	3 428,5	2 405,2	–	31,4	4 039,0	–	5 427,9	9 235,1	9 866,7	7 337,6	105,3	2014 Febr.										
49,1	35,4	2 474,4	3 392,4	2 422,0	–	30,0	3 981,3	–	5 461,0	9 273,8	9 879,1	7 344,7	106,1	März										
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	–	23,1	4 060,2	–	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	April										
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	–	35,6	4 116,1	–	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	Mai										
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	–	50,4	4 138,9	–	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni										
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	–	46,1	4 239,4	–	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli										
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	–	59,1	4 451,8	–	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.										
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	–	67,6	4 470,9	–	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.										
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	–	83,4	4 520,1	–	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.										
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	–	68,5	4 715,3	–	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.										
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	–	45,1	4 570,9	–	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	Dez.										
60,4	42,3	2 403,9	3 912,1	2 554,9	–	99,2	5 012,6	–	6 021,2	9 744,4	10 399,5	7 305,8	110,6	2015 Jan.										
60,8	43,3	2 399,8	3 939,5	2 547,8	–	115,4	4 917,7	–	6 051,2	9 742,2	10 420,9	7 311,0	109,1	Febr.										
53,7	44,2	2 395,1	3 972,3	2 577,0	–	65,3	5 129,0	–	6 113,1	9 809,3	10 465,3	7 324,4	109,5	März										
57,2	45,8	2 359,0	4 000,1	2 544,1	–	72,9	4 835,0	–	6 196,1	9 876,4	10 566,1	7 232,0	107,6	April										
54,4	42,0	2 347,3	3 956,5	2 552,5	–	66,4	4 633,3	–	6 292,2	9 943,4	10 599,6	7 219,9	110,0	Mai										
58,8	44,7	2 328,2	3 789,2	2 534,4	–	57,7	4 272,8	–	6 353,4	9 978,2	10 600,0	7 168,3	112,4	Juni										
46,2	45,1	2 312,8	3 886,3	2 533,6	–	68,1	4 400,4	–	6 397,4	10 028,1	10 680,9	7 158,0	114,8	Juli										
35,9	47,3	2 290,1	3 880,6	2 532,0	–	67,5	4 302,5	–	6 404,5	10 031,7	10 672,2	7 128,2	116,3	Aug.										
32,9	46,4	2 263,6	3 805,8	2 536,0	–	54,1	4 313,3	–	6 427,4	10 039,7	10 659,8	7 101,7	117,3	Sept.										
32,4	47,0	2 256,8	3 865,9	2 562,2	–	75,9	4 350,7	–	6 524,2	10 123,0	10 776,4	7 101,7	115,7	Okt.										
31,1	49,2	2 285,4	3 920,3	2 567,0	–	77,2	4 529,8	–	6 591,4	10 188,6	10 841,1	7 122,9	121,9	Nov.										
22,8	47,8	2 247,2	3 669,1	2 554,0	–	47,0	4 088,3	–	6 631,0	10 235,1	10 834,5	7 073,1	123,0	Dez.										
29,1	50,8	2 219,4	3 808,0	2 578,2	–	67,5	4 382,1	–	6 660,5	10 265,5	10 901,4	7 059,5	123,6	2016 Jan.										
32,9	54,2	2 197,1	3 914,5	2 611,5	–	85,9	4 553,2	–	6 685,0	10 281,5	10 941,1	7 081,1	122,8	Febr.										
36,8	51,7	2 174,5	3 742,2	2 596,4	–	89,6	4 378,8	–	6 720,4	10 326,5	10 965,9	7 033,8	121,8	März										
Deutscher Beitrag (Mrd €)																								
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	–	633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	–	2014 Febr.										
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	–	601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	–	März										
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	–	594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	–	April										
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	–	618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	–	Mai										
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	–	591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	–	Juni										
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	–	570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	–	Juli										
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	–	607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	–	Aug.										
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	–	621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	–	Sept.										
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	–	620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	–	Okt.										
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	–	621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	–	Nov.										
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	–	605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	–	Dez.										
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	–	674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	–	2015 Jan.										
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	–	678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	–	Febr.										
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	–	670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	–	März										
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	–	666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	–	April										
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	–	676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	–	Mai										
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	–	670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	–	Juni										
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	–	692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	–	Juli										
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	–	711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	–	Aug.										
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	–	709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	–	Sept.										
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	–	735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	–	Okt.										
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	–	754,5	1 621,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	–	Nov.										
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	–	742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	–	Dez.										
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	–	766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	–	2016 Jan.										
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	–	790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	–	Febr.										
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	–	784,4	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,3	2 682,9	1 791,5	–	März										

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EUW) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EUW) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserven-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren							Liquiditätsabschöpfende Faktoren				Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems							Banknotenumlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfacilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)	Einlagefacilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)						
Eurosystem 2)													
2013 Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6	
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4	
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4	
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0	
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0	
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8	
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8	
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8	
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6	
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3	
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5	
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1	
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2	
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8	
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5	
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1	
Febr.	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1	
März	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4	
April	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5	
Mai	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2	
Juni	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8	
Juli	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5	
Aug.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4	
Sept.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5	
2016 Jan.	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4	
Febr.	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3	
Deutsche Bundesbank													
2013 Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9	
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5	
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0	
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1	
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0	
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1	
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4	
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7	
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2	
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0	
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5	
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2	
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8	
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0	
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2	
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5	
Febr.	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1	
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5	
Mai	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9	
Juni	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4	
Juli	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7	
Aug.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9	
Sept.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9	
Okt.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8	
Nov.	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1	
Dez.	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1	

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte in dem jeweiligen Monat den Mindestreserven-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserven-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswappgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren												Liquiditätsabschöpfende Faktoren												Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Ende der Mindest- reserv- Erfüllungs- periode 1)		
Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems																											
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinancierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinancierungs- geschäfte	Spitzen- refinancierungs- fazilität	Sonstige liquidi- täts- zuführende Geschäfte 3)	Einlage- fazilität	Sonstige liquidi- täts- ab- schröpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)																		
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6													2013 Okt.			
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2													Nov.			
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0													Dez.			
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6													2014 Jan.			
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0													Febr.			
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2													März			
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0													April			
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0													Mai			
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8													Juni			
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7													Juli			
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2													Aug.			
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6													Sept.			
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9													Okt.			
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	+ 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6													Nov.			
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3													Dez.			
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6													2015 Jan.			
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0													Febr.			
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3													März			
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1													Juni			
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7													Juli			
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6													Aug.			
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7													Okt.			
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9													Nov.			
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1													Dez.			
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9													2016 Jan.			
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 13,5	+ 50,9													Febr.				
Deutsche Bundesbank																											
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4													2013 Okt.			
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 18,8	- 14,5	- 15,3														Nov.			
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5													Dez.			
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1													2014 Jan.			
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1													Febr.			
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9													März			
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7													April			
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7													Mai			
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5													Juni			
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9													Juli			
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5													Aug.			
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7													Sept.			
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5													Okt.			
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8													Nov.			
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8													Dez.			
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4													2015 Jan.			
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5													Febr.			
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4													März			
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4													April			
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5													Mai			
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2													Jun.			
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2													Okt.			
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0													Nov.			
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0													Dez.			
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8													2016 Jan.			
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0													Febr.			

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBn aufgeteilt, wobei jede NZBn

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweis- stichtag/Mo- natsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwähr- ung an Ansässige im Euro-Wäh- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IVWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosyste m 2)									
2015 Aug. 28.	2 558,8	364,5	289,5	79,2	210,3	41,0	19,3	19,3	-
Sept. 4.	2 568,3	364,5	289,6	79,1	210,4	40,7	19,5	19,5	-
11.	2 587,3	364,5	288,8	79,1	209,6	42,0	21,1	21,1	-
18.	2 602,3	364,5	290,2	79,1	211,1	41,0	20,6	20,6	-
25.	2 620,6	364,5	291,6	79,2	212,5	39,9	21,1	21,1	-
Okt. 2.	2 626,8	348,8	287,9	78,9	209,0	41,0	21,5	21,5	-
9.	2 632,3	348,8	288,4	78,8	209,5	39,5	19,9	19,9	-
16.	2 640,6	348,8	286,4	78,6	207,8	41,8	19,2	19,2	-
23.	2 653,2	348,8	287,3	78,6	208,7	41,5	19,4	19,4	-
30.	2 665,0	348,9	289,9	78,8	211,1	38,9	20,2	20,2	-
Nov. 6.	2 668,9	348,9	288,4	78,6	209,8	42,2	20,7	20,7	-
13.	2 682,4	348,9	290,6	78,6	212,0	40,3	20,4	20,4	-
20.	2 692,4	348,9	292,3	78,6	213,7	38,4	20,7	20,7	-
27.	2 706,7	348,9	292,1	78,7	213,4	38,2	20,5	20,5	-
Dez. 4.	2 718,7	348,9	294,5	78,7	215,8	36,3	19,8	19,8	-
11.	2 731,9	348,9	296,2	78,7	217,5	33,9	19,6	19,6	-
18.	2 759,3	348,9	295,4	79,0	216,4	35,4	19,7	19,7	-
25.	2 767,8	348,9	298,2	79,1	219,1	32,2	20,5	20,5	-
2016 Jan. 1.	2 781,1	338,7	307,1	80,4	226,7	31,1	20,2	20,2	-
8.	2 766,9	338,7	308,8	80,4	228,4	29,2	19,9	19,9	-
15.	2 778,3	338,7	308,4	80,4	228,0	29,9	21,5	21,5	-
22.	2 794,5	338,7	308,0	80,4	227,6	31,8	21,6	21,6	-
29.	2 808,3	338,7	305,5	80,5	225,0	33,3	22,4	22,4	-
2016 Febr. 5.	2 811,9	338,7	304,8	79,3	225,5	31,9	22,7	22,7	-
12.	2 827,6	338,7	304,5	78,6	225,9	32,0	22,3	22,3	-
19.	2 837,6	338,7	305,1	78,1	227,0	31,0	21,3	21,3	-
26.	2 850,3	338,7	307,3	79,7	227,6	31,5	21,6	21,6	-
März 4.	2 859,8	338,7	306,9	79,7	227,2	32,6	21,8	21,8	-
11.	2 872,3	338,7	306,9	79,7	227,3	32,2	22,1	22,1	-
18.	2 886,2	338,7	307,9	79,7	228,2	29,5	21,4	21,4	-
25.	2 897,7	338,7	309,2	79,7	229,5	27,9	21,8	21,8	-
April 1.	2 941,8	377,3	297,5	77,4	220,1	29,2	20,9	20,9	-
8.	2 953,1	377,3	296,1	77,4	218,6	30,5	19,4	19,4	-
15.	2 966,1	377,3	295,5	77,4	218,0	31,7	18,5	18,5	-
22.	2 983,2	377,3	294,8	77,4	217,4	31,9	18,2	18,2	-
29.	3 000,8	377,3	296,5	77,2	219,4	32,3	18,0	18,0	-
Deutsche Bundesbank									
2014 Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	-	-	-
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	-	-	-
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	-	-	-
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	-	-	-	-
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	-	-	-	-
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	-	-	-	-
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	-	-	-	-
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	-	-	-	-
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	-	-	-	-
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	-	-	-	-
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	-	-	-
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	-	-	-
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	-	-	-	-
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	-	-	-	-
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	-	-	-	-
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	-	-	-	-
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	-	-	-	-
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	-	-	-
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	-	0,0	0,0	-
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	-	-	-
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	-	-	-
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	-	-	-
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	-

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/Monatsende ¹⁾
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosysteem ²⁾													
528,5	70,1	456,2	–	–	2,2	–	131,8	931,7	572,5	359,2	25,2	227,3	2015 Aug. 28.
527,4	71,0	456,2	–	–	0,1	–	130,5	945,1	585,6	359,5	25,2	225,9	Sept. 4.
527,2	70,9	456,2	–	–	0,1	–	134,1	961,1	602,8	358,3	25,2	223,4	11.
527,0	70,7	456,2	–	–	0,1	–	136,6	975,5	617,2	358,3	25,2	221,8	18.
527,3	71,1	456,2	–	–	0,0	–	138,4	990,0	631,1	358,9	25,2	222,6	25.
539,5	72,6	466,3	–	–	0,6	–	137,1	1 001,7	642,5	359,1	25,2	224,1	Okt. 2.
536,9	70,6	466,3	–	–	0,0	–	135,5	1 015,9	656,7	359,2	25,2	222,2	9.
535,9	69,5	466,3	–	–	0,1	–	136,9	1 028,1	668,9	359,1	25,2	218,3	16.
532,3	65,9	466,3	–	–	0,1	–	137,0	1 043,3	683,2	360,2	25,2	218,3	23.
531,2	68,5	462,7	–	–	0,0	–	138,7	1 053,8	695,7	358,1	25,2	218,3	30.
524,2	61,5	462,7	–	–	0,0	–	134,9	1 065,6	707,7	357,9	25,2	218,9	Nov. 6.
525,3	62,5	462,7	–	–	0,0	–	135,4	1 080,2	721,9	358,2	25,2	216,2	13.
523,3	60,5	462,7	–	–	0,0	–	135,9	1 094,7	736,1	358,6	25,2	213,1	20.
525,2	73,8	451,4	–	–	0,1	–	129,0	1 111,2	752,2	359,0	25,2	216,5	27.
521,4	69,8	451,4	–	–	0,2	–	127,5	1 129,0	770,7	358,2	25,2	216,2	Dez. 4.
520,6	69,1	451,4	–	–	0,2	–	124,1	1 145,4	786,3	359,1	25,2	218,0	11.
538,2	68,6	469,5	–	–	0,1	–	122,5	1 157,2	798,6	358,7	25,2	216,7	18.
542,5	72,9	469,5	–	–	0,0	–	111,8	1 163,3	805,3	358,1	25,2	225,3	25.
559,0	89,0	469,5	–	–	0,5	–	107,9	1 161,2	803,1	358,0	25,1	230,8	2016 Jan. 1.
540,2	70,6	469,5	–	–	0,0	–	110,6	1 169,1	812,4	356,7	25,1	225,3	8.
535,4	65,7	469,5	–	–	0,1	–	111,8	1 185,4	829,7	355,7	25,1	221,9	15.
534,8	65,2	469,5	–	–	0,0	–	114,7	1 202,1	846,7	355,4	25,1	217,7	22.
534,0	69,0	465,0	–	–	0,1	–	114,1	1 218,1	864,3	353,8	25,1	217,0	29.
526,2	61,2	465,0	–	–	0,0	–	113,2	1 231,6	878,9	352,8	27,1	215,7	2016 Febr. 5.
525,1	60,2	464,9	–	–	0,0	–	115,9	1 246,1	893,9	352,2	27,1	216,0	12.
526,7	61,8	464,9	–	–	0,1	–	114,2	1 260,0	907,6	352,3	27,1	213,4	19.
522,6	65,8	456,7	–	–	0,1	–	114,7	1 272,8	921,4	351,3	27,1	214,0	26.
518,0	61,3	456,7	–	–	0,0	–	114,4	1 288,2	936,8	351,4	27,1	212,2	März 4.
517,6	60,8	456,7	–	–	0,0	–	113,5	1 301,5	951,0	350,5	27,1	212,8	11.
516,4	59,7	456,7	–	–	0,0	–	114,2	1 315,4	965,2	350,2	27,1	215,6	18.
517,4	60,6	456,7	–	–	0,1	–	112,1	1 327,8	977,7	350,1	27,1	215,7	25.
525,1	62,3	462,7	–	–	0,0	–	111,2	1 336,9	986,2	350,7	27,0	216,7	April 1.
519,1	56,0	462,7	–	–	0,3	–	111,3	1 356,3	1 006,1	350,2	27,0	216,2	8.
519,0	55,7	462,7	–	–	0,6	–	110,0	1 371,3	1 022,3	349,0	27,0	216,0	15.
516,8	54,0	462,7	–	–	0,0	–	109,8	1 390,8	1 041,5	349,3	27,0	216,7	22.
514,9	56,3	458,5	–	–	0,1	–	114,5	1 406,3	1 060,0	346,3	27,0	213,9	29.
Deutsche Bundesbank													
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	2014 Juni
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April

-preisen bewertet. 1 Für Eurosysteem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. 2 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notenum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebietes	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahmeverein- barung	Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt		Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbindlichkeiten		
Eurosystem 4)													
2015 Aug. 28.	2 558,8	1 053,2	593,0	438,5	154,4	–	–	0,1	4,8	–	132,2	67,0	65,3
Sept. 4.	2 568,3	1 055,1	616,8	449,7	167,0	–	–	0,1	4,6	–	116,3	49,7	66,6
11.	2 587,3	1 053,9	626,5	466,5	159,9	–	–	0,1	4,8	–	125,2	58,1	67,1
18.	2 602,3	1 051,9	609,0	469,4	139,5	–	–	0,1	4,8	–	155,4	80,3	75,0
25.	2 620,6	1 051,6	580,6	457,5	123,0	–	–	0,1	4,9	–	194,0	115,4	78,6
Okt. 2.	2 626,8	1 054,2	621,8	473,3	148,3	–	–	0,2	5,0	–	167,6	88,7	78,9
9.	2 632,3	1 054,6	644,3	472,3	171,8	–	–	0,2	4,9	–	163,2	83,6	79,6
16.	2 640,6	1 052,8	622,1	462,9	159,1	–	–	0,2	4,9	–	195,6	114,4	81,2
23.	2 653,2	1 050,6	613,8	444,2	169,4	–	–	0,2	5,0	–	216,4	131,6	84,8
30.	2 665,0	1 053,9	632,7	474,5	157,8	–	–	0,4	5,0	–	199,2	112,0	87,2
Nov. 6.	2 668,9	1 055,4	679,1	492,0	187,0	–	–	0,2	5,1	–	154,3	64,9	89,4
13.	2 682,4	1 055,6	676,0	488,2	187,6	–	–	0,2	5,0	–	172,4	81,6	90,8
20.	2 692,4	1 053,7	644,6	474,2	170,2	–	–	0,2	5,1	–	215,0	115,7	99,3
27.	2 706,7	1 057,7	658,1	498,9	159,0	–	–	0,2	5,1	–	211,4	114,8	96,6
Dez. 4.	2 718,7	1 066,2	697,9	520,4	177,3	–	–	0,2	5,0	–	177,5	79,8	97,7
11.	2 731,9	1 069,4	733,3	559,2	174,0	–	–	0,1	5,2	–	155,3	69,4	85,9
18.	2 759,3	1 074,7	739,5	550,5	188,8	–	–	0,1	5,1	–	172,3	86,9	85,4
25.	2 767,8	1 083,4	757,1	579,9	177,1	–	–	0,1	5,1	–	152,2	70,1	82,1
2016 Jan. 1.	2 781,1	1 083,5	768,4	555,9	212,4	–	–	0,1	5,2	–	141,8	59,3	82,5
8.	2 766,9	1 073,9	773,7	563,4	210,1	–	–	0,1	4,9	–	149,4	67,5	82,0
15.	2 778,3	1 065,6	763,7	547,5	216,0	–	–	0,2	4,9	–	178,4	95,4	83,0
22.	2 794,5	1 061,5	757,2	549,6	207,4	–	–	0,2	5,1	–	204,9	117,4	87,4
29.	2 808,3	1 062,6	778,4	556,5	221,8	–	–	0,1	5,1	–	195,8	107,9	87,9
2016 Febr. 5.	2 811,9	1 065,0	788,0	555,2	232,7	–	–	0,1	5,0	–	180,8	90,0	90,8
12.	2 827,6	1 064,1	782,1	562,3	219,7	–	–	0,1	4,9	–	196,1	105,9	90,2
19.	2 837,6	1 061,6	752,9	529,4	223,4	–	–	0,1	4,8	–	243,7	153,0	90,7
26.	2 850,3	1 062,6	786,1	563,6	222,4	–	–	0,1	5,0	–	220,4	128,0	92,3
März 4.	2 859,8	1 065,5	811,3	564,3	246,8	–	–	0,1	4,9	–	199,4	102,8	96,7
11.	2 872,3	1 066,1	818,5	556,2	262,2	–	–	0,1	4,8	–	202,0	108,4	93,6
18.	2 886,2	1 066,8	786,0	539,2	246,7	–	–	0,1	4,8	–	243,7	151,7	92,0
25.	2 897,7	1 073,3	768,4	543,2	225,1	–	–	0,1	4,4	–	269,9	179,7	90,1
April 1.	2 941,8	1 071,0	844,2	575,6	268,4	–	–	0,3	4,2	–	220,5	129,7	90,9
8.	2 953,1	1 069,7	883,6	593,4	290,0	–	–	0,3	4,2	–	201,7	111,1	90,6
15.	2 966,1	1 068,8	865,8	584,3	281,2	–	–	0,2	4,1	–	231,1	138,4	92,6
22.	2 983,2	1 068,6	854,8	579,0	274,9	–	–	0,9	4,1	–	255,9	162,2	93,7
29.	3 000,8	1 073,6	899,3	594,5	304,6	–	–	0,2	3,8	–	210,9	115,8	95,1
Deutsche Bundesbank													
2014 Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Julii	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April	856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3
Mai	860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	–	–	–	–	–	42,0	0,7	41,2
Juni	880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	–	0,0	–	–	–	45,9	3,2	42,7
Juli	903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	–	–	–	–	–	44,3	2,3	42,0
Aug.	930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	–	–	–	–	–	42,2	1,9	40,3
Sept.	936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	–	0,0	–	–	–	56,8	2,3	54,5
Okt.	956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	–	–	0,0	–	–	65,5	2,8	62,7
Nov.	1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	–	–	0,0	–	–	79,3	2,9	76,4
Dez.	1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	–	–	0,0	–	–	71,9	11,6	60,2
2016 Jan.	1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	–	–	–	–	–	75,6	10,7	64,8
Febr.	1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	–	–	–	–	–	88,2	18,7	69,5
März	1 077,6	251,9	227,3	167,8	59,6	–	–	–	–	–	108,8	39,9	69,0
April	1 112,7	252,5	272,4	180,8	91,6	–	–	–	–	–	96,3	24,2	72,1

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosyste: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosyste gewählten Rechnungslegungsfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Euro-system-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewer-tungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Aus-weisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kredit-fazilität im Rahmen des WKM II						
33,9	2,4	4,6	4,6	-	59,5	210,6	-	367,4	97,2	2015 Aug. 28.
34,7	2,3	4,1	4,1	-	59,5	210,3	-	367,4	97,2	Sept. 4.
33,6	2,2	4,8	4,8	-	59,5	212,2	-	367,4	97,2	11.
35,9	2,3	5,1	5,1	-	59,5	213,7	-	367,4	97,2	18.
40,3	2,1	5,3	5,3	-	59,5	217,8	-	367,4	97,2	25.
47,3	2,0	4,3	4,3	-	59,2	217,4	-	350,7	97,2	Okt. 2.
39,6	2,0	4,0	4,0	-	59,2	212,5	-	350,7	97,2	9.
39,8	2,0	4,2	4,2	-	59,2	212,0	-	350,7	97,2	16.
38,3	2,1	4,9	4,9	-	59,2	215,0	-	350,7	97,2	23.
43,0	2,2	5,0	5,0	-	59,2	216,9	-	350,7	97,2	30.
41,5	2,1	6,6	6,6	-	59,2	217,6	-	350,7	97,2	Nov. 6.
41,3	2,0	6,4	6,4	-	59,2	216,5	-	350,7	97,2	13.
42,1	2,3	5,6	5,6	-	59,2	216,8	-	350,7	97,2	20.
41,0	2,2	5,1	5,1	-	59,2	219,0	-	350,7	97,2	27.
39,4	2,1	5,3	5,3	-	59,2	218,0	-	350,7	97,2	Dez. 4.
37,1	2,0	4,8	4,8	-	59,2	217,7	-	350,7	97,2	11.
37,2	2,0	4,3	4,3	-	59,2	217,1	-	350,7	97,2	18.
40,8	2,8	4,1	4,1	-	58,2	216,2	-	350,7	97,2	25.
54,5	2,8	3,7	3,7	-	59,2	218,6	-	346,2	97,2	2016 Jan. 1.
38,9	2,8	5,1	5,1	-	59,2	215,6	-	346,2	97,2	8.
38,2	4,5	4,2	4,2	-	59,2	215,9	-	346,2	97,6	15.
39,1	6,3	3,7	3,7	-	59,2	213,9	-	346,2	97,6	22.
40,5	5,8	3,1	3,1	-	59,2	214,1	-	346,2	97,6	29.
46,5	4,8	3,8	3,8	-	59,2	214,9	-	346,2	97,7	2016 Febr. 5.
52,3	3,6	4,3	4,3	-	59,2	216,7	-	346,2	98,2	12.
49,9	3,9	4,5	4,5	-	59,2	212,8	-	346,2	98,2	19.
52,3	5,3	5,0	5,0	-	59,2	210,2	-	346,2	98,2	26.
54,5	7,2	4,1	4,1	-	59,2	209,4	-	346,2	98,2	März 4.
55,7	6,8	4,6	4,6	-	59,2	210,4	-	346,2	98,2	11.
58,7	5,7	4,9	4,9	-	59,2	212,1	-	346,2	98,2	18.
56,7	4,6	4,7	4,7	-	59,2	211,9	-	346,2	98,5	25.
53,2	4,5	3,6	3,6	-	57,5	208,4	-	376,0	98,7	April 1.
47,6	4,3	4,0	4,0	-	57,5	205,9	-	376,0	98,7	8.
51,9	3,8	4,0	4,0	-	57,5	204,4	-	376,0	98,7	15.
55,0	3,2	4,2	4,2	-	57,5	205,2	-	376,0	98,7	22.
67,4	4,0	4,3	4,3	-	57,5	205,2	-	376,0	98,7	29.
Deutsche Bundesbank										
25,4	0,0	0,7	0,7	-	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	2014 Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	-	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	-	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	-	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	-	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	-	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	-	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	-	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	-	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	-	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	-	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	-	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	-	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	-	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	-	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	-	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	-	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	-	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	-	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	-	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	-	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.
30,5	0,0	0,3	0,3	-	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März
30,7	0,0	0,8	0,8	-	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Euro-system-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 4 Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im			
			an Banken im Inland		an Banken in anderen Mitgliedsländern			an Nichtbanken im Inland		Unternehmen und personen			
			insgesamt	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	zu- sammen	Buch- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2014 Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6
Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2
Dez.	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2
Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4
März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0
April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8
Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4
Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0
Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5
Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1
Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3
Okt.	7 856,5	16,5	2 082,1	1 584,2	1 240,4	343,8	497,9	352,0	145,9	3 727,4	3 302,2	2 716,0	2 431,7
Nov.	7 940,1	15,9	2 106,9	1 613,7	1 275,3	338,4	493,2	347,0	146,2	3 751,3	3 319,2	2 733,8	2 446,0
Dez.	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016 Jan.	7 823,5	16,5	2 057,4	1 562,4	1 257,7	304,8	494,9	352,3	142,6	3 727,4	3 307,6	2 729,1	2 443,1
Febr.	7 913,1	16,2	2 072,2	1 566,4	1 263,3	303,1	505,8	361,1	144,7	3 734,6	3 317,1	2 739,2	2 453,8
März	7 783,4	17,5	2 039,2	1 547,2	1 243,5	303,8	492,0	347,9	144,1	3 736,0	3 316,8	2 742,1	2 458,5
Veränderungen 3)													
2008	313,3	—	0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	—	33,7	14,4	140,4	102,6
2009	— 454,5	—	0,5	— 189,0	— 166,4	— 182,2	15,8	— 22,5	—	1,8	— 20,7	17,4	38,3
2010	— 136,3	—	0,7	— 111,6	— 15,6	58,5	— 74,1	— 95,9	—	80,9	— 15,1	96,4	— 126,0
2011	54,1	—	0,1	32,6	58,7	91,7	— 33,0	— 26,0	—	12,1	— 13,9	— 51,8	— 35,3
2012	— 129,2	2,9	— 81,9	— 28,4	3,0	— 31,4	— 53,5	— 39,7	—	13,8	— 27,5	27,7	17,0
2013	— 703,6	—	0,5	— 257,1	— 249,2	— 216,5	— 32,7	— 7,9	—	1,6	— 9,5	13,6	16,6
2014	206,8	0,4	—	126,2	— 128,6	— 95,3	— 33,4	2,4	—	7,2	— 4,8	55,1	40,0
2015	— 179,5	0,3	—	16,0	— 11,0	66,8	— 77,8	— 5,0	—	7,7	— 12,7	66,4	64,9
2014 Juli	57,7	0,1	—	1,6	— 15,4	— 12,6	— 2,7	13,8	—	14,9	— 1,1	11,5	8,9
Aug.	86,5	0,5	—	13,5	15,3	17,1	— 1,8	— 1,8	—	1,2	— 0,6	4,7	— 1,4
Sept.	— 27,7	—	0,2	— 7,5	— 5,0	— 4,1	— 0,9	— 2,4	—	2,7	0,2	10,2	9,6
Okt.	8,0	0,1	—	12,3	— 13,9	— 9,8	— 4,0	1,6	—	2,6	— 1,0	6,5	5,3
Nov.	84,4	0,2	—	8,8	— 16,0	— 14,5	— 1,5	7,2	—	7,2	— 0,0	14,4	9,7
Dez.	— 54,1	3,6	—	53,3	— 33,9	— 28,0	— 6,0	— 19,4	—	18,4	— 1,0	— 15,5	— 12,7
2015 Jan.	278,4	—	3,8	75,6	46,7	46,9	— 0,2	28,9	—	26,3	2,6	28,5	21,9
Febr.	— 70,0	—	0,0	— 11,8	— 4,8	— 2,5	— 2,2	— 7,0	—	1,2	— 5,8	10,6	12,1
März	86,5	0,1	—	23,5	28,4	27,5	0,9	— 4,9	—	3,5	— 1,3	6,1	4,4
April	— 63,9	0,6	—	14,1	— 18,8	— 13,9	— 4,9	4,7	—	5,7	— 1,0	11,3	3,2
Mai	— 92,5	0,3	—	9,5	— 4,5	— 0,5	— 4,0	— 5,0	—	3,9	— 1,2	— 10,6	2,7
Juni	— 191,7	—	1,1	— 55,0	— 20,9	— 11,2	— 9,8	— 34,0	—	31,0	— 3,0	— 7,8	— 0,8
Juli	57,5	0,3	—	7,3	6,7	11,1	— 4,3	0,6	—	2,0	— 1,4	24,8	26,9
Aug.	— 8,8	—	0,1	13,0	6,1	12,3	— 6,1	6,8	—	8,7	— 1,9	7,9	4,4
Sept.	— 7,3	0,3	—	17,3	— 26,7	— 20,8	— 5,9	9,3	—	8,8	0,6	4,0	1,1
Okt.	25,1	0,7	—	39,8	36,4	40,4	— 4,0	3,4	—	3,3	0,1	— 2,1	0,4
Nov.	59,7	—	0,6	21,2	27,7	33,7	— 6,0	— 6,5	—	6,8	0,3	— 20,0	14,7
Dez.	— 252,6	3,6	—	88,8	— 87,4	— 56,1	— 31,3	— 1,3	—	0,6	— 0,8	— 26,5	— 13,7
2016 Jan.	169,4	—	3,1	45,1	39,8	39,9	— 0,1	5,3	—	7,3	— 2,0	12,0	7,7
Febr.	94,5	—	0,3	16,6	5,2	6,3	— 1,1	11,4	—	9,1	2,3	8,8	10,5
März	— 129,8	1,3	—	33,0	— 19,1	— 0,7	— 13,9	— 13,2	—	0,7	1,6	0,0	3,2

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet												Zeit	
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern								Zeit	
Privat-	öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte			ins- gesamt	darunter Buch- kredite	Sonstige Aktivposi- tionen 1)	
	Wert- papiere	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere 2)	zu- sammen	zu- sammen	darunter Buch- kredite	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	2014 Juni
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.
286,1	578,4	328,4	250,1	419,8	275,5	149,5	144,3	29,2	115,2	1 026,3	765,1	996,1	2016 Jan.
285,4	578,0	328,0	249,9	417,4	274,6	153,0	142,8	29,5	113,4	1 031,4	767,7	1 058,7	Febr.
283,6	574,7	327,8	246,9	419,2	273,3	149,1	145,9	29,3	116,6	992,2	727,7	998,6	März
Veränderungen 3)													
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	- 37,8	- 42,3	- 40,4	- 4,5	- 1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	- 29,7	2008
10,5	- 21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	- 3,7	- 0,9	- 2,7	- 80,1	- 93,5	- 150,1	2015
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	2014 Juli
- 2,3	- 4,5	- 5,5	1,1	- 3,2	- 2,2	- 1,1	- 1,0	0,4	- 1,4	- 11,1	- 11,7	88,4	Aug.
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,8	- 1,4	- 3,0	- 1,4	0,2	- 1,6	- 30,9	- 33,1	42,1	Dez.
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	1,0	2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.
- 2,5	6,3	3,0	3,2	- 1,5	- 1,2	- 2,5	- 0,2	0,1	- 0,3	- 11,2	- 7,8	- 57,6	Febr.
5,8	- 2,4	- 0,9	- 1,5	1,6	2,8	0,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 17,0	- 24,3	73,7	März
3,4	8,7	8,7	0,0	- 0,6	0,0	2,8	- 0,6	0,5	- 1,1	32,6	34,1	- 94,4	April
- 6,3	- 16,1	- 11,4	- 4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	- 1,0	1,9	- 11,1	- 12,2	- 61,5	Mai
- 7,5	- 5,1	- 3,7	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 3,7	0,0	0,3	- 0,3	- 25,1	- 28,1	- 102,8	Juni
21,5	4,6	1,8	2,8	- 2,1	0,6	0,8	- 2,7	0,4	- 3,0	- 7,0	- 3,9	32,0	Juli
- 3,9	1,1	- 3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 1,6	- 1,2	- 28,0	Aug.
- 4,4	- 1,2	- 1,0	- 0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	- 0,4	1,5	- 1,5	- 1,0	7,2	Sept.
- 7,1	1,4	2,9	- 1,5	- 2,5	- 1,5	0,8	- 1,0	0,8	- 1,8	- 4,9	- 7,9	- 8,4	Okt.
3,0	- 0,9	- 3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	- 0,4	- 0,8	0,4	- 31,5	- 35,3	50,6	Nov.
0,9	- 10,1	- 4,9	- 5,2	- 12,8	- 8,0	- 1,3	- 4,8	- 0,6	- 4,2	- 55,6	- 55,3	- 85,4	Dez.
- 0,1	3,4	3,8	- 0,4	4,3	1,4	4,3	- 2,9	- 0,2	3,1	24,8	22,8	90,5	2016 Jan.
- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,2	- 1,6	- 0,2	3,7	- 1,4	0,3	- 1,8	5,8	3,0	63,5	Febr.
- 1,9	- 3,1	- 0,2	- 2,9	1,6	- 1,5	- 3,9	3,0	- 0,2	3,2	- 39,5	- 39,9	- 60,2	März

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	Bilanz- summe 1)	ins- gesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht- banken im Ausland				zusam- men	täglich fällig
					ins- gesamt	zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	mit vereinbarter Laufzeit	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	mit vereinbarter Kündigungsfrist		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3	
2014 Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5	
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5	
Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3	
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6	
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6	
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6	
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2	
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9	
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8	
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4	
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9	
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0	
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7	
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3	
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9	
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5	
Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5	
Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3	
2016 Jan.	7 823,5	1 266,8	1 066,5	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,6	942,9	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5	
Febr.	7 913,1	1 264,9	1 062,1	202,8	3 324,6	3 227,5	1 694,0	937,1	283,2	596,3	537,0	86,0	42,5	
März	7 783,4	1 252,3	1 058,8	193,5	3 319,6	3 221,8	1 682,6	944,7	290,4	594,4	536,2	86,8	40,1	
Veränderungen 4)														
2008	313,3	65,8	121,7	– 55,8	162,3	173,1	38,7	– 154,6	123,5	– 20,2	– 7,5	– 0,1		
2009	– 454,5	– 235,4	– 224,6	– 10,8	31,9	43,9	205,0	– 220,4	– 259,3	– 50,3	– 9,6	– 4,1		
2010	– 136,3	– 75,2	– 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	– 53,0	– 52,2	– 24,0	38,3	– 4,4	2,2	
2011	54,1	– 48,4	– 28,8	– 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	– 2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	– 129,2	– 68,7	– 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	– 90,4	– 50,2	1,5	14,1	– 1,4	5,4	
2013	– 703,6	– 106,2	– 73,9	– 32,3	39,1	47,8	111,5	– 56,3	– 26,6	– 7,3	4,0	2,6	3,3	
2014	206,8	– 28,4	– 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	– 32,1	3,1	– 2,4	– 2,5	– 0,0		
2015	– 179,5	– 61,1	– 49,6	– 11,5	104,9	105,5	153,7	– 36,9	– 10,0	– 11,3	4,2	– 0,2	– 0,3	
2014 Juli	57,7	5,6	– 9,2	14,9	7,1	7,4	11,0	– 3,5	0,6	– 0,2	– 0,8	– 1,9	– 1,1	
Aug.	86,5	– 16,6	– 10,4	– 6,2	15,5	17,7	17,4	– 1,1	0,9	1,5	0,6	2,5	– 0,2	
Sept.	– 27,7	– 13,1	– 8,4	– 4,7	0,4	– 1,7	1,0	– 3,3	– 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2	
Okt.	8,0	2,9	5,6	– 2,7	5,0	5,9	20,5	– 14,1	– 9,7	– 0,4	– 0,3	– 0,0	– 2,0	
Nov.	84,4	– 4,9	– 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	– 3,3	– 0,2	– 0,7	– 0,4	0,9	– 0,0	
Dez.	– 54,1	– 25,6	– 5,4	– 20,2	– 1,3	1,5	– 0,9	– 0,0	7,3	2,4	– 2,2	– 1,5	– 2,4	
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	– 8,2	– 4,7	– 1,2	– 1,1	2,2	2,5	
Febr.	– 70,0	– 14,9	– 4,3	– 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	– 0,5	0,8	1,7		
März	86,5	10,9	– 1,2	12,0	– 4,6	– 8,0	– 1,9	– 4,0	0,2	– 2,2	– 0,9	1,2	1,8	
April	– 63,9	– 11,7	– 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	– 11,9	– 2,3	– 2,4	– 0,2	1,7	– 1,0	
Mai	– 92,5	– 25,5	– 15,3	– 10,2	19,8	18,8	25,9	– 5,6	– 3,8	– 1,5	0,2	– 0,9	– 1,7	
Juni	– 191,7	– 39,1	– 12,4	– 26,7	– 5,2	– 7,8	2,9	– 9,0	– 5,3	– 1,7	– 0,4	2,9	1,2	
Juli	57,5	– 9,9	– 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	– 17,6	1,0	– 1,9	– 0,4	– 0,5	– 0,6	
Aug.	– 8,8	– 11,6	– 6,1	– 5,5	11,9	13,6	17,7	– 2,8	– 1,8	– 1,3	0,3	– 1,8	– 1,3	
Sept.	– 7,3	0,8	3,6	– 2,8	– 4,9	– 7,7	– 0,4	– 6,7	– 3,3	– 0,6	0,8	1,4	0,6	
Okt.	25,1	13,7	20,6	– 7,0	9,5	13,5	25,6	– 12,2	– 4,3	– 0,1	1,3	– 2,8	– 2,5	
Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	– 0,3	0,9	– 2,6	– 0,2	
Dez.	– 252,6	– 42,5	– 41,5	– 1,0	1,0	0,9	– 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	– 1,8	– 4,1	
2016 Jan.	169,4	– 0,4	1,0	– 1,4	16,0	10,8	16,5	– 5,3	– 4,5	– 0,4	0,9	4,6	6,3	
Febr.	94,5	– 0,5	– 3,3	2,7	4,3	4,2	7,4	– 3,5	– 1,8	– 0,3	1,6	0,7	1,0	
März	– 129,8	– 12,6	– 3,2	– 9,3	– 5,1	– 6,2	– 11,4	7,0	6,7	– 1,9	– 0,8	0,9	– 2,5	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungs-gebiet	Geldmarktfonds-anteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit		
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)	insgesamt						
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007		
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008		
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009		
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010		
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011		
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012		
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013		
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014		
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015		
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	2014 Juni		
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli		
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.		
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.		
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.		
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.		
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.		
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.		
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.		
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März		
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April		
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai		
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni		
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli		
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.		
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.		
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.		
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.		
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.		
40,4	15,0	3,3	2,7	11,8	8,4	2,8	3,8	1 021,1	49,5	583,5	566,5	1 056,5	2016 Jan.		
40,1	14,9	3,3	2,7	11,2	8,5	4,2	3,7	1 020,2	51,2	595,3	579,5	1 120,8	Febr.		
43,5	18,8	3,3	2,7	11,0	8,3	3,2	3,5	1 014,7	49,0	557,1	576,3	1 056,7	März		
Veränderungen 4)															
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008		
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009		
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	54,4	- 7,1	- 78,6	2010		
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011		
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	-	19,6	1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012	
- 0,5	2,2	-	0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013	
- 2,3	- 1,2	-	0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014	
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015		
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,6	- 1,0	3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	22,1	5,0	20,3	2014 Juli		
2,8	2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	1,7	- 0,2	- 6,8	1,9	- 2,5	12,1	83,4	Aug.		
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	Sept.		
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.		
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	- 2,2	- 0,6	25,3	5,1	46,1	Nov.		
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.		
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.		
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.		
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März		
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April		
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai		
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni		
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	26,6	Juli		
- 0,5	- 2,0	- 0,0	0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.		
- 0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.		
- 0,3	0,7	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	- 2,3	0,0	- 10,7	Okt.		
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.		
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.		
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,5	- 1,3	0,3	0,3	5,8	1,3	59,2	- 2,2	90,4	2016 Jan.		
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	1,4	- 0,1	- 1,1	1,6	11,6	13,2	65,7	Febr.		
3,3	3,9	- 0,0	- 0,0	0,3	0,4	- 0,9	- 0,2	- 8,4	- 5,0	- 38,2	- 0,3	- 64,1	März		

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ^{*)}

Stand am Monatsende	Mrd €															
	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme ¹⁾	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen ¹⁾		
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken				
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr							
Alle Bankengruppen																
2015 Okt.	1 778	7 903,9	172,4	2 559,9	2 000,4	554,5	4 004,2	382,3	2 828,5	0,6	785,2	127,4	1 039,9			
Nov.	1 776	7 987,6	183,9	2 551,3	1 995,7	550,2	4 033,8	366,2	2 858,7	0,6	800,4	127,1	1 091,4			
Dez.	1 775	7 708,3	186,6	2 413,4	1 893,2	517,3	3 985,4	338,1	2 849,9	0,7	788,6	120,4	1 002,5			
2016 Jan.	1 773	7 866,1	198,6	2 449,2	1 930,9	514,3	4 005,4	358,8	2 852,0	0,7	784,2	119,9	1 093,0			
Febr.	1 772	7 955,7	192,3	2 475,1	1 952,8	517,5	4 013,8	366,8	2 859,7	0,7	775,0	119,1	1 155,3			
März	1 771	7 826,0	194,6	2 415,9	1 892,8	518,0	4 001,6	357,4	2 855,3	0,7	777,9	119,4	1 094,5			
Kreditbanken ⁶⁾																
2016 Febr.	269	3 171,0	114,2	992,4	908,3	83,7	1 149,4	190,2	721,0	0,4	228,5	56,9	858,2			
März	270	3 081,3	115,5	957,6	872,9	84,4	1 141,0	180,9	720,5	0,4	231,6	57,3	809,9			
Großbanken ⁷⁾																
2016 Febr.	4	1 955,5	35,4	574,8	538,3	36,5	472,2	105,1	256,1	0,1	102,1	50,2	823,0			
März	4	1 877,3	43,6	544,0	506,5	37,5	463,9	96,6	255,3	0,1	105,0	50,7	775,1			
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken																
2016 Febr.	159	903,7	43,8	225,7	183,1	42,5	599,9	60,7	424,9	0,2	113,8	5,6	28,7			
März	160	895,5	36,1	224,9	182,3	42,4	600,8	60,7	424,8	0,2	114,7	5,5	28,3			
Zweigstellen ausländischer Banken																
2016 Febr.	106	311,8	35,0	191,9	187,0	4,8	77,3	24,3	40,1	0,0	12,5	1,1	6,5			
März	106	308,5	35,8	188,8	184,2	4,6	76,3	23,6	40,5	0,0	12,0	1,1	6,5			
Landesbanken																
2016 Febr.	9	971,6	11,0	297,3	221,3	75,0	520,4	53,0	368,2	0,1	98,5	10,9	132,0			
März	9	961,7	13,7	289,0	211,7	76,4	515,9	52,9	365,0	0,1	96,9	10,9	132,3			
Sparkassen																
2016 Febr.	413	1 143,2	18,2	193,1	72,1	120,6	901,6	50,1	698,8	0,1	152,4	14,4	15,9			
März	413	1 142,0	19,1	188,9	68,4	120,1	903,8	50,9	699,4	0,1	153,3	14,4	15,8			
Genossenschaftliche Zentralbanken																
2016 Febr.	2	307,8	3,6	170,8	140,6	30,2	69,1	13,2	24,0	0,0	31,6	13,3	51,1			
März	2	297,0	2,0	166,7	137,3	29,4	68,0	12,8	24,0	0,1	31,0	13,2	47,1			
Kreditgenossenschaften																
2016 Febr.	1 023	818,7	12,6	168,3	61,6	106,4	604,6	32,4	474,6	0,0	97,5	14,9	18,3			
März	1 021	818,3	13,1	164,5	57,9	106,2	607,7	33,3	475,8	0,0	98,4	14,9	18,1			
Realkreditinstitute																
2016 Febr.	16	349,1	0,9	74,0	53,2	20,5	263,3	7,2	196,0	–	60,1	0,2	10,8			
März	16	346,4	1,0	71,9	51,3	20,3	262,1	7,0	195,2	–	60,0	0,2	11,2			
Bausparkassen																
2016 Febr.	21	213,6	0,1	60,3	42,5	17,8	148,6	1,4	125,5	–	21,7	0,3	4,2			
März	21	213,1	0,1	59,0	41,4	17,7	149,4	1,4	126,0	–	22,0	0,3	4,3			
Banken mit Sonderaufgaben																
2016 Febr.	19	980,7	31,7	519,1	453,2	63,3	356,9	19,3	251,5	–	84,7	8,2	64,8			
März	19	966,1	30,1	518,3	452,0	63,5	353,7	18,2	249,4	–	84,8	8,2	55,8			
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁸⁾																
2016 Febr.	140	988,1	58,0	369,2	327,4	41,7	450,7	66,9	268,9	0,3	112,3	4,4	105,8			
März	140	983,4	55,0	370,1	328,7	41,4	451,2	67,3	269,7	0,3	111,7	4,4	102,7			
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾																
2016 Febr.	34	676,3	22,9	177,4	140,4	36,9	373,4	42,5	228,8	0,2	99,8	3,3	99,3			
März	34	674,9	19,2	181,4	144,6	36,8	374,8	43,7	229,2	0,2	99,7	3,3	96,2			

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie die – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1)** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beihetts zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. **2)** Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3)** In den Termineinlagen enthalten. **4)** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5)** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreie-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)										Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende				
darunter:			darunter:																
insgesamt	Sicht-einlagen	Termin-einlagen	insgesamt	Sicht-einlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)									
					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe									
Alle Bankengruppen																			
1 753,3	513,4	1 239,8	3 441,2	1 790,1	280,7	700,5	62,8	603,6	538,1	66,3	1 169,1	478,9	1 061,5						
1 757,0	532,1	1 224,9	3 467,9	1 813,2	287,9	697,7	64,2	603,2	538,9	65,9	1 170,9	479,2	1 112,5			2015 Okt. Nov. Dez.			
1 677,6	454,5	1 223,0	3 425,9	1 776,3	284,9	694,4	29,1	605,4	542,0	64,9	1 107,6	479,0	1 018,3						
1 704,0	497,2	1 206,7	3 471,5	1 818,7	289,2	695,2	59,3	605,0	542,9	63,5	1 108,6	478,5	1 103,5						
1 706,1	509,6	1 196,5	3 482,7	1 834,6	286,3	693,3	62,6	605,2	544,4	63,3	1 120,6	478,6	1 167,7			2016 Jan. Febr. März			
1 682,0	497,5	1 184,5	3 450,0	1 807,2	282,2	694,5	40,4	603,2	543,6	63,0	1 110,4	480,2	1 103,3						
Kreditbanken 6)																			
734,5	329,9	404,6	1 309,2	804,5	154,2	220,5	43,0	106,5	97,5	23,6	148,5	162,5	816,3						
723,8	326,3	397,5	1 288,4	785,9	149,3	223,4	25,4	105,9	97,3	23,9	146,0	163,0	760,1			2016 Febr. März			
Großbanken 7)																			
434,6	202,7	231,8	552,4	325,3	86,5	68,6	43,0	66,1	64,6	5,9	109,3	97,7	761,6						
430,9	203,2	227,7	533,1	311,6	79,3	70,7	25,4	65,8	64,3	5,7	108,6	97,9	706,8			2016 Febr. März			
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken																			
156,0	47,6	108,4	605,8	379,7	46,6	123,1	0,0	39,9	32,7	16,4	38,4	56,5	47,1						
153,1	46,4	106,7	603,4	374,6	47,9	124,2	0,0	39,7	32,8	17,0	36,7	56,8	45,6			2016 Febr. März			
Zweigstellen ausländischer Banken																			
144,0	79,6	64,4	151,1	99,5	21,0	28,9	—	0,4	0,2	1,2	0,7	8,4	7,6						
139,8	76,7	63,1	152,0	99,7	22,1	28,6		0,4	0,2	1,2	0,7	8,3	7,8			2016 Febr. März			
Landesbanken																			
266,8	58,3	208,5	307,2	135,6	63,1	94,7	13,8	13,7	10,5	0,0	206,1	56,2	135,4						
266,7	53,3	213,4	301,8	132,4	61,8	93,9	8,8	13,7	10,6	0,0	206,9	56,4	129,9			2016 Febr. März			
Sparkassen																			
138,1	12,3	125,8	853,6	493,5	18,8	15,2	—	296,4	263,3	29,6	13,8	95,3	42,4						
138,8	14,0	124,9	850,3	491,8	18,4	15,2		295,9	263,2	29,0	14,2	95,4	43,3			2016 Febr. März			
Genossenschaftliche Zentralbanken																			
161,6	46,5	115,1	30,1	15,2	4,9	8,5	4,5	—	—	1,5	49,6	15,7	50,8						
157,0	44,7	112,2	28,3	12,6	5,7	8,5	3,0	—	—	1,5	48,3	15,1	48,3			2016 Febr. März			
Kreditgenossenschaften																			
104,6	3,0	101,6	609,1	363,1	32,0	17,5	—	188,1	172,6	8,4	8,0	64,5	32,4						
104,2	3,5	100,7	607,8	362,8	32,1	17,4		187,3	172,0	8,2	8,6	64,6	33,1			2016 Febr. März			
Realkreditinstitute																			
78,3	7,9	70,3	136,4	8,7	8,9	118,6	—	0,1	0,1	—	104,5	14,7	15,3						
77,2	7,9	69,3	135,9	8,7	8,9	118,2		0,1	0,1	—	103,9	15,4	14,0			2016 Febr. März			
Bausparkassen																			
22,2	2,6	19,6	165,3	1,1	0,9	162,9	—	0,3	0,3	0,2	2,4	9,8	13,9						
21,7	2,7	19,0	165,4	0,9	0,9	163,1		0,3	0,3	0,2	2,4	10,1	13,5			2016 Febr. März			
Banken mit Sonderaufgaben																			
200,0	49,1	151,0	71,8	12,9	3,5	55,4	1,3	—	—	—	587,8	59,9	61,2						
192,5	45,1	147,5	72,2	12,1	5,2	54,9	3,2	—	—	—	580,1	60,2	61,0			2016 Febr. März			
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)																			
291,5	138,4	153,2	511,7	352,6	49,1	79,9	8,8	21,3	20,8	8,7	25,1	50,0	109,8						
289,0	134,5	154,5	513,9	351,5	51,1	81,4	8,4	21,4	20,9	8,6	24,8	50,0	105,6			2016 Febr. März			
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)																			
147,5	58,8	88,7	360,6	253,1	28,1	51,1	8,8	20,9	20,6	7,4	24,3	41,6	102,2						
149,2	57,8	91,5	361,9	251,8	29,0	52,8	8,4	20,9	20,7	7,4	24,2	41,7	97,9			2016 Febr. März			

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. **8** Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhankredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5	
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7	
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9	
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5	
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8	
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9	
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1	
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2	
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0	
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0	
2014 Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7	
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1	
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0	
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5	
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6	
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5	
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2	
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5	
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5	
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6	
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5	
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8	
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6	
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5	
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0	
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5	
Febr.	15,9	164,3	1 379,8	1 098,3	0,0	1,8	279,7	1,6	3 248,0	2 781,4	0,4	1,5	464,7	
März	17,2	166,6	1 358,5	1 076,2	0,0	2,0	280,2	1,6	3 247,2	2 785,9	0,3	1,2	459,7	
Veränderungen *)														
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2	
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3	
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9	
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0	
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	+ 5,9	
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	+ 4,3	+ 15,7	
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8	
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8	
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1	
2014 Okt.	+ 0,1	– 19,0	+ 5,1	+ 9,2	–	+ 0,1	– 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	– 0,0	+ 0,4	– 1,0	
Nov.	+ 0,2	– 9,0	– 6,9	– 5,3	+ 0,0	– 0,0	– 1,6	– 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	– 0,4	+ 2,4	
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	– 60,8	– 55,6	+ 0,0	– 0,1	– 5,1	+ 0,1	– 11,7	– 7,6	+ 0,1	– 0,1	– 4,1	
2015 Jan.	– 3,8	– 12,0	+ 63,8	+ 62,0	– 0,0	+ 0,6	+ 1,3	– 0,1	+ 26,4	+ 15,6	– 0,1	+ 0,4	+ 10,5	
Febr.	– 0,0	+ 0,4	– 4,7	– 2,8	+ 0,0	+ 0,4	– 2,2	– 0,0	+ 13,5	+ 11,2	– 0,0	+ 0,2	+ 2,1	
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	–	+ 0,2	+ 1,4	– 0,0	+ 7,0	+ 1,9	– 0,0	+ 0,2	+ 4,9	
April	+ 0,6	– 5,7	– 15,3	– 9,7	–	+ 0,2	– 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	– 0,0	+ 2,8	
Mai	+ 0,3	+ 3,3	– 7,2	– 3,0	+ 0,0	+ 0,1	– 4,3	– 0,1	– 13,1	– 1,5	– 0,0	+ 0,2	– 11,7	
Juni	– 1,1	+ 20,4	– 42,1	– 32,1	– 0,0	– 0,2	– 9,8	+ 0,1	– 7,5	+ 1,9	– 0,0	+ 0,7	– 10,1	
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	– 0,0	– 0,6	– 3,6	– 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1	
Aug.	– 0,1	+ 17,0	– 12,4	– 5,6	+ 0,0	– 0,7	– 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	– 0,5	– 0,1	
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	– 33,3	– 27,1	–	+ 0,2	– 6,4	– 0,0	– 0,1	+ 4,9	+ 0,0	– 0,3	– 4,7	
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	– 0,0	– 0,2	– 3,5	– 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	– 0,1	– 7,2	
Nov.	– 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	–	+ 0,5	– 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	– 0,0	– 0,5	+ 6,9	
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	– 91,8	– 59,9	–	– 0,9	– 31,0	+ 0,1	– 15,1	– 11,1	+ 0,1	– 0,6	– 3,5	
2016 Jan.	– 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	–	+ 0,3	– 1,5	– 0,0	+ 4,5	+ 6,7	– 0,0	+ 0,3	– 2,4	
Febr.	– 0,3	– 6,5	+ 11,9	+ 13,1	–	– 0,2	– 1,0	– 0,0	+ 9,6	+ 10,6	– 0,1	+ 0,8	– 1,7	
März	+ 1,3	+ 2,3	– 21,3	– 22,1	–	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,0	– 0,8	+ 4,5	– 0,0	– 0,3	– 5,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1) Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2) Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3) Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Aus- gleichs- forderun- gen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen 6)	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *

-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	26,5	95,2	1 122,7	149,1	973,6	0,0	11,5	3 097,3	1 494,5	928,1	606,1	68,6	31,1	2014 Okt.
-	26,5	95,1	1 116,1	155,8	960,2	0,0	11,5	3 116,4	1 517,9	926,7	605,3	66,5	31,1	Nov.
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	Dez.
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
-	24,5	92,0	1 108,0	158,2	949,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,1	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
-	20,2	89,8	1 061,7	151,8	909,9	0,0	5,9	3 236,2	1 697,4	887,8	596,4	54,6	29,3	Febr.
-	19,9	90,3	1 058,6	147,9	910,7	0,0	5,9	3 231,2	1 687,4	894,9	594,5	54,4	29,1	März

Veränderungen *

-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 0,4	+ 0,0	+ 5,5	- 6,7	+ 12,1	-	- 0,3	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 0,4	- 0,7	- 0,1	2014 Okt.
-	- 0,1	- 0,1	- 6,6	+ 6,8	- 13,4	-	- 0,0	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	Nov.
-	+ 0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	Dez.
-	- 0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	- 0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	Dez.
-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.
-	- 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 7,0	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,2	- 4,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	März

rangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)						Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
		Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken		
		insgesamt	zusammen	kurzfristig				zu- sam- men	kurz- fristig	mittel- und langfristig				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2014 Okt.	0,2	1 119,6	878,5	628,7	249,8	8,6	232,5	1,1	738,3	429,8	110,3	319,5	7,7	300,8
Nov.	0,2	1 151,0	907,8	658,2	249,7	8,7	234,5	1,1	749,8	433,9	113,5	320,4	8,3	307,6
Dez.	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,6
Febr.	0,3	1 095,3	854,5	580,2	274,3	3,1	237,8	1,0	765,9	445,3	102,6	342,7	10,2	310,3
März	0,3	1 057,4	816,6	551,7	264,9	3,0	237,8	1,0	754,4	427,1	87,9	339,2	9,1	318,2
Veränderungen *)														
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2014 Okt.	- 0,0	+ 23,9	+ 24,7	+ 23,5	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 6,8	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	+ 0,3	- 4,2
Nov.	+ 0,0	+ 32,4	+ 29,3	+ 30,4	- 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 10,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 6,0
Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3
Febr.	+ 0,0	+ 14,9	+ 9,6	+ 10,3	- 0,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,2	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1	- 7,1
März	- 0,0	- 26,3	- 26,5	- 22,8	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 12,2	- 13,6	+ 1,3	- 0,9	+ 9,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be- trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nach-richtlich: Treuhand-kredite	Beteili-gungen an ausländi-schen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit	
		Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nach-richtlich: Treuhand-kredite			Termineinlagen (einschl. Spar- einlagen und Sparbriefe)							
		insgesamt	Sicht- ein- lagen	zusam- men	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	zusam- men	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	2014 Okt.
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.
13,2	29,0	644,4	357,8	286,6	201,8	84,8	0,1	246,4	137,2	109,2	61,8	47,5	0,8	Febr.
13,3	28,9	623,4	349,6	273,8	192,0	81,8	0,0	218,8	119,8	99,0	53,3	45,8	0,8	März

Veränderungen *)

- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	2014 Okt.
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	-	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	-	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.
+ 0,0	- 0,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	-	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,0	Febr.
+ 0,0	- 0,0	- 14,0	- 5,4	- 8,6	- 6,7	- 2,0	- 0,0	- 25,6	- 16,5	- 9,1	- 7,9	- 1,2	+ 0,0	März

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Zeit	Mrd €											
	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige			
			mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	insgesamt	zu- sammen	Buchkredite und Wechsel	börsen- fähige Geld- marktpa- piere	zu- sammen	Buch- kredite	Schatz- wechsel	insgesamt
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8	
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3	
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8	
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7	
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6	
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9	
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9	
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8	
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4	
2014 Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9	
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5	
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8	
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4	
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5	
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1	
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4	
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1	
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0	
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2	
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5	
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4	
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8	
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1	
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4	
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5	
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1	
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1	
Veränderungen *)												
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1	
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4	
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6	
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9	
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4	
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9	
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6	
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5	
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9	
2014 Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1	
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7	
Dez.	- 11,7	- 7,4	- 8,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1	
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9	
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1	
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6	
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3	
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8	
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1	
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9	
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6	
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4	
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7	
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1	
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3	
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1	
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6	
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2	

* Siehe Tab. IV, 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite					Buchkredite							
zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere 1)	Ausgleichsforderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	2013
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	-	2,1	2014
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	-	2,1	2015
2 167,0	251,8	1 915,3	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	-	2,1	2014 Okt.
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	-	2,1	Nov.
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	-	2,1	Dez.
2 175,2	252,5	1 922,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	-	2,1	2015 Jan.
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	-	2,1	Febr.
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	-	2,1	März
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	-	2,1	April
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	-	2,1	Mai
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	-	2,0	Juni
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	-	2,0	Juli
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	-	2,0	Aug.
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	-	2,0	Sept.
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	-	2,0	Okt.
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	-	2,0	Nov.
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	-	2,1	Dez.
2 235,3	257,1	1 978,3	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	-	2,1	2016 Jan.
2 240,2	257,4	1 982,8	215,9	18,0	525,6	276,8	27,7	249,1	248,8	-	2,1	Febr.
2 240,5	257,3	1 983,2	213,5	17,8	521,8	275,6	27,5	248,1	246,2	-	2,1	März

Veränderungen *)

+	9,6	+	10,1	-	0,6	-	16,7	-	2,2	-	36,3	-	25,8	+	0,1	-	26,0	-	10,5	-	-	0,1	2007
+	28,8	+	12,0	+	16,8	+	54,7	-	5,3	-	34,5	-	23,2	-	2,3	-	20,8	-	11,4	-	-	0,1	2008
+	23,5	+	17,3	+	6,3	+	13,1	-	3,9	+	15,2	-	7,6	+	2,5	-	10,2	+	22,8	-	-	0,2	2009
+	18,6	-	4,0	+	22,6	-	3,8	-	1,7	+	35,2	+	3,5	+	3,5	-	0,0	+	31,7	-	-	0,3	2010
+	22,6	+	2,2	+	20,4	-	13,2	-	1,0	+	5,2	-	2,1	+	4,9	-	7,0	+	7,3	-	-	0,2	2011
+	21,6	+	1,5	+	20,1	-	10,7	-	1,1	+	19,8	-	6,6	-	1,9	-	4,7	+	26,4	-	-	0,2	2012
+	17,7	-	0,1	+	17,8	-	0,1	-	2,5	+	0,6	-	4,3	-	0,7	-	3,6	+	4,9	-	-	0,8	2013
+	39,9	+	5,6	+	34,3	+	12,5	-	1,8	-	4,1	-	8,5	-	5,1	-	3,4	+	4,3	-	-	0,2	2014
+	59,0	+	4,5	+	54,6	+	14,8	-	2,1	-	6,6	-	6,9	-	4,8	-	2,0	+	0,2	-	-	0,0	2015
+	6,8	+	1,5	+	5,3	-	2,7	-	0,4	+	4,6	+	2,9	-	0,0	+	3,0	+	1,7	-	-	0,0	2014 Okt.
+	8,1	+	0,8	+	7,2	+	2,6	-	0,1	-	0,9	-	0,6	-	0,7	+	0,1	-	0,2	-	+ 0,0	Nov.	
+	1,4	-	0,7	+	2,1	+	3,7	+	0,1	-	8,7	-	0,9	-	0,4	-	0,5	-	7,8	-	-	0,0	Dez.
+	4,8	+	1,6	+	3,2	+	9,1	-	0,4	+	1,8	+	0,4	-	0,9	+	1,2	+	1,5	-	-	0,0	2015 Jan.
+	4,4	-	1,1	+	5,4	-	1,2	+	0,1	+	2,4	-	0,9	-	0,0	-	0,9	+	3,4	-	-	0,0	Febr.
+	1,0	+	0,2	+	0,8	+	6,6	-	0,2	-	2,9	-	1,2	-	0,3	-	0,9	-	1,7	-	-	0,0	März
+	1,6	-	1,2	+	2,8	+	2,7	-	0,1	-	1,0	-	1,1	-	1,8	+	0,7	+	0,0	-	-	0,0	April
+	10,6	+	2,8	+	7,8	-	6,8	-	0,1	-	5,5	-	0,5	-	0,1	-	0,5	-	4,9	-	-	0,0	Mai
-	2,1	-	1,7	-	0,4	-	8,0	-	0,3	-	4,2	-	2,1	-	0,7	-	1,4	-	2,0	-	-	0,1	Juni
+	9,7	-	0,7	+	10,4	+	22,2	-	0,3	+	2,5	-	0,4	-	0,2	-	0,2	+	2,9	-	-	0,0	Juli
+	6,9	+	0,1	+	6,8	-	4,3	-	0,1	+	3,1	-	1,1	-	0,3	-	0,8	+	4,3	-	-	0,0	Aug.
+	1,3	+	0,6	+	0,7	-	4,7	-	0,1	+	1,0	+	1,0	+	0,9	+	0,2	-	0,1	-	-	0,0	Sept.
+	11,6	+	1,9	+	9,7	-	5,9	-	0,1	-	0,7	+	0,6	-	0,1	+	0,7	-	1,3	-	-	0,0	Okt.
+	10,5	+	2,0	+	8,6	+	3,6	-	0,2	+	3,5	+	0,2	-	1,1	+	1,3	+	3,4	-	-	-	Nov.
-	1,3	-	0,1	-	1,2	+	1,6	-	0,2	-	6,8	-	1,7	-	0,2	-	1,5	-	5,1	-	+ 0,1	Dez.	
+	3,0	+	0,4	+	2,5	-	1,8	-	0,1	+	0,2	+	0,9	-	0,2	+	1,1	-	0,6	-	+ 0,0	2016 Jan.	
+	4,8	+	1,0	+	3,7	-	1,1	-	0,1	-	1,7	-	1,1	-	0,0	-	1,0	-	0,6	-	+ 0,0	Febr.	
+	0,2	-	0,1	+	0,2	-	2,4	-	0,2	-	3,8	-	1,2	-	0,2	-	1,0	-	2,6	-	-	0,1	März

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)

Zeit	Kredite an Unternehmen und Selbständige													Finanzierungs-institutionen (ohne MFIs) und Versicherungs-unternehmen
	darunter:			Kredite für den Wohnungsbau										
	Hypothekekredite insgesamt	Hypothekekredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau			Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Bauwirtschaft	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischeri und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung		
Kredite insgesamt														
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 März	2 400,0	1 229,7	1 192,0	987,3	204,7	1 305,7	329,9	127,4	99,6	60,9	125,0	48,2	70,0	129,2
Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 März	2 458,5	1 227,3	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,8	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6
Kurzfristige Kredite														
2014	212,1	—	7,6	—	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 März	219,5	—	7,7	—	7,7	184,4	3,9	34,7	6,0	13,0	42,3	3,9	6,3	25,6
Juni	222,5	—	8,3	—	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
Sept.	217,6	—	8,5	—	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
Dez.	207,6	—	8,5	—	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 März	218,0	—	7,7	—	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6
Mittelfristige Kredite														
2014	251,7	—	35,8	—	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 März	251,7	—	35,3	—	35,3	179,1	13,2	24,6	5,3	10,0	16,4	4,2	11,7	39,4
Juni	251,5	—	35,7	—	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
Sept.	251,2	—	35,5	—	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
Dez.	256,0	—	35,2	—	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 März	257,3	—	34,8	—	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2
Langfristige Kredite														
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 März	1 928,9	1 229,7	1 149,0	987,3	161,7	942,2	312,9	68,1	88,4	38,0	66,3	40,1	52,1	64,2
Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 März	1 983,2	1 227,3	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2015 1.Vj.	+ 17,9	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	+ 15,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 4,1
2. Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	— 0,1	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	— 2,9	+ 1,8
3. Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	— 0,6	+ 2,0	— 0,5	— 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	— 1,4	— 0,6
4. Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	— 0,4	+ 0,7	— 1,1	— 0,1	+ 0,0	— 0,0	+ 1,2
2016 1.Vj.	+ 18,4	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,1	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	— 2,8	+ 1,0
Kurzfristige Kredite														
2015 1.Vj.	+ 7,7	—	+ 0,1	—	+ 0,1	+ 7,5	— 0,0	+ 2,2	— 0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,3
2. Vj.	+ 3,2	—	+ 0,6	—	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	— 0,5	— 0,0	+ 0,9	+ 0,4	— 0,3	+ 2,1
3. Vj.	— 4,7	—	+ 0,1	—	+ 0,1	+ 4,8	+ 0,0	— 0,8	— 0,2	— 0,2	+ 2,0	+ 0,0	— 0,7	— 1,2
4. Vj.	— 7,1	—	+ 0,1	—	+ 0,1	+ 7,1	+ 0,0	— 0,7	— 0,1	— 1,3	— 1,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,2
2016 1.Vj.	+ 10,6	—	— 0,2	—	— 0,2	+ 11,4	— 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Mittelfristige Kredite														
2015 1.Vj.	+ 0,8	—	— 0,6	—	— 0,6	+ 1,3	— 0,2	+ 1,1	— 0,1	+ 0,1	— 0,2	— 0,0	+ 0,3	+ 0,1
2. Vj.	— 0,1	—	+ 0,4	—	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,5	— 0,3	— 0,1	+ 0,3	— 0,2	+ 0,1	— 0,2	— 0,1
3. Vj.	— 0,0	—	— 0,2	—	— 0,2	+ 0,8	— 0,2	+ 0,2	— 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	— 0,1	+ 0,1
4. Vj.	+ 3,8	—	— 0,3	—	— 0,3	+ 3,4	— 0,1	— 0,4	— 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
2016 1.Vj.	+ 1,4	—	— 0,5	—	— 0,5	+ 0,5	— 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	— 0,2	+ 0,0	— 0,3	+ 0,1
Langfristige Kredite														
2015 1.Vj.	+ 9,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,1	— 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,6
2. Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	— 2,4	— 0,2
3. Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	— 0,5	+ 0,6
4. Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	— 0,7	+ 1,8
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	— 0,2	+ 0,0	— 2,6	+ 0,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

rungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen										Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		
Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)					nachrichtlich:							
darunter:					sonstige Kredite							
Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	Kredite zusammen	Kredite für den Wohnungsbau zusammen	Raten-kredite 3)	Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten		darunter Kredite für den Wohnungsbau zusammen	Zeit	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8
645,3	188,6	33,8	173,5	390,9	48,2	1 080,0	858,2	221,8	150,0	11,3	14,4	3,9
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5
660,2	194,8	34,4	177,4	397,2	47,1	1 115,9	889,2	226,6	156,8	10,3	14,1	3,4
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)												
Kredite insgesamt												
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0
52,6	8,3	5,9	11,1	27,2	6,6	34,4	3,8	30,6	2,1	11,3	0,7	0,0
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0
50,3	8,1	6,5	10,5	25,6	6,2	32,4	3,7	28,7	1,8	10,3	0,5	0,0
Kurzfristige Kredite												
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0
67,6	9,7	7,2	19,1	31,9	3,5	72,1	22,1	50,1	45,0	-	0,5	0,0
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0
69,1	10,1	7,2	19,4	32,7	3,5	74,9	21,5	53,3	48,1	-	0,6	0,0
Mittelfristige Kredite												
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7
525,1	170,5	20,7	143,3	331,8	38,1	973,5	832,3	141,2	102,9	-	13,2	3,9
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5
540,8	176,7	20,7	147,6	338,9	37,4	1 008,6	864,0	144,6	106,9	-	13,0	3,4
Langfristige Kredite												
Veränderungen im Vierteljahr *)												
Kredite insgesamt												
+ 2,5	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1
+ 6,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,0
Kurzfristige Kredite												
+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0
+ 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0
Mittelfristige Kredite												
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,0
+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Langfristige Kredite												
+ 2,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	- 0,2	- 0,3	2015 2.Vj.
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	- 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	2015 4.Vj.
+ 3,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,4	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,0	- 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhankredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sicht-einlagen	Termineinlagen 1) 2)						Sparein-lagen 3)	Spar-briefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)						Treuhand-kredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldver-schreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt															
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4			
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7			
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2015 April	3 140,9	1 572,3	905,2	251,8	653,4	31,3	622,1	601,5	61,9	30,2	23,3	4,0			
Mai	3 158,8	1 597,3	900,5	247,2	653,2	32,3	620,9	600,0	61,0	30,2	23,2	2,2			
Juni	3 151,7	1 600,1	892,9	242,7	650,2	32,9	617,4	598,3	60,4	29,6	23,1	2,2			
Juli	3 179,3	1 612,9	910,4	241,8	668,6	33,6	635,1	596,4	59,5	29,5	22,8	1,7			
Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7			
Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6			
Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9			
Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0			
Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,1	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5			
Febr.	3 236,2	1 697,4	887,8	232,0	655,9	39,5	616,4	596,4	54,6	29,3	19,9	0,8			
März	3 231,2	1 687,4	894,9	236,4	658,5	41,4	617,1	594,5	54,4	29,1	19,8	1,6			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *															
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7			
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2			
2015 April	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,2	- 8,6	+ 0,5	- 9,1	- 2,4	- 1,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,3			
Mai	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 4,5	- 0,2	+ 1,0	- 1,2	- 1,5	- 0,9	- 0,1	- 0,2	- 1,8			
Juni	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 4,1	- 3,5	+ 0,2	- 3,6	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1			
Juli	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 0,8	+ 18,5	+ 0,7	+ 17,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6			
Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1			
Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1			
Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7			
Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1			
Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5			
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1			
Febr.	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,0	- 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4			
März	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8			
Veränderungen *															
2014	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
2015	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
2015 April	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Mai	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Juni	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Juli	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Aug.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Sept.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Okt.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Nov.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Dez.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
2016 Jan.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Febr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
März	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Inländische öffentliche Haushalte															
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7			
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5			
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2015 April	185,0	52,3	126,1	83,1	43,0	9,2	33,8	3,8	2,8	28,8	2,8	2,8			
Mai	191,9	58,6	126,5	82,9	43,6	9,6	34,0	3,9	2,9	28,7	2,8	1,3			
Juni	193,8	57,8	129,1	84,7	44,3	9,7	34,7	3,8	3,2	28,3	2,8	1,4			
Juli	189,2	54,0	128,1	84,2	43,9	9,7	34,2	3,7	3,4	28,2	2,8	1,3			
Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9			
Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1			
Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6			
Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6			
Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1			
Febr.	194,5	61,4	125,9	80,4	45,6	10,6	34,9	3,6	3,6	27,9	2,7	0,5			
März	198,3	60,5	130,5	84,1	46,4	10,9	35,5	3,6	3,7	27,7	2,7	1,2			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *															
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2			
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1			
2015 April	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,4	-			
Mai	+ 6,9	+ 6,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 1,6			
Juni	+ 1,8	- 0,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2			
Juli	- 4,7	- 3,8	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2			
Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,6			
Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2			
Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5			
Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0			
Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0			
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4			
Febr.	+ 3,0	+ 4,8	- 1,8	- 2,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,4			
März	+ 3,8	- 0,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,8			
Veränderungen *															

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)^{*)}

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufge- nommene Kredite insgesamt	Sicht- einlagen	Termineinlagen 1) 2)					Sparein- lagen 3)	Spar- briefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl. zusammen	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhand- kredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldver- schreibungen)	Verbindlich- keiten aus Repos		
					bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Unternehmen und Privatpersonen														
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	—		
2015 April	2 955,9	1 520,0	779,1	168,7	610,4	22,1	588,3	597,7	59,1	1,4	20,5	1,2		
Mai	2 966,9	1 538,7	773,9	164,4	609,6	22,7	586,9	596,2	58,0	1,4	20,4	0,9		
Juni	2 957,9	1 542,3	763,8	157,9	605,9	23,2	582,7	594,6	57,2	1,4	20,3	0,8		
Juli	2 990,1	1 558,9	782,3	157,6	624,7	23,8	600,9	592,7	56,1	1,4	20,0	0,4		
Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8		
Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5		
Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3		
Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4		
Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	—		
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,8	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4		
Febr.	3 041,7	1 636,1	761,9	151,6	610,3	28,8	581,5	592,7	51,0	1,4	17,2	0,3		
März	3 032,9	1 626,9	764,4	152,2	612,2	30,5	581,6	590,9	50,7	1,4	17,2	0,3		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *														
2014	+ 70,8	+ 106,0	— 21,4	— 0,0	— 21,4	— 1,5	— 19,9	— 2,5	— 11,2	— 0,4	— 2,7	+ 0,5		
2015	+ 96,4	+ 151,0	— 32,0	— 16,5	— 15,4	+ 5,1	— 20,6	— 11,3	— 11,3	— 0,4	— 3,7	— 1,2		
2015 April	+ 11,5	+ 24,2	— 9,1	— 0,4	— 8,7	+ 0,4	— 9,1	— 2,4	— 1,1	— 0,4	— 0,1	— 0,0		
Mai	+ 10,9	+ 18,7	— 5,1	— 4,3	— 0,8	+ 0,6	— 1,4	— 1,6	— 1,1	— 0,0	— 0,1	— 0,2		
Juni	— 8,8	+ 3,6	— 10,0	— 6,0	— 4,0	+ 0,2	— 4,1	— 1,6	— 0,8	— 0,0	— 0,0	— 0,1		
Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	— 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	— 1,9	— 1,3	— 0,0	— 0,3	— 0,4		
Aug.	+ 6,6	+ 11,0	— 2,3	— 1,5	— 0,8	— 0,1	— 0,8	— 1,2	— 0,8	— 0,0	— 0,1	+ 0,4		
Sept.	— 7,1	+ 0,9	— 6,7	— 3,7	— 3,0	— 0,1	— 3,0	— 0,6	— 0,7	+ 0,0	— 0,1	— 0,3		
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	— 8,1	— 1,8	— 6,3	+ 1,4	— 7,7	+ 0,0	— 0,6	— 0,0	— 0,0	— 0,2		
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	— 2,6	— 1,3	— 1,3	+ 0,7	— 2,0	— 0,4	— 0,6	+ 0,0	— 0,1	+ 0,1		
Dez.	+ 3,0	— 2,3	+ 3,9	+ 6,4	— 2,5	+ 1,5	— 4,0	+ 2,2	— 0,7	+ 0,0	— 1,9	— 0,4		
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	— 2,2	— 3,3	+ 1,0	+ 1,3	— 0,3	— 0,3	— 0,6	— 0,0	— 0,4	+ 0,4		
Febr.	+ 1,8	+ 3,1	— 1,3	— 0,4	— 0,9	+ 0,7	— 1,7	+ 0,3	— 0,2	+ 0,0	— 0,1	— 0,0		
März	— 8,9	— 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	— 1,9	— 0,3	+ 0,0	— 0,1	—		
Veränderungen *														
2014	+ 70,8	+ 106,0	— 21,4	— 0,0	— 21,4	— 1,5	— 19,9	— 2,5	— 11,2	— 0,4	— 2,7	+ 0,5		
2015	+ 96,4	+ 151,0	— 32,0	— 16,5	— 15,4	+ 5,1	— 20,6	— 11,3	— 11,3	— 0,4	— 3,7	— 1,2		
2015 April	+ 11,5	+ 24,2	— 9,1	— 0,4	— 8,7	+ 0,4	— 9,1	— 2,4	— 1,1	— 0,4	— 0,1	— 0,0		
Mai	+ 10,9	+ 18,7	— 5,1	— 4,3	— 0,8	+ 0,6	— 1,4	— 1,6	— 1,1	— 0,0	— 0,1	— 0,2		
Juni	— 8,8	+ 3,6	— 10,0	— 6,0	— 4,0	+ 0,2	— 4,1	— 1,6	— 0,8	— 0,0	— 0,0	— 0,1		
Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	— 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	— 1,9	— 1,3	— 0,0	— 0,3	— 0,4		
Aug.	+ 6,6	+ 11,0	— 2,3	— 1,5	— 0,8	— 0,1	— 0,8	— 1,2	— 0,8	— 0,0	— 0,1	+ 0,4		
Sept.	— 7,1	+ 0,9	— 6,7	— 3,7	— 3,0	— 0,1	— 3,0	— 0,6	— 0,7	+ 0,0	— 0,1	— 0,3		
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	— 8,1	— 1,8	— 6,3	+ 1,4	— 7,7	+ 0,0	— 0,6	— 0,0	— 0,0	— 0,2		
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	— 2,6	— 1,3	— 1,3	+ 0,7	— 2,0	— 0,4	— 0,6	+ 0,0	— 0,1	+ 0,1		
Dez.	+ 3,0	— 2,3	+ 3,9	+ 6,4	— 2,5	+ 1,5	— 4,0	+ 2,2	— 0,7	+ 0,0	— 1,9	— 0,4		
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	— 2,2	— 3,3	+ 1,0	+ 1,3	— 0,3	— 0,3	— 0,6	— 0,0	— 0,4	+ 0,4		
Febr.	+ 1,8	+ 3,1	— 1,3	— 0,4	— 0,9	+ 0,7	— 1,7	+ 0,3	— 0,2	+ 0,0	— 0,1	— 0,0		
März	— 8,9	— 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	— 1,9	— 0,3	+ 0,0	— 0,1	—		
darunter: inländische Unternehmen														
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	—		
2015 April	1 007,8	474,3	511,9	102,9	408,9	10,6	398,3	7,0	14,6	1,4	16,0	1,2		
Mai	1 006,3	477,1	507,6	100,0	407,6	11,2	396,5	7,0	14,5	1,4	16,0	0,9		
Juni	997,9	476,9	499,5	95,6	403,9	11,7	392,2	7,1	14,4	1,3	16,0	0,8		
Juli	1 025,2	483,1	521,0	97,1	423,9	12,2	411,7	7,1	14,0	1,3	15,8	0,4		
Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8		
Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5		
Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3		
Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4		
Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	—		
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,2	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4		
Febr.	1 033,9	510,7	502,8	97,4	405,3	15,7	389,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,3		
März	1 029,9	504,8	504,6	98,0	406,7	17,2	389,5	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3		
Veränderungen *														
2014	— 1,4	+ 28,8	— 29,5	— 1,0	— 28,5	+ 0,4	— 28,9	— 0,4	— 0,3	— 0,4	— 0,8	+ 0,5		
2015	+ 22,7	+ 46,0	— 22,1	— 3,8	— 18,3	+ 3,7	— 22,0	+ 0,3	— 1,5	— 0,5	— 2,5	— 1,2		
2015 April	— 0,2	+ 8,5	— 8,5	+ 0,2	— 8,8	+ 0,2	— 9,0	+ 0,1	— 0,1	— 0,4	— 0,0	— 0,0		
Mai	— 1,5	+ 2,8	— 4,2	— 2,9	— 1,3	+ 0,6	— 1,8	+ 0,0	— 0,1	— 0,0	— 0,0	— 0,2		
Juni	— 8,1	— 0,2	— 7,9	— 4,0	— 3,9	+ 0,1	— 4,0	+ 0,0	— 0,1	— 0,1	+ 0,0	— 0,1		
Juli	+ 27,5	+ 6,2	+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	+ 0,5	+ 19,6	+ 0,0	— 0,4	— 0,0	— 0,2	— 0,4		
Aug.	+ 4,1	+ 5,1	— 0,9	— 0,1	— 0,8	— 0,1	— 0,7	— 0,0	— 0,1	— 0,1	— 0,1	+ 0,4		
Sept.	— 5,0	+ 1,0	— 5,9	— 2,5	— 3,5	— 0,2	— 3,3	— 0,0	— 0,0	— 0,0	— 0,0	— 0,3		
Okt.	+ 8,0	+ 15,3	— 7,3	— 1,0	— 6,4	+ 1,1	— 7,4	+ 0,0	— 0,0	— 0,0	+ 0,1	— 0,2		
Nov.	+ 2,1	+ 4,3	— 2,1	— 0,5	— 1,6	+ 0,5	— 2,0	— 0,1	— 0,0	— 0,0	+ 0,0	+ 0,1		
Dez.	— 4,1	— 5,9	+ 2,2	+ 7,2	— 4,9	+ 1,0	— 5,9	+ 0,1	— 0,5	+ 0,0	— 1,8	— 0,4		
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	— 2,2	— 2,6	+ 0,4	+ 0,9	— 0,5	+ 0,1	— 0,0	— 0,0	— 0,3	+ 0,4		
Febr.	— 2,9	— 2,1	— 0,8	+ 0,4	— 1,1	+ 0,5	— 1,6	— 0,0	— 0,0	— 0,0	+ 0,1	— 0,0		
März	— 4,1	— 5,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	— 0,1	+ 0,0	— 0,1	— 0,0	— 0,0	— 0,0		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)						
		Sicht- einlagen	nach Gläubigergruppen					Termineinlagen	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen					
			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6		
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8		
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6		
2015 Okt.	1 974,4	1 092,3	1 059,7	186,8	731,0	142,0	32,5	258,3	245,0	25,0	178,8	41,2		
Nov.	1 990,4	1 109,7	1 078,0	188,2	746,5	143,2	31,7	257,7	244,6	24,9	178,6	41,1		
Dez.	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6		
2016 Jan.	2 003,3	1 120,2	1 087,7	192,1	751,6	144,1	32,5	259,9	247,0	25,2	180,4	41,4		
Febr.	2 007,8	1 125,4	1 091,4	192,6	754,6	144,1	34,0	259,1	246,6	24,8	180,2	41,6		
März	2 003,0	1 122,1	1 088,6	188,6	756,1	143,9	33,5	259,7	247,0	24,8	180,6	41,7		
Veränderungen *)														
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6		
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7		
2015 Okt.	+ 9,2	+ 10,6	+ 10,8	+ 5,2	+ 5,8	- 0,3	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,1		
Nov.	+ 16,1	+ 17,5	+ 18,3	+ 1,4	+ 15,5	+ 1,3	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
Dez.	+ 7,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,5			
2016 Jan.	+ 5,7	+ 6,7	+ 6,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3		
Febr.	+ 4,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2		
März	- 4,8	- 3,3	- 2,7	- 4,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,5	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Einlagen und aufgenommene Kredite						Länder								
		Bund und seine Sondervermögen 1)	Termineinlagen				Nachrichtlich: Treuhand- kredite	Termineinlagen				Sicht- einlagen	Sicht- einlagen			
			Termineinlagen		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		Termineinlagen		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					
			zu- sammen	Sicht- einlagen				zu- sammen	Sicht- einlagen							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6			
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1			
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5			
2015 Okt.	191,6	8,7	3,3	2,5	2,8	0,1	14,3	48,9	14,6	17,2	16,2	0,8	13,5			
Nov.	200,5	7,8	2,5	2,6	2,7	0,1	14,4	49,6	12,7	19,7	16,3	0,9	13,4			
Dez.	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5			
2016 Jan.	193,0	8,4	2,7	3,0	2,6	0,1	14,1	45,9	13,5	15,0	16,5	0,9	13,5			
Febr.	194,5	8,5	2,8	2,9	2,7	0,1	14,1	46,9	15,0	14,7	16,3	0,9	13,5			
März	198,3	8,3	3,3	2,3	2,6	0,1	14,0	51,4	15,3	19,2	16,0	0,9	13,4			
Veränderungen *)																
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5			
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6			
2015 Okt.	- 6,2	- 1,8	- 0,3	- 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	- 3,2	+ 0,0	- 3,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0			
Nov.	+ 8,8	- 0,9	- 0,8	+ 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,5	- 2,0	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1			
Dez.	- 3,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 5,3	+ 0,5	- 6,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1			
2016 Jan.	- 4,5	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0			
Febr.	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1			
März	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	+ 4,4	+ 0,3	+ 4,5	- 0,4	+ 0,0	- 0,1			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:							
nach Befristung					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)	darunter:	insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhankredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	Verbindlichkeiten aus Repos
bis 1 Jahr einschl.		zusammen		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	zusammen		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015
13,3	57,0	201,2	12,0	189,2	583,8	574,5	9,3	40,0	0,0	4,0	–	2015 Okt.
13,1	56,3	201,4	12,2	189,2	583,5	574,5	9,0	39,4	0,0	3,9	–	Nov.
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	Dez.
12,8	54,9	205,0	13,1	191,9	585,2	576,2	9,0	37,9	0,0	3,7	–	2016 Jan.
12,6	54,1	205,0	13,2	191,8	585,5	576,5	9,0	37,7	0,1	3,5	–	Febr.
12,7	54,2	205,5	13,4	192,1	583,6	574,6	9,0	37,6	0,1	3,4	–	März

Veränderungen *)

+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,1	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014
– 1,8	– 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	– 11,5	– 11,1	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 1,2	–	2015
– 0,2	– 0,9	+ 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	2015 Okt.
– 0,1	– 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	– 0,3	– 0,0	– 0,2	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	Nov.
+ 0,0	– 0,8	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	Dez.
– 0,3	– 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	– 0,4	– 0,4	+ 0,0	– 0,6	+ 0,0	– 0,2	–	2016 Jan.
– 0,1	– 0,7	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	Febr.
+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 1,9	– 1,9	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	März

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							
zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen 3)		Spar- einlagen und Spar- briefe 2) 4)	Nach- richtlich: Treuhank- redite	zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhank- redite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015
48,3	24,9	10,1	8,1	5,2	0,4	85,7	15,9	51,5	17,2	1,1	–	2015 Okt.
51,5	27,9	10,1	8,3	5,2	0,4	91,5	15,4	58,3	16,7	1,1	–	Nov.
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	Dez.
46,9	24,3	9,0	8,4	5,2	0,4	91,9	16,1	57,0	17,8	1,1	–	2016 Jan.
50,0	27,3	9,0	8,5	5,2	0,4	89,1	16,3	53,7	18,1	1,0	–	Febr.
48,8	25,8	9,2	8,6	5,3	0,4	89,8	16,1	53,5	19,2	1,1	–	März

Veränderungen *)

+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 2,9	– 2,4	+ 4,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	– 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	–	2015
– 1,3	– 1,0	– 0,4	+ 0,2	– 0,0	–	+ 0,1	+ 0,1	– 0,4	+ 0,4	– 0,0	–	2015 Okt.
+ 3,3	+ 3,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	–	+ 5,9	– 0,5	+ 6,7	– 0,3	+ 0,0	–	Nov.
+ 0,8	+ 1,3	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	+ 0,0	– 0,3	– 3,3	+ 2,2	+ 0,8	– 0,0	–	Dez.
– 5,5	– 4,9	– 0,6	+ 0,1	– 0,0	–	+ 0,6	+ 4,0	– 3,6	+ 0,3	– 0,0	–	2016 Jan.
+ 3,2	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	–	– 1,8	+ 0,2	– 2,5	+ 0,6	– 0,0	–	Febr.
– 1,2	– 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,2	– 0,7	+ 1,0	+ 0,0	–	März

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Bundesseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an				
	ins- gesamt	von Inländern				von Ausländern		Nach- richtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken		
		zu- sammen	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)		zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7
2015 Nov. Dez.	603,2	594,3	531,5	377,6	62,8	49,0	9,0	7,4	0,2	65,9	56,8	41,7	9,0
2015 Nov. Dez.	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	2,3	64,9	56,1	41,0	8,7
2016 Jan. Febr. März	605,0	596,1	535,5	378,0	60,6	46,9	8,9	7,4	0,2	63,5	54,8	39,9	8,7
2016 Jan. Febr. März	605,2	596,4	537,1	377,5	59,3	45,5	8,8	7,4	0,2	63,3	54,6	39,7	8,7
2016 Jan. Febr. März	603,2	594,5	536,3	375,6	58,2	44,4	8,7	7,3	0,1	63,0	54,4	39,3	8,5
Veränderungen *)													
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1
2015 Nov. Dez.	- 0,4	- 0,3	+ 0,9	- 1,9	- 1,2	- 1,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,2
2015 Nov. Dez.	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,2	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 0,3
2016 Jan. Febr. März	- 0,4	- 0,4	+ 0,9	- 1,8	- 1,3	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,0
2016 Jan. Febr. März	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,0
2016 Jan. Febr. März	- 2,0	- 1,9	- 0,8	- 2,1	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)	Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit								
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- währungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	über 2 Jahre	ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2015 Nov. Dez.	1 133,0	221,3	32,0	403,8	93,3	116,5	2,6	29,2	6,3	987,3	0,3	0,2	38,0	0,5
2015 Nov. Dez.	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 Jan. Febr. März	1 076,5	189,8	28,3	380,2	87,0	105,3	2,4	31,7	5,8	939,4	0,2	0,2	32,2	0,5
2016 Jan. Febr. März	1 088,5	187,0	32,0	392,8	96,6	119,0	2,5	32,6	5,9	936,9	0,2	0,2	32,1	0,5
2016 Jan. Febr. März	1 077,6	178,4	30,8	378,0	92,2	113,7	2,4	31,1	5,7	932,9	0,3	0,2	32,8	0,5
Veränderungen *)														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2015 Nov. Dez.	+ 0,7	- 6,4	+ 0,0	+ 7,4	- 3,9	- 3,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,2	- 0,0
2015 Nov. Dez.	- 57,3	- 32,1	- 1,7	- 19,7	- 4,7	- 6,7	- 0,5	- 0,8	- 0,6	- 49,8	+ 0,0	- 0,0	- 6,1	+ 0,0
2016 Jan. Febr. März	+ 0,7	+ 1,2	- 2,0	- 3,9	- 1,7	- 4,5	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	+ 1,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,0
2016 Jan. Febr. März	+ 12,1	- 2,8	+ 3,7	+ 12,7	+ 9,6	+ 13,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 0,0	- 0,1	-
2016 Jan. Febr. März	- 10,9	- 8,7	- 1,2	- 14,8	- 4,4	- 5,4	- 0,1	- 1,5	- 0,1	- 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf		Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)		
			Baudarlehen			Bauspar- darlehen	Vor- und Zwischenfinanzierungs- kredite	sonstige Baudarlehen									
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudar- lehen 2)			Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)					
Alle Bausparkassen																	
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6	
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5	
2016 Jan.	21	213,6	43,0	0,0	17,6	15,7	93,6	17,5	21,6	2,0	20,8	159,6	5,4	2,4	9,8	7,4	
Febr.	21	213,6	42,6	0,0	17,8	15,5	93,8	17,5	21,7	2,0	20,2	160,0	5,4	2,4	9,8	7,5	
März	21	213,1	41,5	0,0	17,7	15,3	94,6	17,6	22,0	2,1	19,6	160,1	5,2	2,4	10,1	7,9	
Private Bausparkassen																	
2016 Jan.	12	148,2	26,6	-	9,5	11,5	73,0	14,9	9,1	1,4	17,5	105,1	5,1	2,4	6,6	4,8	
Febr.	12	148,0	26,3	-	9,7	11,4	73,2	14,9	9,0	1,4	17,1	105,3	5,1	2,4	6,6	4,8	
März	12	147,4	25,3	-	9,5	11,3	73,8	15,0	9,0	1,4	16,6	105,4	4,9	2,4	6,6	5,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2016 Jan.	9	65,3	16,4	0,0	8,1	4,2	20,6	2,6	12,5	0,7	3,4	54,5	0,3	-	3,2	2,6	
Febr.	9	65,6	16,3	0,0	8,1	4,1	20,7	2,6	12,7	0,7	3,1	54,7	0,3	-	3,2	2,6	
März	9	65,7	16,2	0,0	8,2	4,0	20,8	2,6	12,9	0,7	3,1	54,8	0,3	-	3,5	2,9	

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämi en 12)
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspar- einlagen	Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zuge- teilten Verträgen	ins- gesamt	darunter Netto- Zuteilun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen				neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zuteilun- gen	ins- gesamt	darunter Tilgungen im Quartal	
							Bauspareinlagen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwischenfinanzierungs- krediten	zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwischenfinanzierungs- krediten und sonstige Bau- darlehen						
Alle Bausparkassen																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016 Jan.	2,5	0,0	0,7	3,8	2,5	3,2	1,4	0,4	0,4	0,3	1,3	15,8	8,3	0,7	0,0	0,0
Febr.	2,4	0,0	0,5	3,8	2,3	3,3	1,5	0,4	0,4	0,3	1,4	15,9	8,3	0,7	0,0	0,0
März	2,2	0,0	0,6	4,0	2,3	3,4	1,4	0,3	0,4	0,3	1,6	16,0	8,3	0,7	...	0,0
Private Bausparkassen																
2016 Jan.	1,6	0,0	0,5	2,8	1,7	2,4	1,0	0,3	0,3	0,3	1,1	11,3	5,1	0,5	0,0	0,0
Febr.	1,5	0,0	0,3	2,7	1,6	2,5	1,1	0,3	0,3	0,3	1,1	11,3	5,0	0,5	0,0	0,0
März	1,4	0,0	0,3	2,9	1,5	2,6	1,0	0,3	0,3	0,2	1,3	11,3	5,0	0,5	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Jan.	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,2	0,2	0,0
Febr.	0,8	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,4	0,1	0,1	0,0	0,3	4,6	3,2	0,2	0,0	0,0
März	0,8	0,0	0,4	1,2	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,2	0,2	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschulverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genusssrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertrags erhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämi en. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Sonstige Aktivpositionen 7)	
			Guthaben und Buchkredite			Buchkredite										
	deut-schen Banken (MFIs) mit Auslands-filialen bzw. Auslands-töchtern	Auslands-filialen 1)	Bilanz-summe 7)	ins-gesamt	zu-sammen	deutsche Banken	ausländische Banken	Geld-markt-papiere, Wertpa-piere 2) 3)	ins-gesamt	zu-sammen	an deutsche Nicht-banken	an ausländische Nicht-banken	Geld-markt-papiere, Wertpa-piere 2)	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands	
Auslandsfilialen																
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0	
2015 Mai	53	201	2 109,5	630,1	613,5	198,6	414,9	16,6	650,5	521,1	14,7	506,4	129,4	828,9	576,7	
Juni	53	201	1 970,5	578,9	561,3	196,5	364,8	17,6	642,2	520,2	14,5	505,6	122,1	749,3	513,7	
July	53	203	1 983,3	579,6	561,7	199,1	362,6	17,9	632,2	512,8	14,5	498,3	119,5	771,5	538,8	
Aug.	52	202	1 966,9	602,1	584,4	189,0	395,4	17,7	627,2	511,0	14,3	496,7	116,2	737,6	544,1	
Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1	
Okt.	51	199	1 946,7	558,2	540,2	152,9	387,3	18,0	633,7	513,2	13,9	499,3	120,5	754,8	525,1	
Nov.	51	199	1 980,5	533,8	515,8	150,0	365,8	18,0	658,8	528,5	14,6	513,9	130,4	787,9	557,2	
Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0	
2016 Jan.	50	196	1 960,5	540,7	523,3	169,1	354,2	17,4	652,2	529,7	14,2	515,5	122,6	767,5	568,7	
Febr.	49	192	2 022,6	555,3	538,2	173,5	364,7	17,2	658,4	538,2	14,3	523,9	120,2	808,8	607,9	
Veränderungen *)																
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4	
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2	
2015 Juni	-	-	- 137,5	- 45,7	- 46,8	- 2,1	- 44,7	+ 1,1	- 2,7	+ 3,8	- 0,1	+ 3,9	- 6,5	- 78,1	- 59,0	
July	± 0	+ 2	+ 11,1	- 4,4	- 4,5	+ 2,6	- 7,1	+ 0,2	- 16,6	- 13,0	- 0,1	- 12,9	- 3,6	+ 20,5	+ 21,1	
Aug.	- 1	- 1	- 14,3	+ 28,9	+ 28,9	- 10,1	+ 38,9	+ 0,0	+ 4,2	+ 6,1	- 0,2	+ 6,2	- 1,9	- 31,9	+ 10,5	
Sept.	- 1	- 3	+ 10,3	- 15,7	- 15,9	- 8,4	- 7,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 0,9	+ 28,3	+ 8,1	
Okt.	-	-	- 32,3	- 33,6	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 2,4	- 12,9	- 31,3	
Nov.	-	-	+ 30,2	- 35,3	- 34,8	- 2,9	- 31,9	- 0,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 29,4	+ 23,8	
Dez.	-	- 1	- 135,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 11,2	- 10,6	- 0,4	- 11,7	- 6,8	- 0,6	- 6,2	- 4,9	- 106,1	- 51,3	
2016 Jan.	- 1	- 2	+ 118,2	+ 16,1	+ 15,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 0,2	+ 20,9	+ 21,3	+ 0,2	+ 21,1	- 0,4	+ 85,8	+ 71,1	
Febr.	- 1	- 4	+ 61,6	+ 13,6	+ 13,8	+ 4,4	+ 9,5	- 0,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 0,1	+ 7,3	- 2,3	+ 40,7	+ 38,8	
Auslandstöchter																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-	
2015 Mai	27	62	406,3	165,5	151,2	88,4	62,8	14,3	185,7	155,1	22,1	132,9	30,6	55,0	-	
Juni	27	62	386,0	140,5	124,6	67,1	57,4	15,9	188,8	155,6	22,9	132,7	33,1	56,7	-	
July	25	60	377,2	131,4	116,0	55,2	50,9	15,4	190,0	156,3	22,5	133,8	33,7	55,8	-	
Aug.	25	60	382,5	136,1	121,6	67,2	54,4	14,5	185,4	152,3	22,4	129,9	33,1	61,0	-	
Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-	
Okt.	25	59	380,8	130,3	114,9	55,6	59,2	15,4	185,8	152,7	22,8	129,9	33,0	64,8	-	
Nov.	25	59	379,5	121,1	107,4	44,5	62,8	13,7	191,7	158,3	22,5	135,8	33,3	66,8	-	
Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-	
2016 Jan.	24	58	375,6	129,1	116,5	53,7	62,7	12,7	185,1	152,9	21,7	131,1	32,3	61,3	-	
Febr.	24	58	359,4	120,7	108,5	50,7	57,9	12,2	174,1	141,8	22,3	119,6	32,3	64,6	-	
Veränderungen *)																
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-	
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-	
2015 Juni	-	-	- 18,7	- 24,3	- 26,0	- 21,3	- 4,8	+ 1,7	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,7	-	
July	- 2	- 2	- 10,4	- 9,9	- 9,2	- 2,0	- 7,2	- 0,7	+ 0,4	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	-	
Aug.	-	-	+ 7,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,5	- 0,7	- 3,3	- 2,7	- 0,1	- 2,6	- 0,6	+ 5,3	-	
Sept.	-	- 1	+ 3,9	- 2,6	- 2,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,0	+ 5,7	-	
Okt.	-	-	- 7,2	- 4,0	- 5,1	- 2,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 2,0	-	
Nov.	-	-	- 4,8	- 10,9	- 8,8	- 11,1	+ 2,3	- 2,1	+ 4,1	+ 3,8	- 0,2	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,0	-	
Dez.	- 1	- 1	- 0,7	+ 6,8	+ 7,2	+ 5,6	+ 1,7	- 0,4	- 5,9	- 4,3	- 0,3	- 4,0	- 1,5	- 1,6	-	
2016 Jan.	-	-	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 0,5	- 3,8	-	
Febr.	-	-	- 16,4	- 8,5	- 8,0	- 3,1	- 5,0	- 0,5	- 11,2	- 11,2	+ 0,5	- 11,7	+ 0,0	+ 3,3	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Geld- marktpapiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)			
von Banken (MFIs) von Nichtbanken (Nicht-MFIs)																	
insgesamt	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig	auslän- dische Nicht- banken	ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands							

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

Auslandsfilialen															
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015		
1 191,2	822,8	425,5	397,2	368,4	22,5	17,1	5,4	345,9	144,3	48,2	725,9	574,7	2015 Mai		
1 139,6	798,9	433,8	365,1	340,7	20,4	15,3	5,1	320,3	144,5	47,7	638,7	509,5	Juni		
1 143,4	792,8	417,7	375,1	350,5	20,4	15,8	4,7	330,1	144,1	47,6	648,1	536,0	Juli		
1 144,2	797,5	416,5	381,0	346,7	19,9	15,4	4,6	326,8	138,3	47,3	637,1	537,1	Aug.		
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	Sept.		
1 124,6	763,8	406,5	357,3	360,8	19,7	15,0	4,7	341,1	141,0	47,6	633,5	520,6	Okt.		
1 124,3	742,0	377,3	364,7	382,3	22,0	17,0	5,0	360,3	138,6	48,4	669,2	554,0	Nov.		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	Dez.		
1 101,8	733,9	357,8	376,1	367,9	21,3	16,6	4,8	346,5	129,4	50,0	679,3	566,3	2016 Jan.		
1 105,0	734,8	368,7	366,1	370,3	22,1	17,4	4,7	348,2	127,7	49,7	740,1	605,7	Febr.		

Veränderungen *)

Auslandsfilialen															
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014		
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015		
- 46,0	- 18,5	+ 8,3	- 26,8	- 27,5	- 2,0	- 1,7	- 0,3	- 25,5	+ 1,8	- 0,5	- 87,2	- 60,9	2015 Juni		
- 1,6	- 11,3	- 16,1	+ 4,9	+ 9,7	- 0,0	+ 0,5	- 0,5	+ 9,7	- 2,1	- 0,0	+ 9,4	+ 22,1	Juli		
+ 7,6	+ 11,2	- 1,2	+ 12,4	- 3,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 3,0	- 3,8	- 0,3	- 11,0	+ 6,7	Aug.		
- 22,1	- 23,2	+ 2,7	- 25,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 29,0	+ 7,7	Sept.		
- 2,7	- 15,5	- 12,7	- 2,8	+ 12,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,5	- 2,2	+ 0,2	- 32,6	- 28,7	Okt.		
- 11,5	- 33,4	- 29,2	- 4,2	+ 21,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 19,6	- 6,0	+ 0,9	+ 35,7	+ 24,6	Nov.		
- 55,2	- 18,9	- 18,0	- 0,9	- 36,4	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 35,4	- 7,2	+ 1,5	- 66,8	- 49,3	Dez.		
+ 42,4	+ 20,1	- 1,5	+ 21,6	+ 22,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 22,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 76,2	+ 70,3	2016 Jan.		
+ 2,0	- 0,4	+ 10,9	- 11,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 1,6	- 2,2	- 0,3	+ 60,9	+ 39,1	Febr.		

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

Auslandstöchter															
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015		
320,5	185,9	102,2	83,7	134,6	14,0	12,3	1,8	120,6	13,4	26,9	45,5	-	2015 Mai		
296,1	157,1	79,5	77,6	139,0	14,1	11,6	2,5	125,0	18,4	26,8	44,7	-	Juni		
289,0	155,5	78,2	77,3	133,5	14,2	11,7	2,5	119,4	17,9	26,4	43,9	-	Juli		
298,2	160,9	82,3	78,6	137,3	13,9	11,4	2,5	123,3	14,3	26,2	43,8	-	Aug.		
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	Sept.		
298,3	166,2	91,7	74,5	132,1	14,8	12,3	2,5	117,3	13,4	26,5	42,6	-	Okt.		
293,4	159,3	90,2	69,0	134,1	11,8	9,2	2,6	122,3	14,8	26,7	44,7	-	Nov.		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	Dez.		
294,1	170,0	101,9	68,1	124,1	11,9	9,4	2,6	112,2	14,5	26,4	40,6	-	2016 Jan.		
282,1	157,1	99,1	58,0	125,0	13,2	10,5	2,8	111,8	12,9	24,3	40,1	-	Febr.		

Veränderungen *)

Auslandstöchter															
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014		
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015		
- 23,1	- 28,0	- 22,7	- 5,3	+ 4,8	+ 0,0	- 0,7	+ 0,7	+ 4,8	+ 5,0	- 0,1	- 0,4	-	2015 Juni		
- 8,5	- 2,5	- 1,3	- 1,2	- 6,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 6,1	- 0,5	- 0,4	- 1,1	-	Juli		
+ 11,0	+ 6,5	+ 4,1	+ 2,4	+ 4,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 4,7	- 3,6	- 0,2	+ 0,6	-	Aug.		
+ 3,4	+ 8,0	+ 12,3	- 4,3	- 4,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	Sept.		
- 4,7	- 3,5	- 2,9	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 1,5	- 1,1	+ 0,2	- 1,7	-	Okt.		
- 7,8	- 8,6	- 1,5	- 7,1	+ 0,8	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,4	-	Nov.		
+ 1,3	+ 8,7	+ 9,3	- 0,6	- 7,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,0	- 8,7	- 0,4	- 0,4	- 1,2	-	Dez.		
+ 2,3	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	-	2016 Jan.		
- 12,1	- 12,9	- 2,8	- 10,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,5	- 1,6	- 2,1	- 0,7	-	Febr.		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätzte und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 Jan. Febr. März April p)	11 431,2	114,3	113,8	556,5	442,7	0,0
	11 475,9	114,8	114,3	570,0	455,7	0,0
	11 548,6	115,5	115,0

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 Jan. Febr. März April p)	3 154 260	27,6	31 543	31 371	162 864	131 493	0
	3 156 940	27,5	31 569	31 398	162 446	131 048	0
	3 183 080	27,6	31 831	31 660

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	6 100	226	1 127
2016 Jan. Febr. März April	5 941	5 215	2 140	10 593	6 176	238	1 082
	5 993	5 107	2 126	10 650	6 283	239	1 001
	5 903	5 167	2 222	10 713	6 328	235	1 095

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau- und Spareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau- und Spareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservenpflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 Jan. Febr. März April	2 092 326	2 016	366 159	592 060	103 068
	2 105 121	3 158	357 530	594 110	97 018
	2 117 242	2 655	361 713	594 518	107 165

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflösung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflösung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab		Basis- zinssatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62	
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12	
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37	
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12	
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13	
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38	
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63	
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73	
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83	
1. Juli	1,95			
2007 1. Jan.	2,70			
1. Juli	3,19			
2008 1. Jan.	3,32			
1. Juli	3,19			

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschrifttag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit	
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2016 6. April	56 013	56 013	0,00	–	–	–	7	
13. April	55 708	55 708	0,00	–	–	–	7	
20. April	54 019	54 019	0,00	–	–	–	7	
27. April	56 256	56 256	0,00	–	–	–	7	
4. Mai	53 549	53 549	0,00	–	–	–	7	
11. Mai	51 440	51 440	0,00	–	–	–	7	
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2016 25. Febr.	13 650	13 650	2) ...	–	–	–	91	
30. März.	7 342	7 342	0,00	–	–	–	910	
31. März.	10 254	10 254	2) ...	–	–	–	91	
28. April	9 388	9 388	2) ...	–	–	–	91	

* Quelle: EZB. 1) Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2) Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)						
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld	
2015 Okt.	– 0,14	– 0,15	– 0,12	– 0,05	0,02	0,06	0,13	
Nov.	– 0,13	– 0,16	– 0,14	– 0,09	– 0,02	0,02	0,08	
Dez.	– 0,20	– 0,23	– 0,19	– 0,13	– 0,04	0,00	0,06	
2016 Jan.	– 0,24	– 0,26	– 0,22	– 0,15	– 0,06	– 0,01	0,04	
Febr.	– 0,24	– 0,27	– 0,25	– 0,18	– 0,12	– 0,06	– 0,01	
März	– 0,29	– 0,32	– 0,31	– 0,23	– 0,13	– 0,07	– 0,01	
April	– 0,34	– 0,36	– 0,34	– 0,25	– 0,14	– 0,07	– 0,01	

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umständigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1) Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2) Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)^{*)} a) Bestände^{o)}

Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzierender Kapitalgesellschaften			
mit vereinbarter Laufzeit							
bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
Stand am Monatsende	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2015 März	0,62	89 298	1,79	225 561	0,32	78 982	2,36
April	0,59	88 530	1,77	224 767	0,30	79 019	2,29
Mai	0,57	86 761	1,76	224 571	0,30	77 340	2,26
Juni	0,54	84 531	1,75	224 254	0,29	74 338	2,22
Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00
März	0,44	76 807	1,61	221 229	0,20	82 696	1,95

Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)				Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)			
mit Ursprungslaufzeit							
bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)	
Stand am Monatsende	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2015 März	2,79	5 188	2,62	27 863	3,59	1 012 369	7,62
April	2,72	5 144	2,59	27 828	3,56	1 015 337	7,51
Mai	2,69	5 138	2,56	27 817	3,53	1 019 301	7,47
Juni	2,68	5 138	2,52	27 830	3,50	1 022 718	7,60
Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49

Kredite an nichtfinanzierende Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2015 März	3,00	132 002	2,50	127 655	2,96
April	2,98	129 602	2,46	126 479	2,93
Mai	2,91	130 402	2,45	128 043	2,91
Juni	2,89	134 307	2,43	127 057	2,88
Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70
März	2,65	137 416	2,20	130 525	2,67

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinssstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinssstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EUWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelaufkäufer) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinssstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinssstatistik) entnehmen. o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1) Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVI) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2) Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3) Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzinsenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4) Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5) Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäfts-, Schuldenskonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6) Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)^{*)}
 b) Neugeschäft⁺⁾

Einlagen privater Haushalte												
Erhebungs-zeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)			
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 März	0,17	1 027 392	0,39	8 124	0,81	771	1,01	1 049	0,51	528 471	0,65	74 766
April	0,16	1 043 564	0,34	7 663	0,77	653	0,94	952	0,48	528 261	0,61	72 608
Mai	0,16	1 058 904	0,36	5 630	0,74	657	0,94	884	0,47	528 271	0,58	71 013
Juni	0,15	1 062 893	0,29	6 524	0,70	703	0,88	880	0,46	527 934	0,56	69 686
Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966
Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774
Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900
2016 Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627
Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334
März	0,11	1 120 147	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239

Einlagen nichtfinanzierlicher Kapitalgesellschaften												
Erhebungs-zeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 März	0,07	337 419	0,15	15 096	0,33	775	0,45	863				
April	0,06	343 035	0,11	15 562	0,36	612	0,46	660				
Mai	0,06	342 155	0,12	10 161	0,33	1 010	0,55	634				
Juni	0,06	342 151	0,20	10 205	0,43	484	0,41	512				
Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243				
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305				
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351				
Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528				
Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326				
Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872				
2016 Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489				
Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244				
März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057				

Kredite an private Haushalte													
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)													
Erhebungs-zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen		
			Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2015 März	2,08	8 382	2,03	3 008	1,81	4 242	2,89	1 121	2,17	3 019	1,94	2 718	3,02
April	2,03	7 162	1,92	2 656	1,77	3 917	2,83	934	2,15	2 311	1,94	2 381	2,97
Mai	1,95	6 519	1,91	2 062	1,69	3 364	2,78	815	2,03	2 340	1,96	1 983	2,92
Juni	1,95	8 380	2,02	2 716	1,69	4 215	2,74	998	2,05	3 167	2,01	2 452	2,84
Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88
Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81
Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80
2016 Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70
Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76
März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittszinssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldezeitraums bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. **7** Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. **8** Einschl. Einlagen nichtfinanzierender Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. **9** Ohne Überziehungskredite. **10** Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)^{*)}
b) Neugeschäft⁺⁾

noch: Kredite an private Haushalte										
Erhebungs-zeitraum	Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt	darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinsatz 11) % p.a.	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2015 März	6,08	6,01	8 735	6,98	1 593	4,84	370	4,81	3 556	6,99
April	6,18	6,11	8 169	7,01	1 553	5,00	326	4,94	3 104	6,95
Mai	6,31	6,24	7 346	7,46	1 458	5,08	304	4,94	2 839	7,20
Juni	6,37	6,29	8 006	7,63	1 547	4,83	327	4,98	3 211	7,33
Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28
Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07
darunter: besicherte Kredite¹²⁾										
2015 März	.	3,33	276	.	.	3,04	29	3,78	149	2,73
April	.	3,15	280	.	.	2,58	28	3,77	138	2,53
Mai	.	3,30	226	.	.	2,86	23	3,69	128	2,78
Juni	.	3,11	301	.	.	2,86	35	3,59	156	2,50
Juli	.	3,44	281	.	.	2,81	28	3,93	156	2,85
Aug.	.	3,49	240	.	.	3,05	18	3,86	144	2,92
Sept.	.	3,28	238	.	.	2,52	38	3,90	116	2,78
Okt.	.	3,33	244	.	.	2,33	41	3,87	131	2,89
Nov.	.	3,58	218	.	.	2,84	23	3,90	136	3,14
Dez.	.	3,39	219	.	.	2,72	22	3,89	128	2,66
2016 Jan.	.	3,32	191	.	.	2,50	21	3,72	111	2,85
Febr.	.	3,51	220	.	.	2,85	33	3,84	135	3,08
März	.	3,29	260	.	.	2,58	25	3,71	158	2,65

noch: Kredite an private Haushalte												
Erhebungs-zeitraum	Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt	darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren		
	effektiver Jahres- zinsatz 11) % p.a.	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinsatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt												
2015 März	1,92	1,88	21 134	2,05	4 817	2,19	2 760	1,88	2 118	1,77	7 693	1,88
April	1,91	1,87	20 486	1,94	4 301	2,11	2 640	1,83	1 935	1,70	7 330	1,95
Mai	1,81	1,77	19 549	1,95	4 229	2,20	2 315	1,84	1 754	1,61	7 123	1,78
Juni	1,89	1,85	24 015	1,98	5 330	2,11	2 798	1,81	2 197	1,72	9 297	1,92
Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,91	2 502	1,86	10 095	2,10
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86
darunter: besicherte Kredite¹²⁾												
2015 März	.	1,79	9 735	.	.	2,12	1 130	1,68	1 050	1,69	3 663	1,82
April	.	1,87	9 786	.	.	2,07	1 083	1,59	1 021	1,63	3 549	2,09
Mai	.	1,68	9 274	.	.	2,16	879	1,56	849	1,54	3 669	1,74
Juni	.	1,76	11 120	.	.	2,02	1 096	1,59	1 090	1,65	4 502	1,84
Juli	.	1,91	11 976	.	.	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03
Aug.	.	1,98	9 203	.	.	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11
Sept.	.	1,96	8 434	.	.	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07
Okt.	.	1,99	9 323	.	.	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16
Nov.	.	1,94	8 245	.	.	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05
Dez.	.	1,86	8 294	.	.	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95
2016 Jan.	.	1,92	8 349	.	.	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04
Febr.	.	1,89	7 875	.	.	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95
März	.	1,74	9 786	.	.	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; Anmerkung 12 s. S. 47•. **11** Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)^{*)}
 b) Neugeschäft⁺⁾

Erhebungs-zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)	darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungs- kredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungs- kredite 14)		Echte Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungs- kredite 14) Kreditkartenkredite 15)		Revolverende Kredite 13) und Überziehungs- kredite 14)		Revolverende Kredite 13) und Überziehungs- kredite 14)	
	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	
2015 März	9,21	43 126	9,25	36 566	15,39	3 817	4,21	66 465	4,22	66 233	
April	9,10	41 749	9,16	35 136	15,44	3 751	4,15	64 534	4,17	64 316	
Mai	8,99	41 166	9,03	34 577	15,44	3 755	4,09	65 569	4,10	65 334	
Juni	9,01	43 164	9,06	36 409	15,28	3 864	4,08	68 150	4,09	67 919	
Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998	
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693	
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322	
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664	
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959	
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270	
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010	
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930	
März	8,81	42 185	8,80	35 210	15,42	3 981	3,84	68 642	3,85	68 398	

Erhebungs-zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter		Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)							
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zins- satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €		
Kredite insgesamt																
2015 März	1,73	62 691	1,76	20 557	2,67	8 150	2,94	1 516	1,98	1 510	1,49	41 003	1,63	2 066	1,75	8 446
April	1,68	57 793	1,68	21 847	2,53	7 621	3,00	1 359	1,89	1 344	1,43	40 212	1,75	1 671	1,89	5 586
Mai	1,66	50 883	1,63	16 561	2,60	6 817	2,91	1 277	1,87	1 334	1,38	33 591	1,92	1 496	1,75	6 368
Juni	1,71	68 584	1,86	19 621	2,67	8 097	2,87	1 487	1,99	1 733	1,41	43 785	1,91	2 647	1,95	10 835
Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 712	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 098	1,76	2 294	1,68	7 722
darunter: besicherte Kredite 12)																
2015 März	1,78	11 957	.	.	2,52	935	2,42	128	1,76	502	1,77	6 868	1,72	658	1,55	2 866
April	1,76	10 572	.	.	2,35	981	2,62	123	1,61	440	1,66	7 028	2,08	406	1,75	1 594
Mai	1,84	7 214	.	.	2,61	735	2,51	102	1,68	479	1,71	4 202	2,05	427	1,77	1 269
Juni	1,73	10 890	.	.	2,11	642	2,51	133	1,84	561	1,53	5 897	1,90	677	1,94	2 980
Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; Anmerkung 11 s. S. 46•. **12)** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobilien sicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe besteht, verpfändet oder abgetreten wurde. **13)** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **14)** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeraumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **15)** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **16)** Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva								
	Finanzielle Aktiva		Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva
	insgesamt	insgesamt							
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)									
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3
2015	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1
2014 1.Vj.	2 294,4	2 221,8	542,3	328,0	288,7	225,5	709,9	65,1	62,3
2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1
3.Vj.	2 485,9	2 407,4	498,1	408,3	308,8	238,7	817,7	71,0	65,0
4.Vj.	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1
Versicherungen									
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1
2015	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0
2014 1.Vj.	1 789,2	1 742,2	385,8	285,3	260,9	212,2	486,9	60,6	50,5
2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6
3.Vj.	1 935,2	1 884,7	345,7	351,0	279,6	224,0	566,2	65,9	52,3
4.Vj.	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0
Pensionseinrichtungen 4)									
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3
2015	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1
2014 1.Vj.	505,2	479,6	156,5	42,8	27,8	13,3	223,0	4,5	11,8
2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5
3.Vj.	550,7	522,7	152,4	57,2	29,1	14,7	251,6	5,0	12,7
4.Vj.	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1
									29,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. *) Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2015 3.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldschreibungen, Schuldverschreibungen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhänder (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva								
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Versicherungstechnische Rückstellungen	Ansprüche pri- vativer Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle	Sonstige Ver- bindlichkeiten
Versicherungen und Pensionseinrichtungen⁵⁾									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015	2 514,9	18,3	92,3	224,5	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	128,9
2014 1.Vj.	2 294,4	16,3	85,1	191,3	1 825,5	1 536,6	288,9	72,6	103,5
2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
3.Vj.	2 485,9	17,5	91,6	208,4	1 954,5	1 647,4	307,1	75,5	138,3
4.Vj.	2 514,9	18,3	92,3	224,5	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	128,9
Versicherungen									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015	1 948,9	18,3	87,3	213,6	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	88,4
2014 1.Vj.	1 789,2	16,3	80,8	182,7	1 366,9	1 078,4	288,4	69,7	72,9
2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
3.Vj.	1 935,2	17,5	86,8	198,5	1 460,5	1 153,9	306,6	72,2	99,7
4.Vj.	1 948,9	18,3	87,3	213,6	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	88,4
Pensionseinrichtungen⁵⁾									
2006	282,3	—	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	—	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	—	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	—	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	—	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	—	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	—	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	—	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	—	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015	566,0	—	5,0	10,9	506,3	505,8	0,5	3,3	40,4
2014 1.Vj.	505,2	—	4,3	8,6	458,7	458,2	0,5	2,9	30,6
2.Vj.	516,0	—	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	—	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	—	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	—	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	—	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1
3.Vj.	550,7	—	4,8	9,9	494,0	493,5	0,5	3,2	38,7
4.Vj.	566,0	—	5,0	10,9	506,3	505,8	0,5	3,3	40,4

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. *) Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2015 3.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zulatszversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										Ausländer 8)	
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb					
		inländische Schuldverschreibungen 1)		Inländer			zusammen 5)		Deutsche Bundesbank			
Absatz zusammen	Bank- schuld- verschrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schreibungen 4)								
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772	
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940	
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583	
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	—	26 762	96 476	.	123 238	
2008	76 490	66 139	—	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	
2009	70 208	—	538	—	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	
2010	146 620	—	1 212	—	7 621	24 044	—	17 635	147 831	92 682	—	
2011	33 649	—	13 575	—	46 796	850	59 521	20 075	—	23 876	94 793	
2012	51 813	—	21 419	—	98 820	—	8 701	86 103	73 231	—	3 767	
2013	—	12 603	—	101 616	—	117 187	153	15 415	89 013	18 583	—	
2014	63 381	—	31 962	—	47 404	—	1 330	16 776	95 341	51 779	—	
2015	32 891	—	36 010	—	65 778	26 762	3 006	68 902	123 662	—	66 330	
2015 Mai	682	—	506	—	13 628	—	1 127	11 994	1 188	7 893	—	
Juni	—	23 141	—	25 695	—	10 836	—	3 872	—	10 987	2 554	
Juli	—	1 881	—	2 977	585	1 688	—	5 251	1 097	9 990	11 603	
Aug.	18 142	—	14 808	1 576	1 949	11 284	—	3 324	15 405	—	781	
Sept.	36 863	—	20 567	3 560	19 563	—	2 555	16 296	45 478	1 546	12 775	
Okt.	4 370	—	1 263	5 758	—	6 129	—	892	5 633	6 801	—	
Nov.	—	821	—	2 159	—	14 282	—	1 729	13 853	5 797	5 259	
Dez.	59 323	—	57 836	—	55 168	996	—	3 664	—	1 487	—	
2016 Jan.	8 853	—	1 881	7 474	2 924	—	12 279	10 733	6 823	2 236	12 023	
Febr.	31 114	—	19 483	14 851	1 224	—	3 407	11 631	20 916	2 002	12 911	
März	27 292	—	12 729	1 330	4 510	—	6 889	14 562	28 344	1 286	13 401	13 657

Mio €

Zeit	Aktien										Ausländer 13)	
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb							
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer		zusammen 11)		Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)		
Absatz zusammen	inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)										
2004	—	3 317	—	10 157	—	13 474	—	7 432	5 045	—	2 387	
2005	32 364	—	13 766	—	18 597	—	1 036	10 208	—	9 172	31 329	
2006	26 276	—	9 061	—	17 214	—	7 528	11 323	—	3 795	18 748	
2007	—	5 009	—	10 053	—	15 062	—	62 308	6 702	—	55 606	
2008	—	29 452	—	11 326	—	40 778	—	2 743	—	23 079	57 299	
2009	35 980	—	23 962	—	12 018	—	30 496	—	8 335	—	32 194	
2010	37 767	—	20 049	—	17 719	—	36 406	7 340	—	29 066	5 484	
2011	25 833	—	21 713	—	4 120	—	40 804	670	—	40 134	1 361	
2012	15 061	—	5 120	—	9 941	—	14 405	10 259	—	4 146	14 971	
2013	21 553	—	10 106	—	11 447	—	18 344	11 991	—	6 353	656	
2014	47 506	—	18 778	—	28 728	—	39 661	17 203	—	22 458	3 209	
2015	38 855	—	7 668	—	31 187	—	24 017	—	5 421	—	14 838	
2015 Mai	12 125	—	155	—	11 970	—	10 092	—	5 586	—	2 033	
Juni	4 424	—	1 277	—	3 147	—	6 837	—	4 056	—	11 261	
Juli	5 029	—	510	—	4 519	—	8 147	—	1 279	—	3 118	
Aug.	962	—	122	—	840	—	1 261	—	6 693	—	299	
Sept.	—	4 412	—	966	—	5 378	—	2 610	—	9 059	—	
Okt.	1 268	—	903	—	365	—	838	—	150	—	1 802	
Nov.	4 836	—	640	—	4 196	—	1 526	—	5 566	—	2 106	
Dez.	5 812	—	1 100	—	4 712	—	6 195	—	4 336	—	3 310	
2016 Jan.	—	1 294	—	120	—	1 414	—	367	—	5 901	—	
Febr.	—	611	—	66	—	677	—	1 539	—	5 401	—	
März	—	8 321	—	59	—	8 262	—	6 141	—	1 861	—	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. **4** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. **5** In- und ausländische Schuldverschreibungen. **6** Buchwerte; statistisch bereinigt. **7** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschl. Deutsche Bundesbank. **8** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte.

werte. **9** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. **10** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. **11** In- und ausländische Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **12** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **13** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland ⁴⁾

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver-schreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuld-verschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	—
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	—
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	—
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	—
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	—
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	—
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	—
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	—
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	—
2015 Aug.	92 367	55 370	1 407	527	34 542	18 895	6 418	30 579	—
Sept.	143 476	84 546	2 315	2 137	59 638	20 456	26 215	32 715	—
Okt.	141 457	92 061	2 675	1 210	62 892	25 285	4 253	45 143	—
Nov.	100 701	62 684	4 141	1 158	40 780	16 605	5 567	32 450	—
Dez.	65 645	45 949	1 436	793	32 123	11 597	8 406	11 290	—
2016 Jan.	120 383	77 552	1 810	1 099	54 961	19 682	6 448	36 384	—
Febr.	127 058	80 388	6 236	886	55 057	18 208	4 135	42 535	—
März	111 271	61 483	2 722	1 030	38 521	19 209	9 240	40 548	—

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren ⁵⁾

2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	—
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	—
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	—
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	—
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	—
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	—
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	—
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	—
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	—
2015 Aug.	27 132	13 254	1 078	527	2 557	9 092	3 004	10 875	—
Sept.	51 283	15 197	1 745	2 137	7 234	4 080	22 790	13 296	—
Okt.	38 693	15 655	2 170	708	2 740	10 038	1 652	21 385	—
Nov.	33 799	16 563	1 910	1 158	6 586	6 909	4 010	13 227	—
Dez.	14 240	5 609	36	43	1 269	4 262	6 029	2 603	—
2016 Jan.	29 680	15 067	1 810	1 099	7 480	4 678	3 168	11 446	—
Febr.	36 168	19 792	5 716	540	9 953	3 582	1 579	14 797	—
März	37 922	17 301	2 209	1 030	6 745	7 317	5 178	15 444	—

Netto-Absatz ⁶⁾

2004	167 233	81 860	1 039	—	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	—	22 124			
2005	141 715	65 798	—	2 151	—	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	—	35 963		
2006	129 423	58 336	—	12 811	—	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	—	19 208		
2007	86 579	58 168	—	10 896	—	46 629	42 567	73 127	—	3 683	32 093	—	29 750	
2008	119 472	—	8 517	15 052	—	65 773	25 165	34 074	—	82 653	28 302	—	31 607	
2009	76 441	—	75 554	858	—	80 646	25 579	—	21 345	48 508	103 482	—	21 037	
2010	21 566	—	87 646	—	3 754	—	63 368	28 296	—	48 822	23 748	85 464	—	10 904
2011	22 518	—	54 582	1 657	—	44 290	32 904	—	44 852	—	3 189	80 289	—	5 989
2012	—	85 298	—	100 198	—	4 177	—	41 660	—	3 259	—	51 099	—	6 401
2013	—	140 017	—	125 932	—	17 364	—	37 778	—	4 027	—	66 760	1 394	—
2014	—	34 020	—	56 899	—	6 313	—	23 856	—	862	—	25 869	10 497	—
2015	—	65 147	—	77 273	—	9 271	—	9 754	—	2 758	—	74 028	25 300	—
2015 Aug.	12 820	—	1 768	645	—	151	1 257	—	3 820	—	2 034	12 554	—	—
Sept.	19 054	—	2 097	744	—	1 417	3 802	—	1 032	—	20 743	—	3 786	—
Okt.	1 738	—	8 310	—	674	—	652	5 887	—	3 749	—	6 293	—	279
Nov.	4 210	—	10 065	3 189	—	989	—	9 760	—	4 483	—	1 260	15 536	—
Dez.	—	81 812	—	66 259	—	610	—	1 459	—	8 176	—	56 013	1 431	—
2016 Jan.	—	6 853	—	4 029	—	3 139	—	445	4 467	—	3 145	2 324	—	13 206
Febr.	16 450	—	12 194	4 786	—	42	6 832	—	534	—	122	4 133	—	—
März	11 323	—	4 244	977	—	477	1 174	—	2 571	—	4 323	2 756	—	219

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. **1** Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. **4** Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. **5** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **6** Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201	2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517	2)	645 491	250 774
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	2)	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163	2)	548 109	220 456
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	2)	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	2)	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	2)	257 612	1 634 377
2015 Sept.	3 122 025	1 222 188	128 693	76 802	578 861	437 832	2)	263 733	1 636 105
Okt.	3 123 763	1 230 497	128 019	76 149	584 747	441 581	2)	257 440	1 635 825
Nov.	3 127 974	1 220 432	131 208	77 138	574 987	437 098	2)	256 180	1 651 361
Dez.	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	2)	257 612	1 634 377
2016 Jan.	3 039 308	1 158 202	127 460	75 234	571 278	384 231	2)	259 936	1 621 171
Febr.	3 055 758	1 170 396	132 246	75 276	578 109	384 765	2)	260 058	1 625 304
März	3 067 081	1 174 640	133 223	74 800	579 283	387 335	2)	264 380	1 628 060

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: März 2016

bis unter 2	1 027 964	469 345	43 235	30 966	240 606	154 540	48 855	509 764	2 581
2 bis unter 4	653 780	284 293	37 325	20 638	154 711	71 618	47 834	321 654	306
4 bis unter 6	479 248	184 248	23 994	9 294	91 778	59 182	40 992	254 009	341
6 bis unter 8	299 388	83 176	16 161	7 030	32 515	27 470	24 047	192 166	1 332
8 bis unter 10	214 724	65 148	9 409	5 444	27 346	22 949	11 056	138 521	69
10 bis unter 15	131 792	33 587	2 851	1 249	15 030	14 458	14 482	83 722	540
15 bis unter 20	35 952	10 083	45	103	6 741	3 193	4 046	21 823	
20 und darüber	224 232	44 760	205	77	10 554	33 925	73 069	106 403	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1) Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2) Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3) Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettouzugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)			
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel-schuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung				
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	–	1 760	–	2 286		
2005	163 071	–	1 733	2 470	1 040	694	268	–	1 443	–	1 703		
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	–	1 868	–	1 256	–	3 761	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	–	682	–	1 847	–	1 636	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	–	428	–	608	–	1 306	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	–	–	3 741	–	1 269	–	974	
2010	174 596	–	1 096	3 265	497	178	10	–	486	–	993	–	3 569
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	–	552	–	762	–	3 532	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	–	–	478	–	594	–	2 411	
2013	171 741	–	6 879	2 971	718	476	–	–	1 432	–	619	–	8 992
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	–	–	465	–	1 044	–	1 446	
2015	177 416	319	4 634	397	599	–	–	1 394	–	1 385	–	2 535	
2015 Sept.	178 058	994	965	13	13	–	–	32	93	–	58	1 469 146	
Okt.	178 797	739	893	–	6	–	–	3	–	93	–	64	
Nov.	176 443	–	2 354	319	18	85	–	0	–	931	–	1 845	
Dez.	177 416	973	1 081	–	23	–	–	10	–	73	–	48	
2016 Jan.	177 279	–	136	112	43	–	–	2	–	222	–	68	
Febr.	177 125	–	154	52	–	1	–	0	–	63	–	144	
März	177 113	–	12	57	–	0	–	0	–	2	–	67	
												1 512 940	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1) Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2) Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Geregelten Markt aufge- hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Umlaufsrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)					
Zeit	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien				
	insgesamt	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktienindex (DAX)	
		zusammen	zusammen						CDAX-Kursindex				
Zeit	% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	Ende 1987=1000		
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08		
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26		
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92		
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32		
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20		
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43		
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19		
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35		
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39		
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16		
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55		
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01		
2015 Nov.	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	1,4	2,8	140,48	113,82	534,95	11 382,23		
Dez.	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	1,4	2,7	139,52	112,42	508,80	10 743,01		
2016 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	1,6	2,8	141,46	115,09	464,93	9 798,11		
Febr.	0,2	0,1	0,1	0,2	0,4	1,3	2,8	142,48	116,73	451,93	9 495,40		
März	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	1,2	2,4	142,21	116,20	473,69	9 965,51		
April	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,1	2,2	141,89	112,67	474,25	10 038,97		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €														
Zeit	Absatz = Erwerb insge- sammt	Absatz						Erwerb						
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)						Inländer						
		Publikumsfonds						aus- ländi- sche Fonds 4)	zu- sam- men	zu- sam- men	zu- sam- men	zu- sam- men		
Absatz	zu- sam- men	zu- sam- men	Geld- mar- kett- fonds	Wert- papier- fonds	Immo- bilien- fonds	Spezial- fonds								
2004	14 435	1 453	– 3 978	– 6 160	– 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	– 124	7 001	– 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	– 14 257	490	– 9 362	– 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	– 7 872	– 4 839	– 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	– 229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	– 7 911	– 14 409	– 12 171	– 11 149	799	6 498	10 509	11 315	– 16 625	– 9 252	27 940	19 761	– 8 717
2009	49 929	43 747	10 966	– 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	– 14 995	– 8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 511	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 036
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 438
2013	123 743	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	771	100	116 904	32 305	6 069
2014	139 011	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	41 302	144 168	819	– 1 745	143 349	43 046	– 5 154
2015	181 632	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	7 362	494	168 754	35 001	5 515
2015 Sept.	8 192	9 839	2 240	593	1 037	342	7 599	– 1 647	5 970	– 1 748	– 1 341	7 718	– 306	2 222
Okt.	12 061	8 164	2 738	– 46	2 020	354	5 426	3 898	12 060	237	417	11 823	3 481	1
Nov.	7 478	6 401	2 786	– 176	2 186	193	3 615	1 077	8 427	1 025	– 65	7 402	1 142	– 949
Dez.	26 600	26 955	5 428	– 248	5 262	487	21 527	– 355	25 069	– 1 935	– 2 182	27 004	1 827	1 531
2016 Jan.	17 489	15 246	2 675	366	673	1 335	12 571	2 243	18 048	– 339	– 397	18 387	2 640	– 559
Febr.	13 857	9 934	1 404	– 79	469	704	8 530	3 924	14 315	557	107	13 758	3 817	– 457
März	11 155	7 620	1 620	– 191	657	836	6 000	3 535	12 928	1 053	915	11 875	2 620	– 1 773

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet.

4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014		2015				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	4,68	–	7,30	41,49	15,13	–	4,62	–	10,85	
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	–	1,26	–	0,93	0,31	–	3,57	–	1,48
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	–	1,62	–	0,77	–	0,44	–	0,40	
langfristige Schuldverschreibungen	– 0,91	–	2,88	–	0,15	– 0,75	–	3,97	–	0,42
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	– 1,27	–	1,88	–	0,73	– 0,06	–	2,74	–	0,07
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	–	0,05	–	0,79	– 0,32	–	0,10	–	0,53
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 2,14	–	1,26	–	1,93	– 0,43	–	0,52	–	0,75
Staat	0,07	–	0,57	–	0,41	0,80	–	2,12	–	0,28
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	–	0,62	–	1,66	0,25	–	0,83	–	1,41
Kredite insgesamt	9,45	–	14,24	–	27,90	5,99	–	3,50	–	23,22
kurzfristige Kredite	27,76	–	36,06	–	23,12	15,06	–	0,93	–	20,70
langfristige Kredite	– 18,32	–	21,83	–	4,78	– 9,08	–	2,56	–	2,52
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	2,36	–	10,23	–	9,46	– 2,67	–	7,11	–	18,03
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	–	0,31	–	0,25	– 5,09	–	8,53	–	1,28
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 1,81	–	10,65	–	9,68	– 2,46	–	1,39	–	19,30
Staat	0,26	–	0,11	–	0,04	– 0,03	–	0,03	–	0,01
Kredite an das Ausland	7,09	–	4,01	–	18,44	8,65	–	3,61	–	5,19
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,50	–	11,26	–	47,35	9,36	–	5,63	–	3,23
Anteilsrechte insgesamt	31,85	–	21,64	–	31,00	8,23	–	4,86	–	4,92
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	–	1,62	–	10,41	2,77	–	2,76	–	16,68
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	–	5,39	–	8,04	2,29	–	5,95	–	14,10
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,95	–	3,78	–	2,37	0,47	–	3,19	–	2,59
Börsennotierte Aktien des Auslands	1,41	–	9,31	–	7,25	– 1,41	–	0,30	–	10,12
Übrige Anteilsrechte 1	21,75	–	13,95	–	34,16	6,88	–	7,33	–	1,65
Anteile an Investmentfonds	7,65	–	10,38	–	16,35	1,13	–	10,50	–	8,15
Geldmarktfonds	– 0,15	–	0,23	–	0,21	– 0,01	–	0,08	–	0,25
Sonstige Investmentfonds	7,80	–	10,61	–	16,13	1,14	–	10,41	–	8,40
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	–	1,04	–	1,64	0,33	–	0,06	–	0,28
Finanzderivate	6,49	–	1,42	–	1,59	– 0,09	–	4,10	–	3,55
Sonstige Forderungen	167,66	–	92,43	–	66,44	– 19,17	–	46,69	–	27,88
Insgesamt	231,45	–	75,89	–	182,30	11,86	–	61,06	–	9,92
Außenfinanzierung										
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	–	1,26	–	7,78	2,05	–	4,32	–	3,58
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 1,12	–	11,63	–	1,96	– 1,65	–	0,88	–	1,26
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	–	12,89	–	5,82	3,70	–	5,20	–	2,32
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	–	4,23	–	1,81	– 0,15	–	0,15	–	0,95
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	–	0,05	–	0,79	– 0,32	–	0,10	–	0,53
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	–	4,08	–	2,12	0,24	–	0,42	–	1,26
Staat	– 0,05	–	0,00	–	0,02	0,00	–	0,00	–	0,01
Private Haushalte	1,50	–	0,20	–	0,46	– 0,07	–	0,16	–	0,22
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	–	2,97	–	5,97	2,20	–	4,17	–	2,63
Kredite insgesamt	27,15	–	15,51	–	45,71	– 26,87	–	13,66	–	29,15
kurzfristige Kredite	24,45	–	1,96	–	19,27	– 19,82	–	11,14	–	8,47
langfristige Kredite	2,71	–	17,47	–	26,45	– 7,06	–	2,53	–	20,68
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	– 4,64	–	2,51	–	21,11	– 17,80	–	1,49	–	22,50
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	–	0,31	–	0,25	– 5,09	–	8,53	–	1,28
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,69	–	13,48	–	15,41	– 4,43	–	5,33	–	15,97
Staat	– 21,23	–	10,67	–	5,95	– 8,28	–	4,68	–	7,81
Kredite aus dem Ausland	31,74	–	18,01	–	24,60	– 9,08	–	12,18	–	6,65
Anteilsrechte insgesamt	12,04	–	27,88	–	15,04	6,08	–	15,43	–	0,05
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 4,47	–	0,97	–	6,66	0,72	–	4,69	–	1,81
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	–	5,39	–	8,04	2,29	–	5,95	–	14,10
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 5,02	–	1,59	–	11,05	– 2,49	–	0,31	–	17,66
Staat	– 0,88	–	0,03	–	0,11	0,01	–	0,01	–	0,06
Private Haushalte	– 8,21	–	2,80	–	3,55	0,90	–	1,57	–	5,43
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	–	9,72	–	0,64	3,59	–	6,65	–	2,08
Übrige Anteilsrechte 1	8,70	–	19,13	–	9,02	1,77	–	13,46	–	0,22
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	–	6,05	–	6,05	1,51	–	1,51	–	1,51
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	–	1,93	–	9,96	– 4,73	–	1,92	–	10,89
Sonstige Verbindlichkeiten	19,44	–	11,43	–	56,92	20,18	–	19,56	–	28,57
Insgesamt	81,47	–	10,18	–	121,54	– 1,79	–	10,04	–	73,76
										31,17
										4,91
										11,71

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014		2015			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	411,5	406,5	463,7	391,8	406,5	387,7	397,2	432,0	463,7
Schuldbewilligungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	47,9	49,6	48,6	48,4	48,4	47,8
kurzfristige Schuldbewilligungen	5,1	6,8	6,0	6,4	6,8	5,7	6,7	5,2	6,0
langfristige Schuldbewilligungen	39,9	42,9	41,7	41,6	42,9	42,9	41,7	43,2	41,7
nachrichtlich:									
Schuldbewilligungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	25,6	22,9	23,0	23,0	23,8	23,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,7	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	13,2	12,7	13,5	13,2	14,0	14,5
Staat	6,1	5,7	5,2	7,7	5,7	5,4	5,3	5,6	5,2
Schuldbewilligungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	22,3	26,7	25,6	25,4	24,7	24,4
Kredite insgesamt	447,0	466,0	493,7	464,0	466,0	493,6	498,3	497,6	493,7
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	397,8	376,4	375,8	398,9	399,8	399,9	397,8
langfristige Kredite	107,0	90,2	95,9	87,6	90,2	94,8	98,5	97,7	95,9
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	305,2	315,4	324,9	308,3	315,4	333,5	332,2	332,6	324,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	216,0	207,7	216,2	215,0	214,8	219,1	216,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	94,1	92,8	112,1	110,9	107,1	102,4
Staat	6,5	6,4	6,5	6,5	6,4	6,4	6,5	6,5	6,5
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	155,7	150,5	160,2	166,1	165,0	168,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 811,0	1 922,3	2 102,4	1 892,3	1 922,3	2 151,6	2 088,1	1 980,1	2 102,4
Anteilsrechte insgesamt	1 672,9	1 786,8	1 950,4	1 747,0	1 786,8	2 000,6	1 938,0	1 830,2	1 950,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	254,6	262,2	290,6	274,6	239,0	273,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	248,9	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	5,7	10,0	7,4	7,2	5,9	6,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	62,2	69,5	62,1	62,2	74,0	71,8	66,4	69,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 345,2	1 462,4	1 607,9	1 430,4	1 462,4	1 636,0	1 591,7	1 524,8	1 607,9
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	145,2	135,5	151,0	150,0	149,8	151,9
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	1,4	1,2	0,9	1,1	1,0	1,4
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	143,9	134,4	150,1	149,0	148,8	150,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	48,7	47,2	47,3	47,6	48,0	48,3	48,7
Finanzderivate	16,8	22,6	19,2	22,8	22,6	25,7	22,8	24,5	19,2
Sonstige Forderungen	891,1	857,9	929,7	863,5	857,9	900,0	927,0	922,0	929,7
Insgesamt	3 668,5	3 772,1	4 105,2	3 729,5	3 772,1	4 055,0	4 029,7	3 953,0	4 105,2
Verbindlichkeiten									
Schuldbewilligungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	143,1	150,9	159,5	157,2	158,1	156,8
kurzfristige Schuldbewilligungen	13,4	1,8	3,0	2,7	1,8	2,3	2,3	3,3	3,0
langfristige Schuldbewilligungen	125,4	149,1	153,7	140,4	149,1	157,1	154,9	154,8	153,7
nachrichtlich:									
Schuldbewilligungen inländischer Sektoren	51,1	60,0	58,6	58,5	60,0	62,5	62,6	60,6	58,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,7	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,7	39,8	37,7	39,7	41,9	42,7	41,2	39,8
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	16,0	15,8	16,4	15,3	15,2	15,0
Schuldbewilligungen des Auslands	87,8	90,8	98,2	84,6	90,8	97,0	94,6	97,5	98,2
Kredite insgesamt	1 418,5	1 388,8	1 437,3	1 418,5	1 388,8	1 422,8	1 439,2	1 436,7	1 437,3
kurzfristige Kredite	494,2	496,2	515,9	507,1	496,2	508,8	522,3	518,1	515,9
langfristige Kredite	924,2	892,6	921,4	911,3	892,6	914,0	916,9	918,6	921,4
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 098,7	1 083,3	1 102,6	1 101,6	1 083,3	1 105,5	1 112,3	1 112,4	1 102,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	216,0	207,7	216,2	215,0	214,8	219,1	216,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,1	814,5	828,6	836,8	814,5	831,1	839,7	838,2	828,6
Staat	61,0	52,6	58,1	57,0	52,6	59,4	57,7	55,1	58,1
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	316,9	305,5	317,3	326,9	324,3	334,6
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 430,7	2 542,2	2 860,2	2 715,7	2 484,8	2 670,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,0	626,4	542,1	570,0	681,4	625,1	551,6	626,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	248,9	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	133,9	150,1	116,7	133,9	181,9	159,4	130,8	150,1
Staat	35,2	35,2	43,4	34,1	35,2	42,9	39,5	41,1	43,4
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	142,4	148,7	173,4	158,8	146,5	166,2
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,9	756,3	674,9	719,9	839,8	789,6	693,2	756,3
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 213,7	1 252,3	1 339,0	1 301,0	1 240,0	1 288,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	249,9	256,0	248,4	249,9	251,5	253,0	254,5	256,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	37,3	54,0	40,2	44,4	54,0	63,9	46,6	44,7	40,2
Sonstige Verbindlichkeiten	964,8	985,5	1 052,7	982,7	985,5	1 038,5	1 025,7	1 027,5	1 052,7
Insgesamt	5 240,0	5 371,3	5 613,9	5 267,9	5 371,3	5 796,4	5 637,3	5 406,4	5 613,9

¹⁾ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014		2015			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	63,87	85,60	85,21	16,41	40,18	14,61	31,14	8,49	30,98
Bargeld	8,08	15,42	14,05	3,26	6,88	4,12	7,18	3,01	0,26
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	13,15	33,30	10,49	23,96	5,48	31,24
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	11,88	33,62	19,30	34,43	15,01	32,22
Termineinlagen	– 9,78	8,74	– 9,22	0,94	4,12	– 2,32	– 3,12	– 4,21	0,44
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	– 23,85	– 12,41	– 20,58	0,33	– 4,44	– 6,49	– 7,35	– 5,32	– 1,43
Schuldverschreibungen insgesamt	– 17,81	– 18,00	– 17,40	– 7,47	– 5,89	– 7,38	– 5,09	– 1,87	– 3,07
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 0,36	– 0,67	0,75	– 0,39	– 0,32	0,29	0,31	0,28	– 0,13
langfristige Schuldverschreibungen	– 17,45	– 17,33	– 18,16	– 7,09	– 5,57	– 7,66	– 5,40	– 2,14	– 2,95
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	– 14,86	– 15,08	– 9,34	– 5,92	– 4,25	– 4,76	– 2,98	– 0,16	– 1,45
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	0,11	0,23	0,21	0,23	0,02	0,07
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 12,46	– 12,52	– 6,80	– 4,92	– 3,58	– 4,05	– 2,40	0,44	0,78
Staat	– 3,64	– 2,58	– 2,93	– 0,89	– 0,44	– 0,91	– 0,81	– 0,61	– 0,60
Schuldverschreibungen des Auslands	– 2,94	– 2,93	– 8,06	– 1,56	– 1,64	– 2,62	– 2,11	– 1,71	– 1,62
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	7,55	10,43	4,53	10,53	16,85	14,48
Anteilsrechte insgesamt	– 0,41	12,17	15,03	1,00	3,95	– 6,26	2,87	11,73	6,69
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 5,63	4,61	4,06	0,25	1,79	– 6,53	1,13	6,67	2,79
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 5,29	2,69	3,77	0,85	1,55	– 5,50	0,49	6,03	2,76
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,35	1,93	0,28	– 5,92	– 4,25	– 1,03	0,64	0,64	0,03
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	0,08	1,06	0,66	0,80	3,00	2,30
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	0,68	1,10	– 0,39	0,95	2,07	1,60
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	6,55	6,49	10,79	7,66	5,12	7,79
Geldmarktfonds	– 0,30	– 0,34	– 0,57	– 0,10	0,12	– 0,16	– 0,02	– 0,10	– 0,30
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	6,65	6,37	10,95	7,68	5,22	8,09
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,46	19,75	5,48	5,88	5,63	5,07	4,93	4,12
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	35,56	5,21	7,67	16,27	9,01	5,31	4,97
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	25,22	26,09	3,73	6,40	6,12	4,07	6,17	9,72
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	9,76	– 31,14	– 16,71	1,97	– 24,85	11,65	– 10,21	– 0,08	– 18,07
Insgesamt	142,56	153,40	178,88	32,88	39,82	51,43	44,53	39,80	43,12
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	11,96	19,33	38,41	9,18	4,20	3,59	11,78	14,56	8,48
kurzfristige Kredite	– 3,31	– 1,98	– 3,17	– 1,26	– 2,04	1,00	– 1,26	– 1,51	– 1,40
langfristige Kredite	15,27	21,31	41,58	10,44	6,24	2,59	13,04	16,07	9,88
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,89	23,60	35,84	9,10	8,35	2,30	10,24	13,76	9,53
Konsumentenkredite	– 0,30	1,21	5,44	1,33	– 1,71	1,57	2,15	1,40	0,32
Gewerbliche Kredite	– 6,64	– 5,49	– 2,88	– 1,25	– 2,44	– 0,29	– 0,61	– 0,60	– 1,38
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	9,60	4,17	3,27	11,60	15,09	9,38
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	– 0,60	0,45	– 0,94	– 0,42	0,03	0,32	0,18	– 0,53	– 0,90
Kredite vom Staat und Ausland	– 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	– 0,01	0,03	0,31	0,30	– 0,43	0,25	0,05	– 0,01	0,02
Insgesamt	11,94	19,36	38,72	9,48	3,76	3,84	11,83	14,55	8,50

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014		2015			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 997,9	2 083,1	1 956,0	1 997,9	2 012,5	2 043,6	2 052,1	2 083,1
Bargeld	112,0	127,5	141,5	120,6	127,5	131,6	138,8	141,8	141,5
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 835,4	1 870,4	1 880,9	1 904,8	1 910,3	1 941,6
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	947,8	981,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1	1 082,4
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	250,5	256,4	254,0	250,9	246,4	246,8
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	637,1	632,7	626,2	618,9	613,8	612,4
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	168,9	162,2	156,8	149,2	144,0	139,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,4	2,1	2,4	2,7	3,0	2,9
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	166,5	160,1	154,3	146,5	141,0	136,9
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	107,1	102,4	98,6	94,3	92,2	89,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	14,5	14,1	14,8	13,7	13,5	13,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	82,6	78,7	75,1	72,9	71,5	69,5
Staat	12,0	9,6	6,5	10,0	9,6	8,7	7,8	7,1	6,5
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	61,8	59,8	58,2	54,9	51,8	50,3
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	928,9	951,4	1 051,1	1 018,4	982,1	1 040,7
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	497,2	508,9	563,4	537,0	518,3	555,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	163,0	169,7	197,9	179,6	168,4	188,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	136,2	142,1	165,4	151,1	140,2	158,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	26,9	27,6	32,5	28,5	28,2	30,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	63,2	64,0	74,6	71,7	67,9	74,8
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	271,0	275,3	290,9	285,7	282,0	292,2
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	431,7	442,5	487,7	481,3	463,8	484,8
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	4,0	4,0	3,8	3,8	3,7	3,4
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	427,7	438,5	483,8	477,5	460,1	481,4
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien									
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	291,3	307,3	323,0	303,6	307,3	311,5	315,7	319,8	323,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	847,3	885,6	924,7	876,0	885,6	903,2	913,0	918,9	924,7
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,8	36,0	35,8	35,6	35,5	35,1	34,8
Insgesamt	4 859,4	5 082,2	5 318,2	4 998,1	5 082,2	5 220,1	5 229,8	5 213,5	5 318,2
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 549,6	1 569,2	1 605,6	1 564,7	1 569,2	1 571,6	1 583,2	1 597,3	1 605,6
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	66,5	64,6	65,6	64,1	62,6	60,9
langfristige Kredite	1 483,2	1 504,7	1 544,7	1 498,3	1 504,7	1 506,0	1 519,1	1 534,7	1 544,7
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 116,8	1 152,8	1 108,9	1 116,8	1 119,1	1 129,5	1 143,0	1 152,8
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	190,6	188,9	189,2	191,2	192,2	191,9
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	265,2	263,6	263,3	262,5	262,1	260,9
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 473,1	1 477,6	1 479,6	1 491,0	1 505,7	1 514,9
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	91,7	90,7	91,7	91,7	92,0	92,2	91,6	90,7
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	15,7	15,9	17,3	15,7	17,0	16,7	16,9	15,9
Insgesamt	1 565,2	1 585,0	1 621,5	1 582,1	1 585,0	1 588,5	1 599,9	1 614,2	1 621,5

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
	Mrd €	in % des BIP								
Finanzierungssaldo¹⁾										
2009	- 79,6	- 40,5	- 19,5	- 5,1	- 14,4	- 3,2	- 1,6	- 0,8	- 0,2	- 0,6
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012 p)	- 2,7	- 16,3	- 7,4	+ 2,7	+ 18,3	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 3,8	- 7,7	- 3,2	+ 1,7	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 p)	+ 8,4	+ 8,6	- 0,8	- 2,8	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2015 ts)	+ 21,2	+ 10,0	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. p)	+ 10,8	+ 1,7	- 0,7	+ 3,3	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,4	+ 6,9	- 0,0	- 6,1	- 3,2	- 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. ts)	+ 15,7	+ 2,6	+ 3,5	+ 5,6	+ 4,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ts)	+ 5,5	+ 7,4	- 1,2	- 1,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
Schuldenstand²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2009	1 782,0	1 079,7	583,4	133,5	1,3	72,4	43,9	23,7	5,4	0,1
2010	2 089,9	1 335,2	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 116,8	1 342,3	644,1	146,8	1,3	78,3	49,7	23,8	5,4	0,0
2012 p)	2 193,3	1 386,6	672,3	151,0	1,2	79,6	50,3	24,4	5,5	0,0
2013 p)	2 177,8	1 389,6	650,7	153,5	1,3	77,2	49,3	23,1	5,4	0,0
2014 p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0
2014 1.Vj. p)	2 168,9	1 386,8	646,5	153,3	1,2	76,1	48,6	22,7	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 175,8	1 395,3	644,6	154,0	1,1	75,8	48,6	22,4	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 176,6	1 391,4	647,1	154,3	1,1	75,2	48,1	22,4	5,3	0,0
4.Vj. p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 1.Vj. p)	2 185,8	1 399,3	653,5	154,3	1,4	74,4	47,6	22,2	5,3	0,0
2.Vj. p)	2 152,0	1 382,7	633,8	153,8	1,4	72,6	46,6	21,4	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 377,2	641,9	154,3	1,5	72,0	46,0	21,4	5,2	0,0
4.Vj. p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt 1)		
	davon:		davon:									
	insgesamt	Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2009	1 090,9	554,7	415,6	120,6	1 170,5	624,8	197,8	65,0	58,3	224,6	- 79,6	974,3
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012 p)	1 222,1	623,9	454,2	144,0	1 224,8	644,4	212,9	63,1	62,2	242,3	- 2,7	1 082,6
2013 p)	1 252,4	642,0	464,9	145,5	1 256,2	665,7	218,6	56,0	63,5	252,4	- 3,8	1 111,3
2014 p)	1 299,6	665,1	481,9	152,5	1 291,2	691,1	224,6	51,5	63,2	260,8	+ 8,4	1 151,5
2015 ts)	1 349,9	697,2	501,2	151,6	1 328,7	721,6	230,7	48,5	65,9	261,9	+ 21,2	1 203,7
in % des BIP												
2009	44,3	22,5	16,9	4,9	47,6	25,4	8,0	2,6	2,4	9,1	- 3,2	39,6
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012 p)	44,4	22,6	16,5	5,2	44,5	23,4	7,7	2,3	2,3	8,8	- 0,1	39,3
2013 p)	44,4	22,8	16,5	5,2	44,5	23,6	7,8	2,0	2,3	8,9	- 0,1	39,4
2014 p)	44,6	22,8	16,5	5,2	44,3	23,7	7,7	1,8	2,2	8,9	+ 0,3	39,5
2015 ts)	44,6	23,0	16,6	5,0	43,9	23,8	7,6	1,6	2,2	8,7	+ 0,7	39,8
Zuwachsraten in %												
2009	- 1,9	- 5,3	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,6	- 5,1	+ 10,7	+ 5,1	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	- 6,5	+ 1,4	+ 2,1	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,7	- 11,2	+ 2,1	+ 4,2	.	+ 2,6
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7	- 8,1	- 0,5	+ 3,3	.	+ 3,6
2015 ts)	+ 3,9	+ 4,8	+ 4,0	- 0,6	+ 2,9	+ 4,4	+ 2,7	- 5,7	+ 4,2	+ 0,4	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben								Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	ins- gesamt 4)	Steuern	darunter:	Finan- zielle Trans- akto- nen 5)	ins- gesamt 4)	Per- sonal- aus- gaben	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- aus- gaben	Sach- investi- tionen	Finan- zielle Trans- akto- nen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	– 90,1	492,1	506,0	– 14,0	1 013,4	1 117,5	– 104,0	
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	– 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	– 75,2	
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	– 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	– 7,0	
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	– 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	– 7,9	
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	– 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	– 7,0	
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4	
2013 1.Vj. p)	178,0	148,6	2,6	187,8	53,7	74,9	22,5	6,0	2,9	– 9,8	128,5	132,3	– 3,8	281,3	294,9	– 13,6	
2. Vj. p)	193,8	155,3	4,8	185,0	54,7	68,7	14,2	8,5	8,0	+ 8,8	133,1	132,6	+ 0,5	302,0	292,7	+ 9,4	
3. Vj. p)	183,8	151,8	2,4	192,3	55,2	70,9	20,1	11,6	3,2	– 8,5	131,6	132,6	– 1,0	290,4	299,9	– 9,5	
4. Vj. p)	204,7	164,2	4,6	207,5	60,8	71,0	10,0	15,4	8,3	– 2,8	142,7	134,2	+ 8,5	321,9	316,2	+ 5,7	
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	– 5,7	132,8	136,1	– 3,3	296,0	305,0	– 9,0	
2. Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6	
3. Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	– 1,4	136,3	137,4	– 1,1	303,1	305,5	– 2,4	
4. Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0	
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	– 2,8	137,3	142,8	– 5,4	307,6	315,8	– 8,2	
2. Vj. p)	208,5	167,7	1,5	185,4	59,5	73,2	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,2	302,0	+ 23,2	
3. Vj. p)	202,7	159,0	3,8	197,9	62,3	70,9	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	– 2,1	318,0	315,5	+ 2,6	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1) Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatsektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad. Bank FMSW. 2) Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren

stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3) Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4) Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5) Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6) Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	– 34,5	260,1	287,1	– 26,9	170,8	178,3	– 7,5
2010	288,7	333,1	– 44,4	266,8	287,3	– 20,5	175,4	182,3	– 6,9
2011	307,1	324,9	– 17,7	286,5	295,9	– 9,4	183,9	184,9	– 1,0
2012 p)	312,5	335,3	– 22,8	311,0	316,1	– 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	– 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	– 0,3	338,3	336,2	+ 2,0	218,7	218,8	– 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	353,9	349,2	+ 4,7	232,7	229,1	+ 3,6
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	– 13,0	77,4	77,9	– 0,5	42,1	46,4	– 4,3
2. Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3. Vj. p)	77,4	85,2	– 7,8	78,7	78,9	– 0,2	51,5	52,1	– 0,5
4. Vj. p)	90,2	92,7	– 2,5	85,8	88,6	– 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	– 10,6	80,3	81,0	– 0,7	45,1	50,0	– 4,8
2. Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3. Vj. p)	82,5	85,3	– 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	– 0,5
4. Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	– 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	– 7,1	84,2	84,5	– 0,3	46,3	52,1	– 5,8
2. Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3. Vj. p)	85,9	89,0	– 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4. Vj. p)	91,4	83,3	+ 8,1	94,1	96,6	– 2,6	69,0	65,9	+ 3,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1) Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentlastung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2) Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3) Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)			
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	–	34
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	–	28
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+	43
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	–	101
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+	198
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	–	212
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+	7 698
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	–	400
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	–	192
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	–	6 908
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+	8 163
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	–	299
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	–	392
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	–	7 684
2016 1.Vj.	...	144 841	74 113	61 972	8 755	6 488
2015 März	.	53 793	28 387	22 756	2 651	2 144
2016 März	.	57 691	30 150	24 894	2 647	2 163

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträgen siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Landeskassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern							Bundes- steuern 7)	Länder- steuern 7)	EU- Zölle	Nach- richtlich: Gemein- deanteil an den gemein- schaft- lichen Steuern			
		Einkommensteuern 2)			Steuern vom Umsatz 5)										
		zu- sammen	Lohn- steuer 3)	Ver- anlagte Ein- kommen- steuer	Körper- schafts- steuer	Kapital- ertrag- steuer 4)	zu- sammen	Umsatz- steuer	Einfuhr- umsatz- steuer						
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375			
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146			
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095			
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201			
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723			
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556			
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339			
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481			
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318			
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395			
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361			
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207			
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838			
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029			
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265			
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673			
2015 März	57 970	32 505	12 987	12 148	5 858	1 512	14 684	10 744	3 940	11	8 470	1 875			
2016 März	62 073	35 229	13 416	13 131	7 077	1 604	15 294	11 211	4 084	12	8 886	2 208			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Solida- ritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brann- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801	60 396	45 752	13 215
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	2 722	3 979	5 946	2 489	1 685	565	547	.	3 217	1 668	787
2015 März	3 019	1 155	1 803	720	831	642	139	161	.	953	575	347
2016 März	2 925	1 482	1 940	782	868	579	131	180	.	1 094	776	338

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.
1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuern sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen		
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			Einn- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke				
		Beiträge 3)	Zahlu- ngen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner									
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+	211	16 821	16 614	23	64	120	4 525	
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+	2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464	
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+	4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379	
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+	5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315	
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+	1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250	
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+	3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263	
2015 p)	275 555	194 511	79 947	277 370	236 954	16 698	-	1 815	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242	
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	-	1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292	
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+	563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294	
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	-	1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291	
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+	4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290	
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	-	477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251	
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+	2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260	
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	-	672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256	
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+	2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275	
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	-	2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255	
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+	257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254	
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	-	2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259	
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+	3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242	
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	-	1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223	

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrsende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes			
	insgesamt 1)	darunter:			insgesamt	darunter:										
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)					
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-			
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207			
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-			
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-			
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-			
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-			
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-			
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-			
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-			
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-			
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-			
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-			
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-			
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-			
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-			
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-			
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-			
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-			
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-			
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-			

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. *) Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:									
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)			
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988		
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725		
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450		
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025		
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867		
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445		
2015 p)	210 017	195 773	11 500	213 615	68 141	34 608	35 743	13 475	13 608	11 231	10 402	- 3 598		
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915		
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26		
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98		
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676		
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827		
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042		
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043		
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588		
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848		
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501		
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996		
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747		

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins- gesamt	darunter: Beiträge 2)	ins- gesamt	darunter:							
				Pflege- sach- leistung	Voll- stationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenver- sicherung 3)	Verwaltungs- ausgaben			
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986	
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325	
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331	
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95	
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567	
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517	
2015 p)	30 687	30 609	29 007	3 704	10 742	6 457	954	1 265	+	1 680	
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9	
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192	
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21	
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464	
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123	
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144	
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37	
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471	
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346	
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472	
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236	
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626	

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgfonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbstätige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen	Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)
	brutto 2)	netto			
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106	2009
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607	2010
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036	2011
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375	2012
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601	2013
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891	2014 p)
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916	2015 p)
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879	2013 1.Vj.
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979	2.Vj.
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090	3.Vj.
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389	4.Vj.
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556	2014 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589	2.Vj. p)
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817	3.Vj. p)
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675	4.Vj. p)
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612	2015 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930	2.Vj. p)
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091	3.Vj. p)
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142	4.Vj. p)

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
	insgesamt	Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	
2009	1 781 987	4 440	556 202	188 858	134 956
2010	2 089 946	4 440	691 199	208 244	133 531
2011	2 116 832	4 440	631 193	208 005	120 689
2012	2 193 258	4 440	634 707	200 406	140 259
2013	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951
2014 p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905
2015 p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358
2013 1.Vj.	2 183 148	4 440	627 633	194 817	144 972
2.Vj.	2 182 551	4 440	620 339	201 034	136 826
3.Vj.	2 162 541	4 440	621 661	191 759	142 018
4.Vj.	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951
2014 1.Vj. p)	2 168 893	4 440	622 203	190 620	131 109
2.Vj. p)	2 175 778	4 440	619 901	189 862	131 186
3.Vj. p)	2 176 615	4 440	621 869	189 118	127 758
4.Vj. p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905
2015 1.Vj. p)	2 185 757	12 335	620 410	189 242	136 092
2.Vj. p)	2 152 027	34 310	606 650	187 345	137 223
3.Vj. p)	2 154 069	54 990	610 635	188 220	138 513
4.Vj. p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 254	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 806	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 017	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 429	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 286	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 383	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 821 829	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 729	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 450	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 889	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 276	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	281 984	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 447	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 067	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 385	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	270 776	42	110 944	4 440	2
3.Vj. p)	1 810 270	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	269 138	42	110 741	4 440	2
4.Vj. p)	1 811 144	19 735	429 513	246 940	1 305	725 236	1 070	271 419	42	111 442	4 440	2
Bund 7) 8) 9)												
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	—	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	—	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	—	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	—	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	—	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	—	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	—	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	—	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	—	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	—	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	—	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	—	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	—	7 996	4 440	2
Länder												
2009	505 359	1 561	248 091	—	—	—	—	167 310	8	88 389	—	1
2010	528 696	1 176	265 631	—	—	—	—	167 429	1	94 459	—	1
2011	537 870	1 975	283 601	—	—	—	—	154 844	62	97 387	—	1
2012	540 836	950	299 750	—	—	—	—	138 698	52	101 386	—	1
2013	545 814	125	313 412	—	—	—	—	133 899	35	98 343	—	1
2014 1.Vj.	540 134	261	309 346	—	—	—	—	132 020	10	98 495	—	1
2.Vj.	542 656	1 098	314 024	—	—	—	—	128 616	5	98 913	—	1
3.Vj.	546 756	856	322 362	—	—	—	—	125 257	5	98 276	—	1
4.Vj.	549 692	0	326 188	—	—	—	—	124 802	5	98 697	—	1
2015 1.Vj. p)	547 175	1 821	323 055	—	—	—	—	123 632	5	98 662	—	1
2.Vj. p)	537 972	2 040	320 492	—	—	—	—	117 313	5	98 121	—	1
3.Vj. p)	543 326	2 056	326 447	—	—	—	—	116 573	5	98 245	—	1
4.Vj. p)	550 085	1 199	333 124	—	—	—	—	116 761	5	98 996	—	1
Gemeinden 10)												
2009	119 466	—	—	—	—	219	—	115 270	52	3 925	—	—
2010	128 740	—	—	—	—	375	—	121 938	20	6 407	—	—
2011	133 730	—	—	—	—	381	—	128 380	40	4 929	—	—
2012	137 386	—	—	—	—	423	—	133 916	18	3 029	—	—
2013	137 697	—	—	—	—	646	—	133 713	11	3 328	—	—
2014 1.Vj.	140 198	—	—	—	—	1 046	—	135 811	11	3 330	—	—
2.Vj.	140 719	—	—	—	—	1 046	—	136 332	11	3 330	—	—
3.Vj.	141 274	—	—	—	—	1 046	—	136 888	11	3 330	—	—
4.Vj.	142 456	—	—	—	—	1 297	—	136 674	37	4 448	—	—
2015 1.Vj. p)	147 230	—	—	—	—	1 597	—	141 146	37	4 450	—	—
2.Vj. p)	146 776	—	—	—	—	1 847	—	140 442	37	4 450	—	—
3.Vj. p)	147 274	—	—	—	—	1 997	—	140 790	37	4 450	—	—
4.Vj. p)	147 318	—	—	—	—	1 997	—	140 834	37	4 450	—	—

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätz. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuld-scheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Al-

verbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarkstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 9 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 10 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	Index 2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2014				2015																		
			2013	2014	2015	2013	2014	2015	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.										
Preisbereinigt, verkettet																									
I. Entstehung des Inlandsprodukts																									
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	106,3	108,1	110,2	0,4	1,6	2,0	0,4	1,6	1,1	1,1	2,3	2,4	2,0												
Baugewerbe	101,3	104,0	104,2	- 1,2	2,6	0,3	1,7	0,2	- 0,4	- 2,3	- 0,7	- 0,3	3,6												
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	103,9	105,2	106,9	- 2,4	1,3	1,6	0,6	0,7	1,5	1,6	1,3	1,6	1,9												
Information und Kommunikation	122,6	125,5	129,1	6,0	2,4	2,8	2,2	2,5	2,4	1,9	2,9	2,9	3,8												
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	99,1	99,8	98,8	0,5	0,6	- 0,9	1,9	- 0,0	0,2	0,0	- 1,2	- 2,1	- 0,4												
Grundstücks- und Wohnungswesen	102,6	103,6	105,0	1,4	1,0	1,4	0,9	1,0	0,9	0,9	1,2	1,7	1,7												
Unternehmensdienstleister 1)	104,0	106,6	109,4	0,6	2,4	2,7	1,7	2,6	2,2	1,9	2,7	2,5	3,5												
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,6	103,7	104,9	0,6	1,0	1,2	0,6	0,7	1,2	1,4	1,6	1,1	0,8												
Sonstige Dienstleister	98,4	98,5	98,9	- 0,9	0,1	0,4	- 0,4	- 0,0	0,0	- 0,1	0,4	0,2	1,0												
Bruttonetwertschöpfung	104,4	106,0	107,6	0,3	1,5	1,5	0,9	1,3	1,2	1,1	1,6	1,5	1,9												
Bruttoinlandsprodukt 2)	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,0	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1												
II. Verwendung des Inlandsprodukts																									
Private Konsumausgaben 3)	103,0	103,9	106,0	0,6	0,9	1,9	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1	1,6												
Konsumausgaben des Staates	103,0	104,8	107,2	0,8	1,7	2,4	1,9	1,8	2,0	2,2	2,3	2,3	2,7												
Ausrüstungen	101,6	106,3	111,4	- 2,3	4,5	4,8	4,5	3,8	2,3	3,9	3,4	5,4	6,3												
Bauten	107,5	110,7	111,0	- 1,1	2,9	0,3	0,5	- 0,0	1,1	- 2,2	- 0,1	0,2	3,3												
Sonstige Anlagen 4)	106,3	109,7	112,6	- 0,3	3,1	2,7	3,2	3,7	3,7	2,7	2,7	2,8	2,7												
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,2												
Inländische Verwendung	102,7	104,1	105,7	0,8	1,3	1,6	1,1	0,0	1,5	1,4	0,8	1,9	2,3												
Außenbeitrag 6)	.	- 0,5	0,4	0,2	- 0,1	1,1	0,2	0,0	0,0	0,9	- 0,1	0,0	0,0												
Exporte	113,0	117,6	123,9	1,6	4,0	5,4	2,7	4,7	4,4	4,8	6,5	5,2	5,0												
Importe	109,9	114,0	120,7	3,1	3,7	5,8	3,3	2,4	4,6	5,8	5,4	6,2	5,8												
Bruttoinlandsprodukt 2)	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,0	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1												
In jeweiligen Preisen (Mrd €)																									
III. Verwendung des Inlandsprodukts																									
Private Konsumausgaben 3)	1 562,7	1 592,2	1 633,4	1,9	1,9	2,6	1,7	1,5	2,3	2,6	2,7	2,8	2,3												
Konsumausgaben des Staates	541,9	564,0	586,7	3,7	4,1	4,0	4,5	4,1	4,0	3,6	3,9	3,9	4,7												
Ausrüstungen	181,3	189,8	200,1	- 2,0	4,7	5,4	4,4	4,0	2,6	4,3	4,0	6,1	6,9												
Bauten	277,2	291,8	297,7	1,6	5,2	2,0	3,3	1,8	2,7	- 0,2	1,6	1,7	4,9												
Sonstige Anlagen 4)	98,8	103,5	108,5	0,9	4,8	4,7	4,9	5,6	5,4	4,8	4,8	4,8	4,6												
Vorratsveränderungen 5)	- 10,5	- 22,0	- 36,5												
Inländische Verwendung	2 651,4	2 719,3	2 789,8	2,5	2,6	2,6	2,6	1,3	2,4	2,2	1,8	2,9	3,4												
Außenbeitrag	169,4	196,4	236,1												
Exporte	1 283,1	1 333,2	1 419,6	1,3	3,9	6,5	2,2	4,8	4,7	5,6	8,4	6,4	5,5												
Importe	1 113,7	1 136,8	1 183,5	1,3	2,1	4,1	1,5	1,1	3,1	3,4	4,6	4,9	3,5												
Bruttoinlandsprodukt 2)	2 820,8	2 915,7	3 025,9	2,4	3,4	3,8	2,8	2,9	3,2	3,3	3,7	3,7	4,4												
IV. Preise (2010 = 100)																									
Privater Konsum	104,9	105,9	106,6	1,2	1,0	0,6	1,0	1,0	0,7	0,4	0,9	0,6	0,7												
Bruttoinlandsprodukt	104,7	106,6	108,7	2,1	1,7	2,1	1,8	1,7	1,6	2,0	2,1	1,9	2,2												
Terms of Trade	98,3	99,7	102,4	1,4	1,5	2,7	1,4	1,3	1,7	3,1	2,6	2,4	2,8												
V. Verteilung des Volkseinkommens																									
Arbeitnehmerentgelt	1 430,8	1 485,3	1 543,1	2,8	3,8	3,9	3,8	3,8	3,7	3,4	4,0	4,0	4,2												
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	665,8	690,9	717,5	0,9	3,8	3,9	0,3	4,2	1,5	3,9	2,9	4,0	4,6												
Volkseinkommen	2 096,6	2 176,2	2 260,6	2,2	3,8	3,9	2,7	3,9	3,1	3,6	3,6	4,0	4,3												
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 882,0	2 982,4	3 091,5	2,2	3,5	3,7	2,7	3,4	3,1	3,3	3,4	3,7	4,2												

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016. **1** Erbringung von frei-
beruflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleis-
tungen. **2** Bruttonetwertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-
tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum
(u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozu-
gang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bau- gewerbe	Energie	Industrie			davon: nach Hauptgruppen			darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
			zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metall- erzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall- erzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % 1)	100,00	11,24	10,14	78,62	31,02	33,31	2,49	11,80	10,41	10,37	12,17	11,62
Zeit												
2012	106,3	105,9	97,4	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,7
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,7	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015 r)	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2015 1.Vj. r)	105,2	84,1	104,7	108,3	106,2	113,8	104,0	99,3	110,4	107,6	107,3	122,7
2.Vj. r)	108,4	108,3	91,3	110,6	107,7	117,5	101,5	100,7	113,4	108,0	115,9	120,3
3.Vj. r)	109,0	113,8	93,1	110,4	107,4	116,6	100,2	103,2	112,2	111,0	113,5	117,5
4.Vj. r)	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj. x)p)	106,9	87,1	101,7	110,4	107,6	116,9	105,5	100,1	112,2	109,5	108,1	126,4
2015 März r)	115,6	102,9	106,6	118,6	113,8	127,8	113,2	106,0	118,8	117,0	123,2	134,9
April r)	107,4	105,7	95,3	109,2	106,8	115,7	102,1	98,7	113,0	104,4	112,2	120,8
Mai r)	106,7	107,7	89,4	108,8	106,4	115,0	99,7	99,8	111,9	106,1	112,1	119,8
Juni r)	111,0	111,4	89,3	113,7	109,8	121,9	102,6	103,5	115,2	113,5	123,4	120,3
Juli 2)r)	111,7	116,0	94,2	113,4	109,9	121,0	97,2	104,8	114,8	111,7	116,1	126,8
Aug. 2)r)	102,1	110,2	90,7	102,4	102,5	103,8	90,8	100,8	105,8	105,0	105,6	96,8
Sept. r)	113,3	115,1	94,5	115,5	109,9	125,1	112,7	103,9	116,0	116,2	118,9	129,0
Okt. r)	113,9	119,0	99,0	115,2	110,2	123,2	109,5	106,7	117,6	112,6	116,1	130,4
Nov. r)	115,7	120,6	101,3	116,9	109,5	127,0	113,4	108,7	117,1	115,8	121,3	129,5
Dez. r)	104,2	114,2	101,7	103,1	90,2	117,7	93,4	97,7	94,3	105,5	130,0	89,7
2016 Jan. x)	100,4	72,3	106,4	103,7	103,2	106,1	99,0	99,0	106,9	102,9	95,3	116,1
Febr. x)	104,3	85,2	96,9	108,0	105,1	115,3	104,3	95,7	109,3	107,2	105,6	127,1
März x)p)	115,9	103,9	101,7	119,4	114,6	129,2	113,2	105,7	120,5	118,3	123,4	136,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2012	- 0,4	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2013	+ 0,1	- 0,3	- 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,1
2015 r)	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2015 1.Vj. r)	+ 0,1	- 4,4	+ 5,8	- 0,1	- 0,6	+ 0,4	+ 1,6	- 0,7	- 0,6	+ 1,3	- 0,7	+ 0,1
2.Vj. r)	+ 1,2	- 2,0	+ 6,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,4	- 1,3
3.Vj. r)	+ 1,0	- 2,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 1,3	+ 2,6
4.Vj. r)	- 0,3	- 0,8	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj. x)p)	+ 1,6	+ 3,6	- 2,9	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 3,0
2015 März r)	+ 0,3	- 2,1	+ 8,0	- 0,2	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	- 1,3	+ 1,0	- 0,4	- 1,2
April r)	+ 0,7	- 2,7	+ 7,7	+ 0,4	- 0,7	+ 2,0	+ 4,0	- 2,6	+ 0,8	- 0,8	+ 3,7	- 1,4
Mai r)	+ 1,6	+ 0,1	+ 4,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 5,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,9	- 0,4
Juni r)	+ 1,3	- 3,4	+ 7,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,4	- 2,1
Juli 2)r)	+ 0,6	- 2,8	+ 11,0	+ 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	- 2,3
Aug. 2)r)	+ 2,4	- 1,3	+ 6,7	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,8	+ 8,9	+ 0,3	+ 1,9	- 0,3	- 0,7	+ 15,7
Sept. r)	+ 0,2	- 2,6	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 1,0	+ 0,8	- 4,3	- 1,0
Okt. r)	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	+ 2,1	+ 1,2	- 2,8	+ 0,6	- 1,7	- 0,2	+ 3,5
Nov. r)	± 0,0	± 0,0	+ 2,9	- 0,3	± 0,0	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,6	- 0,3	- 1,7	- 3,6
Dez. r)	- 1,0	- 1,5	- 0,2	- 1,2	- 0,1	- 1,7	- 0,5	- 2,3	- 2,1	+ 2,7	- 4,5	- 7,0
2016 Jan. x)	+ 2,7	+ 2,0	± 0,0	+ 3,2	+ 1,4	+ 5,2	+ 4,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,7	+ 7,5
Febr. x)	+ 2,0	+ 8,4	- 4,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5
März x)p)	+ 0,3	+ 1,0	- 4,6	+ 0,7	+ 1,1	± 0,0	- 0,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiblatt Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. o Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbau- gewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie	davon:																
		Vorleistungsgüterproduzenten			Investitionsgüterproduzenten			Konsumgüterproduzenten			davon:							
		2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %					
insgesamt																		
2011	109,9	+	10,5	109,1	+	9,6	111,2	+	11,8	103,8	+	4,2	105,3	+	5,8	103,3	+	3,7
2012	106,9	-	2,7	104,2	-	4,5	109,2	-	1,8	103,8	±	0,0	99,4	-	5,6	105,3	+	1,9
2013	109,4	+	2,3	103,3	-	0,9	114,3	+	4,7	105,9	+	2,0	101,8	+	2,4	107,4	+	2,0
2014	112,4	+	2,7	103,9	+	0,6	118,6	+	3,8	110,8	+	4,6	102,4	+	0,6	113,7	+	5,9
2015	114,8	+	2,1	103,0	-	0,9	123,2	+	3,9	114,3	+	3,2	106,7	+	4,2	116,9	+	2,8
2015 März	125,5	+	4,1	113,2	±	0,0	135,3	+	6,7	117,4	+	4,3	113,9	+	1,2	118,7	+	5,4
April	116,0	+	3,2	103,9	-	1,6	125,4	+	6,2	110,7	+	3,5	103,8	-	4,0	113,1	+	6,0
Mai	113,7	+	6,1	104,5	+	2,3	120,5	+	8,6	110,9	+	4,9	101,8	+	3,8	114,1	+	5,2
Juni	123,4	+	9,1	106,7	+	0,9	136,5	+	14,8	114,3	+	5,4	108,0	+	3,1	116,5	+	6,2
Juli	116,6	±	0,0	105,0	-	1,3	124,4	+	0,3	118,7	+	3,5	107,8	+	10,0	122,6	+	1,7
Aug.	102,7	+	2,4	93,4	-	1,2	108,4	+	5,3	109,7	-	0,6	99,5	+	5,9	113,3	-	2,5
Sept.	112,0	+	0,1	100,0	-	1,8	120,1	+	1,0	114,2	+	1,6	116,4	+	6,7	113,5	-	0,1
Okt.	113,8	-	1,0	102,9	-	3,9	120,6	±	0,0	120,2	+	4,9	114,8	+	5,8	122,1	+	4,5
Nov.	116,6	+	1,7	105,3	+	1,1	124,9	+	2,1	115,4	+	1,9	109,6	+	4,6	117,4	+	1,0
Dez.	110,6	-	1,9	90,3	-	2,5	125,5	-	2,6	106,3	+	8,8	98,7	+	6,2	109,0	+	9,7
2016 Jan.	114,1	+	0,2	102,9	-	5,1	120,3	+	2,0	126,6	+	11,6	116,1	+	10,6	130,3	+	12,0
Febr.	112,4	+	0,1	100,6	-	1,8	120,0	+	1,4	119,2	-	0,7	104,1	+	2,8	124,4	-	1,8
März p)	126,4	+	0,7	108,8	-	3,9	139,3	+	3,0	122,6	+	4,4	118,1	+	3,7	124,1	+	4,5
aus dem Inland																		
2011	109,7	+	10,3	109,7	+	10,3	110,8	+	11,4	103,5	+	3,9	110,2	+	10,9	101,1	+	1,5
2012	103,9	-	5,3	103,3	-	5,8	105,4	-	4,9	99,2	-	4,2	101,9	-	7,5	98,2	-	2,9
2013	104,4	+	0,5	101,9	-	1,4	107,6	+	2,1	100,4	+	1,2	102,8	+	0,9	99,5	+	1,3
2014	105,6	+	1,1	100,8	-	1,1	110,9	+	3,1	102,4	+	2,0	102,8	±	0,0	102,2	+	2,7
2015	107,4	+	1,7	99,0	-	1,8	116,3	+	4,9	105,2	+	2,7	102,1	-	0,7	106,3	+	4,0
2015 März	122,3	+	4,7	108,4	+	0,2	138,1	+	8,8	110,9	+	2,8	108,5	-	3,9	111,8	+	5,4
April	108,1	+	0,4	100,5	-	3,5	117,3	+	4,0	99,1	+	0,1	99,8	-	7,2	98,8	+	2,9
Mai	105,8	+	1,8	101,1	-	0,2	111,3	+	3,2	100,8	+	5,7	92,2	-	0,9	103,8	+	7,8
Juni	107,2	+	1,9	100,7	-	1,2	114,5	+	4,8	102,0	+	2,1	100,0	-	6,2	102,7	+	5,2
Juli	112,4	+	3,6	101,5	-	2,5	123,5	+	9,3	110,7	+	2,2	104,6	+	3,0	112,9	+	2,0
Aug.	98,9	+	1,0	93,1	-	1,0	103,5	+	2,5	106,6	+	3,6	99,7	+	4,2	109,1	+	3,5
Sept.	105,4	+	3,1	96,2	-	0,6	114,3	+	6,8	107,8	+	2,4	115,0	+	2,4	105,3	+	2,4
Okt.	107,8	-	1,1	98,8	-	3,1	116,8	+	0,4	108,3	+	1,5	113,0	+	2,1	106,7	+	1,3
Nov.	110,4	+	4,2	102,0	+	1,8	119,1	+	6,2	108,3	+	5,6	108,4	+	2,0	108,2	+	6,8
Dez.	97,9	+	0,7	84,1	-	4,2	112,8	+	4,4	90,8	+	2,7	83,6	-	1,4	93,4	+	4,1
2016 Jan.	105,6	-	2,3	98,3	-	5,7	112,7	+	0,4	107,1	+	0,8	105,1	+	3,3	107,8	-	0,1
Febr.	105,6	+	0,6	95,0	-	2,4	115,5	+	3,3	110,1	-	0,7	99,4	+	0,5	113,9	-	1,1
März p)	115,3	-	5,7	102,9	-	5,1	128,4	-	7,0	111,8	+	0,8	114,3	+	5,3	110,9	-	0,8
aus dem Ausland																		
2011	109,9	+	10,3	108,4	+	8,8	111,4	+	11,8	104,1	+	4,5	101,0	+	1,4	105,2	+	5,6
2012	109,3	-	0,5	105,2	-	3,0	111,6	+	0,2	107,7	+	3,5	97,3	-	3,7	111,3	+	5,8
2013	113,5	+	3,8	104,8	-	0,4	118,5	+	6,2	110,7	+	2,8	100,8	+	3,6	114,1	+	2,5
2014	117,9	+	3,9	107,4	+	2,5	123,4	+	4,1	118,0	+	6,6	102,1	+	1,3	123,5	+	8,2
2015	120,7	+	2,4	107,8	+	0,4	127,4	+	3,2	122,1	+	3,5	110,7	+	8,4	126,0	+	2,0
2015 März	128,1	+	3,7	118,9	-	0,1	133,5	+	5,3	123,0	+	5,5	118,6	+	5,6	124,5	+	5,4
April	122,5	+	5,3	107,9	+	0,6	130,4	+	7,5	120,6	+	5,9	107,3	-	1,2	125,2	+	8,2
Mai	120,2	+	9,4	108,6	+	5,2	126,2	+	11,8	119,6	+	4,4	110,1	+	7,4	122,9	+	3,5
Juni	136,6	+	14,3	113,8	+	3,3	150,1	+	20,2	124,9	+	8,0	115,0	+	11,3	128,3	+	7,0
Juli	120,0	-	2,6	109,2	±	0,0	125,0	-	4,4	125,6	+	4,5	110,5	+	16,6	130,8	+	1,4
Aug.	105,8	+	3,5	93,8	-	1,4	111,4	+	7,0	112,4	-	3,8	99,3	+	7,2	116,9	-	6,7
Sept.	117,3	-	2,0	104,5	-	3,0	123,6	-	2,1	119,7	+	1,0	117,6	+	10,6	120,4	-	1,9
Okt.	118,6	-	1,0	107,7	-	4,7	122,9	-	0,2	130,4	+	7,4	116,3	+	9,2	135,2	+	6,9
Nov.	121,7	+	0,2	109,2	+	0,2	128,4	-	0,2	121,5	+	0,7	110,7	+	7,0	125,2	+	2,9
Dez.	121,0	-	3,4	97,7	-	0,6	133,3	-	6,0	119,6	+	13,2	111,8	+	11,8	122,3	+	13,7
2016 Jan.	121,0	+	1,9	108,3	-	4,5	125,0	+	3,0	143,3	+	19,9	125,6	+	16,5	149,4	+	21,0
Febr.	118,0	-	0,3	107,1	-	1,1	122,7	+	0,2	126,9	-	0,8	108,2	+	4,7	133,3	-	2,3
März p)	135,4	+	5,7	115,8	-	2,6	146,1	+	9,4	131,8	+	7,2	121,4	+	2,4	135,3	+	8,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. o Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *

Arbeitstäglich bereinigt \bullet

Zeit	Insgesamt	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)				
		Hochbau										gewerbliche Auftraggeber				
		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)		
		2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,1	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,8	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,5	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,7	+ 0,2	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,4	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,0	- 3,4
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1
2015 Febr.	104,9	+ 2,6	113,5	+ 0,6	136,7	+ 2,0	105,7	- 7,5	90,9	+ 35,9	96,3	+ 5,0	103,6	- 2,6	93,4	+ 9,6
März	142,6	+ 2,8	149,9	+ 2,4	189,6	+ 14,8	133,5	- 9,7	120,5	+ 14,3	135,3	+ 3,2	136,8	- 3,0	129,7	+ 3,0
April	127,0	- 5,2	133,1	- 0,2	171,4	+ 0,8	118,6	- 2,5	100,9	+ 5,3	120,9	- 10,2	118,1	- 5,8	118,2	- 7,9
Mai	132,8	+ 4,0	138,2	+ 5,6	167,9	+ 6,9	131,0	+ 6,6	101,2	- 1,7	127,4	+ 2,2	130,6	+ 8,6	120,9	+ 2,1
Juni	137,8	+ 4,4	145,5	+ 4,0	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,6	106,7	- 7,2	130,0	+ 4,7	134,1	+ 2,0	126,6	+ 5,4
Juli	132,0	- 3,4	139,4	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,4	107,2	- 1,9	124,6	- 6,5	120,7	- 13,6	122,4	- 6,1
Aug.	123,9	+ 2,1	130,1	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,1	- 5,7	96,8	+ 8,0	117,6	- 2,3	119,3	- 4,3	115,0	- 0,8
Sept.	134,3	+ 10,3	151,3	+ 16,3	202,3	+ 35,8	133,8	+ 3,7	103,2	+ 7,4	117,3	+ 3,3	128,3	+ 4,0	113,2	+ 3,5
Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,9	+ 21,8	107,5	+ 9,7	120,5	+ 1,1	98,6	+ 6,4
Nov.	118,8	+ 19,6	137,1	+ 21,3	152,4	+ 17,1	144,6	+ 24,0	84,9	+ 24,3	100,5	+ 17,3	140,4	+ 28,9	83,2	+ 7,8
Dez.	123,3	+ 21,0	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,2	+ 27,6	111,6	+ 36,4	114,8	+ 4,6	114,6	+ 57,2
2016 Jan.	108,5	+ 13,9	117,6	+ 15,4	147,4	+ 20,5	106,6	+ 6,1	91,9	+ 39,9	99,3	+ 11,8	111,5	+ 7,0	89,7	+ 19,0
Febr.	120,6	+ 15,0	126,0	+ 11,0	157,8	+ 15,4	115,4	+ 9,2	94,8	+ 4,3	115,3	+ 19,7	109,5	+ 5,7	117,1	+ 25,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. \bullet Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *

Kalenderbereinigt \bullet

Zeit	Einzelhandel										Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
			in jeweiligen Preisen	in Preisen von 2010	in jeweiligen Preisen											
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,4	+ 1,7	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,8	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,1	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,7	+ 1,4	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,7	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5
2015 3)	111,4	+ 3,0	105,8	+ 3,0	115,0	+ 3,0	105,6	+ 0,7	96,0	+ 1,5	105,0	+ 3,0	117,1	+ 5,8	115,4	+ 7,7
2015 März 3)	112,9	+ 1,4	106,9	+ 1,7	115,9	+ 0,1	106,0	- 3,3	89,8	+ 4,5	113,3	+ 1,1	118,8	+ 8,3	128,2	+ 8,2
April	112,3	+ 3,4	105,7	+ 3,1	117,1	+ 3,0	109,2	+ 4,5	82,2	+ 0,7	110,0	+ 2,7	116,7	+ 6,6	123,2	+ 9,3
Mai	111,9	+ 4,2	105,3	+ 3,6	117,4	+ 5,1	108,1	+ 1,4	81,7	- 3,2	109,1	+ 6,1	113,6	+ 5,4	120,4	+ 10,0
Juni	108,5	+ 1,5	102,7	+ 1,4	114,2	+ 0,5	105,6	+ 3,2	82,0	- 0,2	102,6	+ 3,4	113,4	+ 4,0	121,5	+ 9,6
Juli	111,5	+ 3,9	106,3	+ 4,1	115,6	+ 3,2	108,7	+ 5,2	89,8	- 0,2	103,4	+ 4,0	120,0	+ 5,4	118,3	+ 8,9
Aug.	108,2	+ 2,6	103,0	+ 2,6	115,3	+ 6,4	96,4	- 9,8	86,1	+ 2,9	99,9	+ 0,6	112,3	+ 4,9	105,6	+ 6,1
Sept.	108,6	+ 3,5	102,9	+ 3,7	110,2	+ 3,9	112,7	+ 4,8	94,0	+ 2,5	102,4	+ 3,6	113,5	+ 4,7	114,6	+ 7,0
Okt.	114,9	+ 3,0	108,5	+ 2,6	115,8	+ 2,0	120,9	+ 6,3	98,1	- 0,4	111,0	+ 2,2	119,8	+ 4,8	124,5	+ 7,3
Nov.	116,1	+ 3,0	110,1	+ 2,5	116,6	+ 3,3	104,6	- 2,7	111,8	+ 2,1	114,7	+ 3,7	123,3	+ 6,5	124,4	+ 10,4
Dez.	131,5	+ 3,5	125,8	+ 3,3	134,2	+ 3,9	123,5	\pm 0,0	148,4	+ 1,2	111,4	+ 3,7	132,1	+ 5,2	106,3	+ 4,4
2016 Jan.	104,0	+ 2,2	100,0	+ 1,8	108,4	+ 3,2	92,2	+ 3,1	100,2	- 2,0	94,2	+ 3,0	116,3	+ 3,0	105,5	+ 10,1
Febr.	100,0	+ 1,9	95,7	+ 1,9	105,8	+ 3,5	79,6	- 2,7	86,3	+ 0,2	94,8	+ 4,1	113,0	+ 3,7	110,9	+ 9,3
März	113,3	+ 0,4	107,3	+ 0,4	116,7	+ 0,7	97,0	- 8,5	91,3	+ 1,7	113,3	\pm 0,0	123,1	+ 3,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. \bullet Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Ausschl. gering- fügig ent- lohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeits- losen- quo- te 6)	Offene Stel- len 7)			
	Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:					Dienst- leis- tungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung	konjunk- turell bedingt	darunter:	Emp- fänger von Ar- beits- losengeld nach dem SGB III				
			Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	Produ- zieren- des Ge- werbe	insgesamt		insgesamt										
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466				
2012	42 060	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478				
2013	42 328	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457				
2014	42 703	+ 0,9	30 197	+ 1,6	8 859	20 328	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490				
2015	r) 43 056	r) + 0,8	8) 30 825	8) + 2,1	8) 8 937	8) 20 839	8) 806	8) 4 854	...	8) 44	2 795	859	6,4	569				
2013 1.Vj.	41 880	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444				
2. Vj.	42 249	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459				
3.Vj.	42 515	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471				
4.Vj.	42 666	+ 0,6	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455				
2014 1.Vj.	42 226	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452				
2. Vj.	42 667	+ 1,0	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487				
3.Vj.	42 903	+ 0,9	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512				
4.Vj.	43 016	+ 0,8	30 614	+ 1,6	8 955	20 622	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510				
2015 1.Vj.	r) 42 523	r) + 0,7	30 360	+ 1,8	8 831	20 547	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515				
2. Vj.	r) 42 987	r) + 0,7	30 671	+ 2,0	8 894	20 736	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560				
3.Vj.	r) 43 274	r) + 0,9	30 927	+ 2,1	8 973	20 861	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595				
4.Vj.	r) 43 440	r) + 1,0	8) 31 343	8) + 2,4	8) 9 048	8) 21 213	8) 837	8) 4 823	...	8) 46	2 655	775	6,0	604				
2016 1.Vj.	10) 43 056	10) + 1,3	2 892	932	6,6	610				
2012 Dez.	42 265	+ 0,9	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421				
2013 Jan.	41 862	+ 0,8	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420				
Febr.	41 853	+ 0,8	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448				
März	41 926	+ 0,7	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463				
April	42 083	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460				
Mai	42 288	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457				
Juni	42 376	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459				
Juli	42 419	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469				
Aug.	42 484	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471				
Sept.	42 641	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473				
Okt.	42 746	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466				
Nov.	42 730	+ 0,6	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458				
Dez.	42 523	+ 0,6	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440				
2014 Jan.	42 170	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425				
Febr.	42 195	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456				
März	42 312	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476				
April	42 522	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485				
Mai	42 684	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481				
Juni	42 795	+ 1,0	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495				
Juli	42 833	+ 1,0	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502				
Aug.	42 857	+ 0,9	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515				
Sept.	43 020	+ 0,9	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518				
Okt.	43 118	+ 0,9	30 676	+ 1,6	8 979	20 641	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517				
Nov.	43 067	+ 0,8	30 636	+ 1,6	8 960	20 642	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515				
Dez.	42 862	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 863	20 563	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498				
2015 Jan.	r) 42 459	r) + 0,7	30 276	+ 1,8	8 813	20 493	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485				
Febr.	r) 42 475	r) + 0,7	30 342	+ 1,9	8 818	20 542	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519				
März	r) 42 635	r) + 0,8	30 528	+ 2,0	8 864	20 649	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542				
April	r) 42 820	r) + 0,7	30 645	+ 1,9	8 893	20 720	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552				
Mai	r) 43 002	r) + 0,7	30 718	+ 2,0	8 900	20 773	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557				
Juni	r) 43 138	r) + 0,8	30 771	+ 2,0	8 914	20 785	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572				
Juli	r) 43 181	r) + 0,8	30 744	+ 2,1	8 933	20 722	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589				
Aug.	r) 43 236	r) + 0,9	30 986	+ 2,2	8 992	20 896	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597				
Sept.	r) 43 406	r) + 0,9	31 330	+ 2,2	9 075	21 147	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600				
Okt.	r) 43 493	r) + 0,9	31 365	+ 2,2	9 067	21 199	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612				
Nov.	r) 43 505	r) + 1,0	8) 31 419	8) + 2,6	8) 9 060	8) 21 276	8) 842	8) 4 833	...	52	2 633	764	6,0	610				
Dez.	r) 43 322	r) + 1,1	8) 31 160	8) + 2,5	8) 8 960	8) 21 183	8) 795	8) 4 835	...	39	2 681	798	6,1	591				
2016 Jan.	r) 42 991	r) + 1,3	8) 30 950	8) + 2,2	8) 8 899	8) 21 048	8) 781	8) 4 761	...	51	2 920	961	6,7	581				
Febr.	r) 43 015	r) + 1,3	8) 31 038	8) + 2,3	8) 8 918	8) 21 106	8) 790	8) 4 748	...	52	2 911	947	6,6	614				
März	10) 43 162	10) + 1,2	2 845	888	6,5	635				
April	2 744	817	6,3	640				

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2013 und 2014 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,6 % sowie bei den konjunkturrell bedingten Kurzarbeitern um maximal 21,3 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Ab Mai 2015 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)			
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)		
		Nahrungs- mittel	andere Ver- u. Ge- brauchs- güter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleis- tungen ohne Wohnungs- mieten 2)	Wohnungs- mieten 2)	Baupreis- index								
2010 = 100															
Indexstand															
2011	7)	102,1	102,2	100,8	110,1	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5		
2012	7)	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4		
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0		
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	120,8	96,8		
2015	106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9	8)	106,9	104,9	100,9	80,1		
2014 Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9	117,7	104,0	104,0	133,0	97,4		
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8	113,9	104,1	103,6	127,7	95,6		
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3		
Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	107,9	104,3	103,8	122,2	95,0		
Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	103,7	104,2	103,5	111,9	95,5		
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	103,6	104,2	102,7	103,1	97,5		
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	102,7	103,9	101,0	84,3	96,0		
2015 Jan.	105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	8)	102,4	104,4	100,2	71,4		
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3		104,8	104,7	101,6	86,2		
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4		105,2	105,3	102,6	86,9		
April	107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5	111,1	104,5		106,0	105,6	103,2	94,0		
Mai	107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5		104,5		104,8	105,4	103,0	96,9		
Juni	107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4		105,3	102,5	93,3	94,9		
Juli	107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4		104,5	105,4	101,8	85,5		
Aug.	107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9		102,1	104,9	100,3	72,3		
Sept.	107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5		107,4	104,6	99,6	71,8		
Okt.	107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1		108,9	104,4	99,3	72,6		
Nov.	107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9		107,6	104,5	99,1	71,4		
Dez.	107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4		107,3	104,1	97,9	60,2		
2016 Jan.	106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7		106,8	103,9	96,4	50,0		
Febr.	106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	112,5	101,2		106,0	103,4	95,8	51,5		
März	107,3	113,7	106,1	99,6	108,8	107,5		101,2		103,6	96,5	60,1	85,6		
April	s r)	106,9	113,8	106,8	100,5	106,6	107,6		63,5		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
2011	7)	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2		
2012	7)	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3		
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	+ 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5		
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2		
2015	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	- 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,8	8)	- 3,8	+ 0,9	- 2,6	- 33,7		
2014 Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7		- 3,7	- 0,1	- 1,2	+ 4,6		
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8		- 4,6	- 0,1	- 1,7	- 4,5		
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8		- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6		
Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0		- 10,7	+ 0,1	- 1,6	- 9,9		
Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0		- 14,5	+ 0,3	- 1,2	- 14,0		
Nov.	+ 0,6	± 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9		- 15,3	+ 0,3	- 2,1	- 20,9		
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7		- 16,1	+ 0,1	- 3,7	- 35,9		
2015 Jan.	- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2	8)	- 14,3	+ 0,4	- 4,4	- 44,8		
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1		- 12,2	+ 0,7	- 3,0	- 33,2		
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	- 1,2		- 12,6	+ 1,4	- 1,4	- 31,0		
April	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5		- 12,5	+ 1,6	- 0,6	- 25,5		
Mai	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3		- 11,8	+ 1,4	- 0,8	- 25,0		
Juni	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	- 1,4		- 10,5	+ 1,3	- 1,4	- 29,8		
Juli	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3		- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 33,0		
Aug.	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7		- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 41,5		
Sept.	± 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	- 2,1		- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 41,2		
Okt.	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3		+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 35,1		
Nov.	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 2,5		+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 30,7		
Dez.	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	- 6,5	+ 1,3	+ 1,0		- 2,3		+ 4,5	+ 0,2	- 3,1	- 28,6		
2016 Jan.	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	- 5,8	+ 1,4	+ 1,1		- 2,4		+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0		
Febr.	± 0,0	+ 0,8	+ 1,1	- 8,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	- 3,0		+ 1,1	- 1,2	- 5,7	- 40,3		
März	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	- 8,9	+ 1,9	+ 1,1		- 3,1		...	- 1,6	- 5,9	- 30,8		
April	s r)	- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	- 8,5	+ 0,6	+ 1,0		- 32,4	- 11,3		

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. **1** Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. **2** Netto-
mieten. **3** Ohne Mehrwertsteuer. **4** HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. **5** Kohle und Rohöl (Brent). **6** Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie-
rohstoffe. **7** Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. **8** Ab
Januar 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,2	0,5	1 029,1	2,4	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,2	7,0	1 055,7	2,6	1 569,2	–	156,2	–	5,9
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	387,7	1,2	1 089,9	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	383,0	–	1 112,4	2,1	1 653,7	2,9	158,2	–	9,6
2012	1 133,5	4,1	757,8	3,9	389,3	1,6	1 147,1	3,1	1 690,4	2,2	156,5	–	1,0
2013	1 168,3	3,1	779,7	2,9	398,5	2,4	1 178,2	2,7	1 719,8	1,7	157,1	0,4	9,1
2014	1 213,7	3,9	808,1	3,6	409,8	2,8	1 217,8	3,4	1 759,7	2,3	167,6	6,7	9,5
2015	1 262,7	4,0	838,4	3,7	425,0	3,7	1 263,4	3,7	1 808,2	2,8	174,8	4,3	9,7
2014 3.Vj.	299,7	3,8	203,9	3,6	102,5	2,7	306,5	3,3	440,6	1,7	35,4	4,4	8,0
4.Vj.	334,8	3,8	222,0	3,5	102,6	4,7	324,6	3,9	447,5	3,1	36,7	13,0	8,2
2015 1.Vj.	292,6	3,5	194,1	2,9	107,3	3,0	301,4	2,9	448,3	2,8	57,9	3,8	12,9
2.Vj.	308,7	4,1	200,4	3,5	105,0	4,5	305,3	3,9	448,1	2,9	41,8	5,0	9,3
3.Vj.	312,0	4,1	211,8	3,9	106,7	4,1	318,5	3,9	453,2	2,9	36,7	3,8	8,1
4.Vj.	349,4	4,4	232,1	4,6	106,1	3,4	338,2	4,2	458,7	2,5	38,5	4,8	8,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016. *) Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeinkommen, Vermögensinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)					
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis											
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)							
Zeit	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr		
2008	96,5	2,8	96,3	2,9	96,2	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4	–	–		
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,3	98,2	2,4	97,6	–	0,1	–		
2010	100,0	1,6	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5	–	–		
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4	–	–		
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,8	–	–		
2013	107,1	2,5	107,1	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1	–	–		
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,4	2,8	110,4	2,9	111,4	2,7	–	–		
2015	112,9	2,4	112,7	2,3	113,0	2,4	113,0	2,4	114,6	2,9	–	–		
2014 4.Vj.	123,1	2,9	123,0	2,8	123,3	2,8	111,2	2,8	121,7	2,7	–	–		
2015 1.Vj.	104,5	2,2	104,4	2,2	104,3	2,3	111,7	2,4	107,6	2,5	–	–		
2.Vj.	105,9	2,3	105,7	2,2	106,1	2,3	112,8	2,3	112,4	3,1	–	–		
3.Vj.	115,1	2,5	115,0	2,4	115,3	2,4	113,7	2,5	112,8	2,9	–	–		
4.Vj.	126,1	2,4	125,9	2,3	126,2	2,3	113,9	2,4	125,3	3,0	–	–		
2016 1.Vj.	106,6	2,0	106,4	2,0	106,8	2,3	114,3	2,4	–	–	–	–		
2015 Sept.	106,1	2,5	106,0	2,5	106,3	2,5	113,8	2,5	–	–	–	–		
Okt.	106,3	2,6	106,1	2,5	106,3	2,4	113,9	2,5	–	–	–	–		
Nov.	163,7	2,5	163,5	2,5	164,0	2,4	113,9	2,5	–	–	–	–		
Dez.	108,2	2,1	108,0	2,0	108,3	2,1	113,9	2,4	–	–	–	–		
2016 Jan.	106,5	2,3	106,3	2,2	106,6	2,4	114,1	2,4	–	–	–	–		
Febr.	106,4	2,1	106,2	2,1	106,5	2,3	114,1	2,3	–	–	–	–		
März	107,0	1,6	106,8	1,6	107,1	2,3	114,8	2,3	–	–	–	–		

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva								Passiva									
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden				langfristig		kurzfristig	
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
Insgesamt (Mrd €)																		
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9		
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6		
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8		
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8		
2014 4.Vj.	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8		
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3		
2.Vj. p)	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7		
3.Vj. p)	2 205,5	1 367,8	450,4	553,4	277,8	837,7	219,0	195,8	142,0	622,4	1 583,1	861,3	450,3	721,9	213,9	179,2		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8		
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4		
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6		
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5		
2014 4.Vj.	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5		
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2		
2.Vj. p)	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2		
3.Vj. p)	100,0	62,0	20,4	25,1	12,6	38,0	9,9	8,9	6,4	28,2	71,8	39,1	20,4	32,7	9,7	8,1		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)																		
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7		
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5		
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6		
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4		
2014 4.Vj.	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4		
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5		
2.Vj. p)	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0		
3.Vj. p)	1 771,2	1 058,9	286,4	440,9	263,7	712,3	201,8	148,8	114,7	482,6	1 288,5	697,3	345,0	591,2	185,1	129,7		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9		
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6		
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6		
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5		
2014 4.Vj.	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5		
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4		
2.Vj. p)	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4		
3.Vj. p)	100,0	59,8	16,2	24,9	14,9	40,2	11,4	8,4	6,5	27,3	72,8	39,4	19,5	33,4	10,5	7,3		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																		
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1		
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2		
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2		
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4		
2014 4.Vj.	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4		
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8		
2.Vj. p)	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7		
3.Vj. p)	434,3	308,9	164,0	112,5	14,1	125,4	17,1	47,0	27,3	139,7	294,6	163,9	105,2	130,7	28,8	49,6		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1		
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1		
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7		
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6		
2014 4.Vj.	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6		
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1		
2.Vj. p)	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2		
3.Vj. p)	100,0	71,1	37,8	25,9	3,3	28,9	3,9	10,8	6,3	32,2	67,8	37,7	24,2	30,1	6,6	11,4		

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wert schöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzierer Unternehmensgruppen ^{*)}

Zeit	Umsatz	Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1))	Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes						Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)					
			Gewogener Durchschnitt		Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Gewogener Durchschnitt		Verteilung 2)				Verteilung 2)				
			1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil		1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil		Median	3. Quartil				
Zeit	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%	%	%			
Insgesamt																				
2006	1 209,4	10,6	154,8	3,4	12,8	- 0,9	7,1	11,4	17,5	75,7	3,4	6,3	- 0,4	3,8	7,6	11,4				
2007	1 234,1	4,4	173,6	15,1	14,1	- 1,3	7,8	12,7	18,4	95,6	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1				
2008	1 307,5	6,4	164,5	- 5,6	12,6	- 1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	- 16,6	6,2	- 1,7	2,5	6,6	12,1				
2009	1 175,4	- 10,5	138,4	- 16,4	11,8	- 0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	- 28,0	4,9	- 1,2	0,3	5,1	9,3				
2010	1 340,0	13,2	184,3	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1				
2011	1 434,5	8,4	177,9	- 0,3	12,4	- 1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	- 5,4	6,6	- 1,0	2,7	6,6	11,9				
2012	1 552,7	6,6	190,8	3,3	12,3	- 0,4	5,1	10,1	17,5	96,9	- 7,1	6,2	- 0,9	1,8	6,1	11,0				
2013	1 557,4	- 0,5	188,5	- 2,5	12,1	- 0,2	5,0	9,9	18,2	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8				
2014	1 586,1	1,0	200,7	4,9	12,7	0,5	5,6	10,2	17,2	109,2	7,4	6,9	0,4	1,8	6,2	11,1				
2013 1.Vj.	376,2	- 1,2	45,4	- 5,9	12,1	- 0,6	2,4	8,3	15,7	26,4	- 10,9	7,0	- 0,8	- 1,4	4,5	10,0				
2. Vj.	393,6	1,1	48,3	- 1,4	12,3	- 0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	- 4,8	6,9	- 0,4	0,9	4,9	10,2				
3.Vj.	384,3	- 1,6	47,2	- 1,0	12,3	0,1	5,1	10,3	16,1	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8				
4.Vj.	406,7	- 0,4	47,6	- 1,6	11,7	- 0,1	5,2	11,1	19,5	20,5	- 12,2	5,0	- 0,7	0,9	6,7	12,6				
2014 1.Vj.	381,5	- 0,1	50,2	8,9	13,2	1,1	3,7	8,7	16,2	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,1	10,2				
2. Vj.	386,7	- 2,0	47,9	- 0,2	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	- 2,3	6,8	- 0,0	1,3	5,7	11,1				
3.Vj.	394,7	2,8	49,9	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,2	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7				
4.Vj.	423,6	3,0	52,8	7,2	12,5	0,5	4,0	11,6	19,3	23,5	8,7	5,6	0,3	0,5	6,7	12,0				
2015 1.Vj.	409,8	7,2	51,2	1,9	12,5	- 0,7	4,5	9,7	17,2	28,8	- 5,9	7,0	- 1,0	- 0,8	5,9	11,4				
2. Vj.	425,7	9,9	52,9	10,3	12,4	0,1	4,7	9,7	16,6	30,8	17,2	7,2	0,5	1,3	5,6	10,9				
3.Vj. p)	416,7	5,4	49,5	- 0,6	11,9	- 0,7	4,8	10,5	16,5	17,2	- 39,4	4,1	- 3,1	1,1	6,3	11,4				
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																				
2006	898,7	9,8	114,8	6,4	12,8	- 0,4	7,4	12,1	17,6	55,8	7,2	6,2	- 0,2	4,1	8,1	11,4				
2007	900,5	3,8	129,6	16,9	14,4	- 1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,1	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5				
2008	966,1	7,2	122,6	- 6,2	12,7	- 1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	- 17,1	6,4	- 1,9	2,4	6,7	11,4				
2009	854,1	- 11,5	97,7	- 19,9	11,4	- 1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	- 31,0	4,9	- 1,4	- 1,3	4,7	8,8				
2010	999,2	15,7	139,1	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9				
2011	1 098,9	10,6	131,9	- 2,6	12,0	- 1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	- 6,5	6,8	- 1,3	2,1	6,8	11,2				
2012	1 194,3	7,6	143,1	5,5	12,0	- 0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	2,8	7,0	- 0,3	1,8	6,1	9,8				
2013	1 195,9	- 0,7	140,2	- 2,2	11,7	- 0,2	4,3	9,9	15,4	75,1	- 5,1	6,3	- 0,3	1,2	5,6	9,8				
2014	1 217,7	0,9	149,9	5,7	12,3	0,6	5,1	9,4	15,1	81,8	7,8	6,7	0,4	1,0	5,8	9,9				
2013 1.Vj.	292,2	- 1,4	36,2	- 7,5	12,4	- 0,8	2,4	8,4	14,3	22,6	- 13,6	7,7	- 1,1	- 1,4	4,7	9,4				
2. Vj.	303,3	1,4	36,0	- 2,1	11,9	- 0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	- 8,4	6,8	- 0,7	0,4	5,0	9,4				
3.Vj.	290,7	- 2,2	33,4	- 0,4	11,5	0,2	4,5	10,1	15,0	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1				
4.Vj.	311,6	- 0,5	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	- 7,3	4,6	- 0,3	0,0	6,0	10,4				
2014 1.Vj.	297,8	0,1	39,1	6,4	13,1	0,8	3,5	8,7	14,5	25,0	10,4	8,4	0,8	0,3	5,3	9,0				
2. Vj.	297,2	- 2,3	36,1	0,3	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	- 0,2	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6				
3.Vj.	300,0	3,3	36,4	6,3	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	12,6	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3				
4.Vj.	322,9	2,8	38,4	10,1	11,9	0,8	3,3	10,6	15,6	15,5	9,1	4,8	0,3	- 0,7	6,1	10,3				
2015 1.Vj.	319,0	7,1	41,2	5,4	12,9	- 0,2	5,4	9,7	14,9	25,3	1,4	7,9	- 0,4	0,9	6,0	9,6				
2. Vj.	329,0	10,6	40,1	11,3	12,2	0,1	4,4	9,5	15,2	24,1	17,9	7,3	0,5	1,4	5,3	9,7				
3.Vj. p)	316,5	5,4	34,3	- 5,1	10,8	- 1,2	4,6	10,0	15,1	8,8	- 54,7	2,8	- 4,0	1,0	5,8	10,1				
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																				
2006	310,7	12,9	40,0	- 5,0	12,9	- 2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	- 7,0	6,4	- 1,3	3,2	6,4	11,2				
2007	333,5	6,4	43,9	9,3	13,2	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,3				
2008	341,4	4,0	41,9	- 3,7	12,3	- 1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	- 14,6	5,6	- 1,2	2,8	6,6	12,7				
2009	321,3	- 7,4	40,8	- 4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	- 16,3	5,0	- 0,5	1,7	5,7	12,7				
2010	340,8	5,8	45,2	8,7	13,3	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4				
2011	335,6	1,5	45,9	7,6	13,7	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	- 0,8	5,9	- 0,1	3,2	6,4	13,8				
2012	358,4	3,0	47,7	- 3,3	13,3	- 0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	- 47,1	3,9	- 3,0	2,1	5,7	14,0				
2013	361,5	- 0,1	48,2	- 3,5	13,3	- 0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2				
2014	368,4	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,2	12,7	23,2	27,4	5,7	7,4	0,3	2,9	7,2	14,1				
2013 1.Vj.	84,0	- 0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	- 1,6	4,4	12,3				
2. Vj.	90,3	- 0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9				
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	- 2,8	14,8	- 0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1				
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	- 11,1	13,6	- 1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	- 24,2	6,6	- 1,9	2,0	8,1	16,1				
2014 1.Vj.	83,7	- 0,6	11,1	20,1	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	49,8	6,7	2,2	- 0,4	4,6	13,1				
2. Vj.	89,5	- 0,5	11,9	- 1,8	13,3	- 0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	- 10,0	6,7	- 0,7	1,4	6,0	13,0				
3.Vj.	94,7	1,1	13,5	- 2,9	14,2	- 0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	- 3,4	8,1	- 0,4	3,1	7,8	13,8				
4.Vj.	100,7	3,7	14,4	- 1,6	14,3	- 0,7	5,4	15,6	25,3	8,1	7,5	8,0	0,2	2,1	8,4	19,5				
2015 1.Vj.	90,9	8,0	10,1	- 12,1	11,1	- 2,5	3,8	9,6	22,2	3,5	- 44,9	3,9	- 3,1	- 2,6	5,6	14,3				
2. Vj.	96,7	7,0	12,8	6,9	13,2	- 0,0	5,0	11,4	21,7	6,7	13,9	6,9	0,4	1,3	6,7	13,8				
3.Vj. p)	100,2	5,4	15,2	13,4	15,2</td															

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Position	Mio €									
	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2016	2016	2016
	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.		Jan.	Febr. p)			
A. Leistungsbilanz	+ 215 159	+ 251 343	+ 329 544	+ 68 637	+ 96 446	+ 107 837	+ 44 201	+ 8 251	+ 11 055	
1. Warenhandel										
Ausfuhr	1 914 039	1 968 822	2 076 497	530 592	517 532	528 861	169 361	147 468	163 864	
Einfuhr	1 703 470	1 721 229	1 754 905	445 879	435 965	438 098	140 114	133 868	138 367	
Saldo	+ 210 569	+ 247 594	+ 321 590	+ 84 713	+ 81 565	+ 90 763	+ 29 247	+ 13 600	+ 25 497	
2. Dienstleistungen										
Einnahmen	647 717	707 405	765 146	192 346	201 318	200 076	72 578	57 294	55 867	
Ausgaben	578 716	631 846	698 776	169 757	181 161	185 563	65 608	55 393	52 774	
Saldo	+ 69 001	+ 75 558	+ 66 369	+ 22 587	+ 20 157	+ 14 514	+ 6 971	+ 1 901	+ 3 092	
3. Primäreinkommen										
Einnahmen	611 127	633 589	647 064	165 856	153 970	166 522	66 590	41 859	46 116	
Ausgaben	531 996	563 804	572 246	174 547	137 098	133 731	48 998	39 214	39 784	
Saldo	+ 79 131	+ 69 789	+ 74 819	- 8 690	+ 16 875	+ 32 789	+ 17 592	+ 2 645	+ 6 332	
4. Sekundäreinkommen										
Einnahmen	88 185	92 947	103 167	29 389	23 842	26 122	9 552	7 649	8 385	
Ausgaben	231 725	234 539	236 404	59 363	45 993	56 352	19 162	17 544	32 252	
Saldo	- 143 539	- 141 593	- 133 235	- 29 973	- 22 151	- 30 230	- 9 610	- 9 895	- 23 867	
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 20 588	+ 19 086	- 14 357	- 27 750	+ 5 625	+ 6 538	+ 1 008	- 881	+ 2 235	
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 350 211	+ 370 297	+ 306 638	+ 92 678	+ 51 536	+ 181 195	+ 81 535	- 15 019	+ 48 318	
1. Direktinvestitionen	- 58 477	+ 59 624	+ 114 644	- 6 818	- 12 557	+ 36 987	+ 50 490	+ 16 465	+ 46 602	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 611 335	+ 195 890	+ 601 491	+ 123 875	+ 119 346	+ 114 714	+ 79 971	+ 6 586	+ 67 718	
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiets	+ 669 813	+ 136 262	+ 486 844	+ 130 693	+ 131 902	+ 77 727	+ 29 481	- 9 880	+ 21 116	
2. Wertpapieranlagen	- 3 844	+ 113 297	+ 233 973	+ 127 153	+ 91 674	+ 137 481	+ 76 643	+ 33 770	+ 74 978	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 258 618	+ 455 442	+ 394 498	+ 135 881	+ 24 321	+ 106 226	+ 19 118	- 16 720	+ 44 533	
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 171 690	+ 143 539	+ 14 134	+ 40 163	- 13 182	- 2 413	- 3 417	- 1 465	- 15 672	
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 79 370	+ 222 275	+ 374 869	+ 99 867	+ 71 220	+ 76 752	+ 3 537	+ 23 249	+ 64 741	
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 559	+ 89 628	+ 5 496	- 4 148	- 33 718	+ 31 887	+ 18 998	- 38 503	- 4 535	
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiets	+ 262 463	+ 342 144	+ 160 524	+ 8 728	- 67 353	- 31 256	- 57 525	- 50 490	- 30 444	
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 189 935	+ 262 328	+ 234 947	+ 28 205	+ 11 326	+ 51 636	+ 15 739	- 42 297	+ 5 887	
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 64 320	+ 98 062	- 26 762	+ 969	- 68 584	- 28 570	- 24 785	- 14 550	- 41 902	
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 208	- 18 242	- 47 660	- 20 445	- 10 093	- 54 323	- 48 479	+ 6 357	+ 5 571	
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 14 605	+ 42 827	+ 70 499	- 69	- 811	+ 45 119	+ 19 251	+ 10 037	+ 4 434	
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 393 233	+ 150 171	- 123 152	- 25 214	- 29 441	- 42 974	- 72 977	- 74 177	- 78 827	
Europäisches System	+ 57 972	+ 55 790	- 13 570	+ 2 975	- 18 210	+ 3 195	- 1 817	+ 16 161	- 18 030	
Staat	- 9 132	+ 10 692	+ 18 029	- 7 716	+ 3 931	- 316	- 1 998	+ 8 065	+ 626	
Monetäre Finanzinstitute (ohne Europäisches System)	+ 262 772	+ 101 813	- 129 758	- 67 518	- 34 556	- 38 164	- 20 347	- 71 083	- 32 267	
Unternehmen und Privatpersonen	+ 81 622	- 18 125	+ 2 146	+ 47 047	+ 19 393	- 7 691	- 48 815	- 27 319	- 29 155	
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 691	+ 4 380	+ 10 669	- 2 376	+ 2 671	+ 4 580	+ 8 127	- 1 115	+ 1 131	
D. Saldo der statistisch nicht aufgelierten Transaktionen	+ 114 462	+ 99 869	- 8 551	+ 51 791	- 50 536	+ 66 820	+ 36 326	- 22 389	+ 35 028	

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz							Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Warenhandel (fob/fob) 1)		darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
	Insgesamt	Insgesamt									
2001	- 7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116	
2002	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606	
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292	
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748	
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960	
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511	
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130	
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088	
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683	
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351	
2011	+ 164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365	
2012	+ 193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	+ 48 378	
2013	+ 190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 218 884	+ 838	+ 29 056	
2014	+ 212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 434	- 2 564	+ 30 415	
2015	+ 257 211	+ 263 187	- 4 407	- 30 165	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 232 197	- 2 213	- 24 855	
2013 2.Vj.	+ 45 113	+ 55 055	+ 1 547	- 10 255	+ 7 804	- 7 491	+ 743	+ 59 059	+ 72	+ 13 203	
3.Vj.	+ 41 102	+ 50 743	- 3 290	- 16 483	+ 16 129	- 9 287	- 5	+ 54 577	- 785	+ 13 480	
4.Vj.	+ 62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 558	+ 1 464	+ 11 227	
2014 1.Vj.	+ 48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 264	- 565	+ 9 985	
2.Vj.	+ 44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 960	- 610	+ 10 458	
3.Vj.	+ 54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 283	+ 332	+ 4 659	
4.Vj.	+ 65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 927	- 1 722	+ 5 313	
2015 1.Vj.	+ 58 227	+ 60 426	- 1 680	- 4 717	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 28 079	
2.Vj.	+ 58 483	+ 69 391	- 2 043	- 5 962	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 13 191	
3.Vj.	+ 66 066	+ 68 046	+ 577	- 13 746	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 091	- 1 455	- 2 679	
4.Vj.	+ 74 434	+ 65 325	- 1 260	- 5 741	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 64 968	- 272	- 7 288	
2016 1.Vj. p)	+ 65 740	+ 65 740	+ 1 011	- 6 069	+ 19 600	- 13 530	- 379	+ 24 293	+ 1 228	- 41 069	
2013 Okt.	+ 16 740	+ 19 147	- 298	- 5 747	+ 6 221	- 2 882	+ 504	+ 21 199	- 212	+ 3 955	
Nov.	+ 22 387	+ 20 021	+ 267	- 2 050	+ 6 523	- 2 106	+ 164	+ 25 483	+ 407	+ 2 932	
Dez.	+ 22 942	+ 14 328	- 1 242	+ 1 327	+ 13 414	- 6 126	- 2 406	+ 24 876	+ 1 269	+ 4 340	
2014 Jan.	+ 13 276	+ 15 435	- 945	- 2 527	+ 4 741	- 4 371	+ 1 486	+ 2 235	- 375	- 12 527	
Febr.	+ 13 109	+ 17 038	- 278	- 2 507	+ 5 908	- 7 330	+ 417	+ 22 757	- 898	+ 9 231	
März	+ 21 752	+ 19 819	+ 1 391	- 1 263	+ 6 413	- 3 217	+ 239	+ 35 273	+ 708	+ 13 281	
April	+ 16 501	+ 18 418	- 720	- 1 585	+ 2 911	- 3 243	+ 186	+ 29 516	+ 151	+ 12 830	
Mai	+ 12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 435	- 631	- 2 673	
Juni	+ 16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 008	- 130	+ 302	
Juli	+ 20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 449	+ 431	- 6 452	
Aug.	+ 10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930	
Sept.	+ 23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 772	- 265	+ 9 181	
Okt.	+ 21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 294	+ 203	- 5 926	
Nov.	+ 18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067	
Dez.	+ 25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 728	- 1 955	+ 7 172	
2015 Jan.	+ 14 894	+ 15 713	- 1 154	- 1 723	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 644	+ 372	- 18 558	
Febr.	+ 16 288	+ 19 585	- 948	- 1 617	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 597	+ 266	- 4 716	
März	+ 27 045	+ 25 129	+ 422	- 1 378	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 805	
April	+ 21 534	+ 22 552	- 1 240	- 1 444	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 288	
Mai	+ 11 673	+ 21 472	- 437	- 2 013	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 542	- 78	+ 5 312	
Juni	+ 25 276	+ 25 366	- 367	- 2 506	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 059	- 318	- 1 409	
Juli	+ 25 258	+ 25 485	- 1 024	- 4 466	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 401	
Aug.	+ 14 412	+ 16 857	+ 472	- 5 441	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 461	- 180	+ 5 009	
Sept.	+ 26 396	+ 25 704	+ 1 129	- 3 838	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 311	- 105	- 2 287	
Okt.	+ 23 219	+ 24 284	+ 23	- 4 785	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 18 625	+ 154	- 4 500	
Nov.	+ 25 150	+ 22 724	- 378	- 1 963	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 22 319	- 548	- 2 994	
Dez.	+ 26 065	+ 18 317	- 905	+ 1 008	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 24 024	+ 123	+ 207	
2016 Jan.	+ 14 273	+ 13 862	- 183	- 2 455	+ 5 140	- 2 275	- 89	- 5 751	- 186	- 19 935	
Febr.	+ 21 114	+ 22 844	+ 673	- 1 143	+ 6 932	- 7 518	+ 426	+ 9 125	+ 1 478	- 12 415	
März p)	+ 30 354	+ 29 034	+ 520	- 2 471	+ 7 528	- 3 737	- 717	+ 20 918	- 64	- 8 719	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land	2013	2014	2015	2015			2016			März p)
				Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März p)	
Alle Länder 1)	Ausfuhr 1 088 025	1 123 746	1 196 380	106 169	102 937	91 843	88 637	99 518	106 950	
	Einfuhr 890 393	910 145	948 503	84 018	81 954	73 160	75 192	79 350	80 922	
	Saldo + 197 632	+ 213 601	+ 247 877	+ 22 151	+ 20 983	+ 18 683	+ 13 445	+ 20 168	+ 26 028	
I. Europäische Länder	Ausfuhr 743 067	761 914	805 298	72 376	70 401	59 817	62 575	68 866	...	
	Einfuhr 625 934	642 738	654 420	58 075	56 940	49 926	50 510	55 388	...	
	Saldo + 117 133	+ 119 176	+ 150 878	+ 14 301	+ 13 461	+ 9 890	+ 12 065	+ 13 477	...	
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr 618 383	648 446	693 903	62 643	60 764	51 522	54 567	59 610	...	
	Einfuhr 509 738	527 117	543 640	48 438	47 304	41 742	42 170	46 780	...	
	Saldo + 108 645	+ 121 329	+ 150 263	+ 14 206	+ 13 459	+ 9 779	+ 12 397	+ 12 830	...	
EWU-Länder (19)	Ausfuhr 405 220	413 753	435 249	39 176	37 893	32 423	34 313	36 955	...	
	Einfuhr 343 487	350 550	357 238	31 575	30 750	27 419	27 802	30 516	...	
	Saldo + 61 732	+ 63 203	+ 78 012	+ 7 601	+ 7 142	+ 5 004	+ 6 510	+ 6 439	...	
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr 47 954	47 345	46 579	3 939	3 921	3 552	3 711	3 906	...	
	Einfuhr 41 965	42 548	40 119	3 318	3 446	2 963	3 230	3 371	...	
	Saldo + 5 989	+ 4 797	+ 6 460	+ 621	+ 475	+ 589	+ 480	+ 535	...	
Frankreich	Ausfuhr 99 250	100 580	102 989	9 463	8 826	7 538	8 359	8 735	...	
	Einfuhr 63 489	66 714	66 993	6 232	5 816	5 386	5 150	6 001	...	
	Saldo + 35 761	+ 33 866	+ 35 997	+ 3 231	+ 3 010	+ 2 152	+ 3 210	+ 2 734	...	
Italien	Ausfuhr 53 212	54 240	58 080	5 245	5 196	4 151	4 709	5 130	...	
	Einfuhr 46 911	48 522	49 067	4 372	4 325	3 658	3 792	4 239	...	
	Saldo + 6 301	+ 5 718	+ 9 012	+ 873	+ 871	+ 493	+ 917	+ 890	...	
Niederlande	Ausfuhr 70 975	72 736	79 487	7 050	6 851	6 157	6 118	6 456	...	
	Einfuhr 88 698	87 796	87 962	7 702	7 200	6 705	6 803	6 734	...	
	Saldo - 17 723	- 15 060	- 8 475	- 652	- 349	- 548	- 685	- 278	...	
Österreich	Ausfuhr 56 217	55 807	58 087	5 243	5 294	4 317	4 417	4 860	...	
	Einfuhr 36 734	36 218	37 322	3 324	3 306	2 714	2 874	3 161	...	
	Saldo + 19 483	+ 19 590	+ 20 764	+ 1 918	+ 1 988	+ 1 604	+ 1 543	+ 1 700	...	
Spanien	Ausfuhr 31 349	34 820	38 781	3 651	3 358	2 915	3 075	3 456	...	
	Einfuhr 23 639	24 804	26 487	2 266	2 359	2 310	2 084	2 527	...	
	Saldo + 7 709	+ 10 016	+ 12 295	+ 1 385	+ 999	+ 605	+ 991	+ 929	...	
Andere EU-Länder	Ausfuhr 213 163	234 693	258 653	23 467	22 871	19 099	20 255	22 654	...	
	Einfuhr 166 251	176 567	186 402	16 863	16 554	14 323	14 368	16 264	...	
	Saldo + 46 912	+ 58 126	+ 72 251	+ 6 605	+ 6 317	+ 4 776	+ 5 887	+ 6 391	...	
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr 71 280	79 163	89 283	7 804	7 759	6 317	6 947	8 021	...	
	Einfuhr 39 466	38 545	38 240	3 331	3 074	2 852	2 741	3 267	...	
	Saldo + 31 815	+ 40 618	+ 51 043	+ 4 473	+ 4 685	+ 3 464	+ 4 205	+ 4 753	...	
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr 124 684	113 468	111 396	9 733	9 637	8 295	8 007	9 256	...	
	Einfuhr 116 196	115 621	110 780	9 638	9 636	8 184	8 340	8 608	...	
	Saldo + 8 488	- 2 153	+ 616	+ 95	+ 1	+ 111	- 332	+ 648	...	
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr 46 924	46 202	49 298	4 299	4 329	3 729	3 850	4 053	...	
	Einfuhr 38 321	39 392	42 707	3 845	4 000	3 141	3 309	3 726	...	
	Saldo + 8 603	+ 6 810	+ 6 590	+ 454	+ 329	+ 588	+ 541	+ 327	...	
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr 341 213	358 337	388 703	33 578	32 357	32 048	25 891	30 521	...	
	Einfuhr 264 459	267 407	294 006	25 943	25 014	23 157	24 682	23 962	...	
	Saldo + 76 754	+ 90 930	+ 94 696	+ 7 635	+ 7 343	+ 8 890	+ 1 209	+ 6 559	...	
1. Afrika	Ausfuhr 21 803	22 505	24 068	1 947	1 800	2 010	1 487	1 866	...	
	Einfuhr 23 108	20 242	18 175	1 393	1 371	1 336	1 279	1 212	...	
	Saldo - 1 305	+ 2 263	+ 5 893	+ 554	+ 428	+ 675	+ 208	+ 654	...	
2. Amerika	Ausfuhr 130 427	135 293	157 450	14 144	13 019	12 272	10 092	12 428	...	
	Einfuhr 75 023	74 191	84 659	7 401	7 381	6 850	6 355	6 712	...	
	Saldo + 55 404	+ 61 103	+ 72 791	+ 6 743	+ 5 637	+ 5 422	+ 3 737	+ 5 715	...	
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr 89 348	95 928	114 024	10 274	9 514	8 838	7 475	8 952	...	
	Einfuhr 48 582	49 207	59 388	5 276	5 176	4 910	4 464	4 844	...	
	Saldo + 40 766	+ 46 721	+ 54 636	+ 4 998	+ 4 338	+ 3 928	+ 3 011	+ 4 109	...	
3. Asien	Ausfuhr 179 038	190 973	196 938	16 558	16 695	16 967	13 618	15 454	...	
	Einfuhr 162 960	170 050	188 235	16 953	16 045	14 717	16 788	15 818	...	
	Saldo + 16 077	+ 20 923	+ 8 703	- 396	+ 650	+ 2 250	- 3 170	- 364	...	
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr 32 754	35 462	39 732	3 380	3 614	3 887	2 474	2 850	...	
	Einfuhr 8 921	7 865	7 313	569	579	571	528	524	...	
	Saldo + 23 833	+ 27 598	+ 32 420	+ 2 811	+ 3 035	+ 3 315	+ 1 946	+ 2 326	...	
Japan	Ausfuhr 17 076	16 910	17 038	1 541	1 454	1 370	1 282	1 413	...	
	Einfuhr 19 492	19 007	20 229	1 873	1 706	1 647	1 694	1 718	...	
	Saldo - 2 416	- 2 097	- 3 192	- 331	- 253	- 278	- 412	- 305	...	
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr 66 912	74 369	71 403	5 752	5 921	6 017	5 174	5 914	...	
	Einfuhr 74 544	79 828	91 622	8 403	8 257	7 229	8 245	7 753	...	
	Saldo - 7 633	- 5 459	- 20 219	- 2 651	- 2 335	- 1 212	- 3 071	- 1 840	...	
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr 45 894	48 476	51 673	4 528	4 219	4 108	3 584	3 929	...	
	Einfuhr 36 672	38 782	42 425	3 890	3 435	3 246	3 962	3 408	...	
	Saldo + 9 222	+ 9 695	+ 9 248	+ 639	+ 785	+ 862	- 378	+ 521	...	
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr 9 946	9 566	10 247	928	844	799	695	773	...	
	Einfuhr 3 368	2 924	2 937	195	217	256	260	219	...	
	Saldo + 6 578	+ 6 641	+ 7 310	+ 733	+ 627	+ 543	+ 435	+ 553	...	

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							Primäreinkommen			
	Insgesamt	darunter:						Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)	
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen				
2011	– 32 482	– 8 533	– 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	– 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	– 32 775	– 10 189	– 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	– 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	– 43 223	– 12 075	– 37 713	+ 8 123	+ 3 605	– 758	– 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	– 35 353	– 13 254	– 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	– 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	– 30 165	– 12 655	– 35 567	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	– 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	– 366
2014 3.Vj. 4.Vj.	– 15 461	– 3 248	– 15 929	+ 2 179	+ 859	+ 232	– 226	+ 744	– 549	+ 18 766	– 994
	– 6 352	– 3 312	– 7 278	+ 2 076	+ 1 130	+ 1 550	– 1 206	+ 705	+ 132	+ 19 643	+ 3 687
2015 1.Vj. 2.Vj.	– 4 717	– 2 926	– 5 742	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	– 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	– 1 057
3.Vj.	– 5 962	– 2 218	– 7 829	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	– 1 155	+ 830	– 31	+ 3 256	– 1 118
4.Vj.	– 13 746	– 3 352	– 14 388	+ 2 779	+ 847	+ 292	– 594	+ 770	+ 445	+ 20 042	– 1 204
2016 1.Vj. p)	– 6 069	– 2 523	– 6 421	+ 2 269	+ 1 212	+ 182	– 1 300	+ 840	+ 766	+ 19 477	– 643
2015 Mai Juni	– 2 013	– 745	– 2 808	+ 882	+ 518	+ 273	– 587	+ 317	+ 29	– 5 504	– 330
	– 2 506	– 736	– 3 471	+ 649	+ 292	+ 933	– 30	+ 203	– 3	+ 4 981	– 368
Juli	– 4 466	– 1 130	– 3 787	+ 1 084	+ 149	– 194	– 679	+ 270	– 237	+ 7 147	– 357
Aug.	– 5 441	– 883	– 5 963	+ 777	+ 569	+ 75	– 391	+ 268	– 98	+ 6 226	– 393
Sept.	– 3 838	– 1 339	– 4 638	+ 918	+ 129	+ 412	+ 476	+ 232	– 110	+ 6 670	– 454
Okt.	– 4 785	– 1 409	– 4 464	+ 686	+ 436	+ 197	– 675	+ 235	+ 144	+ 7 076	– 411
Nov.	– 1 963	– 1 530	– 1 982	+ 1 044	+ 609	+ 260	– 683	+ 220	+ 139	+ 7 175	– 440
Dez.	+ 1 008	– 1 220	– 1 162	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	– 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan.	– 2 455	– 921	– 1 687	+ 952	+ 184	– 459	– 722	+ 276	+ 258	+ 5 227	– 345
Febr.	– 1 143	– 1 039	– 1 723	+ 607	+ 774	+ 165	– 138	+ 290	+ 272	+ 6 590	+ 70
März p)	– 2 471	– 563	– 3 011	+ 710	+ 254	+ 475	– 440	+ 274	+ 236	+ 7 660	– 368

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabeseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Mio €

Zeit	Staat			Alle Sektoren ohne Staat 2)				Nicht produzierte Sachvermögen			Vermögens-übertragungen	
	Insgesamt	Insgesamt		Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.	Insgesamt	Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen	Insgesamt			
		darunter:										
2011	– 35 520	– 21 293	– 4 446	+ 6 718	– 14 227	– 2 977	– 2 977	– 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494	
2012	– 39 858	– 25 493	– 5 214	+ 5 206	– 14 366	– 2 952	– 2 952	– 2 952	– 413	+ 1 745	– 2 158	
2013	– 43 758	– 29 708	– 5 611	+ 6 177	– 14 050	– 3 250	– 3 250	– 3 250	– 591	+ 1 076	– 1 667	
2014	– 40 653	– 28 169	– 6 076	+ 8 088	– 12 485	– 3 476	– 3 476	– 3 476	+ 1 138	+ 2 782	– 1 643	
2015	– 39 550	– 25 546	– 7 065	+ 9 800	– 14 004	– 3 540	– 3 540	– 3 540	– 159	+ 2 136	– 2 295	
2014 3.Vj. 4.Vj.	– 7 818	– 4 601	– 1 196	+ 939	– 3 216	– 870	– 863	– 863	+ 367	+ 711	– 344	
	– 11 206	– 8 633	– 1 944	+ 759	– 2 573	– 866	– 863	– 863	– 1 890	+ 332	– 2 222	
2015 1.Vj. 2.Vj.	– 15 822	– 12 975	– 2 614	+ 1 327	– 2 847	– 885	– 881	– 881	+ 218	– 10	+ 228	
3.Vj.	– 7 052	– 1 803	– 1 161	+ 6 278	– 5 249	– 885	– 881	– 881	+ 1 098	+ 1 143	– 45	
4.Vj.	– 6 628	– 3 850	– 1 196	+ 1 212	– 2 778	– 885	– 881	– 881	+ 703	+ 870	– 167	
2016 1.Vj. p)	– 10 048	– 6 918	– 2 094	+ 981	– 3 130	– 885	– 881	– 881	– 2 178	+ 134	– 2 312	
2015 Mai Juni	– 13 530	– 10 068	– 2 716	+ 1 284	– 3 463	– 1 323	– 1 320	– 1 320	– 379	– 662	+ 283	
	– 1 982	+ 1 100	– 181	+ 3 791	– 3 082	– 295	– 294	– 294	+ 557	+ 447	+ 111	
Juli	– 2 194	– 939	– 476	+ 1 415	– 1 254	– 295	– 294	– 294	+ 192	+ 281	– 89	
Aug.	– 2 314	– 1 338	– 464	+ 278	– 976	– 295	– 294	– 294	+ 462	+ 534	– 72	
Sept.	– 2 739	– 1 961	– 441	+ 276	– 778	– 295	– 294	– 294	+ 40	+ 294	– 255	
– 1 575	– 551	– 291	+ 659	– 1 024	– 295	– 294	– 294	– 294	+ 201	+ 41	+ 160	
Okt.	– 3 087	– 2 281	– 394	+ 197	– 806	– 295	– 294	– 294	– 94	+ 141	– 235	
Nov.	– 2 485	– 1 543	– 722	+ 77	– 941	– 295	– 294	– 294	+ 163	+ 274	– 110	
Dez.	– 4 476	– 3 094	– 979	+ 707	– 1 383	– 295	– 294	– 294	– 2 248	– 281	– 1 966	
2016 Jan.	– 2 275	– 1 167	– 1 181	+ 586	– 1 109	– 441	– 440	– 440	– 89	+ 2	– 91	
Febr.	– 7 518	– 6 258	– 1 079	+ 281	– 1 260	– 441	– 440	– 440	+ 426	+ 188	+ 238	
März p)	– 3 737	– 2 643	– 457	+ 416	– 1 094	– 441	– 440	– 440	– 717	– 853	+ 136	

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015			2016				
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)	Jan.	Febr.	März p)	
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)											
1. Direktinvestitionen	+ 60 705	+ 299 954	+ 257 076	- 11 301	+ 81 368	- 49 925	+ 156 767	+ 49 858	+ 94 103	+ 12 807	
Beteiligungskapital darunter: Reinvestierte Gewinne 1)	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 18 544	+ 14 089	+ 29 606	+ 30 580	- 5 743	+ 13 616	+ 22 706	
Direktinvestitionskredite	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 10 289	+ 12 265	+ 22 053	+ 22 023	+ 4 641	+ 8 037	+ 9 345	
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 26 875	+ 26 451	+ 17 656	+ 47 972	+ 11 079	+ 13 389	+ 23 504	
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 10 690	+ 1 139	+ 7 552	+ 1 344	- 1 897	- 2 165	+ 5 406	
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 8 513	+ 4 586	+ 4 620	+ 9 701	+ 2 243	+ 3 924	+ 3 535	
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 11 023	+ 26 607	+ 6 023	+ 31 977	+ 7 767	+ 7 377	+ 16 832	
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	- 3 352	- 5 880	- 539	+ 4 950	+ 2 966	+ 4 254	- 2 270	
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 5 908	+ 2 720	+ 5 492	+ 4 982	+ 894	+ 3 138	+ 950	
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 11 341	- 62 164	+ 39 563	- 102 407	+ 72 005	+ 43 814	+ 62 481	- 34 289	
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	- 35 501	+ 16 755	- 110 672	+ 11 342	+ 34 660	+ 16 609	- 39 927	
langfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	+ 2 814	+ 2 020	- 15 050	+ 1 948	+ 980	+ 3 281	- 2 313	
kurzfristig	- 6 152	+ 55 156	- 87 484	- 38 315	+ 14 735	- 95 622	+ 9 394	+ 33 680	+ 13 328	- 37 614	
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 21 335	- 7 517	- 9 679	- 13 010	- 4 217	- 18 980	+ 30 447	+ 4 639	+ 23 379	+ 2 429	
langfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	+ 3 971	+ 5 420	+ 1 260	- 813	+ 291	- 190	- 914	
kurzfristig	+ 14 302	- 9 608	- 22 266	- 16 981	- 9 637	- 20 240	+ 31 260	+ 4 348	+ 23 569	+ 3 343	
Staat	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	- 13 024	+ 2 925	- 1 790	+ 5 237	+ 1 726	+ 4 486	- 974	
langfristig	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 1 841	- 803	- 1 202	- 1 191	- 844	- 425	+ 79	
kurzfristig	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	- 11 183	+ 3 728	- 588	+ 6 428	+ 2 570	+ 4 911	- 1 053	
Bundesbank	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	- 628	+ 24 100	+ 29 035	+ 24 980	+ 2 790	+ 18 007	+ 4 184	
5. Währungsreserven	+ 838	- 2 564	- 2 213	- 465	- 1 455	- 272	+ 1 228	- 186	+ 1 478	- 64	
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)											
1. Direktinvestitionen	- 158 179	+ 55 521	+ 24 879	- 84 073	+ 17 278	- 114 893	+ 132 475	+ 55 609	+ 84 977	- 8 111	
Beteiligungskapital darunter: Reinvestierte Gewinne 1)	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 15 492	+ 9 022	+ 4 087	+ 27 112	- 1 633	+ 10 636	+ 18 109	
Direktinvestitionskredite	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 5 488	+ 1 941	+ 1 593	+ 6 878	+ 4 036	+ 1 475	+ 1 367	
2. Wertpapieranlagen	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	- 25 777	- 19 364	- 49 097	+ 5 214	- 1 757	+ 7 616	- 645	
Aktien 2)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	+ 8 761	- 5 225	+ 4 866	- 3 172	- 3 227	- 2 125	+ 2 180	
Investmentsfondanteile 3)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	- 3 632	+ 3 610	+ 584	- 2 789	- 559	- 457	- 1 773	
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 28 644	- 22 953	- 32 606	- 6 492	- 58	- 10 348	+ 3 914	
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	- 2 261	+ 5 204	- 21 941	+ 17 667	+ 2 087	+ 20 546	- 4 966	
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 185 075	+ 37 698	+ 58 302	- 73 788	+ 27 620	- 69 883	+ 100 149	+ 58 999	+ 66 726	- 25 575	
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 158 323	+ 32 495	- 41 434	- 45 226	- 2 169	- 99 753	+ 40 819	+ 65 413	+ 15 171	- 39 764	
langfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 7 947	- 60	- 1 753	- 4 197	- 250	- 520	- 3 427	
kurzfristig	- 141 504	+ 47 050	- 21 918	- 37 279	- 2 108	- 98 000	+ 45 016	+ 65 663	+ 15 690	- 36 337	
Unternehmen und Privatpersonen 9)	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	- 16 289	+ 3 985	+ 5 579	+ 39 626	+ 5 478	+ 26 136	+ 8 012	
langfristig	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	+ 7 773	+ 6 976	- 1 038	+ 395	- 444	+ 830	+ 8	
kurzfristig	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	- 24 062	- 2 991	+ 6 616	+ 39 231	+ 5 921	+ 25 306	+ 8 004	
Staat	- 1 900	- 5 610	- 11 235	- 17 550	- 250	+ 204	+ 5 650	- 4 407	+ 8 026	+ 2 030	
langfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	- 68	+ 0	+ 283	- 2 471	- 2 797	+ 240	+ 86	
kurzfristig	- 10 878	- 4 680	- 7 582	- 17 483	- 251	- 79	+ 8 121	- 1 609	+ 7 786	+ 1 944	
Bundesbank	- 22 895	- 5 964	+ 92 852	+ 5 278	+ 26 054	+ 24 088	+ 14 054	- 7 485	+ 17 393	+ 4 147	
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 218 884	+ 244 434	+ 232 197	+ 72 772	+ 64 091	+ 64 968	+ 24 293	- 5 751	+ 9 125	+ 20 918	

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genusscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^o

Ende des Berichtszeitraums	Mio €											Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)	
	Auslandsaktiva												
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen			Auslands-passiva 3) 4)			
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonder-ziehungs-rechte	Reserve-position im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapier-anlagen	insgesamt	darunter: Verrech-nungs-konten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapier-anlagen 2)	10	11		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9				
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688		
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128		
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475		
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670		
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735		
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 296	12 098		
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904		
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891		
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308		
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923		
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118		
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641		
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454		
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932		
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003		
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217		
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181		
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	490 579	310 129		
2013 Aug.	808 649	164 477	114 714	13 018	8 416	28 330	586 580	573 628	57 590	404 149	404 500		
Sept.	796 646	156 452	107 819	12 920	8 375	27 337	583 320	570 368	56 873	404 069	392 577		
Okt.	785 449	154 486	106 477	12 941	7 981	27 086	574 449	561 497	56 514	425 957	359 492		
Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	412 241	349 489		
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217		
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	405 409	311 459		
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	394 012	324 305		
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814		
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426		
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472		
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348		
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401		
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323		
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586		
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345		
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119		
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181		
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833		
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483		
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490		
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820		
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421		
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029		
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090		
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764		
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212		
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	473 906	312 788		
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	489 860	323 460		
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	490 579	310 129		
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	482 988	324 983		
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	500 440	338 895		
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	504 187	333 188		
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	508 944	347 323		

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland										Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland									
	Guthaben bei aus- ländischen Banken insgesamt	Forderungen an ausländische Nichtbanken									Kredite von aus- ländischen Banken insgesamt	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken								
		aus Finanz- bezie- hungen			aus Handelskrediten			aus Finanz- bezie- hungen				aus Handelskrediten			aus Finanz- bezie- hungen			aus Handelskrediten		
		zusammen	zusammen	zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen	insgesamt	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen
Alle Länder																				
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892						
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957						
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415						
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285						
2015 Okt. Nov. Dez.	860 304	280 056	580 249	387 585	192 664	177 977	14 687	971 934	136 130	835 804	657 703	178 101	103 348	74 752						
2015 Okt. Nov. Dez.	886 264	291 045	595 219	400 079	195 140	180 542	14 599	986 732	142 753	843 979	664 312	179 668	105 052	74 615						
2016 Jan. Febr. r) März	846 398	273 154	573 244	388 749	184 495	169 786	14 708	974 421	146 162	828 259	654 534	173 725	100 803	72 922						
2016 Jan. Febr. r) März	874 773	291 586	583 187	393 091	190 095	175 332	14 763	1 009 838	164 012	845 826	667 275	178 551	103 967	74 583						
2016 Jan. Febr. r) März	883 205	287 250	595 955	400 612	195 343	180 520	14 822	1 027 722	165 906	861 816	679 425	182 391	107 956	74 435						
Industrieländer¹⁾																				
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181						
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676						
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179						
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575						
2015 Okt. Nov. Dez.	754 240	275 421	478 819	347 529	131 290	118 037	13 253	878 787	133 786	745 001	622 082	122 919	85 369	37 551						
2015 Okt. Nov. Dez.	779 059	286 827	492 232	358 416	133 815	120 809	13 007	893 328	140 340	752 987	628 778	124 209	86 444	37 766						
2016 Jan. Febr. r) März	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575						
2016 Jan. Febr. r) März	743 124	269 139	473 986	347 306	126 680	113 404	13 276	882 924	143 944	738 981	620 048	118 932	82 347	36 585						
2016 Jan. Febr. r) März	770 595	287 714	482 881	351 585	131 297	118 011	13 286	913 388	156 995	756 393	633 157	123 236	85 904	37 332						
2016 Jan. Febr. r) März	778 355	283 324	495 032	359 749	135 283	121 928	13 355	927 294	154 259	773 035	645 808	127 228	89 754	37 474						
EU-Länder¹⁾																				
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507						
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323						
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 943	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880						
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354						
2015 Okt. Nov. Dez.	625 705	259 336	366 369	271 816	94 553	83 841	10 713	729 407	124 664	604 743	519 527	85 216	57 848	27 368						
2015 Okt. Nov. Dez.	645 536	269 094	376 442	280 124	96 318	85 901	10 416	735 959	130 231	605 727	519 365	86 362	58 889	27 473						
2016 Jan. Febr. r) März	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354						
2016 Jan. Febr. r) März	613 335	250 758	362 577	271 602	90 975	80 300	10 675	730 367	134 847	595 520	515 261	80 259	54 071	26 188						
2016 Jan. Febr. r) März	639 193	271 325	367 868	273 949	93 919	83 284	10 635	754 032	148 517	605 515	521 753	83 762	56 972	26 790						
2016 Jan. Febr. r) März	643 633	266 225	377 408	281 207	96 201	85 398	10 803	768 285	145 494	622 791	536 139	86 652	59 707	26 945						
darunter: EWU-Mitgliedsländer²⁾																				
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196						
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 175	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832						
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 220	598 660	105 883	492 777	404 290	52 487	35 568	16 919						
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155						
2015 Okt. Nov. Dez.	460 546	202 962	257 584	197 702	59 882	53 175	6 707	600 446	93 002	507 444	453 314	54 130	38 043	16 087						
2015 Okt. Nov. Dez.	479 088	213 372	265 716	204 196	61 520	55 037	6 483	606 652	97 176	509 476	454 842	54 634	38 880	15 754						
2016 Jan. Febr. r) März	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155						
2016 Jan. Febr. r) März	461 143	200 677	260 466	200 521	59 946	53 194	6 751	598 659	101 003	497 656	446 583	51 072	36 016	15 056						
2016 Jan. Febr. r) März	475 470	214 552	260 918	199 605	61 313	54 582	6 731	612 509	109 540	502 969	449 528	53 441	38 143	15 299						
2016 Jan. Febr. r) März	472 263	204 988	267 275	204 987	62 288	55 496	6 792	620 160	100 578	519 582	464 464	55 118	39 856	15 263						
Schwellen- und Entwicklungsländer³⁾																				
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683						
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280						
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 6													

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
	AUD	CNY 1)	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF		
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2)	7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236
2001	1,7319		7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956
2002	1,7376		7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456
2003	1,7379		9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	0,62883
2004	1,6905		10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	0,69199
2005	1,6320		10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441
2006	1,6668		10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556
2007	1,6348		10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705
2008	1,7416		10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	0,68434
2009	1,7727		9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	0,89094
2010	1,4423		8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257
2011	1,3484		8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920
2012	1,2407		8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848
2013	1,3777		8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281
2014	1,4719		8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	0,84926
2015	1,4777		6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,3085
2015 Juni	1,4530		6,9587	7,4603	138,74	1,3854	8,7550	9,2722	1,0455	1,1213
Juli	1,4844		6,8269	7,4616	135,68	1,4124	8,9357	9,3860	1,0492	1,0996
Aug.	1,5269		7,0626	7,4627	137,12	1,4637	9,1815	9,5155	1,0777	1,1139
Sept.	1,5900		7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221
Okt.	1,5586		7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235
Nov.	1,5011		6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736
Dez.	1,5009		7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877
2016 Jan.	1,5510		7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860
Febr.	1,5556		7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093
März	1,4823		7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100
April	1,4802		7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339
										0,79230

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estrnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro					Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-19 1)			EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsetzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Brutto-inlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU	37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)	
1999	96,3	96,0	96,0	95,9	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,5	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,8	84,9	87,9	85,7	91,6	97,3	85,0	90,7	92,9	91,9	90,9	
2001	87,8	87,1	86,4	85,8	90,5	86,9	91,4	96,3	85,8	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,3	89,2	95,0	90,5	92,1	95,3	88,3	90,5	93,5	91,9	91,8	
2003	100,7	101,3	100,2	100,5	106,9	101,4	95,5	94,4	97,4	94,7	97,1	96,5	96,8	
2004	104,5	105,0	103,0	104,0	111,5	105,1	95,7	93,2	99,7	94,9	98,5	98,0	98,4	
2005	102,9	103,6	100,8	102,1	109,5	102,6	94,5	91,8	98,7	92,8	98,5	96,9	96,7	
2006	102,8	103,5	100,1	100,9	109,4	101,9	93,3	90,2	98,2	91,1	98,6	96,5	95,9	
2007	106,3	106,3	101,9	103,2	112,9	103,9	94,2	89,4	102,1	91,3	100,9	97,9	97,1	
2008	109,4	108,4	103,3	106,4	117,1	105,9	94,4	88,0	105,2	90,4	102,2	97,9	97,2	
2009	110,8	109,1	104,0	111,2	120,0	106,9	94,6	88,7	104,3	90,9	101,8	98,0	97,6	
2010	103,6	101,3	95,6	103,1	111,5	97,9	91,9	88,4	97,6	87,0	98,8	93,6	92,1	
2011	103,3	100,3	93,5	101,8	112,2	97,3	91,6	88,2	97,0	86,2	98,2	92,8	91,4	
2012	97,6	95,0	88,0	95,5	107,0	92,5	89,8	88,2	92,1	83,6	95,9	89,8	88,3	
2013	101,2	98,2	91,1	98,6	111,9	95,6	92,2	88,7	97,9	85,6	98,3	91,6	90,3	
2014	101,8	97,9	91,3	100,2	114,7	96,2	92,9	89,5	98,4	86,3	98,5	91,8	91,0	
2015	92,4	88,4 p)	83,4 p)	91,2	106,5 p)	87,9	90,5	90,5	90,2	82,9	94,7	86,9 p)	86,4	
2013 April	100,0	97,0			109,5	93,7					97,9	91,0	89,3	
Mai	100,1	97,3	90,6	97,9	109,7	94,0	92,0	88,6	97,4	85,2	98,1	91,1	89,4	
Juni	101,1	98,3			111,8	95,7					98,3	91,7	90,4	
Juli	101,0	98,2			111,8	95,6					98,6	91,7	90,5	
Aug.	101,7	98,8	91,1	98,8	113,3	96,8	92,3	88,7	98,0	85,6	98,6	91,9	90,9	
Sept.	101,6	98,4			113,2	96,5					98,5	91,7	90,9	
Okt.	102,5	99,1			114,1	96,9					98,9	92,1	91,2	
Nov.	102,2	98,8	92,2	99,6	114,1	96,8	93,1	89,0	99,6	86,5	98,8	92,1	91,2	
Dez.	103,4	100,0			115,7	98,1					99,3	92,8	92,0	
2014 Jan.	103,0	99,5			115,8	98,0					99,2	92,5	92,0	
Febr.	103,2	99,6	92,9	101,9	116,3	98,3	93,4	89,2	100,1	86,9	99,0	92,6	92,1	
März	104,3	100,6			117,5	99,1					99,3	93,1	92,5	
April	104,2	100,4			117,0	98,5					99,2	93,1	92,3	
Mai	103,6	99,5	92,7	101,5	116,1	97,4	93,3	89,5	99,4	87,1	98,8	92,6	91,6	
Juni	102,7	98,7			115,1	96,6					98,7	92,3	91,3	
Juli	102,3	98,2			114,7	96,1					98,7	92,2	91,1	
Aug.	101,5	97,5	90,6	99,7	114,0	95,5	92,6	89,5	97,4	86,0	98,4	91,8	90,8	
Sept.	99,9	95,9			112,3	94,0					98,0	91,0	89,9	
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,3					97,6	90,4	89,5	
Nov.	99,0	94,9	89,1	97,6	111,9	93,3	92,4	89,8	96,5	85,3	97,7	90,3	89,5	
Dez.	99,0	94,8			113,1	94,0					97,6	90,3	89,9	
2015 Jan.	95,2	91,1			108,9	90,2					95,7	88,2	87,6	
Febr.	93,3	89,5	83,8 p)	92,1	107,0	88,8	90,5	90,3	90,6	83,0	95,2	87,5	86,9	
März	90,6	86,9			103,8	86,0					94,2	86,1	85,3	
April	89,7	86,1			102,4	84,8					94,0	85,7	84,6	
Mai	91,6	87,9 p)	82,2 p)	90,1	104,7	86,6	90,1	90,4	89,4	82,3	94,6	86,6	85,7	
Juni	92,3	88,5			106,0	87,6					94,7	86,9	86,2	
Juli	91,3	87,5			105,1	86,7					94,3	86,3	85,7	
Aug.	93,0	89,0 p)	83,8 p)	91,4	108,1	89,1	90,6	90,5	90,5	83,1	94,9	87,2	87,1	
Sept.	93,8	89,7			109,6	90,2					95,1	87,6	87,8	
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,7					95,1	87,6	87,5	
Nov.	91,1	87,1 p)	83,9 p)	91,0	106,0 p)	86,9	90,7	90,8	90,3	83,3	94,1	86,3 p)	85,9	
Dez.	92,5	88,3			108,0 p)	88,4					94,3	86,7 p)	86,6	
2016 Jan.	93,6 p)	89,1			109,9 p)	89,6					94,5 p)	87,1 p)	87,4	
Febr.	94,7 p)	90,1	111,3 p)	91,0					94,9 p)	87,6 p)	87,9	
März	94,1 p)	89,6			110,0 p)	90,0					95,0 p)	87,5 p)	87,4	
April	94,8 p)	90,2			110,6 p)	90,3					95,3 p)	87,9 p)	87,7	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen des Euro-Wechselkurses gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

- Anpassungsmuster von Unternehmen am deutschen Arbeitsmarkt in der Großen Rezession – ausgewählte Ergebnisse einer Sonderumfrage

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Juni 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2017
- Marktfähige Finanzierungsinstrumente von Banken und ihre Bedeutung als Sicherheiten im Eurosystem
- Inflationserwartungen: neuere Instrumente, aktuelle Entwicklungen und wesentliche Einflussfaktoren

Juli 2015

- Zur Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern

August 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2015

September 2015

- Zur jüngeren Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014

Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds
- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017

- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

März 2016

- Zur Schwäche des Welthandels
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014
- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

April 2016

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

Mai 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2016³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2016²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2009 bis 2014, Mai 2015³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2011 bis 2012, Mai 2015²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*}

- 03/2016 Heterogeneity in euro-area monetary policy transmission: results from a large multi-country BVAR model
- 04/2016 Inflation anchoring in the euro area
- 05/2016 How do regional labor markets adjust to immigration? A dynamic analysis for post-war Germany
- 06/2016 Does banknote quality affect counterfeit detection? Experimental evidence from Germany and the Netherlands
- 07/2016 A data-driven selection of an appropriate seasonal adjustment approach
- 08/2016 Cyclical investment behavior across financial institutions
- 09/2016 Credit risk interconnectedness: what does the market really know?
- 10/2016 The rise of the added worker effect
- 11/2016 Traditional banks, shadow banks and the US credit boom – credit origination versus financing
- 12/2016 You're banned! The effect of sanctions on German cross-border financial flows

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“. Weitere Anmerkungen siehe S. 86*.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.